



Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Hans-Peter Schwarz

Mitherausgeber
Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand,
Werner Link, Horst Möller und Rudolf Morsey

R. Oldenbourg Verlag München 1997

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1966

Wissenschaftlicher Leiter
Rainer A. Blasius

Bearbeiter
Matthias Peter und Harald Rosenbach

R. Oldenbourg Verlag München 1997

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

/ hrsg. im Auftr. des Auswärtigen Amtes vom Institut für

Zeitgeschichte. – München : Oldenbourg.

Früher mehrbd. begrenztes Werk

1966.

Bd. 1. 1. Januar bis 31. Juni 1966. – 1997

ISBN 3-486-56155-3

© 1997 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Rosenheimer Str. 145, D-81671 München

Telefon: (089) 45051-0, Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem, alterungsbeständigem Papier

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56155-3

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	VIII
Verzeichnisse	XV
Dokumentenverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	CLXXXI
Abkürzungsverzeichnis	CLXXXVII
Dokumente	1
Band I (Dokumente 1–214)	3
Band II (Dokumente 215–418)	907
Register	1729
Personenregister	1729
Sachregister	1783
Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Oktober 1966	1837

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1966 wird zum vierten Mal eine ausführlich kommentierte Sammlung von Dokumenten aus den Beständen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der dreißigjährigen Aktensperrfrist veröffentlicht. Das bewährte Editions-konzept der seit Herbst 1993 bereits publizierten „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ über die Jahre 1963 (drei Bände), 1964 (zwei Bände) und 1965 (drei Bände) ist beibehalten worden.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, insbesondere dem Politischen Archiv sowie den Damen und Herren in den Referaten, die beim Deklassifizierungsverfahren zur Offenlegung der Dokumente beigetragen haben. In gleicher Weise zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Dolmetscheraufzeichnungen einbeziehen zu können.

Besonderer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe in bewährter Kollegialität gewidmet haben. Ferner sei die tadellose Zusammenarbeit mit den zuständigen Persönlichkeiten und Gremien des Instituts für Zeitgeschichte dankbar hervorgehoben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände gebührt den Bearbeitern, Herr Dr. Matthias Peter und Herr Dr. Harald Rosenbach, zusammen mit dem Wissenschaftlichen Leiter, Herr Dr. Rainer A. Blasius. Ihnen sei für den großen Einsatz und für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Weiter genannt seien Frau Dr. Mechthild Lindemann, die die Kommentierung des Monats Dezember 1966 übernahm, und Herr Dr. Jürgen Klöckler, der das Personenregister anfertigte. Beide haben damit wesentlich zur pünktlichen Fertigstellung der Edition beigetragen, ebenso wie Herr Dr. Wolfgang Hölscher durch die technische Beratung bei der Herstellung des Umbruchs.

Die Editionen für 1967 und 1968 befinden sich in Arbeit. Sie sollen im vorgesehenen Rhythmus erscheinen. Außerdem sind die Vorbereitungen für die – bisher aufgrund personeller Engpässe zurückgestellte – Publikation der Akten über die Jahre 1949 bis 1962 aufgenommen worden. Ein Band zum Jahr 1949/50 wird im Herbst 1997, ein weiterer zum Jahr 1951 Ende 1999 vorliegen.

Bonn, den 1. Juli 1996

Hans-Peter Schwarz

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966“ (Kurztitel: AAPD 1966) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Oktober 1966.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966 waren die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Besonderes Gewicht wurde auf die zentralen Bestände „Ministerbüro“ und „Büro Staatssekretär“ gelegt. Angemessene Berücksichtigung fanden aber auch die einzelnen Abteilungen und Referate des Auswärtigen Amts. Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden nur zur Kommentierung herangezogen und lediglich in Fällen von besonderer außenpolitischer Bedeutung als Dokumente aufgenommen. Fast ausnahmslos haben dagegen die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlusssachen der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1966 weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von

einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 418 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Fußnote ausgewiesen. Ein Dokument, bei dem nur der Entstehungsmonat bekannt ist, wird am Ende des betreffenden Monats eingereiht. Bei Aufzeichnungen über Gespräche oder Besprechungen ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten, stets gleichgestalteten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und -überschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen die Datumsangabe. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit besteht sowie aus weiteren Elementen wie dem gemäß Aktenplan inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad, läßt Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zu und eröffnet die Möglichkeit, zugehöriges Aktenmaterial zu ermitteln. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Aus den Angaben im Dokumentenkopf, vor allem aus der Überschrift, läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments erschließen. Aufzeichnungen und Vermerke des internen Schriftverkehrs im Auswärtigen Amt sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt. Läßt sich ein solcher weder unmittelbar noch mittelbar nachweisen, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung oder Referat) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet

war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Fußnote aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon befindet sich das Aufgabedatum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Zusätzlich zu Datum und Uhrzeit der Aufgabe wird hier auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringlichen Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke wird im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger das Geschäftszeichen und das Datum genannt. Eine Sonderform des Schriftberichts stellt das sogenannt Privatdienstschreiben dar, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen Niederschriften über Gespräche bzw. Besprechungen ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet. Hervorzuheben sind innerhalb dieser Dokumentengruppe Gesprächsaufzeichnungen der Dolmetscher. Für deren chronologische Einordnung ist das Gesprächs- oder Besprechungsdatum ausschlaggebend, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen werden.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs oder der Besprechung. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist Bonn stillschweigend zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem eigentlichen Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z.Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den aufgrund festgelegter Verteiler vervielfältigten Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstaufertigung mußten hin

und wieder ein „Durchschlag als Konzept“, ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Fußnote. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Falls die Textvorlage eine inhaltlich substantielle Überschrift aufweist, wird diese mitabgedruckt. Die Dokumente werden in der Regel ungekürzt veröffentlicht. In wenigen Ausnahmefällen sind geringfügige Auslassungen vorgenommen worden; sie werden durch [...] gekennzeichnet und in einer Fußnote erläutert. Textergänzungen der Bearbeiter stehen ebenfalls in eckigen Klammern.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten: manchmal erwies sich jedoch eine Vereinheitlichung bzw. Modernisierung als sinnvoll. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen in der Textvorlage werden aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen werden – sofern sie nicht formaler Natur sind – kursiv wiedergegeben. Darüber hinaus dient der Kursivdruck dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Zentrierungen usw.) folgt das Druckbild der Textvorlage, soweit dies unter Berücksichtigung der satztechnisch bedingten Gegebenheiten möglich ist.

Mit Ausnahme der dem Namen hinzugefügten Dienstbezeichnung, die der Überschrift eines Dokuments zu entnehmen ist, wird eine Unterschriftenformel vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter aufgelöst (mit Nachweis in einer Fußnote). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dabei ist, soweit möglich, der aktuelle Stand der Verzeichnungsarbeiten im Politischen Archiv berücksichtigt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Da alle edierten Dokumente für die wissenschaftliche Benutzung bisher nicht oder nur in

eingeschränktem Maße zur Verfügung standen, erübrigte sich eine systematische Suche nach Vor- und Teilveröffentlichungen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument auf den verschiedenen Ebenen des Auswärtigen Amts bzw. außerhalb dieser Behörde gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf zugehörigen Begleitschreiben und -vermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden unter Kennzeichnung durch eckige Klammern aufgelöst.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weitere Aktenstücke und anderweitiges Schriftgut nachweisen, die unmittelbar oder mittelbar angesprochen werden, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind. Dem erstgenannten Gesichtspunkt tragen jene rück- oder weiterverweisenden Anmerkungen Rechnung, die Bezüge zwischen einzelnen Dokumenten in den vorliegenden zwei Bänden offenlegen und auf die AAPD 1963 bis 1965 bzw. auf die in Vorbereitung befindlichen AAPD 1967 verweisen. Das Auffinden von Dokumenten zu einem bestimmten thematischen Schwerpunkt ist mit Hilfe des Sachregisters möglich.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die damaligen Entscheidungsprozesse erhellen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle in einer Anmerkung nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Auszüge aus den Bezugstücken oder inhaltliche Zusammenfassungen sollen zum Verständnis der Dokumente beitragen. Bei Anmerkungen oder Anmerkungsteilen, deren Zweck die knappe Erläuterung eines Sachverhalts oder Ereignisses ist, erfolgen keine systematischen Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Die genannten Merkmale werden dabei erforderlichenfalls in Kombination oder auch im Wechsel dem Namen hinzugefügt. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, der Bundeskanzler bzw. der Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Als Kurzform für die Deutsche Demokratische Republik kommen in den Dokumenten die Begriffe SBZ oder DDR vor und werden so wiedergegeben. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird jedoch in der Kommentierung und in den Regesten der Begriff DDR verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet. Im übrigen orientiert sich die Edition bei der Benutzung geographisch-politischer Begriffe an der Sprache der Quellen.

Für häufig benutzte Publikationen wie Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden Kurztitel oder Kurzformen eingeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Der Platzersparnis dienen ebenfalls die Rückverweise auf bereits an anderer Stelle ausgeführte Anmerkungen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Translitterierung durchgeführt.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Übersicht in Form eines Regests. Um die Einheitlichkeit der Regesten in ihrem notwendigerweise verkürzenden Charakter zu wahren, steht bei der Zusammenfassung des Dokumenteninhalts nicht die Aufzählung aller angesprochenen Themen im Vordergrund, sondern die Aufmerksamkeit gilt wesentlichen Schwerpunkten oder neuartigen Gedanken. Die Regesten können und sollen lediglich einer ersten

Orientierung dienen. Hinsichtlich ihrer formalen Gestaltung wird auf die vorangehenden Ausführungen zur Kommentierung verwiesen.

Das *Literaturverzeichnis* enthält nur solche Publikationen, die häufig zur Kommentierung herangezogen und mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden unter Angabe der notwendigen bibliographischen Daten aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt – mit Ausnahme der erwähnten Kurzformen – die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, es sei denn, sie sind so gebräuchlich, daß sich eine Auflösung erübrigt. Nicht aufgenommen werden Abkürzungen, die in einer Fußnote erläutert sind.

Register

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. In der Regel wird nur die maßgebliche Funktion im Jahr 1966 angegeben. Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt. Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, so wird im Register statt der betreffenden Seitenzahlen die halbfett gedruckte Dokumentennummer ausgeworfen.

Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die Dokumente. Auch hier wird in den Fällen, in denen sich ein Schlagwort auf ein Dokument in seiner Gesamtheit bezieht, die halbfett gedruckte Dokumentennummer anstelle von Seitenzahlen aufgeführt.

Der *Organisationsplan* vom Oktober 1966 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und orientiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

- | | | |
|--|--|-------|
| 1 | 10.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wickert | S. 3 |
| <p>Wickert rät von einem Weißbuch zur Zurückweisung der „kommunistischen Propaganda“ wegen des begrenzten Wirkungsgrads ab. Allerdings hält er ein offensiveres Auftreten für notwendig, da es bislang nicht gelungen sei, ein positives Bild von der Bundesrepublik zu zeichnen; dies habe bereits zu nachlassender Unterstützung deutscher Interessen seitens der Alliierten geführt. Es sei daher erforderlich, auf die friedlichen Absichten der Bundesrepublik so oft wie möglich in der internationalen Presse aufmerksam zu machen, z.B. durch Vorschläge zur Abrüstung und zu Gesprächen mit den Ostblock-Staaten, auch über Sicherheitsfragen. Das Interesse an nuklearer Mitverantwortung sollte jedoch aufrechterhalten werden.</p> | | |
| 2 | 11.01. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 7 |
| <p>Knappstein berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister. McNamara äußerte die Hoffnung, daß der von Präsident Johnson gegenüber Bundeskanzler Erhard am 20. Dezember 1965 vorgetragenen Bitte um Entsendung eines Baubataillons und einer Sanitätseinheit der Bundeswehr entsprochen werde. Er erklärte weiter, daß eine Unterstützung durch militärische Einheiten der Bundesrepublik für dringend notwendig erachtet werde. Knappstein ist der Auffassung, daß diese Äußerung über die Ausführungen von Johnson vom Dezember 1965 hinausginge. Er bittet daher um eine Sprachregelung zu den rechtlichen und politischen Gründen, die gegen eine Entsendung von Bundeswehreinheiten nach Vietnam sprechen. Außerdem führte McNamara aus, daß die „nordvietnamesische Infiltration“ weiter zunehme. Er kündigte weitere amerikanische Truppenverstärkungen und die Bereitschaft an, die Bombardierungen jederzeit wieder aufzunehmen.</p> | | |
| 3 | 12.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf | S. 10 |
| <p>Krapf hält fest, daß der Leiter der Vertretung Tschechoslowakischer Außenhandelsgesellschaften in Frankfurt/M. die Bereitschaft seiner Regierung zu einem Gedankenaustausch über die Wiederaufnahme amtlicher Verhandlungen signalisiert habe. Er schlägt eine Mitteilung an Novy vor, daß ein Beamter des tschechoslowakischen Außenministeriums zu geheimzuhaltenden Vorbesprechungen „jederzeit willkommen“ sei.</p> | | |

- 4 12.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 11
 Graf von Posadowsky-Wehner

Posadowsky-Wehner faßt den Inhalt eines Gesprächs des Staatssekretärs Lahr mit dem tansanischen Botschafter zusammen. Kahama teilte mit, daß Präsident Nyerere die Vertretung der DDR „wieder loswerden“ wolle und dazu einen Anlaß brauche. Lahr protestierte gegen die Verbreitung des „Braunbuches“ mit Verleumdungen gegen Bundespräsident Lübke durch den Generalkonsul der DDR in Daressalam; Lessing müsse daher zur persona non grata erklärt werden. Abschließend vermerkt Posadowsky-Wehner, er habe Vertreter der hessischen Landesregierung vor ihrer Reise nach Tansania darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundesrepublik wegen der „Braunbuch“-Affäre auf Reaktionen der tansanischen Regierung warte. Überhaupt dürfe durch den Aufenthalt des hessischen Ministerpräsidenten Zinn nicht der Eindruck vermittelt werden, „als beginne nun eine neue Ära und sei alles schon vergeben und vergessen“.

- 5 12.01. Botschafter Knappstein, Washington, an das S. 14
 Auswärtige Amt

Knappstein berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister über das Programm der Arbeitsgruppe für nukleare Planung. Er machte McNamara darauf aufmerksam, daß die Bundesrepublik die britische Auffassung über eine Regelung der nuklearen Teilhaberschaft in dieser Form nicht teile. McNamara erklärte, Aufgabe des Gremiums sei es, „die nichtnuklearen Staaten mit den Realitäten der Nuklearaffen vertraut zu machen“: Zunächst solle das in Aussicht gestellte deutsche Papier über die Wünsche der nichtnuklearen Staaten diskutiert werden, dann eine Unterrichtung über die amerikanischen strategischen Streitkräfte erfolgen und schließlich eine Erörterung über die taktischen Nuklearaffen stattfinden. Knappstein resümiert, daß McNamara einer Vertiefung des Problems der nuklearen Mitverantwortung ausgewichen sei.

- 6 12.01. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 16

Carstens informiert über ein Gespräch mit dem italienischen Botschafter. Lucioli erklärte, seine Regierung sei trotz innenpolitischer Widerstände unverändert zur Mitarbeit an einer multilateralen Atomstreitmacht bereit. Carstens bestätigte, daß die Bundesrepublik am Projekt einer gemeinsam finanzierten und nach Möglichkeit gemischt bemannten nuklearen Streitmacht festhalte, über deren Einsatz alle beteiligten Staaten gemeinsam zu entscheiden hätten, wenngleich den USA ein Veto-Recht eingeräumt werden müßte. Zunächst seien allerdings bilaterale Gespräche zu führen. Das Problem der nuklearen Beteiligung innerhalb des Bündnisses sei vor einem Beitritt der Bundesregierung zu einem Nichtverbreitungsabkommen zu lösen.

- 7 13.01. Ministerialdirigent Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris S. 18

Ruete teilt mit, daß anläßlich der geplanten Sitzungen der Fraktionen und Ausschüsse des Bundestages in Berlin (West) mit Störmaßnahmen der UdSSR und der DDR auf den Zufahrtswegen zu rechnen sei. Die USA beabsichtigten, diese Frage mit den Verbündeten im Ständigen NATO-Rat zu erörtern. Ein Nachgeben liefe darauf hinaus, der UdSSR ein Mitspracherecht in Berlin (West) und an den Bindungen an die Bundesrepublik zuzugestehen. Bereits in der Bonner Vierergruppe habe die Bundesregierung die Auffassung vertreten, daß sie alliierte Warnaktionen gegen die UdSSR als zweckmäßig erachte, während der amerikanische Vertreter das Interesse bekräftigt habe, eine Zuspitzung der Lage in Berlin zu vermeiden. Die drei Westmächte dächten vielmehr an Gegenmaßnahmen im Bereich des Interzonenhandels, da es sich bei den Ausschusssitzungen um ein Anliegen der Bundesrepublik handele.

- 8 14.01. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 21

Schröder bekräftigt die Bereitschaft der Bundesrepublik zur nicht-militärischen Unterstützung der USA im Vietnam-Krieg. McGhee spricht sich für eine Intensivierung der Zusammenarbeit beider Staaten in der Weltraumforschung aus und kündigt den Besuch einer Delegation der NASA an. Auch der amerikanische Innenminister Udall wolle nach Bonn kommen, um Fragen im Zusammenhang mit den Reformprojekten einer „Great Society“ und einer „Formierten Gesellschaft“ zu erörtern. Der Botschafter äußert sodann grundsätzliche Vorbehalte hinsichtlich des sowjetischen Vorschlags über einen Austausch von Manöverbeobachtern zwischen NATO und Warschauer Pakt. Die Möglichkeit einer bilateralen Regelung zwischen den USA und der UdSSR werde jedoch geprüft. Auf die Frage nach dem voraussichtlichen Ergebnis der Tagung des EWG-Ministerrats am 17./18. Januar 1966 in Luxemburg zeigt sich Schröder skeptisch über die Chancen für eine Lösung der Krise. Die Hauptschwierigkeit bestehe darin, daß die französische Regierung Mehrheitsbeschlüsse ablehne und durch ein permanentes Veto „die Dinge in der Hand“ halten wolle. Für die deutsche Delegation ergebe sich als Verhandlungslinie „ein kooperatives, aber wohlerwogenes und vorsichtiges Vorgehen“.

- 9 14.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 28

Carstens faßt die Ergebnisse eines Gesprächs mit den Botschaftern der Drei Mächte zusammen. Der britische Botschafter Roberts informierte über seinen Besuch bei den Häftlingen Hess, Speer und von Schirach in Spandau. Hinsichtlich einer Schließung des Gefängnisses nach der Entlassung von Speer und Schirach im Herbst 1966 hätten sowjetische Vertreter ausweichend reagiert. Carstens vertrat die Ansicht, daß das Gefängnis geschlossen und Hess wegen seines schlechten Gesundheitszustandes entlassen werden sollte. In der Frage

möglicher Störversuche auf den Zugängen nach Berlin (West) durch die UdSSR und die DDR baten die Botschafter darum, Ausschuß- und Fraktionssitzungen in Berlin (West) künftig zeitlich stärker zu entzerren. Sie brachten die Erwartung zum Ausdruck, daß die Bundesregierung im Falle von Störversuchen Maßnahmen im Interzonenhandel ergreifen würde. Demgegenüber betonte Carstens, daß Gegenmaßnahmen der Bundesrepublik von entsprechenden Aktionen der drei Westmächte abhängig sein müßten.

- 10 14.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 31

Carstens nimmt Stellung zu dem Vorschlag des Außenministers der DDR, Winzer, mit dem Generalbevollmächtigten der Firma Krupp, Beitz, ein Gespräch zu führen. Er rät dringend von einem solchen Treffen ab, da vor dem Hintergrund der bisherigen Vermittlertätigkeit von Beitz in den osteuropäischen Staaten der Eindruck entstehen könnte, daß offizielle Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der DDR vorbereitet würden.

- 11 18.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lankes S. 32

Lankes erörtert den sowjetischen Vorschlag über den Austausch von Manöverbeobachtern. Angestrebt werde eine Vereinbarung, die entweder zwischen Warschauer Pakt und NATO oder nur zwischen den USA und der UdSSR zu treffen sei. Die USA seien nicht abgeneigt, auf die Anregung einzugehen, erbäten aber vor einer Erörterung im Ständigen NATO-Rat eine Stellungnahme der Bundesrepublik. Aus einer Besprechung im Auswärtigen Amt hält Lankes fest, daß der Austausch von Beobachtern auf Bündnisebene wegen der damit verbundenen Aufwertung der DDR ausgeschlossen werden müsse. Dagegen sei ein bilateraler Austausch grundsätzlich positiv zu bewerten, „vorausgesetzt, daß die Vereinbarung nicht ausdrücklich auf die Situation in Deutschland“ zugeschnitten sei. Lankes schlägt als günstigste Lösung eine Vier-Mächte-Vereinbarung vor, die in eine möglichst große Zahl bilateraler Absprachen über Manöverbeobachtungen zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Pakts einzubetten wäre. Er empfiehlt, einer Erörterung des sowjetischen Vorschlags im Ständigen NATO-Rat zuzustimmen und zuvor eine Abstimmung mit dem Bundesministerium der Verteidigung vorzunehmen.

- 12 19.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 37

Lahr zieht eine Bilanz der Tagung des EWG-Ministerrats am 17./18. Januar 1966 in Luxemburg. Er äußert seine Enttäuschung darüber, daß Frankreich in dem vorgelegten „Arbeitsplan“ seine Rückkehr an den Ratstisch von weiteren Bedingungen abhängig mache. Die französische „Politik des leeren Stuhls“ sei ein „Vertragsbruch“ und ziele darauf ab, den politischen Gehalt der Gemeinschaften und insbesondere die Rolle der Europäischen Kommission in den Hintergrund zu drängen.

Statt dessen würden eigene wirtschaftliche Interessen „mit großer Härte“ verfolgt. Die Bundesrepublik sei zwar bereit, auf der EWG-Ministerratstagung am 28./29. Januar 1966 über einzelne Punkte zu beraten, werde aber weitere „préalables“ vor der Rückkehr Frankreichs in die Gremien der Gemeinschaft nicht anerkennen.

- 13 20.01. Legationsrat Mez, Khartum, an Staatssekretär Carstens S. 44

Mez berichtet über ein Gespräch mit einem sudanesischen Abgeordneten der National Union Party (NUP). Gabreel habe ihn vom Interesse seiner Regierung an einer Wiederaufnahme der Beziehungen mit der Bundesrepublik unterrichtet. Präsident Azhari verknüpfe damit die Hoffnung auf Entlastung der sudanesischen Finanzlage durch Abnahme von Baumwolle und sei überdies entschlossen, keine Rücksichten auf die VAR zu nehmen. In einer Stellungnahme äußert Mez Bedenken gegen eine Aufnahme von Gesprächen mit Azhari.

- 14 20.01. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 46

Pauls informiert über ein Gespräch mit dem israelischen Außenminister Eban. Der Botschafter kritisierte die Regierungserklärung des israelischen Ministerpräsidenten, in der Eshkol Verständnis für die Besorgnisse der osteuropäischen Staaten hinsichtlich „der zentraleuropäischen Sicherheitsfrage“ geäußert habe. Im Zusammenhang mit den bevorstehenden deutsch-israelischen Wirtschaftsverhandlungen stellte Pauls fest, daß eine gewisse beiderseitige Zurückhaltung und die wechselseitige Respektierung der Interessen nötig seien, ohne jedoch ein Junktim zwischen beiden Bereichen herzustellen. Eban erklärte, die Rede von Eshkol reflektiere lediglich Bedenken, wie sie auch von NATO-Verbündeten hinsichtlich der Teilnahme der Bundesrepublik an einer multilateralen Atomstreitmacht vorgebracht würden. Demgegenüber hob Pauls hervor, daß die Bundesrepublik in den entscheidenden Fragen der „nationalen Existenz“ nicht minder empfindlich als Israel reagiere.

- 15 20.01. Botschaftsrat I. Klasse Mangold, Genf (Internationale Organisationen), an das Auswärtige Amt S. 49

Mangold berichtet von einem Gespräch des Legationsrats I. Klasse Diesel mit einem Mitglied der rumänischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf. Ungureanu machte auf das von den übrigen osteuropäischen Ländern abweichende Abstimmungsverhalten Rumäniens in der UNO aufmerksam und wies auf die rumänische Bereitschaft zur Vermittlung sowohl in Abrüstungsfragen als auch in der Deutschland-Frage hin. Mangold schließt nicht aus, daß dieses Gesprächsangebot Ausdruck des rumänischen Bemühens sei, das Abhängigkeitsverhältnis von der UdSSR

langfristig zu lockern. Er schlägt vor, Ungureanu das Interesse der Bundesrepublik an einer Fortsetzung des Meinungsaustauschs mitzuteilen

- 16 21.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 53

Meyer-Lindenberg resümiert den Beitrag der Bundesrepublik zur Erschließung des Weltraums. Er hebt hervor, daß aus wirtschafts- und wissenschaftspolitischen Gründen der Anschluß an das internationale Niveau in der Weltraumforschung gewonnen werden müsse. Bisher habe die Bundesrepublik überwiegend in europäischen Organisationen mitgewirkt, etwa im Bereich der Entwicklung von Raumfahrzeugträgern und Fernmeldesatelliten sowie der Raumforschung. Die Kooperation mit der NASA sei jedoch eine unverzichtbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung der nationalen Weltraumforschung. Umgekehrt werde die Bereitschaft der USA zur Kooperation wesentlich von der eigenständigen deutschen und europäischen Entwicklung bestimmt, da diese den Wert der Bundesrepublik als Partner eines auch kommerziell nutzbaren Technologietransfers erhöhe. Die verstärkte deutsche Beteiligung an einer europäischen Weltraumforschung stelle schließlich auch eine wichtige Ausweichmöglichkeit dar für den Fall, daß die NASA die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik in einer Zeit politischer Entspannung einschränke. Unter Berücksichtigung dieser Argumente befürwortet Meyer-Lindenberg, die anstehenden fachlichen Fragen prüfen zu lassen und dann auf die amerikanischen Kooperationsangebote einzugehen.

- 17 21.01. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an das Auswärtige Amt S. 64

Braun übermittelt die von amerikanischer und britischer Seite vorgebrachte Bitte, die Bundesregierung möge einen freiwilligen einmaligen Beitrag in Höhe von 500000 Dollar zur Deckung des Defizits der Zypern-Mission leisten. UNO-Generalsekretär U Thant halte die Beseitigung dieses Finanzierungsproblems für eine „Lebensfrage“ der UNO. Braun stellt seine bisherigen Bedenken zurück und befürwortet nun die zusätzlichen Mittel, weil die Bundesrepublik zusammen mit den USA und Großbritannien „finanziell und damit auch politisch zu den Hauptträgern der Zypernaktion“ gehöre.

- 18 25.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken S. 66

Oncken faßt seine Gespräche am 20./21. Januar 1966 in Berlin (West) anläßlich der Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen des Bundestags zusammen. Bundesminister Mende habe sich für eine Aktivierung der Deutschland-Politik ausgesprochen und für Maßnahmen gegen die einseitige Vereinnahmung des „preußischen Gedankens“ durch die DDR sowie für eine bewußtere Gestaltung des „Tags der deut-

schen Einheit“ plädiert. Oncken gibt den Eindruck seiner anderen Gesprächspartner wieder, daß das Auswärtige Amt in Berlin-Angelegenheiten gegenüber dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen „seit einiger Zeit in den Hintergrund trete“. Er weist darauf hin, daß nicht zuletzt die von verschiedenen Stellen mit den Alliierten erörterten Gegenmaßnahmen im Falle sowjetischer Störversuche auf den Zufahrtswegen nach Berlin (West) gezeigt hätten, wie schwierig die interne Koordination der Deutschland-Politik gegenüber den Verbündeten sei.

- 19 26.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 71

Carstens berichtet von einem Gespräch mit dem Apostolischen Nuntius. Bafle äußerte den Gedanken, die Betreuung der katholischen Bevölkerung in den Ostgebieten des Deutschen Reichs unter fremder Verwaltung dadurch sicherzustellen, daß Bischöfe in Breslau und im Ermland bzw. Administratoren in den Gebieten ernannt würden, deren Diözeseneinteilung wegen des Fortbestehens des Preußischen Konkordats von 1929 und des Reichskonkordats von 1933 strittig seien. Er fügte hinzu, daß dies jedoch nur möglich sei, wenn die Bundesregierung auf die Ausübung ihrer Rechte aus den Konkordaten verzichte. Carstens erwiderte, daß ein solcher Verzicht einen Bruch mit der seit 20 Jahren bestehenden Praxis bedeuten würde, er aber über die Anregung des Nuntius „nachdenken“ wolle.

- 20 26.01. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 73

Pauls analysiert die Beziehungen zu Israel vor dem Hintergrund der Lage im Nahen Osten und des israelisch-sowjetischen Verhältnisses. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Eshkol vom 12. Januar 1966 interpretiert er mit Blick auf die ablehnende Haltung der UdSSR in Fragen der Ausreise von Juden nach Israel als einen „Versuch, durch Frontstellung gegen Deutschland Moskau zu gefallen“. Pauls weist darauf hin, daß die Einstellung Israels zur Bundesrepublik auch nach dem Botschafteraustausch unter „dem beherrschenden Gesichtspunkt des Reparationsgedankens“ gehalten werde. Einen positiven Effekt erwartet er von den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen. Pauls sieht es als wesentlich an, daß die Wiedergutmachung als abgeschlossen betrachtet und eine nach vorne gerichtete Außenpolitik betrieben werde. Zugleich müsse verdeutlicht werden, daß es nicht hingenommen werde, wenn sich die israelische Regierung den deutschland- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik in den Weg stellen würde.

- 21 27.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 76

Carstens legt Thesen zur Deutschlandpolitik vor. Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß die Prognosen zu Beginn des Jahres 1966 „nicht günstig“ seien. Wichtige Positionen drohten abzubröckeln, insbesondere weil die Verbündeten „vordringlichere Sorgen“ als das Deutschland-Problem hätten. Carstens

betont, daß am Ziel der Wiedervereinigung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts festgehalten werden solle. Jedoch rät er zu einer flexibleren Vorgehensweise. Er spricht sich für eine Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zur DDR aus, die seit 1961 ihre Position nach innen und außen konsolidiert habe. Carstens sieht es als unumgänglich an, im Falle einer Wiedervereinigung eine „generelle Opferbereitschaft“ hinsichtlich der Grenzfrage und des militärischen Status zu zeigen. Im Hinblick auf die Ostblock-Staaten hält der Staatssekretär die Aufnahme diplomatischer Beziehungen für erstrebenswert, selbst wenn die Anwesenheit zweier deutscher Botschafter am selben Ort hingenommen werden müßte; dies sei in Moskau schon seit zehn Jahren der Fall. Überhaupt müsse der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik als Postulat und nicht als Doktrin aufgefaßt werden. In der Grenzfrage sei daran festzuhalten, daß keine Gebietsansprüche gegenüber der Tschechoslowakei bestünden. Zur Frage der Oder-Neiße-Linie sei jedoch auf die endgültige Regelung der Grenzfrage in einem Friedensvertrag hinzuweisen. Carstens empfiehlt weiter, auf die Schaffung einer Gemeinsamen Nuklearen Streitmacht hinzuwirken.

- 22** 27.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf S. 103

Krapf nimmt zur Empfehlung des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion Stellung, Handelsvertretungen mit der Republik China (Taiwan) auszutauschen. Er stellt fest, daß sich der Wirtschaftsverkehr mit Taiwan auch ohne die Aufnahme amtlicher Beziehungen zufriedenstellend entwickle. Auch solle vermieden werden, sich in die Kontroverse zwischen der Volksrepublik China und der Republik China (Taiwan) um den Alleinvertretungsanspruch einzumischen, zumal die wichtigsten NATO-Verbündeten bereits die Volksrepublik China anerkannt hätten. Eine Parteinahme zugunsten Taiwans könnte bei anderen asiatischen Staaten Reaktionen auslösen, die zur Aufwertung der DDR führen könnten. Eine Nichtfestlegung in der China-Frage sei eine „Trumpfkarte“, die auszuspielen nur im Rahmen deutschlandpolitischer Überlegungen sinnvoll sei.

- 23** 27.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 108
Lahn

Lahn berichtet von einem Gespräch mit Vertretern der sowjetischen Botschaft über Abrüstungsfragen. Während nach sowjetischer Ansicht Maßnahmen zur Entspannung in Europa einer Debatte über die Wiedervereinigung Deutschlands vorausgehen sollten, erklärte Lahn, eine Einigung über Abrüstungsmaßnahmen und Fortschritte in der Wiedervereinigung seien in einem „synchronisierten Prozeß“ anzustreben. Lahn kommt zu dem Schluß, daß die UdSSR ernsthaft an einer Vereinbarung über die Nichtverbreitung interessiert sei, die „Verhinderung jeder nuklearen Gemeinschaftslösung“ jedoch Vorrang

habe. Nach sowjetischer Ansicht genüge „schon der McNamara-Ausschuß“, um den Abschluß eines Nichtverbreitungsabkommens zu verhindern.

- 24 28.01. Ministerialdirektor Krapf an Botschafter Knappstein, S. 111
Washington

Krapf übermittelt eine Sprachregelung über die politischen Gründe, die gegen die Entsendung von Bundeswehreinheiten nach Vietnam sprechen. Die Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik sei insbesondere durch die Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs und durch die Teilung Deutschlands eingeschränkt. Neben einer „intensiven Hetzkampagne des kommunistischen Lagers“, die sicherlich in den Entwicklungsländern, aber auch in der Öffentlichkeit anderer NATO-Staaten zu nachteiligen Reaktionen führen werde, könnte ein militärisches Engagement in Vietnam auch eine erneute Bedrohung von Berlin (West) provozieren. Zu berücksichtigen sei schließlich, daß die Bundeswehr nach Aufbau und Auftrag nicht für den Einsatz außerhalb des NATO-Gebiets vorgesehen sei. Abschließend empfiehlt Krapf, den Standpunkt der Bundesregierung in Gesprächen nicht detailliert zu erörtern. Zudem würden die rechtlichen Aspekte der Angelegenheit erst noch geprüft.

- 25 31.01. Runderlaß des Staatssekretärs Lahr S. 114

Lahr teilt mit, daß die Bundesregierung das Ergebnis der EWG-Ministerratstagung vom 28./29. Januar 1966 in Luxemburg als Erfolg ansehe. In der Frage der Mehrheitsabstimmung habe sich Frankreich mit seiner Forderung nach einem Vetorecht nicht durchsetzen können, aber auch keine Erläuterung dazu gegeben, wie sich die französische Regierung im Falle einer Überstimmung verhalten werde. Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Rat und Kommission würden keine durch die Römischen Verträge gewährten Rechte eingeschränkt. Damit werde Frankreich seine „Politik des leeren Stuhls“ aufgeben, um das Problem der EWG-Agrarfinanzierung sowie die Fusion der Exekutiven und die Zusammensetzung der vereinigten Kommission zu beraten. Dieser Verhandlungserfolg sei vor allem auf das solidarische Vorgehen der anderen fünf EWG-Mitglieder zurückzuführen, die der von Frankreich angestrebten „Denaturierung der Gemeinschaften“ entgegengetreten seien. Es habe sich gezeigt, daß bei allen Beteiligten der „point of no return“ überschritten sei.

- 26 01.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 119

Harkort berichtet über die Entscheidung der peruanischen Regierung, den Auftrag für den Bau eines hydroelektrischen Kraftwerks (Mantaro-Projekt) nicht an ein deutsch-britisches Konsortium, sondern an eine italienische Firma zu vergeben. Dieser Entschluß sei vor allem auf die zu hoch veranschlagten britischen Baukosten zurückzuführen. Während die Bundesregierung das Projekt in jeder Weise unterstützt habe, sei es

fraglich, ob die britische Regierung dieses, auch für den deutsch-britischen Devisenausgleich wesentliche Projekt „genügend gewertet oder gefördert“ habe.

- 27** 02.02. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 122

Schröder nimmt die durch Ablehnung der Berlin-Klausel entstandenen Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit der Schweiz über den Ausbau des Rheins zum Anlaß, an seine Vorschläge zur Änderung des bisherigen Verfahrens bei der Einbeziehung von Berlin (West) in internationale Verträge zu erinnern. Der Minister regt an, möglichst bald entsprechende Verhandlungen mit den Drei Mächten aufzunehmen. In einer Anlage zu dem Schreiben rekapituliert Ministerialdirektor Thierfelder den Stand der Verhandlungen mit der Schweiz. Nach schweizerischer Auffassung bestehe kein sachlicher Zusammenhang zwischen dem Abkommen und dem Land Berlin, weil „der Rhein nicht durch Berlin fließt“. Demgegenüber habe die Bundesrepublik auf die „Einheitlichkeit der deutschen Rechtsordnung“ hingewiesen und erklärt, eine grundsätzliche Einbeziehung von Berlin (West) in völkerrechtliche Verträge der Bundesrepublik sei unverzichtbar, weil Berlin noch unter einem besonderen Besatzungsstatut stehe. Die für den 24. Januar 1966 anberaumte Abschlußverhandlung sei daraufhin abgesagt worden.

- 28** 03.02. Bundesminister Schröder an Bundesminister Lücke S. 126

Schröder bittet Lücke, sein im Bundesverteidigungsrat am 21. Januar 1966 eingelegtes Votum gegen einen Teil der Ausrüstungshilfe an den Iran zu überdenken. Die Bundesregierung habe keinen Einfluß auf den Endverbleib der 10000 Gewehre innerhalb des Irans; daher könne dem Vorschlag von Lücke nicht gefolgt werden, die Waffen statt an die iranischen Streitkräfte an die dortige Polizei zu liefern. Schröder hebt hervor, daß eine Verzögerung oder gar Ablehnung der Waffenlieferungen zu einer ernsthaften Belastung der bilateralen Beziehungen führen könne.

- 29** 04.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 127

Lahr erörtert die Forderung Frankreichs, über eine Regelung der Finanzierung des EWG-Agrarmarkts gesondert zu verhandeln und dieser Frage gegenüber einem „harmonischen Fortschritt“ der Gemeinschaft Vorrang einzuräumen. Demgegenüber bestehe die Bundesregierung auf der Einführung einer Zollunion zum 1. Juli 1967, auf der Feststellung eines Arbeitsplans für eine gemeinsame Steuerpolitik und auf einer Koordinierung der Handelspolitik. Lahr schlägt vor, daß Bundesminister Schröder bei seiner Begegnung mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 7./8. Februar 1966 in Paris darauf hinweisen solle.

- 30** **04.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf** **S. 130**
- Krapf stellt fest, daß der amerikanische Vorschlag eines Nichtverbreitungsabkommens vom 1. Februar 1966 gegenüber dem Entwurf vom 17. August 1965 Änderungen enthalte, die den Interessen der Bundesrepublik zuwiderliefen und offenbar auf die amerikanische Kompromißbereitschaft gegenüber der UdSSR zurückzuführen seien. Krapf äußert Bedenken gegen Formulierungen, die das Weitergabe- und Herstellungsverbot von Kernwaffen auch auf eine kollektive Nuklearorganisation bezögen, eine Mehrheitsentscheidung in einer solchen Organisation ausschlossen und somit auf ein Vetorecht der beteiligten Atomkräfte bei der Freigabe der Waffen hinausliefen. Die Mitwirkung nichtnuklearer Staaten an der Atomrüstung von Nuklearstaaten und eine Lösung im europäischen Rahmen würden nun „versperrt“. Krapf schlägt vor, die bisherige Verhandlungslinie zu verlassen und mit den USA Gespräche über einzelne Formulierungen aufzunehmen.
- 31** **04.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf** **S. 135**
- Krapf erörtert die möglichen Folgen von Pressemeldungen, nach denen führende Kreise in der Bundesrepublik gegenüber der Tschechoslowakei eine revisionistische Politik verfolgten. Nicht nur die Ostblock-Staaten, sondern auch die europäischen Verbündeten betrachteten insbesondere die Äußerungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihres Vorsitzenden, des Bundesministers Seehofer, über „Heimatgebiet“, „Heimatsvolk“ und „Rückgabe“ mit Sorge. Da sich die Bundesregierung davon oft nicht distanzieren, erwecke sie selbst bei den Verbündeten „den Verdacht einer gewollten Doppelzüngigkeit“. Krapf schlägt eine „überzeugende Widerlegung der Zweifel an den politischen Absichten“ der Bundesrepublik gegenüber der Tschechoslowakei vor.
- 32** **04.02. Ministerialdirigent Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris** **S. 140**
- Ruete berichtet, daß in Gesprächen der Bonner Vierergruppe am 2. Februar 1966 uneinheitliche Reaktionen der Drei Mächte auf Noten der DDR, die durch Mantelnoten von Ostblock-Staaten übermittelt wurden, deutlich geworden seien. Dieser Eindruck werde durch das Verhalten anderer NATO-Staaten noch verstärkt. Ruete schlägt für die bevorstehende Sitzung des Politischen Ausschusses des Ständigen NATO-Rats vor, die Verbündeten zu bitten, ähnliche Noten in Zukunft entweder zurückzuweisen oder den Erhalt nicht zu bestätigen.
- 33** **05.02. Bundeskanzler Erhard an Premierminister Wilson** **S. 143**
- Erhard bezweifelt, daß das aus zehn NATO-Staaten gebildete Special Committee oder die Arbeitsgruppe für nukleare Planung geeignete Gremien seien, um die Probleme einer gemeinsamen Nuklearen Streitmacht zu lösen. Er schlägt daher vor, daß die an den nuklearen Fragen besonders interessierten

Staaten, zu denen er außer der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA insbesondere auch die Niederlande und Italien zählt, konkrete Lösungsmöglichkeiten erörtern.

- 34 07.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 145

Erhard und de Gaulle würdigen die Ergebnisse der EWG-Ministerratstagung vom 28./29. Januar 1966 in Luxemburg. Der Bundeskanzler sieht sich in seiner Auffassung bestätigt, daß das Mehrheitsprinzip erst dann angewandt werden könne, wenn einmal die „politische Idee Gestalt gewonnen habe“. Er begrüßt die Ankündigung von de Gaulle, an die Arbeiten des Fouchet-Plans anzuknüpfen und auch das Verhältnis der EWG zu Großbritannien zu prüfen. Die Gesprächspartner einigen sich darauf, daß die Frage regelmäßiger politischer Konsultationen der Mitgliedstaaten zunächst von de Gaulle auf der Pressekonferenz am 21. Februar 1966 angeregt und anschließend von Erhard präzisiert werden solle. Erhard verweist auf die bevorstehende Reise des französischen Staatspräsidenten nach Moskau und beklagt die verschärfte Haltung der UdSSR in der Deutschland-Frage. So sei in letzter Zeit die internationale Aufwertung der DDR forciert worden. De Gaulle erläutert die französische Osteuropa-Politik und betont, daß Frankreich erkennbare Tendenzen einiger osteuropäischer Staaten zu mehr Selbständigkeit unterstütze. Die unnachgiebige Haltung dieser Staaten in der Deutschland-Frage führt er auf „alle Äußerungen über die nukleare Frage“ zurück. Erhard entgegnet, daß sich die Bundesrepublik durch die UdSSR bedroht fühle und daß in der DDR „17 Millionen seiner Landsleute unter fremder Herrschaft in Unfreiheit schmachten“. Dennoch werde die Bundesrepublik von der sowjetischen Propaganda als „Störenfried“ dargestellt. Die Bundesregierung sei daher bestrebt, „aus dieser Lage herauszukommen“.

- 35 07.02. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 159

Couve de Murville erläutert die französische Haltung zum Vietnam-Krieg. Das sowjetische Interesse an Vietnam sei nur mittelbar und konzentriere sich darauf, eine Ausdehnung der chinesischen Einflußsphäre zu verhindern. Überhaupt müsse die Vietnam-Frage als Auseinandersetzung zwischen den USA und der Volksrepublik China, nicht zwischen den USA und der UdSSR, betrachtet werden. Frankreich habe bislang vergeblich versucht, die USA zu Verhandlungen mit der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) zu bewegen. Die Menschen in Vietnam seien überzeugt, daß die USA „nur bereit seien, eine Regierung in Saigon zu dulden, die sie in der Hand hätten“. Zu den Verhandlungen der Konferenz der 18-Mächte-Abstimmungskommission in Genf erklärt Schröder, daß der Vorschlag des Ministerpräsidenten Kossygin vom 1. Februar 1966 von Interesse sei, da er erstmals Auffassungen der nichtnuklearen Staaten Rechnung trage. Couve de Murville bekräftigt die

französische Ablehnung einer Teilnahme an den Verhandlungen, deren Ziel in einem vertraglichen Verbot von Atomversuchen bestehe. Hinsichtlich des sowjetischen Vorschlags zu einem Nichtangriffsvertrag zwischen NATO und Warschauer Pakt stimmt er mit Schröder überein, daß es ein überlegenswerter Gedanke sei, dem aber eine mögliche Teilnahme der DDR im Wege stünde.

- 36 08.02. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 171

Der französische Staatspräsident bestätigt, daß er auf der bevorstehenden Pressekonferenz am 21. Februar 1966 den Wunsch nach einer Intensivierung der politischen Zusammenarbeit der EWG-Mitgliedstaaten äußern werde, „die dann diplomatisch zu organisieren wäre“. Erhard erklärt, Bundesminister Schröder werde dann versuchen, zur Vorbereitung eines Gipfeltreffens zunächst eine Konferenz der Außenminister einzuberufen. Als Ansatzpunkt für eine europäische politische Einigung schlägt er vor, den deutsch-französischen Vertrag „extensiv“ auszulegen. De Gaulle weist demgegenüber auf Beeinträchtigungen bei der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik hin, die daher rührten, daß diese ihren Beziehungen zu den USA eine Präferenz gebe. Ferner erläutert de Gaulle seine Einschätzung, daß die Gefahr einer sowjetischen Bedrohung nachgelassen habe. Erhard führt aus, daß er der bevorstehenden Reise von de Gaulle nach Moskau mit einer „gewissen Erwartung“ hinsichtlich neuer Varianten in der Diskussion über die Ost-West-Beziehungen entgegensetze. Auch in der Bundesrepublik gebe es ein „Drängen, aus der sterilen Erstarrung herauszukommen“.

- 37 08.02. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 179

Couve de Murville nimmt Stellung zu den Beziehungen zwischen EWG und EFTA. Hinsichtlich Großbritanniens habe sich die französische Beurteilung in den letzten Jahren „weiterentwickelt“, zum einen, weil die „Perspektiven für die Idee einer Union“ der EWG-Mitgliedstaaten gesunken seien, zum anderen, weil die britische Öffentlichkeit für eine Annäherung an die EWG aufgeschlossener geworden sei. Allerdings stünden die britische Währungskrise, die Bindung an das Commonwealth und vor allem die Probleme der Landwirtschaft einem Beitritt noch entgegen. Schröder bestätigt, daß sich die Beitrittsfrage noch nicht stelle. Er halte ohnehin einen erfolgreichen Abschluß der Kennedy-Runde für vorrangig. Couve de Murville bekräftigt das Interesse an einer politischen Zusammenarbeit der EWG-Mitgliedstaaten, etwa in Form von vierteljährlichen Treffen der Außenminister.

- 38** **09.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** **S. 186**
- Carstens berichtet über ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten am 7. Februar 1966 in Paris. De Gaulle erkundigte sich nach den von Carstens im September 1965 in Moskau gewonnenen Eindrücken. Zu den Ausführungen des Staatssekretärs über die sowjetische Deutschlandpolitik erklärte de Gaulle, die UdSSR benutze die nukleare Frage nur als „Vorwand“, um ihre „rigorose Haltung“ zu begründen. Der Staatspräsident teilte zwar die Einschätzung des Staatssekretärs über das sowjetische militärische Bedrohungspotential, gab sich aber sicher, daß die UdSSR im Augenblick „keine aggressiven Absichten“ dem Westen gegenüber habe.
- 39** **14.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder** **S. 187**
- Thierfelder hält die Ergebnisse einer Sitzung des Kabinettsausschusses über Hilfe für die Republik Vietnam (Südvietnam) fest. Während Bundesminister Lücke als einziger „Menschen und die Flagge“ zur Verfügung stellen wollte, sprach sich Bundesminister Scheel für eine „Distanzierung vom Konflikt“ aus. Jede Hilfe solle rein humanitären Charakter haben und „weder militärisch noch politisch“ sein. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde vor einer Beteiligung karitativer Organisationen bei der Bereitstellung von Mitteln gewarnt, weil sie unverzüglich eine paritätische Unterstützung auch für die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) fordern würden. Schließlich ergäben sich auch Schwierigkeiten bei Bauvorhaben, da die Industrie zwar das Material, nicht aber Fachleute stellen würde.
- 40** **14.02. Ministerialdirigent Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris** **S. 189**
- Ruete weist darauf hin, daß die Bundesregierung den Austausch von Manöverbeobachtern zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt weiterhin ablehne. Jedoch bestünden keine Bedenken gegen bilaterale Vereinbarungen zwischen einzelnen Mitgliedern der NATO und einzelnen Ostblock-Staaten, die sich aber nur auf nationale Manöver im jeweiligen Hoheitsgebiet und nicht auf deutsches Gebiet beziehen dürften.
- 41** **15.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete** **S. 192**
- In Vorbereitung der Sitzung des Staatssekretärausschusses am 18. Februar 1966 legt Ruete den Stand der Passierschein-Gespräche dar. Ein am 4. Februar 1966 von der DDR übergebener Entwurf einer Passierschein-Vereinbarung mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 1966 sei von der Bundesregierung und vom Senat von Berlin abgelehnt worden, da er in der Substanz hinter den bisherigen Vereinbarungen zurückgeblieben sei. Die Gespräche seien nun in eine „Sackgasse“ geraten. Ungeachtet der Bestrebungen der DDR, mit Hilfe der Passierschein-Vereinbarungen ihre „Spaltungs- und Berlin-Politik“ durchzusetzen, befürwortet Ruete die Fortsetzung der Gesprä-

che aus humanitären Gründen. Notfalls seien auch kürzere Laufzeiten für die Vereinbarungen zu akzeptieren. Eine auf Härtefälle beschränkte Regelung sei dagegen nicht erwünscht. Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit sei geeignet, die Position der Bundesregierung zu stärken und den „unmenschlichen Charakter des Zonenregimes“ herauszustellen.

- 42 19.02. **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse** S. 198
 Luedde-Neurath

Luedde-Neurath erörtert den Stand der Gespräche mit der Tschechoslowakei über ein Handels- und Handelsvertretungsabkommen. Der CDU-Abgeordnete Blumenfeld habe ihm nach einer Unterredung mit dem Leiter der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin (West), Krepelak, mitgeteilt, daß das tschechoslowakische Außenministerium offensichtlich nicht über die Gespräche des Auswärtigen Amts mit dem Leiter der Vertretung tschechoslowakischer Handelsgesellschaften in Frankfurt/M., Novy, informiert worden sei. Blumenfeld habe daher vorgeschlagen, die Gespräche in Frankfurt/M. einstweilen zu unterbrechen und die Vorstellungen der Bundesregierung für die tschechoslowakischen Gesprächspartner in Berlin (West) schriftlich festzuhalten. Luedde-Neurath äußert Bedenken dagegen, die Gespräche mit Novy einzustellen, räumt aber ein, daß der CDU-Abgeordnete gegenüber seinem tschechoslowakischen Gesprächspartner „auf eigene Verantwortung“ eine „angereicherte“ wohlwollende Erklärung hinsichtlich des Münchener Abkommens von 1938 abgeben könnte. Darüber hinaus sei eine Unterredung zwischen Angehörigen des Auswärtigen Amts in Berlin (West) und Krepelak zur Belebung der bilateralen Vorbesprechungen denkbar.

- 43 21.02. **Botschafter Knappstein, Washington, an Staatssekretär** S. 204
 Carstens

Knappstein nimmt Stellung zur öffentlichen Diskussion in den USA über eine Entsendung von Bundeswehreinheiten nach Vietnam. Die Forderungen nach militärischer Hilfe sollten nicht überschätzt werden, zumal ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums dies bereits dementiert habe und die amerikanische Regierung die Haltung der Bundesrepublik offiziell respektiere. Knappstein rät, die Debatte nicht zu intensivieren. Statt dessen schlägt er einen Runderlaß vor, in dem die Argumente der Bundesregierung gegen einen Einsatz deutscher Truppen in Vietnam erläutert werden sollten.

- 44 23.02. **Ministerialdirigent Ruete an die Ständige Vertretung** S. 207
 bei der NATO in Paris

Ruete stellt fest, daß die Bundesregierung die Verteidigungshilfe für Griechenland und für die Türkei ungeachtet des Zypern-Konflikts weiterführen wolle. Es müsse jedoch gewährleistet sein, daß die Ausrüstungsgegenstände ausschließlich im

Rahmen der bestehenden NATO-Absprachen verwandt und entsprechende Vorkehrungen in den Verteidigungshilfe-Abkommen getroffen würden.

- 45 24.02. Botschafter Freiherr von Welck, Bern, an das S. 208
 Auswärtige Amt

Welck berichtet von einem Gespräch zwischen der Legationsrätin I. Klasse Scheibe und dem Unterabteilungsleiter im schweizerischen Außenministerium. Janner kündigte eine Demarche des schweizerischen Botschafters in Bonn bei Staatssekretär Carstens an. Tröndle werde dann erklären, daß die Schweiz mit der Aufnahme der Berlin-Klausel in das Abkommen über die Finanzierung des Ausbaus des Rheins einverstanden sei. Gleichzeitig werde er aber auch deutlich machen, daß der grundsätzliche Standpunkt hinsichtlich einer Einbeziehung von Berlin (West) in künftige bilaterale Verträge aufrechterhalten werde. Welck resümiert, daß der Grund für die negative Haltung der Schweiz in der Nichtanerkennung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik zu sehen sei.

- 46 25.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 210

Ruete erörtert den Stand der Diskussionen über eine Gemeinsame Nukleare Streitmacht (GNS) anhand des Briefwechsels zwischen Präsident Johnson und Premierminister Wilson sowie zwischen Wilson und Bundeskanzler Erhard. Das ursprüngliche Projekt einer MLF habe keine Aussicht mehr auf Verwirklichung. Johnson wolle eine GNS zwar nicht ausschließen, aber nur unter der Voraussetzung einer deutsch-britischen Einigung. Es seien britische Tendenzen zu erkennen, das Special Committee zur Lösung der nuklearen Frage einzusetzen. Ruete bemerkt, daß ein hartnäckiges Beharren auf dem Projekt bei den Verbündeten zunehmend als deutsches Problem empfunden würde. Die Bundesrepublik solle daher die nukleare Frage „virulent halten“, ohne dabei die Rolle des „demandeurs“ zu übernehmen. Eine konstruktive Mitarbeit im Special Committee sei nötig, dürfe aber nicht das Zustandekommen einer GNS verhindern. Ruete empfiehlt eine Intensivierung der Forschung auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Gleichzeitig dürfe der Verteidigungshaushalt nicht weiter beschnitten werden, um den Bündniswert der Bundesrepublik sowie ihren Einfluß in der NATO zu stärken und die Notwendigkeit einer Lösung der nuklearen Frage zu unterstreichen.

- 47 25.02. Gesandter Limbourg, Paris, an das Auswärtige Amt S. 218

Limbourg faßt ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium zusammen. De Beaumarchais unterrichtete über eine Reihe von Maßnahmen, die die französische Regierung zu ergreifen beabsichtige. Diese beträfen jedoch lediglich den militärischen Bereich der NATO. Die unter dem Oberbefehl der NATO stehenden französischen Truppen würden der alleinigen nationalen Befehlsgewalt unterstellt. Über den Verbleib der Truppen in der Bundesrepublik, die Frank-

reich nach wie vor dort belassen wolle, müßte auf der Basis der 1954 geschlossenen Verträge und des deutsch-französischen Vertrages von 1963 verhandelt werden. Bei künftigen Verhandlungen seien auch Großbritannien und die USA hinzuzuziehen. Abschließend bekräftigte de Beaumarchais, daß Frankreich wie bisher im politischen Teil des Bündnisses mitwirken und „ganz selbstverständlich“ weiterhin im NATO-Rat verbleiben werde.

- 48 25.02. Botschaftsrat I. Klasse Sahn, Paris (NATO), an das S. 220
Auswärtige Amt

Sahn analysiert die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 21. Februar 1966. De Gaulle habe u.a. deutlich gemacht, daß Frankreich nach wie vor zur NATO stehe, aber gewisse organisatorische Bindungen beseitigen wolle mit dem Ziel der „völligen Wiederherstellung“ der Souveränität zu Lande und in der Luft. Frankreich werde sich aber zu bilateralen Abkommen mit einzelnen Staaten bereiterklären. Dies gelte auch „für die alliierte Zusammenarbeit in Deutschland“. Sahn resümiert, daß de Gaulle keine Vorschläge für eine Reform unterbreiten, sondern sich auf einseitige Maßnahmen und auf die Bewahrung der Handlungsfreiheit Frankreichs beschränken wolle.

- 49 25.02. Bundeskanzler Erhard an Präsident Johnson S. 225

Erhard gibt zu bedenken, daß die Änderungen an dem amerikanischen Vertragsentwurf vom 17. August 1965 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik berührten. Die Neufassung stelle die Schaffung einer „europäischen Kernstreitmacht“, in der Mehrheitsentscheidungen über ihren Einsatz gefaßt werden könnten, in Frage. Zudem scheine es so, als ob die Mitwirkung nichtnuklearer Staaten an der Atomrüstung von Nuklearstaaten ausgeschlossen werde. Daher regt Erhard weitere deutsch-amerikanische Gespräche an.

- 50 28.02. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter S. 228

Schnippenkötter hält den Stand der Verhandlungen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf über ein Nichtverbreitungsabkommen fest. Er erörtert das 7-Punkte-Programm des Präsidenten Johnson sowie die Botschaft des Ministerpräsidenten Kossygin vom 1. Februar 1966. Der Botschafter hebt die amerikanische Zusicherung hervor, daß die USA alle Staaten unterstützen würden, die sich dem atomaren Wettrüsten nicht anschließen wollten und die einer atomaren Bedrohung ausgesetzt seien. Gleichmaßen beschäftige sich der sowjetische Vorschlag erstmals mit dem Problem der Sicherheit nichtnuklearer Staaten. Die Annahme des Kossygin-Vorschlages liefe jedoch darauf hinaus, daß osteuropäische Staaten bei einem Verzicht auf die Stationierung von Atomwaffen auch nicht mehr Ziel eines Atomwaffeneinsatzes der NATO sein dürften, selbst wenn sie Aufmarschgebiet für einen kon-

ventionellen sowjetischen Angriff gegen den Westen wären. Schnippenkötter sieht Anzeichen für eine veränderte Politik der Nichtverbreitung, da nun eine Regelung der Sicherheitsprobleme der neutralen und der Allianzstaaten in den Vordergrund gerückt würde.

- 51 28.02. Aufzeichnung des Referats III A 4 S. 235

Referat III A 4 erörtert die Modalitäten der Verteidigungshilfe für Portugal. Die Bundesrepublik habe bei den Verhandlungen im Jahr 1965 Wert darauf gelegt, daß deutsche Rüstungsgüter ausschließlich in Portugal selbst oder aber im Gebiet der NATO verblieben. Portugal habe eine entsprechende Endverbleibsklausel akzeptiert. Unter dieser Voraussetzung habe das Auswärtige Amt auch dem Export von 40 Flugzeugen des Typs G 91 zugestimmt. Anderslautende Zeitungsmeldungen über einen möglichen Einsatz der Flugzeuge, auch in den afrikanischen Territorien Portugals seien als unzutreffend bezeichnet worden.

- 52 28.02. Runderlaß des Ministerialdirigenten Frank S. 237

Frank erörtert den Stand der Diskussion über drei verschiedene Farbfernsehsysteme. Während Frankreich mit SECAM ein vom amerikanischen NTSC-System unabhängiges Farbfernsehsystem entwickelt habe, sei in der Bundesrepublik das PAL-System entstanden, daß mit dem NTSC-System kompatibel sei. Bemühungen um ein gemeinsames europäisches Farbfernsehsystem seien gescheitert. Im Gegensatz zur Bundesregierung habe die französische Regierung die Ausbreitung des französischen Systems „mit politischen Mitteln gefördert“ und bereits entsprechende Vereinbarungen mit den Ostblock-Staaten getroffen, wobei für die Bundesrepublik die Entscheidung der DDR von besonderem Interesse sei. In Westeuropa scheine sich das PAL-System durchzusetzen. Frank bittet die Vertretungen, eventuelle Bemühungen des Gastlandes um die Einführungen des PAL-Systems „in geeigneter Weise zu fördern“.

- 53 01.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 240

Ruete stellt fest, daß der Vorschlag der DDR vom 1. März 1966 über den Abschluß einer Passierscheinregelung aus der „Sackgasse“ geführt habe. Nun sei auf die westlichen Forderung eingegangen worden, das Abkommen vom 25. November 1965 in Form und Inhalt zu verlängern. Lediglich die Fristen für die Antragstellung vor der Besuchsperiode über Pfingsten seien auf acht Tage begrenzt worden. Ruete vermutet einen Zusammenhang mit dem Parteitag der SED-Westberlin im Mai 1966 in Berlin (West). Er empfiehlt die Annahme des Entwurfs trotz der zeitlichen Befristung bis zum 30. Juni 1966. Der Vorteil kurzer Laufzeiten sei, daß bei einer Häufung von gleichartigen Abschlüssen eine gewisse Praxis entstehe, der sich auch die DDR nicht entziehen könne. Da die beteiligten Bundesministerien über den Verlauf der letzten Passierschein-Gespräche nur „unbefriedigend“ informiert worden seien, schlägt Ruete

abschließend eine „unverzögliche und vollständige“ Unterrichtung durch die Vertretung des Landes Berlin beim Bund in Bonn oder durch den Bevollmächtigten der Bundesrepublik in Berlin vor.

- 54 02.03. Ministerialdirigent Ruete an den Abgeordneten Blumenfeld S. 243

Ruete übermittelt Blumenfeld ein Papier für dessen Gespräche mit Vertretern der Tschechoslowakei. Die nicht als Äußerung der Bundesregierung zu kennzeichnenden Vorschläge umfassen Formulierungen für ein bilaterales Abkommen zur Einbeziehung von Berlin (West), über den Geltungsbereich der Deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel und hinsichtlich der Gültigkeit des Münchener Abkommens von 1938, das erst „von Hitler gebrochen worden sei“.

- 55 03.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 246

Lahr bilanziert die erste Phase der Verhandlungen mit Israel über Wirtschaftshilfe. Es sei gelungen, die Vorwürfe zu entkräften, daß Israel „wie jedes andere Entwicklungsland“ behandelt werde und die Bundesrepublik sich nicht an bestehenden Vereinbarungen halte. Dementsprechend habe von Israel eingeräumt werden müssen, daß Bundeskanzler Adenauer und sein Nachfolger Erhard für die Aktion „Geschäftsfreund“ keinen festen finanziellen und zeitlichen Rahmen oder fixe Annuitäten vereinbart hätten. Differenzen bestünden weiterhin, weil die Bundesrepublik weder die Festsetzung eines Gesamtbetrags noch die israelische These von einer künftigen „Zweigleichzeitigkeit“ der Aktion „Geschäftsfreund“ und der Wirtschaftshilfe anerkenne. Lahr stellt fest, daß schwierige Verhandlungen bevorstünden, zumal die Bundesrepublik nicht mehr als 150 Mio. DM Wirtschaftshilfe jährlich anbieten könne.

- 56 03.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 251

Harkort faßt den Stand der Planungen für ein Luftverkehrsabkommen mit Zypern zusammen. Das Auswärtige Amt sei sich mit dem Bundesministerium für Verkehr darüber einig, entsprechende Verhandlungen ungeachtet der Tatsache aufzunehmen, daß Zypern der DDR-Fluggesellschaft Interflug weiterhin Landerechte auf Zypern einräume. Das geschätzte Jahresdefizit einer Fluglinie von Frankfurt/M. nach Nikosia solle durch den Bundeshaushalt gedeckt werden. Das Bundesministerium der Finanzen habe sich jedoch zuletzt mit Schreiben vom 9. Februar 1966 aus wirtschaftlichen und politischen Gründen gegen eine Fluglinie nach Nikosia durch die Lufthansa oder den Condor-Flugdienst ausgesprochen. Trotz der Tatsache, daß die Interflug zusätzliche Überfluggenehmigungen und Landerechte auf der Insel erworben habe, empfiehlt Harkort die Aufnahme von Verhandlungen, um für die zypriische Regierung einen Anreiz zu schaffen, zwischen der Bundesrepublik und der DDR „zu wählen“.

- 57 04.03. Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt S. 256
- Staatssekretär Carstens resümiert die Bemühungen der Bundesregierung, die Familienzusammenführung aus den Ostblock-Staaten zu fördern. Er stellt fest, daß die Bereitschaft insbesondere der rumänischen Regierung, deutsche Staatsangehörige und Volksdeutsche ausreisen zu lassen, in einem „gewissen Verhältnis“ zum jeweiligen politischen Gesamtklima stehe. Seit dem Amtsantritt des neuen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, Ceaucescu, sei wieder eine restriktivere Praxis bemerkbar. Anlässlich des Besuchs des rumänischen Außenhandelsministers Cioara im Mai 1966 werde das Auswärtige Amt die Frage der Familienzusammenführung erneut ansprechen. Der Innenminister von Baden-Württemberg, Filbinger, weist auf die Möglichkeiten des Mißbrauchs bei der Familienzusammenführung hin und hebt die Notwendigkeit hervor, die Unterstützung der Bundesregierung ausschließlich „wirklich Deutschstämmigen“ zuteil werden zu lassen.
- 58 07.03. Note der Bundesregierung (Entwurf) S. 262
- Das Auswärtige Amt legt den Entwurf einer Note mit Vorschlägen zur Abrüstung und Friedenssicherung vor. Mit Blick auf das Verhältnis zu Polen wird auf die Bereitschaft der Bundesrepublik verwiesen, im Falle einer Wiedervereinigung „Opfer“ auf sich zu nehmen. Gegenüber der Tschechoslowakei habe die Bundesrepublik keinerlei territoriale Ansprüche und werde auch keine solchen erheben; das Münchener Abkommen von 1938 sei „von Hitler zerrissen und nicht mehr gültig“. Ferner wird der Wille bekräftigt, auch an umfassenden Plänen zur Vermeidung des Risikos eines nuklearen Krieges mitzuarbeiten. Außerdem wird der Austausch von förmlichen Erklärungen mit den osteuropäischen Staaten vorgeschlagen, in denen jede Seite auf die Anwendung von Gewalt verzichtet, insbesondere bei der Lösung der deutschen Frage. Dies sollte gleichzeitig mit den Bemühungen um Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle einhergehen.
- 59 07.03. Staatssekretär Carstens an Bundeskanzler Erhard S. 270
- Carstens berichtet über ein Gespräch mit einem Sondergesandten der sudanesischen Regierung, Daoud Abdel Latif. Demzufolge beabsichtige der Sudan, auf der nächsten Konferenz der Arabischen Liga am 14. März 1966 einen Beschluß über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik herbeizuführen. Carstens bittet um das Einverständnis von Erhard zu dem beigefügten Entwurf einer Erklärung zur Nahost-Politik der Bundesrepublik. Dadurch solle der Sudan in die Lage versetzt werden, die anderen arabischen Staaten von der Bereitschaft der Bundesregierung zu überzeugen, sie bei ihren wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu unterstützen. In diese Hilfe sollten ausdrücklich auch die Palästina-Flüchtlinge einbezogen werden.

61 08.03. Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 275

62 08.03. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Staatsminister Lord Chalfont, britisches Außenministerium S. 277

XXXVII

kung eintreten, „ohne an die Wiedervereinigung zu denken“. Die Gesprächsteilnehmer sind sich einig, daß der Vorschlag des Ministerpräsidenten Kossygin zu einem Nichtverbreitungsabkommen „ein diplomatisches Meisterstück“ sei. Carstens betont jedoch, daß die Bundesregierung wegen der nachteiligen Auswirkungen darauf nicht eingehen könne.

- 63** 08.03. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 285

Carstens faßt die Ergebnisse eines Gespräches mit dem amerikanischen Botschafter am 7. März 1966 zusammen. Er versicherte McGhee, daß die Bundesrepublik die amerikanische Auffassung teile, keine einseitigen Verhandlungen mit Frankreich aufzunehmen. Statt dessen sollten die anderen NATO-Partner ihr weiteres Vorgehen abstimmen. Der Staatssekretär weist schließlich darauf hin, daß er McGhee über die Rechtsauffassung der Bundesregierung unterrichtet habe, die auch der französischen Regierung unterbreitet worden sei. Demnach hätten alle NATO-Partner ihre in Europa stationierten Streitkräfte der NATO unterstellt. Ein französischer Austritt aus der NATO hätte unmittelbare Folgen für den Verbleib der französischen Truppen in der Bundesrepublik. Die Bundesregierung sei nicht bereit, „eine militärische Sonderregelung zu akzeptieren, die Deutschland in einseitiger Weise belaste“.

- 64** 09.03. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 288

Grewe berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats. Der amerikanische NATO-Botschafter Cleveland unterrichtete seine Kollegen über den Briefwechsel zwischen Staatspräsident de Gaulle und Präsident Johnson. In der anschließenden Diskussion bestand bei aller Kritik an der Haltung Frankreichs Übereinstimmung, daß die gegenwärtige Krise nur gemeinsam zu lösen sei. Von britischer Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß das französische Vorgehen nicht nur die Verteidigung Europas beeinträchtige, sondern alle nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa erfolgten Regelungen gefährde. Der französische Vertreter de Leusse kündigte an, daß Frankreich in der nächsten Woche den übrigen NATO-Partnern mittels Noten seine Wünsche darlegen werde.

- 65** 10.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 290

Ruete erhebt Bedenken gegen den Vorschlag des Bundeskanzlers Erhard, das Auffinden von 51 Abhörmikrophonen im Botschaftsgebäude in Moskau zum Anlaß eines „energischen Protests“ zu nehmen. Er verweist auf das „ohnehin schwierige Klima der deutsch-sowjetischen Beziehungen“ und gibt zu bedenken, daß die Reaktion der UdSSR nachteilige Folgen haben könnte.

- 66** 10.03. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 291
- Klaiber berichtet von einer Unterredung mit dem französischen Außenminister über die NATO-Politik Frankreichs. Couve de Murville bestritt, daß Frankreich einen „integrierten Sonderstatus“ für die Bundesrepublik anstrebe. Nach weiteren Gesprächen mit Mitarbeitern von Vertretungen der anderen NATO-Mitgliedstaaten teilt Klaiber mit, daß Staatspräsident de Gaulle auch an Premierminister Wilson und Staatspräsident Saragat persönliche Schreiben gerichtet habe, die sich lediglich in Nuancen von dem an Bundeskanzler Erhard gerichteten Schreiben unterschieden. Die Kündigung der amerikanisch-französischen Verträge über militärische Stützpunkte in Frankreich sei bestätigt worden. Dies gelte aber nicht automatisch für alle seit dem NATO-Vertrag von 1949 getroffenen Abmachungen. Die französischen Truppen in Deutschland sollten – sofern die Bundesregierung dies wünsche – in der Bundesrepublik stationiert bleiben. Schließlich werde nicht ausgeschlossen, daß die französischen Truppen im Verteidigungsfall einem NATO-Kommando unterstellt würden.
- 67** 10.03. Botschafter Klaiber, Paris, an Bundesminister Schröder S. 294
- Klaiber berichtet über den Besuch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer in Paris, der sich dort anlässlich der Veröffentlichung der französischen Ausgabe seiner Erinnerungen in Paris aufhielt. Adenauer teilte aus einer Unterredung mit dem französischen Staatspräsidenten mit, daß de Gaulle die Interessen der Bundesrepublik bei seinem bevorstehenden Besuch in Moskau vertreten wolle. Er beabsichtige nicht, „irgendein neues“ Abkommen mit der UdSSR zu schließen. Hinsichtlich der NATO-Krise habe de Gaulle die Bereitschaft erkennen lassen, im Verteidigungsfall die französischen Streitkräfte der NATO zu unterstellen.
- 68** 14.03. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Referatsleiter Puhan, amerikanisches Außenministerium S. 296
- Puhan berichtet über seinen Aufenthalt in Berlin, wo er beide Teile der Stadt besuchte. Er konstatiert eine „zunehmende Entfremdung“ zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West). Zur NATO-Krise hebt Carstens hervor, die Bundesregierung wolle am „Integrationsprozeß“ der NATO festhalten und werde nichts unternehmen, ohne die anderen Partner vorher zu konsultieren. Hinsichtlich der Stationierung der französischen Truppen in der Bundesrepublik teilt Carstens als seine persönliche Meinung mit, den französischen Einheiten könnten nicht mehr Rechte eingeräumt werden als der Bundeswehr in Frankreich. Es sei von großer Bedeutung, daß die französischen Truppen im Verteidigungsfall unter NATO-Oberbefehl gestellt würden. Carstens betont, daß es gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise wichtig sei, das Projekt einer Gemeinsamen Atomstreitmacht weiterzuverfolgen. In der Vietnam-Frage äußert Puhan Verständnis, daß die Bundesregierung einen Bundeswehreinsatz ablehne. Carstens weist darauf

hin, daß die Entsendung eines Hospitalschiffes mittlerweile feststehe und in Saigon Verhandlungen über Hilfsmaßnahmen aufgenommen würden.

- 69** 15.03. Bundesminister Schröder, z.Z. London, an das S. 300
Auswärtige Amt

Schröder berichtet über den Verlauf der WEU-Ministerrats-sitzung. Der britische Außenminister Stewart wies darauf hin, daß der französische Entschluß, aus der militärischen Integration der NATO auszusteigen, unmittelbar auch die WEU schwäche, da diese auf die militärischen Strukturen der NATO angewiesen sei. Die britische Regierung betrachte die französische Politik mit Sorge, denn die politischen Voraussetzungen, die zur Errichtung der NATO geführt hätten, bestünden nach wie vor. Schröder bestätigte, daß die NATO die einzige Organisation sei, die die notwendige Präsenz der USA in Europa sicherstellen könne und die es auch den kleineren europäischen Staaten ermögliche, sich an der gemeinsamen Verteidigung zu beteiligen. Der Staatssekretär im französischen Außenministerium, de Broglie, bezeichnete die EWG „als Eckstein zum Aufbau eines einigen Europa“, während die NATO nicht mehr der „Wirklichkeit der Welt“ entspreche. Die französischen Vorschläge zu bi- oder multilateralen Abmachungen mit anderen NATO-Staaten zeigten, daß der französische Wunsch zur Änderung der Organisation ebenso stark sei wie der „Wunsch zum Verbleiben in der Allianz“.

- 70** 15.03. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 303

Klaiber erörtert die Reaktionen der französischen Öffentlichkeit auf die Entscheidung des Staatspräsidenten de Gaulle, die französischen Truppen aus der NATO zurückzuziehen. Selbst Außenminister Couve de Murville habe sich „von Form und Zeitpunkt“ überrascht gezeigt. Klaiber vermutet, daß die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 5. Dezember 1965 de Gaulle dazu veranlaßt hätten, ein „fait accompli“ zu schaffen, zumal er einem Nachfolger „derart revolutionäre Entscheidungen“ nicht zugetraut habe. In der Öffentlichkeit herrsche keine Begeisterung für den Schritt, vielmehr überwoge Unbehagen über mögliche Folgen und eine Isolierung Frankreichs. Im französischen Außenministerium werde mit Blick auf eine mögliche Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen davor gewarnt, die von Frankreich gewünschten bilateralen Verhandlungen über die Stationierung französischer Truppen in der Bundesrepublik abzulehnen.

- 71** 16.03. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 305
britischen Außenminister Stewart in London

Schröder erklärt, daß die jüngsten französischen Äußerungen über einen britischen Beitritt zur EWG einen „rein taktischen Zweck“ erfüllten. Die französische Haltung habe sich seit 1963 nicht verändert. Frankreich sei auch jetzt noch nicht bereit,

über einen Beitritt direkt zu verhandeln. Zur NATO-Krise stimmt Schröder der Auffassung von Stewart zu, daß die NATO-Staaten nur gemeinsam mit Frankreich sprechen sollten. Dies gelte auch für die bevorstehenden Verhandlungen über den Verbleib der französischen Truppen in der Bundesrepublik. Stewart erkundigt sich, ob die geplante Note der Bundesregierung ("Friedensnote") in Zusammenhang mit dem französischen Bestreben stehe, die Ost-West-Beziehungen zu verbessern. Schröder erläutert die Hintergründe der Note und weist darauf hin, daß die Bundesregierung im Gegensatz zur französischen Regierung die NATO-Partner konsultiere. Im Zusammenhang mit der Nichtverbreitung von Kernwaffen und einer multilateralen Atomstreitmacht erörtert Stewart die britischen Vorstellungen über ein permanentes Gremium innerhalb der NATO, das konsultative und exekutive Aufgaben übernehmen könnte. Schröder zeigt sich enttäuscht darüber, daß Großbritannien offensichtlich von einem „NATO-integrierten Gebilde“ abgerückt sei, zumal die Bundesregierung nach anfänglichem Zögern etwas mehr Gefallen an dem britischen Vorschlag einer ANF gefunden habe.

- 72** 17.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 317
Wickert

Wickert äußert sich zu den Änderungsvorschlägen des Bundesministers Krone zum Entwurf einer „Friedensnote“. Er weist darauf hin, daß das Recht auf Selbstbestimmung in der Neufassung Erwähnung finde, jedoch einer Reihe anderer Änderungswünsche nicht Rechnung getragen werden sollte. Außerdem sei es unzumutbar, den Hinweis von Krone „auf die ständige mörderische Gewalt an den Demarkationslinien“ aufzunehmen.

- 73** 19.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 320
Wickert

Wickert berichtet über ein Gespräch mit Mitarbeitern der amerikanischen und der britischen Botschaft, die die geplante „Friedensnote“ der Bundesregierung als „einen konstruktiven Schritt, insbesondere gegenüber den osteuropäischen Staaten“, bezeichneten. Wickert erklärte, daß den amerikanischen Änderungswünschen zum Problem der Nichtverbreitung von Atomwaffen, vor allem der Einbeziehung der „allianzfreien Staaten“, mittlerweile Rechnung getragen worden sei. Der amerikanische Vorschlag zur Ungültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 könne aber nicht mehr berücksichtigt werden.

- 74** 19.03. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an S. 322
das Auswärtige Amt

Braun nimmt Stellung zum Antrag der DDR auf Mitgliedschaft in der UNO. Es handle sich hierbei um ein langfristiges „diplomatisch-propagandistisches Manöver“ der UdSSR und der Ostblock-Staaten mit dem Ziel der völkerrechtlichen Anerken-

nung der DDR. Der Höhepunkt der Kampagne sei während der im September 1966 beginnenden XXI. UNO-Generalversammlung zu erwarten. Die Begründung des Antrags sei „geschickt und wirkungsvoll“. Insgesamt käme der Vorstoß der DDR nicht nur zahlreichen Staaten der Dritten Welt, sondern auch den „neutralistischen Tendenzen“ des UNO-Generalsekretärs U Thant entgegen. Braun warnt vor einem „Abnützungsprozeß“ des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik und schlägt eine offensive Informationspolitik mit Hinweisen auf „die gewaltsame Trennung der deutschen Bevölkerung“ und die „Zwischenfälle an der Berliner Mauer und der Zonengrenze“ vor. Um schließlich eine schnelle Ablehnung des Antrags zu erreichen, sei es wünschenswert, im UNO-Sicherheitsrat eine Abstimmung „auch gegen den Widerstand des Ostblocks zu erzwingen“.

- 75 21.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 328

Ruete erörtert die Möglichkeit eines Austauschs von Militärattachés zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. Für eine solche Vereinbarung spräche, daß sie die Kooperationsbereitschaft der Bundesrepublik hervorheben und dem Vorwurf begegnen würde, sich der Ost-West-Entspannung zu widersetzen. Zudem würde die Bundeswehr als außenpolitischer Faktor anerkannt werden. Gegen die Annahme des Vorschlags könne eingewandt werden, daß die Militärattachés der Bundesrepublik in Moskau mit Schwierigkeiten konfrontiert werden könnten. Es sei auch nicht ausgeschlossen, daß die UdSSR den Austausch von Militärattachés zum Anlaß nehmen könnte, die Auflösung der Militärmissionen in der Bundesrepublik und der DDR vorzuschlagen. Dies würde die Viermächte-Verantwortung für Gesamtdeutschland beeinträchtigen.

- 76 22.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 332

Lahr diskutiert Probleme des EWG-Agrarmarkts. Die von der EWG-Kommission entwickelten Vorschläge konzentrierten sich einseitig auf die Errichtung gemeinsamer Marktordnungen. Dadurch werde die gemeinsame Agrarpolitik zur „Addition aller nationalen Schutzmaßnahmen“. Charakteristisch für die Überlegungen der Kommission sei auch, daß der Preis als alleiniger Marktregulator fungiere. Dies wirke sich nachteilig für die Bundesrepublik aus, weil hier die Preise durchgehend höher seien als in den Partnerstaaten. Da außerdem außen- und innenpolitische sowie handelspolitische Nachteile zu befürchten seien, müßten andere Regulatoren hinzugefügt werden, um die Entstehung von Überschüssen einzudämmen. Lahr schlägt dazu eine Einfuhrkontingentierung sowie eine „Quantumsregelung“ vor. Schließlich weist er darauf hin, daß die politische Zielsetzung, mit der die Bundesrepublik 1962 die Entscheidung für eine gemeinsame Agrarpolitik mitgetragen habe, zunehmend fragwürdig erscheine. Den hohen Kosten, die die Bundesrepublik aufbringen müßte, stünden keine politischen Gegenleistungen Frankreichs gegenüber. Als Sofortmaßnahme

regt Lahr an, daß der Staatssekretärsausschuß für Europa-Fragen Vorschläge für ein zusätzliches Instrumentarium der gemeinsamen Agrarpolitik ausarbeiten solle.

- 77 22.03. Botschafter Knappstein, Washington, an das S. 338
Auswärtige Amt

Knappstein informiert über die Kritik in den USA an der Bürgschaftsübernahme der Bundesregierung in Höhe von 350 Millionen DM für Lieferungen an die Volksrepublik China. Der amerikanische Außenminister Rusk, der als Vertreter einer „harten Linie“ gelte, habe in einem Fernsehinterview die europäischen Verbündeten vor Maßnahmen gewarnt, die die chinesische Regierung in ihrer Politik bestätigen könnten. Auch im amerikanischen Kongreß würden zunehmend Stimmen gegen die Politik der Bundesrepublik gegenüber der Volksrepublik China laut.

- 78 22.03. Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige S. 342
Amt

Walther berichtet von der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens an den Präsidenten des Obersten Sowjets. Podgornyj hob die Bedeutung der Sicherheit in Europa und der Nichtverbreitung von Kernwaffen für eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik hervor. Das Problem der Wiedervereinigung könne „nur durch die beiden existierenden deutschen Staaten gelöst werden“. In dem anschließenden Gespräch antwortete Walther auf die sowjetischen Einwände gegen eine multilaterale Atomstreitmacht, daß es für die Bundesrepublik nicht um den Besitz, sondern nur um die Mitbestimmung über den Einsatz von Kernwaffen gehe. Der Botschafter folgert aus der Unterredung, daß ein sowjetisches Interesse an einer Intensivierung der wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Beziehungen bestehe.

- 79 23.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank S. 345

Frank erörtert die Beziehungen zwischen Israel und EURATOM. Israel rege seit geraumer Zeit eine langfristige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Meerwasserentsalzung an und konzentriere sich in diesem Zusammenhang auf das europäische Reaktorprojekt ORGEL. Während sich das Auswärtige Amt einer solchen Kooperation nicht verschließe, habe sich das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung ablehnend verhalten. Es befürchte nämlich, daß das Projekt ORGEL deutsche Firmen verdrängen könne, die ebenfalls in der Lage seien, Reaktoren zum Zweck der Meerwasserentsalzung zu liefern. Frank empfiehlt, zunächst einen formellen Vorschlag von EURATOM abzuwarten. Eine deutsche Zustimmung könne dann davon abhängig gemacht werden, daß außer dem ORGEL-Projekt alle anderen Gemeinschaftsreaktoren bei der Auswahl für eine Zusammenarbeit mit Israel berücksichtigt werden soll-

ten. Schließlich habe dieses Vorgehen auch den Vorteil, daß Israel dann die bislang verweigerten IAEK-Kontrollen im eigenen Land zulassen müßte.

- 80 24.03. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow S. 349

Smirnow beklagt die während des CDU-Parteitags vom 21. bis 23. März 1966 in Bonn gegen die sowjetische Außenpolitik erhobenen Vorwürfe. Erhard weist dagegen darauf hin, daß es sich lediglich um Tatsachen gehandelt habe, „die beim Namen genannt wurden“. Entgegen anderslautender Anschuldigungen durch die UdSSR habe sich die Bundesrepublik dazu bekannt, bei internationalen Konflikten „keine Lösung durch Gewalt“ zu suchen. Auch die Atomindustrie in der Bundesrepublik diene lediglich friedlichen Zwecken und werde von der IAEK kontrolliert.

- 81 24.03. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem portugiesischen Außenminister Nogueira in Lissabon S. 354

Nogueira stellt fest, daß sich die NATO seit 1949 bewährt habe. Dennoch habe die Bedrohung Europas nicht nachgelassen. Schröder erklärt, daß die gegenwärtige NATO-Krise nicht militärischen, sondern politischen Ursprungs sei. Die Differenzen innerhalb des Bündnisses seien Ausdruck der unterschiedlichen Auffassungen, wie das gemeinsame Ziel der Entspannung zu erreichen sei. Die Bundesrepublik stehe auf dem Standpunkt, daß eine echte Entspannung nur möglich sei, wenn die Teilung Deutschlands überwunden würde. Frankreich vertrete dagegen die Meinung, daß sich die Probleme in Europa besser lösen ließen, wenn die USA nicht mehr präsent wären. Hinter der neuen französischen Ostpolitik stehe ein „langfristiger politischer Plan“. Nogueira teilt die Meinung des Bundesministers, daß eine weltweite Abstimmung im Kampf gegen den Kommunismus nötig sei. Er beklagt die „Verleumdungen und Anklagen“ einzelner NATO-Verbündeter gegen die portugiesische Afrika-Politik.

- 82 24.03. Botschafter Schlitter, Athen, an das Auswärtige Amt S. 362

Schlitter erörtert den Stand der deutsch-griechischen Beziehungen. Mit Blick auf die Wirtschaftslage in Griechenland mahnt er eine Soforthilfe in Höhe von 40 Millionen DM an, da sonst unabsehbare politische Folgen für die Regierung Stephanopoulos und für die parlamentarische Regierungsform eintreten könnten. Es bestünde die Gefahr, daß die griechische Regierung auf großzügige Offerten der DDR eingehen könnte, was einen wirtschaftlichen und langfristig auch einen politischen „Einbruch“ bedeuten würde. Schließlich sei eine Entscheidung über die Verteidigungshilfe nötig.

- 83 25.03. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Ministerpräsident Salazar in Lissabon S. 364

Schröder erläutert die Afrika-Politik der Bundesrepublik. Auch im europäischen Rahmen solle die Zusammenarbeit mit Afrika gestärkt werden, was sich in dem Assoziierungsabkommen der EWG mit 18 afrikanischen Staaten und Madagaskar niederschläge. Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der EWG und EFTA sind sich die Gesprächsteilnehmer einig, daß der Graben zwischen beiden Vertragssystemen nicht tiefer werden dürfe. Anschließend erörtert Schröder die Grundlagen der Deutschlandpolitik. Die Bundesrepublik beharre auf der Durchführung freier Wahlen in der DDR. Salazar stimmt der Einschätzung des Bundesministers zu, daß diese Forderung am sowjetischen Widerstand scheitere. Der portugiesische Ministerpräsident weist jedoch darauf hin, daß die UdSSR langfristig durch die antizentralistischen Bestrebungen der annektierten Teilrepubliken geschwächt würde und sich dadurch eine veränderte Mächtekonstellation ergäbe. Schließlich könne ein geeintes Europa in Zukunft eine Vermittlerrolle zwischen den USA und der UdSSR spielen. Abschließend skizziert Schröder die Haltung der Bundesrepublik zur NATO-Krise und stellt die Differenzen mit Frankreich heraus. Die wichtigste Frage bestehe in der künftigen Assoziierung Frankreichs mit der Allianz. Dies sei aus deutscher Sicht vor allem wegen der Stationierung von zwei französischen Divisionen in der Bundesrepublik und wegen der französischen Verpflichtung für Berlin ein schwieriges Problem.

- 84 26.03. Botschafter Emmel, z.Z. Warschau, an das Auswärtige Amt S. 374

Emmel berichtet von der Übergabe der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 in Warschau. Gesandter Lobodycz bemerkte in einer ersten Stellungnahme, daß Polen die Bundesrepublik nicht als alleinigen Vertreter des deutschen Volkes akzeptieren könne. Darüber hinaus verhindere das antipolnische Klima in der Bundesrepublik eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten. Außerdem bestünde mit der DDR mehr als bloße Verständigung. Die polnische Regierung müsse auf der „endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie“ bestehen.

- 85 27.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wickert S. 376

Wickert informiert über seinen Aufenthalt in Prag. Am 25. März 1966 überreichte er die Note der Bundesregierung dem Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium. Rezek äußerte Vorbehalte zu den Passagen, die sich mit der UdSSR und Polen beschäftigten, und schlug vor, diese aus dem der Tschechoslowakei übergebenen Exemplar zu streichen. Daraufhin stellte Wickert heraus, daß die Note als unteilbares Ganzes anzusehen sei. Rezek stellte eine eingehende Prüfung und Antwort in Aussicht.

- 86 28.03. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem stellvertretenden spanischen Ministerpräsidenten Muñoz-Grandes in Madrid S. 379

Schröder erörtert den Stand der deutsch-spanischen Beziehungen und der NATO-Krise. Er bedauert die uneinheitliche Haltung des Westens. Muñoz-Grandes bestätigt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands die Voraussetzung für die Stabilität in Europa sei. Dem kommunistischen Streben nach Weltherrschaft sei nur mit Hilfe der USA wirksam zu begegnen. Darüber hinaus sei eine engere deutsch-spanische Zusammenarbeit erstrebenswert, die über das „ständige Blablabla über Karl V. hinauskomme“. Schröder sichert die Unterstützung des spanischen Assoziierungsantrags mit der EWG zu, weist aber auf Schwierigkeiten mit den anderen Partnerstaaten hin. Die Gesprächspartner sind sich darin einig, daß Frankreich zu viel Wert auf den Ausbau seiner atomaren Streitmacht lege, die seine technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten übersteige. Diese Politik sei letztlich gegen die USA gerichtet und gehe zu Lasten der konventionellen Rüstung.

- 87 29.03. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem spanischen Außenminister Castiella S. 384

Castiella stellt fest, daß Spanien eine Assoziierung mit der EWG anstrebe, eine Vollmitgliedschaft aber erst in „10, 12, ja am besten 20 Jahren“ in Frage komme. Schröder sichert die Unterstützung des spanischen Antrags zu. Hinsichtlich der NATO-Krise erklärt Castiella, daß Frankreich in gewisser Weise berechnete Forderungen nach einer Reorganisation der NATO stelle. Die Welt habe sich seit Gründung des Bündnisses im Jahr 1949 grundlegend gewandelt. Diesen Änderungen müsse Rechnung getragen werden. Schröder widerspricht dieser Ansicht und weist auf die Bedeutung der NATO in der bisherigen Form hin. Das Bündnis müsse in jeder Beziehung auf dem höchsten Stand gehalten werden. Der Krise innerhalb der NATO sei am besten mit den Erfahrungen zu begegnen, die im Zusammenhang mit der EWG-Krise gesammelt worden seien: Eine „feste Haltung“ der anderen Mitgliedstaaten gegenüber Frankreich.

- 88 29.03. Vermerk des Staatssekretärs Lahr S. 393

Lahr hält eine Mitteilung des Bundesministers Westrick fest, daß im Bundeskanzleramt ein unverschlossener Brief des Staatsratsvorsitzenden der DDR eingegangen sei, in dem Ulbricht die Bundesrepublik aufgefordert habe, gemeinsam mit der DDR die Mitgliedschaft in der UNO anzustreben. Westrick habe eine Erörterung im Bundeskabinett über das künftige Verhalten gegenüber der DDR angeregt. Er sehe Widersprüche zwischen den „Sonntagsreden“ des Bundesministers Mende und den Forderungen anderer Regierungsmitglieder, jeden Kontakt mit der DDR abzulehnen.

- 89 29.03. Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 394

Sattler erörtert die Frage der Bestellung eines Apostolischen Administrators für den Allensteiner Bezirk. Er sei von verschiedenen Stellen im Vatikan darauf hingewiesen worden, daß solche Apostolischen Administratoren in den von Polen verwalteten Ostgebieten des Deutschen Reiches eingesetzt werden könnten; dadurch würde sich wegen der unmittelbaren Abhängigkeit vom Vatikan am Status quo nichts ändern. Sattler folgert aus den Unterredungen, daß von polnischer Seite versucht werde, den bisherigen Grundsatz, „keinerlei Veränderungen zu treffen“, zu durchbrechen. Er bittet um Weisung, ob über diese Frage mit dem Heiligen Stuhl gesprochen werden solle.

- 90 29.03. Ministerialdirigent Böker an die Botschaft in Colombo S. 397

Böker informiert über das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem ceylonesischen Ministerpräsidenten vom Vortag. Senanayake habe die wirtschaftlichen und innenpolitischen Probleme in Ceylon geschildert. Die antiwestliche Politik seiner Vorgängerin Bandaranaike habe Ceylon außenpolitisch isoliert und wirtschaftlich erheblich geschwächt. Erhard habe zugesagt, Ceylon auf der bevorstehenden Tagung der Weltbank in London zu unterstützen, ohne aber auf Einzelheiten der Wirtschaftshilfe aus der Bundesrepublik einzugehen. Ferner habe er angeregt, daß „SBZ-Generalkonsulat“ in Colombo in eine Handelsvertretung umzuwandeln. Hinsichtlich der Tätigkeit der „ceylonesisch-sowjetzonalen friendship-association“ versprach Senanayake, diesen „Unfug“ nach seiner Rückkehr zu beenden.

- 91 30.03. Gespräch des Bundesministers Schröder mit Staatspräsident Franco in Madrid S. 399

Schröder erläutert die Politik der Bundesrepublik gegenüber den Ostblock-Staaten. Die Spannungen in Europa würden so lange anhalten, wie die Teilung Deutschlands fortwähre. Die UdSSR sei der einzige kommunistische Staat, mit dem die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhalte; in diesem Zusammenhang ergebe sich immer wieder das Problem der Einbeziehung von Berlin (West) in bilaterale Verträge. Franco führt aus, daß die indirekte sowjetische Bedrohung größer sei als die direkte, denn die UdSSR unterstütze die Aufstandsbewegungen in der Dritten Welt. Er kritisiert die wirtschaftlichen Kontakte des Westens zur UdSSR, die den Kommunismus lediglich stärken würden. Hinsichtlich der EWG weist er auf den spanischen Assoziierungsantrag hin und dankt für die Unterstützung der Bundesrepublik in dieser Frage. Schröder räumt Schwierigkeiten innerhalb der EWG und im Verhältnis zur EFTA ein. Hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen stellt er insbesondere die Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeiten der Wiedervereinigung heraus. Während Frankreich die deutsche Frage allein im eu-

ropäischen Rahmen lösen wolle, halte die Bundesrepublik ein europäisches Zusammenwirken mit den USA für unbedingt erforderlich.

- 92** 30.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 406

Lahr hält die Ergebnisse der Kabinettsitzung vom 25. März und einer Koalitionsbesprechung vom 28. März 1966 fest. Bundeskanzler Erhard beauftragte die vier EWG-Staatssekretäre, Vorschläge zu neuen agrarpolitischen Maßnahmen auszuarbeiten; diese könnten die bisher allein auf den Preis gestützte gemeinsame Agrarpolitik ergänzen, um einerseits eine zu kostspielige Agrarfinanzierung und andererseits die Einführung von zu niedrigen Preisen zu verhindern. Davon ausgehend entwickelte Erhard einen Vorschlag, den Lahr als eine Art „deficiency payment“ interpretiert. Der Staatssekretär wendet sich dagegen, die gemeinsame Agrarpolitik in der EWG völlig „umzustülpen“, da dies auf Bedenken der Partnerländer stoße. Daher schlägt der Staatssekretär vor, zusätzlich zum Preis als marktregulierenden Faktor andere agrarpolitische Maßnahmen zu ergreifen, um bei allgemein hohen Preisen ein unmäßiges Anwachsen der Produktion zu verhindern.

- 93** 30.03. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 409

Grewe faßt ein Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit den Abteilungsleitern Leddy, amerikanisches Außenministerium, und Lord Hood, britisches Außenministerium, vom Vortag zusammen. Von britischer Seite sei der Wunsch nach einem baldigen Beginn von deutsch-britisch-amerikanischen Verhandlungen über den Verbleib der französischen Truppen in der Bundesrepublik geäußert worden, damit der NATO-Minister rat im Juni 1966 endgültige Beschlüsse fassen könne. Als dringendste Probleme der NATO seien die Folgen der Zurückziehung des französischen Personals aus SHAPE und AFCENT sowie die Klärung der zukünftigen Funktionsweise des NATO-Rats genannt worden. Lord Hood habe empfohlen, den NATO-Rat nicht mit SACEUR, das auf dem europäischen Kontinent verbleiben solle, an einem Ort zu vereinen. Dabei sei deutlich geworden, daß die britische Regierung „den Rat gern in London sähe“. Zur Reform der militärischen Integration der NATO habe Leddy vorgeschlagen, die Standing Group aufzulösen und eine Vereinfachung der Kommandostruktur anzustreben.

- 94** 31.03. Gespräch des Bundesministers Westrick mit dem israelischen Botschafter Ben Natan S. 411

Ben Natan erklärt, daß die Entschädigung der israelischen „Gesundheitsgeschädigten“ im Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952 nicht befriedigend gelöst worden sei. Inzwischen sei festgestellt worden, daß Israel ca. 600 Millionen DM zusätzlich zu den von der Bundesrepublik gezahlten Entschädigungsgeldern zahlen müsse. Westrick räumt ein, daß

sich die israelische Seite 1952 bei den finanziellen Folgen des Abkommens „geirrt“ habe. Aber auch die Bundesregierung sei damals davon ausgegangen, daß 3-5 Milliarden DM an Wiedergutmachungsleistungen aufzubringen wären. Inzwischen habe die Bundesrepublik bereits 28 Milliarden DM gezahlt, „und noch sei kein Ende abzusehen“. Der Bundesminister betont, daß die Bundesregierung die israelischen Forderungen unabhängig von den Wirtschaftsverhandlungen behandeln wolle. Ben Natan drängt dagegen darauf, alle noch offenen Probleme vor Abschluß der Verhandlungen über Wirtschaftshilfe zu regeln. Ansonsten bleibe seiner Regierung nichts anderes übrig, „als der israelischen Öffentlichkeit Mitteilung zu machen und an den Gerichtshof im Haag zu gehen“.

- 95 31.03. Botschafter Voigt, Rabat, an das Auswärtige Amt S. 416

Voigt berichtet von einem Gespräch mit dem marokkanischen Außenminister über den Verlauf der Konferenz der Arabischen Liga vom 14. bis 17. März 1966 in Kairo. Cherkaoui erklärte, daß für Marokko die Gefahr drohe, gegenüber den anderen arabischen Staaten isoliert zu werden, da es eindeutig für die Bundesrepublik Stellung bezogen habe. Besonders die VAR und Syrien hätten „zu sehr ins kommunistische Fahrwasser eingelenkt“ und auf der Konferenz die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR aufgeworfen. Marokko sei jedoch nicht auf die finanziellen Angebote der UdSSR und der DDR eingegangen, die in Person des Außenministers der DDR, Winzer, „hinter den Kulissen“ gewirkt habe. Cherkaoui wies darauf hin, daß angesichts der Anhängerschaft, die Präsident Nasser auch in Marokko habe, Klarheit über die Absichten der Bundesrepublik gegenüber Israel vonnöten sei. Außerdem empfehle er eine „wesentliche deutsche Hilfe für die Palästinaflüchtlinge“, da die marokkanische Deutschland-Politik sonst nicht durchgehalten werden könne. Voigt entnimmt dem Gespräch, daß Marokko eine „privilegierte Stellung“ bei der Vergabe von Entwicklungshilfe erwarte.

- 96 01.04. Aufzeichnung des Legationsrats Blech S. 420

Blech faßt die Verhandlungen mit Rumänien zusammen, das sich zur Erteilung von Sichtvermerken durch die Handelsvertretungen bereiterklärt habe, jedoch in bezug auf die Paßbefugnisse zurückhaltend sei. Gespräche über ein Kulturabkommen könnten nach Zustimmung zum rumänischen Gegenentwurf durch die Länderkommission aufgenommen werden. Hinsichtlich der Handelsbeziehungen teilt Blech mit, daß in der zweiten Jahreshälfte eine gemischte Wirtschaftskommission über die Zusammenstellung von Warenlisten beraten werde. Der rumänische Entwurf eines Straßengüterverkehrsabkommens solle mit einem Gegenentwurf beantwortet werden. Dieser müsse mit einem Schifffahrtsabkommen gekoppelt werden, um „die Lieferung deutscher Produkte mittels deutscher Schiffe auf der Donau“ zu gewährleisten.

- 97 01.04. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 423

Grewe übermittelt den Entwurf für eine Stellungnahme der Bundesregierung zur Vorlage in der „Arbeitsgruppe für nukleare Planung“ (NPWG). Darin wird die Möglichkeit einer intensiveren Mitwirkung nichtnuklearer NATO-Staaten an den Entscheidungen über den Einsatz der SACEUR assignierten Atomwaffen untersucht. Da es nach den geltenden Richtlinien der NATO hinsichtlich der taktischen Nuklearwaffen eine „größere Zahl von Situationen“ gebe, in denen ein Einsatz erwogen werden könne, unterliege die Entscheidung zur Freigabe in stärkerem Maße als bei den strategischen Waffen einer „Abwägung der Risiken“. Dieses „Mehr“ an politischer Entscheidung mache eine Beteiligung der nicht-nuklearen Partner wünschenswert, die über die bislang erreichte Beteiligung im Rahmen integrierter Stäbe hinausgehe. Sie setze eine genaue Kenntnis der Einsatzpläne ebenso voraus wie die Mitwirkung an der Beurteilung der nuklearen Bedrohung und an der Erarbeitung von Grundsätzen für die Einsatzplanung. Diese Interessen seien allerdings nur durch eine Reorganisation der Kommandostrukturen innerhalb der NATO zu befriedigen. Insbesondere hinsichtlich der Freigabe des Einsatzes von taktischen Nuklearwaffen müsse untersucht werden, inwieweit die politisch-militärische Mitentscheidung nicht-nuklearer Staaten durch die Einführung eines „Zwei-Schlüssel-Systems“ ermöglicht werden könnte.

- 98 02.04. Botschaftsrat I. Klasse Sahm, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 430

Sahm gibt ein Gespräch zwischen Botschafter Grewe und dem Generalsekretär der NATO wieder. Brosio berichtete, daß der ehemalige belgische Außenminister Spaak sich gegen die Einsetzung von „Drei Weisen“ zur Erörterung der NATO-Krise ausgesprochen habe. Nach belgischer Auffassung komme einem Verbleib französischer Truppen in der Bundesrepublik „entscheidende“ Bedeutung zu. Daher sollten an den Verhandlungen zwischen den unmittelbar beteiligten vier Mächten „von Anfang an“ auch ein oder zwei Vertreter der übrigen NATO-Staaten teilnehmen. Grewe erwiderte, daß Besprechungen mit den USA und Großbritannien „unvermeidlich“ am Anfang stehen müßten. Die Frage der weiteren Bindung Frankreichs an die NATO solle multilateral verhandelt werden, während der zukünftige Rechtsstatus der französischen Truppen eine bilaterale Angelegenheit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich sei. Sahm informiert weiter über eine anschließende Besprechung von Brosio mit den amerikanischen und britischen NATO-Botschaftern, Cleveland und Shuckburgh. Cleveland habe „sehr entschieden“ den Standpunkt vertreten, daß Besprechungen zwischen den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Gesprächen in größerem Rahmen vorgeschaltet sein müßten. Abschließend hält Sahm den Eindruck fest, daß Brosio von den belgischen Argumenten beeindruckt gewesen sei, und äußert die Vermutung, daß auf der Sitzung des Stän-

digen NATO-Rats am 4. April 1966 die Frage des Verbleibs der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik diskutiert werde.

- 99 04.04. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 435

Carstens berichtet über ein Gespräch mit dem britischen Botschafter. Der Staatssekretär legte dar, daß die in den Pariser Verträgen von 1954 verankerte Rechtsgrundlage für den Aufenthalt französischer Truppen in der Bundesrepublik durch die Ankündigung, sie dem NATO-Oberkommando zu entziehen, hinfällig geworden sei. Er äußerte die Vermutung, daß seine Auffassung vom Bundeskabinett bestätigt werde. Roberts schlug im Auftrag seiner Regierung als Verhandlungsort für Dreier-Gespräche zwischen den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Bonn vor. Außerdem übermittelte er die Anregung zu einem baldigen Treffen der drei Außenminister.

- 100 04.04. Aufzeichnung der „Arbeitsgruppe Frankreich und NATO“ S. 437

In der Aufzeichnung wird der Inhalt des Aide-mémoires der französischen Regierung vom 29. März 1966 erörtert. Hintergrund der französischen Entscheidung, zum 1. Juli 1966 aus der NATO-Integration auszuschneiden, sei die „veränderte Einschätzung des sowjetischen Faktors“ durch Staatspräsident de Gaulle. Dessen Festigkeit gegenüber der UdSSR sei einer konzilianteren Haltung gewichen, die von dem Wunsch getragen werde, sich von der amerikanischen „Vormundschaft“ zu befreien. Der Schritt diene ferner dazu, die Bundesrepublik zum Nachdenken darüber zu veranlassen, wie sie ihren Pflichten aus dem deutsch-französischen Vertrag von 1963 besser nachkommen könne. Hinsichtlich der Rechtsgrundlage für einen Verbleib der Truppen in der Bundesrepublik verweise die französische Regierung insbesondere auf den Vertrag vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik. Demgegenüber betont die Arbeitsgruppe, daß das Vertragswerk von 1954 „eine rechtliche und politische Einheit“ bilde. Die Bundesregierung müsse deshalb den Standpunkt vertreten, daß bei einem Ausscheiden französischer Truppen aus dem integrierten NATO-Oberbefehl auch das bisherige Stationierungsrecht weg falle. Als Ziel von Verhandlungen mit Frankreich nennt die Arbeitsgruppe zunächst, daß französische Truppen im Kriegsfall wieder dem NATO-Kommando zu unterstellen seien. Ferner müsse eine neue Vereinbarung mit Kündigungsklausel über die Truppenstationierung getroffen werden. Hinsichtlich der Chancen für eine Einigung weist die Arbeitsgruppe darauf hin, daß de Gaulle Truppen in der Bundesrepublik als „Symbol seiner Rolle als ‘Mit-Sieger’“ stationiert halten möchte.

SBZ“ zu überschätzen. Wehner habe vor allem den Ausführungen zur Politik gegenüber den Ostblock-Staaten zugestimmt und messe der „engen wirtschaftlichen Verflechtung mit der Zone große Bedeutung“ bei. Carstens schlägt vor, nach den deutschlandpolitischen Gesprächen von Erhard mit den Fraktionen Vorschläge zu den einzelnen Fragenkomplexen auszu-
arbeiten.

- 104 12.04. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das S. 455
Auswärtige Amt

Lilienfeld informiert über ein Gespräch des Vorsitzenden der SPD-Fraktion mit dem amerikanischen Verteidigungsminister in Washington. Erler habe erklärt, er halte eine „losere“ Beteiligung der NATO-Partner am nuklearen Gesamtpotential der USA für die beste und eine „intensivere Beteiligung“ im Rahmen einer gemeinsamen Nuklearstreitmacht für die zweitbeste Lösung. Eine Beteiligung müsse aber über die bloße Konsultation hinausgehen und zu einer „institutionalisierten rechtzeitigen Einflußnahme“ führen. Dem sei von McNamara entgegengehalten worden, daß die Alliierten für eine volle Teilnahme am nuklearen Planungsprozeß gegenwärtig noch nicht genügend vorbereitet seien. Er habe angeregt, daß die Regierungen der nichtnuklearen NATO-Partner kleine Expertengruppen schaffen sollten, um sich intensiv mit den damit zusammenhängenden Fragen vertraut zu machen. Dadurch werde eine „Hardware“-Lösung nicht präjudiziert, obwohl Erler den Eindruck gewonnen habe, daß im Kreise seiner Gesprächspartner größere Vorbehalte gegenüber einer „Hardware“-Lösung bestünden. McNamara habe ferner seinen Eindruck wiedergegeben, daß vor allem die europäischen NATO-Staaten im Ernstfall gegen den Einsatz von Nuklearwaffen sein würden.

- 105 12.04. Runderlaß des Ministerialdirigenten Ruete S. 457

Ruete informiert über den Stand der innerdeutschen Kontakte: Wiederaufbau der Saale-Brücke bei Hirschberg, beschränkte Erhöhung der Zahl der Fernsprechleitungen während der Leipziger Messe und Bemühungen der Bundesbahn um eine Vereinbarung mit der Reichsbahn über das innerdeutsche Fracht- und Tarifrecht. Ferner teilt er mit, daß wegen des Auftretens der Maul- und Klauenseuche in der Bundesrepublik einigen Rentnern der DDR die Ausreise in das Bundesgebiet verweigert worden sei. Ruete kommt zu dem Ergebnis, daß sich die DDR gegenwärtig auf dem Gebiet der technischen Kontakte zurückhalte.

- 106 13.04. Militärattaché Boie, Washington, an das Auswärtige S. 461
Amt

Boie teilt mit, daß er von einem Mitarbeiter des amerikanischen Verteidigungsministeriums auf den Ankauf von Großtransportflugzeugen durch die Bundeswehr und ihren Einsatz in Vietnam angesprochen worden sei. Er, Boie, habe unter

Hinweis auf die besondere politische Lage der Bundesrepublik erklärt, daß ein solcher Einsatz nach Saigon nicht in Frage käme. Im weiteren Verlauf des Gesprächs sei Übereinstimmung erzielt worden, mit den Flugzeugen zunächst den Eigenbedarf der Bundesrepublik an Lufttransportraum mit Blick auf die Ausbildungsvorhaben der Bundeswehr in den USA zu decken. Flugzeuge der Bundeswehr könnten allenfalls für den Transport von zivilem Ausrüstungsmaterial im Rahmen der humanitären Hilfe für Vietnam eingesetzt werden oder zur Versorgung der US-Truppen in Deutschland beitragen, um damit amerikanische Flugzeuge für den Einsatz im Pazifik freizusetzen.

- 107 13.04. Botschafter Knappstein, Washington, an das S. 463
Auswärtige Amt

Knappstein gibt Ausführungen des Sonderberaters des amerikanischen Präsidenten für NATO-Fragen wieder. Acheson legte mit Blick auf die Linie, die der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für die Dreier-Gespräche, McCloy, in den bevorstehenden Gesprächen in Bonn einnehmen werde, dar, daß der Rückzug französischer Truppen aus der NATO-Unterstellung Ausdruck einer „weitergreifenden Politik“ sei. Staatspräsident de Gaulle strebe eine neue, gegen Deutschland gerichtete „Tripleallianz“ mit der UdSSR und Großbritannien an. Als Ziel schwebte ihm ein zwar wiedervereinigtes, aber weitgehend entwaffnetes, atomwaffenfreies, kontrolliertes und bündnisloses Deutschland vor, damit die Verbindung mit den USA „zerschnitten“ würde. Es liege daher im Interesse der Bundesrepublik, in den Verhandlungen mit Frankreich in engem Einvernehmen mit den westlichen Alliierten „hart zu bleiben“.

- 108 14.04. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an S. 465
das Auswärtige Amt

Braun informiert über ein Gespräch seines Mitarbeiters mit dem rumänischen Geschäftsträger über die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966. Moraru habe sich erkundigt, ob der Vorschlag eines Austauschs von Nichtangriffserklärungen mit den Ostblock-Staaten an andere Bedingungen geknüpft sei. Er habe sodann gefragt, was die Bundesregierung mit der Erwähnung territorialer Fragen wie der Oder-Neiße-Linie bezwecke. Abschließend habe er bemerkt, daß ein Sonderbeauftragter der Bundesregierung zur näheren Erörterung der Note in Rumänien „gerne“ empfangen würde.

- 109 15.04. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an S. 468
das Auswärtige Amt

Braun gibt eine Unterredung mit den UNO-Botschaftern der drei Westmächte über die weitere Behandlung des Antrags der DDR auf Mitgliedschaft in der UNO wieder. Braun schlug vor, den Antrag frühzeitig im Sicherheitsrat einer Entscheidung zuzuführen, solange noch einer der Staaten die Präsidentschaft

inne habe, die einer Zurückweisung positiv gegenüberstünden. Der amerikanische Botschafter Goldberg gab daraufhin zu Bedenken, daß ein solches Vorgehen negative Auswirkungen auf das allgemeine Abstimmungsverhalten, insbesondere der blockfreien Staaten, in der Generalversammlung haben könnte. Der französische Botschafter Seydoux ergänzte, daß die Westmächte mit ihrer gemeinsamen Note vom 16. März 1966 bereits ein Veto gegen die Mitgliedschaft der DDR eingelegt hätten und sich in einer „ausgezeichneten Lage“ befänden. Nach Ansicht des britischen Botschafters Lord Caradon würde der in der Note herausgestellte Standpunkt, den Antrag der DDR nicht als Antrag eines Staates zu betrachten, mit einem Vorstoß im Sicherheitsrat nur entwertet. Wie Seydoux empfahl auch er, den nächsten Schritt des Ostblocks abzuwarten.

- 110 15.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten McCloy S. 472

Schröder betont, daß es in der derzeitigen Krise der NATO nicht um organisatorische Fragen, sondern um eine veränderte Politik des Staatspräsidenten de Gaulle gehe, die darauf ziele, die USA aus Europa „zu vertreiben“. Diese Politik sei unauf richtig und werde durch jede Form des „Appeasement“ nur ermutigt. Nur die „engste Geschlossenheit“ der übrigen NATO-Partner sowie deren Bereitschaft, „erforderlichenfalls auch ohne Frankreich weiterzumachen“, könnten zum Ziel führen. McCloy erwidert, der französische Staatspräsident habe der NATO „den Krieg erklärt“. Seine Politik richte sich gegen die Grundsätze der Zusammenarbeit und der Gleichberechtigung, wie sie die NATO symbolisiere. Aus diesem Grund wolle sich de Gaulle durch ein größeres Maß französischer Unzuverlässigkeit stärkeren Einfluß verschaffen und seine Streitkräfte dazu benutzen, „die Zweitrangigkeit Deutschlands zu besiegeln“. Er teilt die Bereitschaft der USA mit, den in dem Briefwechsel zwischen Schröder und dem amerikanischen Außenminister Rusk vertretenen Standpunkt der Bundesregierung in den Verhandlungen mit Frankreich „bis zum äußersten“ zu unterstützen. Schröder führt aus, daß es seiner Meinung nach in den letzten Jahren aus Rücksichtnahme gegenüber Frankreich an wiederholten öffentlichkeitswirksamen Darlegungen der amerikanischen Regierung, insbesondere hinsichtlich der Bereitschaft zum Einsatz ihrer Atomwaffen im Falle eines militärischen Konflikts in Europa sowie in der Frage der nuklearen Mitbeteiligung, gefehlt habe. Diese Situation habe de Gaulle ausnützen und psychologische Zerstörungsarbeit leisten können.

- 111 17.04. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten McCloy S. 480

McCloy sieht in der NATO-Krise eine Abkehr Frankreichs von den durch die NATO verkörperten Prinzipien der Beistandspflicht und der Gleichheit im Bündnis mit dem Ziel einer „französischen Hegemonie“. Er erläutert, daß nur dann französische Truppen in der Bundesrepublik verbleiben sollten,

112 18.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville S. 484

Die Gesprächspartner stimmen überein, daß Überschüsse in der landwirtschaftlichen Produktion vermieden werden müßten. Schröder gibt zu bedenken, ob nicht über die bloße Regulierung durch den Preis hinaus Beschränkungen der Produktion vorgenommen werden sollten. In diesem Zusammenhang spricht er die Möglichkeit einer Assoziierung Spaniens mit der EWG an. Couve de Murville erwidert, im Augenblick sei dies wegen des Widerstands der „Sozialisten“ in Frankreich, aber auch in anderen Mitgliedstaaten, nicht zu erwarten. Schröder legt anschließend den Standpunkt der Bundesregierung in der NATO-Krise dar. Er führt aus, daß die Bundesregierung die Ansicht Frankreichs, nach der sich die Bedrohungssituation seit Gründung der NATO geändert habe, nicht teile und ein Partner sich deshalb nicht einseitig aus der NATO-Integration zurückziehen könne. Nach Meinung der Bundesregierung müsse auch nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO für die französischen Truppen eine militärische Aufgabe festgelegt werden. Bei der Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für die französischen Truppen in der Bundesrepublik müsse eine Kündigungsmöglichkeit sowie die Oberhoheit des Gaststaates berücksichtigt werden. Demgegenüber weist Couve de Murville darauf hin, daß Frankreich den Verbleib seiner Truppen keineswegs fordere und die Bundesregierung die Bedingungen hierfür nicht „diktieren“ könne. Der Vertrag vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik bilde eine normale Rechtsgrundlage, dessen Neuregelung eine bilaterale Angelegenheit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich sei. Im weiteren Verlauf macht Schröder deutlich, daß einzelne Fragen, vor allem der militärische Auftrag und das Verhältnis der französischen Truppen zur NATO, auch die übrigen NATO-Partner angingen und deshalb nicht bilateral zu lösen seien.

113 18.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville S. 499

Thema des Gesprächs ist das Verhältnis zwischen Großbritannien und der EWG. Couve de Murville betont, daß vor einem Beitritt Großbritanniens in die EWG insbesondere in den Währungs-, Agrar- und Commonwealth-Fragen die entspre-

chenden Voraussetzungen geschaffen werden müßten. Schröder hat den Eindruck, daß in diesen Fragen „doch eine gewisse Bewegung im Gang sei“, die es zu analysieren gelte. Der ebenfalls anwesende Staatssekretär Lahr gibt zu bedenken, daß ungeachtet der Erfüllung einiger Bedingungen durch Großbritannien die Frage gestellt werden müsse, wie die Gemeinschaft auf einen Antrag reagieren würde. Couve de Murville erwähnt, daß man sich bei erneuten Verhandlungen nicht auf die Frage der Commonwealth-Zölle beschränken dürfe.

- 114 18.04. Vermerk des Ministerialdirektors Thierfelder S. 504

Thierfelder hält die Ergebnisse einer Besprechung mit den Staatssekretären Carstens und Lahr sowie Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg über die Frage einer Entschädigung Israels für Rentenleistungen an gesundheitsgeschädigte Opfer aus der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus fest. Es habe Einnigkeit darüber bestanden, eine freiwillige Entschädigung an die israelische Regierung nicht in Erwägung zu ziehen, da dies die „Schlußquittungen“ des Luxemburger Abkommens vom 10. September 1952 aufweichen und Beunruhigung bei den arabischen Staaten hervorrufen würde. Nötigenfalls sei die Einrichtung eines „Ad-hoc-Schiedsgerichts“ der Anrufung des Internationalen Gerichtshofes oder der Bildung einer Schiedskommission nach dem Luxemburger Abkommen vorzuziehen. Nach Auffassung des Staatssekretärs Lahr könne gegenüber Israel darauf verwiesen werden, daß die Bundesregierung viel umfangreichere Leistungen, als im Rahmen der Wiedergutmachungsverhandlungen 1952 angenommen wurden, erbracht habe, die dem Aufbau der israelischen Wirtschaft zugute gekommen seien.

- 115 18.04. Ministerialdirektor Werz an die Botschaft in S. 506
Washington

Wertz teilt die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Entsendung von Einheiten der Bundeswehr nach Vietnam mit. Er stellt fest, daß das Grundgesetz zwar keine Bestimmungen über den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Bundesgebiets enthalte. In der Entstehungsgeschichte wie auch in den entsprechenden Abschnitten der „Wehrverfassung“ komme jedoch die Absicht des Gesetzgebers zum Ausdruck, der Bundeswehr ausschließlich Verteidigungsaufgaben im Falle eines Angriffs auf die Bundesrepublik oder auf ein Bündnisystem, dem diese als Mitglied angehöre, zuzuweisen. Die Kampfhandlungen des Vietcong und der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) stellten jedoch völkerrechtlich keinen Angriff in diesem Sinne dar. Das Argument, daß die freie Welt und damit auch die Bundesrepublik in Vietnam verteidigt würden, sei „rein politischer Natur“ und im völkerrechtlichen Sinne unerheblich. Allerdings könne jederzeit eine Freigabe von Bundeswehr-Verbänden „für überseeische Verwendung“ durch den Ständigen NATO-Rat erfolgen. Lediglich die für die „boden-

ständige Verteidigung“ der Bundesrepublik vorgesehenen Kräfte seien zweckbestimmt und nicht außerhalb des Bundesgebietes verwendbar.

- 116** 19.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem belgischen Außenminister Harmel S. 510

Hinsichtlich der Fusion der Exekutiven von EWG, EURATOM und EGKS bezeichnet Harmel es als ungünstig, wenn die betreffenden Beschlüsse der Ministerratstagung am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg nicht durchgeführt würden. Bezüglich der Einführung des Rotationsprinzips in der Präsidentschaft der EWG-Kommission regt Harmel wegen der Vorbehalte Frankreichs gegen eine Kandidatur von Hallstein an, für die vorgesehene Übergangszeit ein Präsidium aus den Präsidenten der drei alten Exekutiven mit Hallstein an der Spitze zu bilden. Schröder drückt seine Enttäuschung darüber aus, daß nach den bisherigen Erfahrungen nur noch geringe Aussichten für eine erfolgreiche Zusammenlegung der Gemeinschaften bestünden. Die Fusion der Exekutiven stelle für die Bundesregierung daher nicht mehr das seinerzeit erwartete große politische Ereignis dar. Einem neuen Provisorium für die Übergangszeit wolle sich die Bundesrepublik nicht anschließen. Schröder spricht sich statt dessen für eine zweijährige Amtszeit des Präsidenten Hallstein und des Vizepräsidenten Mansholt aus.

- 117** 19.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem belgischen Außenminister Harmel S. 517

In erweitertem Kreis führt Schröder aus, daß in der Krise der NATO die Solidarität und eine ständige Konsultation der Vierzehn von größter Bedeutung seien. Dafür seien zusätzliche Kontakte der Minister untereinander erforderlich. Zwar gebe es auch bilaterale Fragen zu klären, diese müßten aber ebenfalls in Abstimmung mit allen Beteiligten beantwortet werden. Die Tatsache, daß französischerseits für das Eintreten des Bündnisfalls nicht mehr von einem Angriff, sondern von einem nicht provozierten Angriff gesprochen werde, wertet Schröder als Hinweis für eine politische Umorientierung Frankreichs. Dieser veraltete Begriff erinnere an den Locarno-Vertrag von 1925 und verkenne die Gemeinsamkeit einer Ideologie in der NATO, die es ausschliesse, daß ein Partner von sich aus einen Angriff provoziere.

- 118** 21.04. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem britischen Botschafter Sir Frank Roberts S. 521

Die Gesprächspartner stimmen überein, daß Frankreich an einer weiteren Stationierung von Truppen in der Bundesrepublik, vor allem aber in Berlin (West), interessiert sei. Nach Meinung von Erhard hänge dies „mit der Politik des Siegers des 2. Weltkrieges“ zusammen. Auf das Verhältnis zwischen Großbritannien und der EWG eingehend, erklärt der Bundes-

kanzler, er würde „gerne die Franzosen bei ihrem halben Wort“ nehmen; nur müsse dann auch Großbritannien „mitspielen“. Roberts weist darauf hin, daß das Verhältnis zum Commonwealth nicht mehr als Hindernis wirke; wegen der britischen Zahlungsbilanz stellten allerdings die EWG-Weizenpreise eine Hauptschwierigkeit dar. Roberts führt weiter aus, daß die britische Haltung zur Kennedy-Runde positiv sei, äußert sich jedoch skeptisch hinsichtlich der Einstellung des französischen Staatspräsidenten.

119 **22.04. Staatssekretär Lahr an Bundesminister Westrick** **S. 524**

Lahr berichtet zunächst von einem Gespräch mit dem israelischen Botschafter. Ben Natan habe erklärt, Israel erwarte von den bevorstehenden Wirtschaftsgesprächen Kapitalhilfe und Technische Hilfe, auf die wegen ihrer Nichtrückzahlbarkeit besonderer Wert gelegt werde. Die sich zunächst auf 350 Millionen DM erstreckenden Wünsche seien wesentlich reduziert worden, jedoch werde ein Entgegenkommen der Bundesrepublik hinsichtlich der Modalitäten erwartet. In diesem Zusammenhang habe Ben Natan auch die Frage der Entschädigung für die Rentenleistungen an gesundheitsgeschädigte Opfer aus der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus erwähnt. Lahr legt vor diesem Hintergrund seine beabsichtigte Verhandlungsführung dar. Er spricht sich für die Unterbreitung eines vollständigen Angebots ohne hinhaltende Taktik mit dem Ziel aus, die Verhandlungen zügig abzuschließen. Wegen der angespannten Haushaltslage hält Lahr eine Technische Hilfe in der von Israel gewünschten Höhe von 40 Millionen DM für nicht durchführbar; höchstens 7 bis 10 Millionen DM könnten in Betracht gezogen werden. Unter diesen Umständen komme der deutschen Haltung in der Entschädigungsfrage eine besondere Bedeutung zu. Hier sei ein materieller Kompromiß einer Schiedsregelung vorzuziehen.

120 **24.04. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an Bundesminister Schröder** **S. 528**

Pauls übermittelt Informationen aus einem Gespräch mit dem israelischen Außenminister. Eban erklärte, die israelische Regierung beharre auf ihrer Interpretation des Gesprächs des damaligen Bundeskanzlers Adenauer mit dem damaligen Ministerpräsidenten Ben Gurion am 14. März 1960 im Waldorf-Astoria in New York. Es habe das Deutschlandbild in Israel und den USA positiv geprägt und die israelische Politik seither stark beeinflusst. Die Bundesrepublik habe die Alternative, voll Stolz zum „Waldorf-Astoria-Abkommen“ zu stehen oder sich aller Verpflichtungen zu entledigen. Abba Eban fügte hinzu, daß Israel zu stolz sei, um die Bundesrepublik um Geld zu bitten: „Hinter allem stehe die Geschichte.“ Pauls äußerte den Gedanken, daß die im Gespräch zwischen Adenauer und Ben Gurion erklärte Absicht, Israel zu helfen, wichtiger sei als der Versuch, die Bundesrepublik in ein Abkommen zu drängen, das nie existiert habe. Er verwies auch darauf, daß ohne par-

lamentarisch ratifizierten Vertrag kein Regierungschef sein Land zur Zahlung von 500 Millionen Dollar in 10 Jahren verpflichten könne. Abschließend bewertet er das Verhalten des Ministerpräsidenten Eshkol als einen ganz bewußten Erpressungsversuch. Man dürfe den Konflikt jetzt nicht scheuen.

- 121** 25.04. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 531

Carstens informiert über die Bedingungen für den Verbleib französischer Truppen in der Bundesrepublik. Leitsatz sei, das Bündnis so effektiv wie möglich zu erhalten, und zwar in seiner integrierten Form. Als Voraussetzungen für eine Truppenstationierung nennt Carstens einen eindeutig formulierten militärischen Auftrag und die Unterstellung unter den NATO-Oberbefehl im Kriegsfall; ergänzend dazu sei zwischen Frankreich und der Bundesrepublik ein neuer Rechtsstatus für die Truppen auf der Grundlage von „Gleichberechtigung und Reziprozität“ auszuhandeln. Carstens stellt deshalb in Aussicht, in der Antwort auf das französische Memorandum vom 29. März 1966 zu erklären, daß Frankreich seine Stationierungsrechte auf der Basis des Aufenthaltsvertrags von 1954 ab dem Zeitpunkt des Ausscheidens aus der NATO-Integration nicht weiter ausüben können. Allerdings werde von der Bundesregierung keine Frist zum Abzug der Truppen gesetzt, sondern der Wunsch nach einer weiteren Anwesenheit und entsprechenden Verhandlungen zum Ausdruck gebracht.

- 122** 27.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 535

Ruete bilanziert die Ergebnisse der Expertengespräche mit der Tschechoslowakei in Bonn. Vorbehaltlich der Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) sei die tschechoslowakische Regierung bereit, die Entwürfe für ein Warenverkehrsabkommen und ein Abkommen über den Austausch von Handelsvertretungen zu unterzeichnen. Eine ausdrückliche Regelung des Geltungsbereichs der Abkommen sei jedoch sachlich nicht erforderlich und mit ihrem prinzipiellen Standpunkt nicht vereinbar. Die Bundesregierung könne aber eine einseitige Erklärung zur Berlin-Frage abgeben. In bezug auf das Münchener Abkommen von 1938 legte die tschechoslowakische Regierung dar, daß sie eine „politische, moralische und rechtliche Distanzierung“ der Bundesregierung als Zeichen des guten Willens erwarte. Die bisherigen, auf den Verzicht territorialer Forderungen bezogenen Erklärungen ließen die Möglichkeit offen, die Verwirklichung von „Heimat-“ und „Selbstbestimmungsrecht“ anzustreben.

- 123** 27.04. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 539

Klaiber übermittelt Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten zu der Frage, unter welchen Bedingungen im Kriegsfall französische Streitkräfte an der Seite der NATO eingesetzt würden. Nach vertraulichen Informationen sei de Gaulle im Prinzip bereit, die Truppen im Verteidigungsfall zwar wieder dem NATO-Oberbefehl zu unterstellen, jedoch

nicht bedingungslos. Unter Hinweis auf seine Entscheidung im Jahre 1945, Paris und Straßburg auch gegen den ausdrücklichen Befehl des alliierten Oberkommandos durch französische Truppen besetzen zu lassen, wolle er sich jedoch die Kommandogewalt in Ausnahmefällen vorbehalten.

- 124 29.04. Botschafter Buch, Kopenhagen, an das Auswärtige Amt S. 541

Buch faßt die ihm vom polnischen Botschafter übergebene Antwortnote auf die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 zusammen. Es heiße darin, daß die „Friedensnote“ keinen Wandel der Politik der Bundesrepublik darstelle. Die Politik der Nichtanerkennung der DDR gefährde den Frieden in Europa. Die berechtigten Bestrebungen des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung könnten aber nur in einem Klima der Entspannung und der schrittweisen Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten verwirklicht werden. Ein weiterer Vorwurf betreffe die ablehnenden Antworten der Bundesregierung auf die 1958 und 1964 gemachten Entspannungsvorschläge Polens. Die von der Bundesregierung vorgebrachten Vorschläge zur Nichtverbreitung seien ohne politischen Realismus. Die Gewaltverzichtserklärungen verzerrten den grundlegenden Sinn dieser Idee, da sie nicht auch gegenüber der DDR abgegeben werden sollten; die Souveränität und Unantastbarkeit der Grenzen der DDR seien aber unlösbar mit der Sicherheit Polens verbunden.

- 125 29.04. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 544

Vor dem Hintergrund der europapolitischen Diskussionen weist Schröder darauf hin, daß alle Anzeichen einer negativen Haltung der USA gegenüber Europa und der Bundesrepublik gefährlich werden könnten. Daher seien auch im Falle einer Reduzierung der amerikanischen Truppenstärke rechtzeitige Konsultationen erforderlich. McGhee versichert, daß der geplante Abzug überwiegend Spezialisten betreffe, deren Stellen mit einer gewissen Verzögerung wieder besetzt würden. Beide Gesprächspartner äußern ihre Zufriedenheit mit dem Stand der Arbeiten in der Bonner Drei-Mächte-Arbeitsgruppe. Der Bundesminister erklärt, daß die Vierzehn auf der Tagung des NATO-Ministerrats am 7./8. Juni 1966 in Brüssel vor einer Aussprache ohne Frankreich nicht zurückschrecken dürften. Er rechne damit, daß die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik den Kurs der Regierung unterstützen werde. Allerdings gebe es im Bundeskabinett ein gefühlsmäßiges Hinneigen zu Frankreich. Hinsichtlich einer neuen Initiative in der Deutschland-Frage äußert sich Schröder unter Hinweis auf die derzeitige französische Politik skeptisch, mit den Drei Mächten eine Einigung zu erzielen. Auf die Europa-Konzeption des französischen Staatspräsidenten angesprochen, erläutert er, de Gaulle könne sein Ziel, die erste Rolle in Europa zu spielen und die USA aus

- Carstens resümiert ein Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin. Im Mittelpunkt standen der geplante Parteitag der SED-Westberlin in Berlin (West) und die bestehenden Sichtvermerksregelungen für osteuropäische Wissenschaftler, die auf Übernachtungen in Berlin (West) verzichten mußten, weil sie nach den geltenden Paßvorschriften ein Visum einer Vertretung der Bundesrepublik oder der zuständigen Behörden in Berlin (West) benötigten, aber keine „Berliner Stempel“ in ihre Pässe eintragen lassen dürften. Zu den Passierschein-Gesprächen stellte Brandt fest, daß der Senat auf Drängen der Bevölkerung eine Besuchsregelung auch „für das Zonengebiet (außerhalb Ostberlins)“ anstrebe.

- Werz nimmt Stellung zu der Frage, ob die bevorstehenden Passierschein-Gespräche auf Besuchsmöglichkeiten in die Umgebung von Berlin, d.h. in die „SBZ im eigentlichen Sinne“, ausgedehnt werden sollten. Werz spricht sich gegen eine solche Erweiterung aus mit der Begründung, daß der kommunale Bezug des Verhandlungsgegenstands und damit der Charakter der Vereinbarungen für den „innerstädtischen Verkehr“ nicht mehr gewährleistet sei.

- Knapstein berichtet über den Besuch des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion in Washington. Barzel führte gegenüber seinen Gesprächspartnern aus, daß die französische Entscheidung, aus der militärischen Integration der NATO auszuscheiden, Verärgerung und Enttäuschung hervorgerufen habe. Darüber dürfe aber nicht in Vergessenheit geraten, daß Frankreich Nachbar der Bundesrepublik bleibe. Barzel warnte vor Einmischungsversuchen in die inneren Angelegenheiten Frankreichs. Zwischen Staatspräsident de Gaulle und seine Wähler „einen Keil“ zu treiben, werde das Gegenteil bewirken. Zur MLF stellte der Fraktionsvorsitzende fest, „man möge den Topf auf dem Feuer stehen lassen, ohne ihn zum Kochen zu bringen“. Die Gesprächspartner stimmten darin überein, daß sich die Politik der UdSSR auf eine Entspannung zu bewege, zugleich jedoch die militärische Bedrohung für Europa bestehen bleibe. In seinen Gesprächen erläuterte Barzel die „Friedensnote“ der Bundesregierung, die er als einen Versuch interpretierte, „die Fenster nach Osten zu öffnen“.

- 129** 02.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem pakistanischen Handelsminister Faruque S. 563

Faruque legt den Wunsch der pakistanischen Regierung dar, die Bundesrepublik möge Finanzierung und Bau eines Stahlwerks in der Nähe von Karatschi, das ausschließlich mit deutschen Maschinen und Ausrüstungsgegenständen bestückt werden soll, übernehmen. Schröder erklärt, daß die Finanzierung nicht allein von der Bundesrepublik übernommen werden könne, und verweist auf Kürzungen des Haushaltsausschusses für Kapitalhilfe und Technische Hilfe. Wegen der Größe des Projekts müsse die Bildung eines Konsortiums geprüft werden. Er versichert Faruque, daß deutscherseits alles nur Mögliche getan werde. In der Frage der Ausrüstungshilfe, die wegen des Kaschmir-Konflikts eingestellt worden sei, bat der Bundesminister um Verständnis, daß die Bundesrepublik „eine gewisse Zurückhaltung“ zeigen müsse.

- 130** 03.05. Gespräch des Bundesministers Westrick mit dem israelischen Botschafter Ben Natan S. 569

Zur Frage einer Entschädigung Israels für die Rentenleistungen an gesundheitsgeschädigte Opfer aus der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus erklärt Westrick, daß die Entschädigungsfrage nach Sachverständigenmeinung im Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952 abschließend geregelt worden sei. Außerdem verweist er auf die angespannte Haushaltslage der Bundesrepublik. Die Einsetzung eines israelischerseits vorgeschlagenen Schiedsgerichts wird von Westrick als nicht akzeptabel bezeichnet. Ben Natan erwidert, daß die Frage der Gesundheitsgeschädigten als Sonderfall betrachtet werde, der mit dem Luxemburger Abkommen in keinem Zusammenhang stehe. Daher nehme er die Absage des Chefs des Bundeskanzleramtes nicht an. Arnon ergänzt, daß Israel aufgrund des Gesprächs des damaligen Bundeskanzlers Adenauer mit dem damaligen Ministerpräsidenten Ben Gurion am 14. März 1960 seit 1961 jährlich 200 Millionen DM bekommen habe und in Zukunft dieselbe Summe erhalten wolle. Die Form sei in diesem Zusammenhang allerdings nicht entscheidend.

- 131** 03.05. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens S. 574

Carstens berichtet von der Übergabe der Antwortnote auf das französische Aide-mémoire vom 29. März 1966. Der französische Botschafter erklärte, daß der Verbleib französischer Truppen auch von der Bundesrepublik gewünscht werden müsse. Fraglich sei, ob dies genügend zum Ausdruck komme. Carstens wies auf Passagen in der Note hin, aus denen dies deutlich werde. Die Absicht der Bundesregierung, mit der französischen Regierung neue Vereinbarungen über die Truppenstationierung zu treffen, stelle allerdings keinen voraussetzungslosen und unbedingten Wunsch dar. Frankreich werde nach einem Rückzug seiner Truppen aus dem NATO-Oberbefehl das Aufenthaltsrecht nach dem Vertrag von 1954 nicht

mehr ausüben können und müsse die Wahl des Zeitpunktes für die Durchführung seiner Entscheidung selbst treffen. Auf die Frage von Seydoux, ob die Truppen bis zum Abschluß eines neuen Abkommens auf der bisherigen Rechtsgrundlage in der Bundesrepublik bleiben könnten, antwortete der Staatssekretär, daß nur bei einer Terminverschiebung der Herauslösung aus der Integration für die französischen Einheiten keine „abträglichen Änderungen“ einträten. Der Botschafter erklärte abschließend, daß Frankreich diese Rechtsauffassung über den Zusammenhang zwischen dem Aufenthaltsvertrag und der Unterstellung unter den NATO-Oberbefehl nicht teile.

- 132 03.05. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an Bundesminister Schröder S. 577

Pauls faßt ein Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit dem israelischen Ministerpräsidenten zusammen. Eshkol stellte als vordringliches Problem die Herstellung einer engen Verbindung zur EWG heraus. Adenauer erklärte sich zur Unterstützung dieses Anliegens bereit und betonte die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Lage im Nahen Osten. Je stärker der Staat Israel wäre, „umso ruhiger würden auch die Araber werden“. Hinsichtlich der Wirtschaftshilfeverhandlungen in Bonn zeigte er für die Position Israels wegen der Bevölkerungsstruktur und der Einwanderungen Verständnis. Das Gespräch mit dem damaligen Ministerpräsidenten Ben Gurion am 14. März 1960 in New York sowie „Jahresleistungen und Summen irgendwelcher Art“ sei von keiner Seite erwähnt worden.

- 133 04.05. Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, an das Auswärtige Amt S. 579

Herwarth informiert über ein Gespräch mit dem italienischen Staatspräsidenten. Saragat erklärte, Italien fühle sich durch die französische Politik von „seinen nördlichen atlantischen Bundesgenossen gewissermaßen abgeschnitten“. Er äußerte „eindringlich“ die Erwartung, daß es nicht zu einem „nordatlantischen Kernbündnis“ zwischen den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik kommen werde. Herwarth erwiderte, daß die Bundesrepublik „besonders entscheidenden Wert auf engste Zusammenarbeit“ mit Italien lege. Saragat begrüßte es, daß die Bundesregierung auf den Verbleib französischer Truppen Wert lege, um die wenigen bestehenden Bindungen mit Frankreich aufrechtzuerhalten. Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerte er sich zum Wahlerfolg der NPD in Bremen, den er als Warnung nicht nur für die Deutschen, sondern auch für die Verbündeten bezeichnete. Zur Reise des französischen Staatspräsidenten nach Moskau stellte er fest, daß es seiner Meinung nach nicht im Interesse von de Gaulle liege, aus dem atlantischen Bündnis auszutreten und „auf einen vollkommen neutralistischen Kurs einzuschwenken“.

- 134 05.05. Gesandter Limbourg, Paris, an das Auswärtige Amt S. 583

Limbourg teilt aus einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium mit, daß die Antwortnote der Bundesregierung auf das Aide-mémoire vom 29. März 1966 starke Besorgnis ausgelöst habe. De Beaumarchais führte weiter aus, daß aufgrund des deutscherseits vorgelegten und der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebrachten Fragenkatalogs ein Notenaustausch befürchtet werde, der Zeit koste und die Positionen nur verhärten könne. Er äußerte sein Bedauern darüber, daß die Bundesregierung diese nur Frankreich und die Bundesrepublik betreffende Frage der Truppenstationierung in wesentlichen Teilen nicht bilateral verhandeln wolle. Demgegenüber machte Limbourg auf das enge „Vertragsnetz“ mit den anderen Stationierungsmächten und den NATO-Partnern aufmerksam, das multilaterale Verhandlungen erforderlich mache. De Beaumarchais betonte, daß die französische Regierung bereit sei, ihre Truppen in der Bundesrepublik zu belassen, wenn dies gewünscht werde. Daraufhin erwiderte der Gesandte, daß der Wunsch nach Stationierung der Streitkräfte „in der letzten Zeit schon mehrfach geäußert“ worden sei.

- 135 06.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 587

Lahr berichtet über die Wirtschaftshilfeverhandlungen mit Israel. Der israelische Botschafter Ben Natan habe sich enttäuscht über zwei alternativ vorgeschlagene Kapitalhilfen der Bundesregierung geäußert und ihn bedrängt, das Angebot zu verbessern. In der Frage der Entschädigung Israels für die Rentenleistungen an gesundheitsgeschädigte Opfer aus der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus habe der Staatssekretär über den Beschluß des Bundeskabinetts informiert, sich diesem Anliegen nicht grundsätzlich zu verschließen und über eine „Geste des guten Willens“ nachzudenken. In diesem Zusammenhang empfiehlt Lahr dem Verhandlungsführer, Bundesminister Westrick, die Haltung der arabischen Staaten zu berücksichtigen und die Gespräche über die Gesundheitsgeschädigten sich „etwas hinziehen“ zu lassen. Er regt weiter an, eine dann später zu treffende Vereinbarung „für Zwecke der individuellen Wiedergutmachung“ nicht mit der israelischen Regierung, sondern mit der Jewish Claims Commission abzuschließen.

- 136 06.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz S. 591

Wertz nimmt Stellung zur Wiederaufnahme der Gespräche mit den drei Westmächten über eine „automatische Berlin-Klausel“. Er erinnert daran, daß dieses Thema wegen innenpolitischer Bedenken des Bundeskanzleramtes sowie vermuteter rechtlicher Bedenken der Verbündeten nicht weiter verfolgt worden sei. Wertz schlägt vor, Äußerungen von Vertretern der amerikanischen Botschaft in Bonn, die darauf hindeuteten, daß der Vorschlag der Bundesregierung nunmehr als rechtlich

tragbar angesehen werde, aufzugreifen und die Konsultationen mit den Drei Mächten trotz „etwaiger britischer und französischer Widerstände“ wieder aufzunehmen.

- 137 07.05. Staatssekretär Carstens an Botschafter Grewe, Paris S. 594
(NATO)

Carstens erläutert den Bericht der Drei-Mächte-Arbeitsgruppe in Bonn über die NATO-Krise. Er legt dar, daß Interesse an einer baldigen Aufnahme von Verhandlungen mit Frankreich bestehe. Die Verhandlungs- und Abschlußkompetenz solle hinsichtlich des Aufenthaltsrechts französischer Truppen in der Bundesrepublik bei der Bundesregierung, im Bereich der militärischen Aufgaben der französischen Streitkräfte und ihrer Beteiligung an der Gesamtverteidigung bei den Vierzehn liegen. Carstens weist ferner darauf hin, daß das Datum des 1. Juli 1966 nicht ohne sichtbare Reaktion verstreichen dürfe, falls bis zu diesem Zeitpunkt keine Einigung in den deutsch-französischen Verhandlungen erreicht sei. Mit Blick auf einen raschen Beginn der bilateralen Verhandlungen solle eine Diskussion der Bündnispartner über Einzelheiten der Truppenstationierung vermieden werden. Den britischen Vorschlag einer Gesamtlösung aller Einzelprobleme beurteilt Carstens skeptisch.

- 138 09.05. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem S. 598
amerikanischen Botschafter McGhee

Erhard führt aus, daß der Status der französischen Streitkräfte die Rechtsgrundlage der amerikanischen und britischen Truppen nicht verändern dürfe. Würden nämlich die USA und Großbritannien dieselben Rechte wie Frankreich für sich in Anspruch nehmen, „so bedeute das die Auflösung der NATO“. Auf das Argument von Erhard, daß die Verträge von 1954 ein Ganzes bildeten, erwidert McGhee, er halte es für ratsam, sich darauf zu beschränken, daß zwischen der Unterstellung der Truppen unter den NATO-Oberbefehl und ihrer Stationierung in der Bundesrepublik ein „zwingender Zusammenhang“ bestehe. Hinsichtlich des Besuchs des französischen Staatspräsidenten sieht Erhard eine gewisse Gefahr darin, daß de Gaulle nach seinem Veto gegen einen Beitritt Großbritanniens zur EWG und durch die von ihm ausgelöste Krise der NATO dort den Eindruck erwecken könnte, als gestalte er das Schicksal Europas. Die Frage des Botschafters, ob jetzt in Moskau von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen werden könne, beantwortet der Bundeskanzler dahingehend, daß er dies für möglich halte. Jedoch gehe er davon aus, daß sich die Vorstellungen von de Gaulle in der Wiedervereinigungsfrage über zwanzig und mehr Jahre erstreckten. Im Zusammenhang mit dem geplanten Redneraustausch zwischen SPD und SED führt Erhard aus, daß dadurch die Wiedervereinigung nicht gefährdet würde, wie überhaupt Freiheit und Frieden Vorrang hätten. Auch eine Konföderation, an die „nur Narren“ glauben könnten, komme nicht in Frage.

139 09.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz S. 602

Wertz faßt die Ergebnisse einer Staatssekretärbesprechung über Fragen der Deutschlandpolitik zusammen. Bundesminister Westrick teilte mit, daß weitere Gespräche des Bundeskanzlers mit Vertretern der Bundestagsfraktionen geplant seien. Als Grundlage hierzu solle in Zusammenarbeit aller beteiligten Ressorts ein Arbeitspapier erstellt werden. In diesem Zusammenhang machte Wertz darauf aufmerksam, daß die geplanten Kürzungen der Entwicklungshilfe der Wahrnehmung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik gegenüber den blockfreien Staaten nicht Rechnung trage. Zum Vertrieb „sowjetzonaler“ Zeitungen im Bundesgebiet und von Zeitungen aus der Bundesrepublik in der DDR stellte Westrick die Bedeutung einer „realen Reziprozität“ des Zeitungsaustausches heraus. Bedenken äußerte der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Krautwig, gegen Kontakte von Bürgermeistern der Bundesrepublik mit obersten Behörden der DDR; nur Kontakte zwischen Kommunen kämen in Frage.

140 10.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz S. 605

Wertz berichtet von einer Staatssekretärbesprechung über die Erstellung eines Fragenkatalogs, der als Grundlage für Gespräche des Bundeskanzlers mit den Bundestagsfraktionen dienen solle. Bundesminister Westrick habe mitgeteilt, daß Erhard an einer beschleunigten Bearbeitung interessiert sei, um der Kritik der Fraktionen und der Bildung eines Kabinettsausschusses für Wiedervereinigungsfragen entgegenzuwirken. Wertz führt weiter aus, daß der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, das Problem der Darstellung eines solchen „Deutschlandgesprächs mit den Fraktionen“ gegenüber der Öffentlichkeit aufgeworfen habe; jedenfalls müsse der Eindruck vermieden werden, daß sich damit eine „Nebenregierung“ der Bundesregierung für ein „Dauergespräch über Deutschlandfragen“ herausbilde. Darüber hinaus seien Fragen der Formulierung des Fragebogens und der Zuständigkeit einzelner Ministerien für dessen Ausarbeitung diskutiert worden. Abschließend habe der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Krautwig, mitgeteilt, daß bei einem Gespräch des Bundeskanzlers mit führenden Vertretern der im Bundestag vertretenen Parteien keine Einwände gegen den angekündigten Parteitag der SED-Westberlin unter Beteiligung der SED-Funktionäre Verner und Hager aus Ost-Berlin bestanden hätten.

141 10.05. Botschafter von Walther, Moskau, an Staatssekretär Carstens S. 609

Walther berichtet, daß das Glückwunschtelegramm der sowjetischen Regierung an die DDR anläßlich der Kapitulation im Vergleich zum Vorjahr eine „kühle Zurückhaltung“ aufweise. Er äußert die Vermutung, daß dies auf unterschiedliche Standpunkte in der Frage des geplanten Redneraustauschs

zwischen SPD und SED zurückzuführen sei. Ein Dialog zwischen beiden Parteien liege „auf der Linie“ der sowjetischen Politik. Die UdSSR versuche seit längerem, die Wiedervereinigung als innerdeutsches Problem darzustellen, bei dessen Regelung „die Machthaber der Zone in jedem Fall den sowjetischen Interessen Rechnung tragen werden“. Walther kommt zu dem Schluß, daß sich ein nicht zu unterschätzender Gegensatz zwischen der UdSSR und der DDR in der Frage des Redneraustausches entwickle.

- 142** 10.05. Ministerialdirektor Werz an die Botschaft in Moskau S. 613

Wertz nimmt Stellung zu dem Vorschlag des sowjetischen Außenministers Gromyko, eine europäische Sicherheitskonferenz einzuberufen. Der im Unterschied zu den polnischen Abrüstungsvorschlägen hervorgehobene europa- und deutschlandpolitische Bezug der Äußerungen von Gromyko deute darauf hin, daß der sowjetische Vorschlag als Geste gegenüber den Vorstellungen des Staatspräsidenten de Gaulle bewertet werden müsse. Ungeachtet der Differenzen über die politische Gestaltung Mitteleuropas führt Wertz als französisch-sowjetische Gemeinsamkeiten an: die Zurückdrängung des Einflusses der USA aus Europa, die Verhinderung einer nuklearen Mitverantwortung der Bundesrepublik sowie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Dazu hält er es für möglich, daß es bei dem bevorstehenden Besuch von de Gaulle in Moskau zu einem gemeinsamen französisch-sowjetischen Konferenzvorschlag kommen könnte.

- 143** 10.05. Ministerialdirektor Werz an die Botschaft in Washington S. 616

Wertz legt die Gründe dar, die gegen eine Sonderregelung der TTD-Bestimmungen für Vertreter der evangelischen Kirche aus der DDR sprechen. Entsprechende Forderungen von Wissenschaftlern und Sportlern, die derzeit nur mit TTDs ausreisen dürften, seien zu erwarten. Die Bedeutung der TTD-Bestimmungen als „Kampfmittel des Westens“, das die „Aufwertungspolitik der Zone an ihrem Nerv“ treffe, sowie die Tatsache, daß im Fall einer Änderung des Verfahrens Rechte der NATO-Partner berührt würden, sprächen ebenfalls gegen eine Ausnahme.

- 144** 10.05. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 619

Schröder informiert über den Sachverhalt in der Frage der Entschädigung Israels für die Rentenleistungen an gesundheitsgeschädigte Opfer aus der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus. Unter Hinweis auf die bereits 1952 erfolgte abschließende Regelung durch das Luxemburger Abkommen sowie auf entsprechende Erklärungen gegenüber den arabischen Staaten aus jüngster Zeit empfiehlt er dem Bundeskanzler, eine Entscheidung über weitere Zahlungen an Israel bis zu einer Klärung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der arabischen Welt zurückzustellen, zumal sich in Syrien und

im Irak die Gefahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR abzeichne und die Möglichkeiten für Entwicklungshilfe „sehr begrenzt“ seien.

- 145** 10.05. Bundesminister Schröder an den Abgeordneten Kopf S. 621

Schröder weist Bedenken des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags vom 6. Mai 1966 gegen die „förmlichen Mitteilungen“ zurück, in denen die Bundesrepublik auf die Ankündigung der Ausgliederung der französischen Truppen aus der NATO-Integration zum 1. Juli 1966 reagiert habe. Diese seien erforderlich gewesen, weil Frankreich die Bundesrepublik nicht konsultiert habe und „eine in rechtlicher Hinsicht äußerst unbefriedigende Situation“ durch diesen französischen Schritt entstehe. Der Verbleib französischer Truppen in der Bundesrepublik sei an zwei Bedingungen geknüpft: an einen klaren militärischen Auftrag für eine Krisen- und Gefahrensituation und an die Vereinbarung einer neuen Rechtsgrundlage für die französischen Truppen. Ohne eine solche Regelung würde eine Fortsetzung der Stationierung zu einer Beeinträchtigung der Sicherheit der Bundesrepublik und zu einer Minderung ihres Status als souveräner Staat führen, wenngleich er gegenüber Kopf einräumt, daß ein französischer Truppenabzug aus der Bundesrepublik „negative Wirkungen“ haben könne.

- 146** 11.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 625

Lahr hält fest, daß er den israelischen Botschafter vor Verhandlungsbeginn vom Beschluß des Bundeskabinetts unterrichtet habe, den israelischen Vorschlag für eine jährliche Wirtschaftshilfe in Höhe von insgesamt 160 Millionen DM zu akzeptieren. Dabei habe er seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, daß Höhe und Modalitäten – insbesondere das in der Entwicklungspolitik völlig unübliche unverzinsliche Darlehen – in Israel gewürdigt würden. Hinsichtlich der Entschädigung für Rentenleistungen an gesundheitsgeschädigte Opfer aus der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus habe das Kabinett auf rechtliche Probleme im Zusammenhang mit der 1952 abgegebenen „Schlußquittung“, die Wirkung auf die Öffentlichkeit sowie die angespannte Haushaltslage verwiesen. Es fehle nicht der gute Wille, doch die Angelegenheit bedürfe „großer Vorsicht und Geduld“.

- 147** 11.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 627

Meyer-Lindenberg nimmt Stellung zu Presseinterviews, die der CSU-Vorsitzende anläßlich seines Besuchs vom 17. April bis 9. Mai 1966 in Südafrika gegeben habe. Die Ausführungen von Strauß könnten als Abweichung von der bisherigen Afrika-Politik der Bundesregierung gedeutet werden. So habe er das Verbot der Ausfuhr militärischer Waffen nach Südafrika als „kindisch“ bezeichnet und nachträglich erklärt, daß sich dies nur auf das Embargo für Jagdwaffen beziehe. Ferner habe

Strauß im Gegensatz zur Auffassung der christlichen Kirchen die Apartheid als „eine Art religiöses Verantwortungsbewußtsein für das Wohlergehen und den Aufstieg anderer Bevölkerungselemente“ bezeichnet. Vor „Illusionen über die Bedeutung der afrikanischen Stimmen“ in der UNO solle sich die Bundesrepublik hüten und mit der Gewährung von Ausrüstungshilfe für afrikanische Staaten zurückhaltender sein. Demgegenüber habe der CSU-Vorsitzende eine Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika befürwortet. Meyer-Lindenberg kommt zu dem Urteil, daß wegen der Äußerungen des CSU-Vorsitzenden unfreundliche Reaktionen zu erwarten seien, die auch Auswirkungen auf die Deutschlandpolitik hätten.

- 148 12.05. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 632

Pauls faßt die Ergebnisse des Besuchs des ehemaligen Bundeskanzlers in Israel zusammen. Adenauer habe die Öffentlichkeit positiv beeindruckt. Es sei deutlich geworden, was Deutschland seit Gründung der Bundesrepublik für Israel getan habe. Der Zwischenfall während des Abendessens mit dem israelischen Ministerpräsidenten am 3. Mai 1966 habe deutlich gemacht, daß auch „der im israelischen Sinne 'beste Deutsche'“, sich nicht alles gefallen lasse. Das Verhalten von Eshkol sei auf lebhafteste Kritik gestoßen, weil der Ministerpräsident politisch unklug gehandelt und das Gastrecht verletzt habe. Nach Meinung von Pauls markieren der Adenauer-Besuch und der Abschluß der Wirtschaftshilfeverhandlungen das Ende der „Eingangsphase“ seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel.

- 149 16.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 633

Carstens hält vertrauliche Informationen aus einer nicht namentlich genannten französischen Quelle über den Verlauf einer Sitzung des französischen Verteidigungsrates am 7./8. Mai 1966 fest. Staatspräsident de Gaulle habe demnach den Abzug der französischen Luftstreitkräfte und Luftabwehrstreitkräfte aus der Bundesrepublik beschlossen, um „eine automatische Verwicklung Frankreichs in einen Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion“ auszuschließen. Die Landstreitkräfte sollten innerhalb eines Jahres nach dem 1. Juli 1966 abgezogen werden, falls bis dahin keine befriedigende Lösung derart gefunden werden könnte, daß der Oberbefehlshaber der Truppen nur der französischen Regierung verantwortlich bleiben würde. Bei einem Scheitern der Verhandlungen mit der Bundesrepublik sollte die französische Diplomatie „den Deutschen die Schuld“ für den Truppenabzug „in die Schuhe“ schieben.

- 150 16.05. Legationsrat I. Klasse Mirow, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 635

Mirow berichtet von einem Gespräch mit dem syrischen Wirtschaftsminister über die deutsch-israelischen Wirtschaftshilfeverhandlungen. Hilali erläuterte die Vorgeschichte des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik

und betonte, daß der Botschafteraustausch zwischen der Bundesrepublik und Israel als Grund vorgeschoben worden sei. Tatsächlich habe das Bekanntwerden der deutschen Waffenlieferungen den arabischen Schritt ausgelöst. Hilali warnte vor einem engeren Zusammengehen der Bundesrepublik mit Israel, da dies zur Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten führen könne.

- 151 16.05. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 639

Knappstein informiert über ein Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten anläßlich der Überreichung der Memoiren des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer. Johnson habe erklärt, daß Bundeskanzler Erhard nach den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen im Juli zu einem Besuch in den USA willkommen sei. Hinsichtlich des bevorstehenden Besuchs des französischen Staatspräsidenten in Moskau äußerte der Botschafter die Besorgnis, daß de Gaulle und Ministerpräsident Kossygin die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz vorschlagen könnten. Die Bundesregierung fürchte, daß auf diese Weise die USA langsam aus Europa verdrängt werden sollten. Auf die NATO-Krise angesprochen, erläuterte Knappstein den Wunsch der Bundesregierung, von den Bündnispartnern in der Auseinandersetzung mit Frankreich über den Aufenthalt der französischen Truppen in der Bundesrepublik „volle Rückendeckung“ zu erhalten. Zudem erwarte sie Verständnis dafür, daß die Auseinandersetzung ohne Schärfen und „suaviter in modo“ betrieben werde.

- 152 17.05. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 641

Pauls teilt mit, daß er gegenüber dem Generaldirektor im israelischen Außenministerium sein Befremden über die israelische Note an Polen zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ausgedrückt habe. Levavi habe daraufhin das „vitale Interesse Israels am Status quo bestehender Grenzen“ betont. Auch wolle die israelische Regierung keine Osteuropa-Politik auf Kosten der Bundesrepublik betreiben. Jedoch erinnere er daran, daß im Zuge der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen die „israelischen Jerusalemwünsche nicht beachtet“ worden seien.

- 153 17.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem rumänischen Außenhandelsminister Cioara S. 643

Die Gesprächsteilnehmer begrüßen den guten Stand der beiderseitigen Beziehungen. Cioara hebt den regen wirtschaftlichen Austausch hervor, wobei der rumänische Export in die Bundesrepublik noch weiter ausgebaut werden könnte, obwohl er 1965 bereits viermal so groß wie 1959 gewesen sei. Schröder stimmt mit Cioara darin überein, daß die völlige Normalisierung des bilateralen Verhältnisses bis hin zur Herstellung diplomatischer Beziehungen angestrebt werden sollte, zumal es

aus der Vergangenheit „keine belastenden Probleme“ zwischen beiden Staaten gebe. Allerdings dürften sich hinsichtlich des Alleinvertretungsanspruchs keine „unerwünschten Nachteile“ ergeben. Abschließend weist er auf das Anliegen der Familienzusammenführung hin. Rund 50000 Anträge lägen beim Deutschen Roten Kreuz vor, während die rumänischen Behörden von den bisher vorgelegten 6500 Fällen nur 8% positiv entschieden hätten. Cioara sichert zu, jeder Fall werde einzeln unter „humanitären Gesichtspunkten geprüft“, wenngleich es sich stets um „rumänische Staatsangehörige handle“.

- 154 17.05. Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg an die Vertretung bei der UNO in New York S. 647

Meyer-Lindenberg nimmt Stellung zu einer Aufzeichnung über den Antrag der DDR vom 28. Februar 1966 auf Mitgliedschaft in der UNO, die als Grundlage für die weiteren Konsultationen mit den Botschaftern der Drei Mächte bei der UNO gedacht sei. Er weist darauf hin, daß die Einbringung eines westlichen Resolutionsentwurfes nur eine „Ultima ratio“ sei, da die Gefahr bestehe, daß sich eine verhältnismäßig große Zahl von Mitgliedstaaten bei dieser Abstimmung enthalten würde. Eine Debatte über einen Beobachterstatus für die DDR sei jedoch „der gefährlichste Punkt“, denn sie würde zwangsläufig die Stellung der Bundesrepublik bei der UNO einengen. Abschließend äußert Carstens grundsätzliche Bedenken gegen eine Erörterung der Deutschland-Frage in der UNO, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, „daß auch der Westen nunmehr von der Viermächte-Verantwortlichkeit Abstand nimmt“.

- 155 18.05. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 650

Knappstein teilt die Beobachtung mit, daß in amerikanischen Regierungskreisen die Tendenz wachse, gegenüber Staatspräsident de Gaulle in der NATO-Krise Zurückhaltung zu üben, und zwar wegen der zunehmenden Konzentration auf den Vietnam-Krieg. Eine Zuspitzung des deutsch-französischen Konflikts käme daher ungelegen und würde die Europa-Verdrossenheit im Kongreß vergrößern. Knappstein äußert die Befürchtung, daß Präsident Johnson – wie bereits Ende 1964 im Fall der MLF – eine Position verändern könne, zu deren „fester Einhaltung“ die Bundesregierung „noch kurz vorher ermutigt“ worden sei. Weil der Fortbestand des Atlantischen Bündnisses und einer „wirksamen Verteidigungsorganisation in Europa unter Einbeziehung Frankreichs“ das Ziel von Johnson sei, rät Knappstein dringend, einen Ausgleich mit Frankreich hinsichtlich der weiteren Stationierung französischer Truppen in der Bundesrepublik zu suchen.

- 156 23.05. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Premierminister Wilson in London S. 653

Erhard vertritt die Meinung, daß in der französischen Note vom 18. Mai 1966 die Bereitschaft zu multilateralen Verhandlungen über die Rolle Frankreichs in der NATO erkennbar werde. Parallel dazu könnten deutsch-französische Gespräche über den Aufenthalt französischer Streitkräfte in der Bundesrepublik stattfinden. Die Bundesregierung erkenne den französischen Hinweis auf den Aufenthaltsvertrag nicht an, da die Verträge von 1954 eine Einheit bildeten und jede Abweichung davon ein „Rückfall in besatzungsrechtliche Zeiten“ wäre. Wilson bestätigt, daß ein geschlossenes Handeln der 14 NATO-Partner gegenüber Frankreich wesentlich sei. Außerdem solle die von Frankreich ausgelöste Krise dazu benutzt werden, die NATO zu modernisieren und noch schlagkräftiger zu machen. Auf seinen Einwurf, daß de Gaulle bei seinem bevorstehenden Besuch in Moskau eine europäische Sicherheitskonferenz vorschlagen werde, wendet Erhard ein, daß der französische Staatspräsident nicht so weit gehen könne, da es das Ziel der UdSSR sei, die USA aus Europa herauszutreiben und die NATO soweit wie möglich aufzulösen. Der Bundeskanzler gab schließlich vertraulich seine persönliche Einschätzung über die Zielvorstellung des französischen Staatspräsidenten wieder. De Gaulle wünsche ein Europa, in dem vielleicht sogar ein wiedervereinigtes Deutschland „durch die Oberaufsicht und die Kontrolle der Russen und Franzosen gebändigt werde“.

- 157 23.05. Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 658

Lahn stellt fest, daß sich das Verhältnis zu den arabischen Staaten nach dem Abschluß der Wirtschaftshilfeverhandlungen mit Israel am 12. Mai 1966 und dem Besuch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer in Israel verschlechtert habe. Dem arabischen Mißtrauen in bezug auf mögliche Geheimabsprachen sei noch am ehesten zu begegnen, indem die Bundesrepublik demonstriere, daß durch das Abkommen mit Israel der Weg der Normalisierung der Beziehungen beschritten worden sei. Außerdem müsse das bedenkliche Vordringen der DDR in dem von der Bundesrepublik geräumten politischen Terrain der VAR und der arabischen Welt für eine Übergangszeit in Kauf genommen werden.

- 158 23.05. Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London S. 661

Premierminister Wilson hebt die Bedeutung einer einheitlichen Linie der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA hervor, um der von Frankreich ausgelösten NATO-Krise zu begegnen. Bundeskanzler Erhard erläutert die Position der Bundesrepublik und stellt fest, daß die Pariser Verträge von 1954 ein Ganzes bildeten und die von Frankreich gewünschte isolierte Bezugnahme auf den Vertrag über das Aufenthaltsrecht der ausländischen Truppen in der Bundesrepublik ein Rückfall in den Besatzungsstatus darstellen würde. Die NATO müsse eine

schnelle Klärung über die französischen Truppen in der Bundesrepublik erreichen, da Staatspräsident de Gaulle den Abzug der Truppen ab dem 1. Juli 1966 angekündigt habe. Bundesminister Schröder weist hinsichtlich der Beziehungen der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten auf ein gewisses Gefälle hin. Das schwierigste Verhältnis sei das zu Polen – und in geringerem Maße zur Tschechoslowakei –, während sich Rumänien sogar zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereiterklärt habe; bei einem solchen Schritt dürfe es allerdings nicht dazu kommen, daß die blockfreien Staaten – insbesondere die des Nahen Ostens – „Pankow anheimfielen“. Erhard würdigt die positive britische Einstellung zur EWG und empfiehlt Wilson, bei einer weiteren Annäherung an die EWG zunächst bei den anderen fünf EWG-Mitgliedstaaten zu sondieren und später Staatspräsident de Gaulle zu einer klaren Antwort zu zwingen.

- 159** 23.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 669

Harkort berichtet, daß als Ergebnis der am 10. Mai 1966 zu Ende gegangenen Wirtschaftsverhandlungen mit Polen das Zweite Zusatzprotokoll zum Protokoll vom 7. März 1963 unterzeichnet worden sei. Er weist darauf hin, daß die von der Bundesrepublik aufgestellten Verhandlungsziele erreicht worden seien. Die Verlängerung des Protokolls könne „als beispielhaft für alle zukünftigen Verhandlungen“ mit den übrigen osteuropäischen Staaten gelten, weil sowohl der Bestand der Handelsvertretung in Warschau als auch die Berlin-Klausel bis Ende 1969 gesichert seien und eine Kündigungsklausel nur für den wirtschaftlichen Bereich gelte.

- 160** 23.05. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 678

Knappstein übermittelt Informationen aus einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister über die NATO-Krise. Rusk wies die Befürchtung des Botschafters zurück, die Bundesrepublik könne sich eines Tages mit ihrer „harten Haltung gegenüber der französischen Regierung“ selbst isolieren. Er versicherte, daß die amerikanische Regierung den durch die französischen Maßnahmen gegenüber der NATO aufgeworfenen Problemen weiterhin durch eine sachliche, aber feste Politik begegnen wolle und sich nicht von persönlichen Gegensätzen zu Staatspräsident de Gaulle bestimmen lasse.

- 161** 24.05. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 680

Knappstein berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk. Thema sei eine Äußerung des amerikanischen Verteidigungsministers gewesen, daß die USA Truppen aus Europa abziehen würden, wenn kein zufriedenstellendes Devisenausgleichsabkommen mit der Bundesrepublik erreicht würde. Rusk habe die Aussage von McNamara

nicht dementiert. Daher dränge sich der Eindruck auf, als ob das Junktim zwischen Stationierung und Devisenausgleichszahlungen der Ausdruck einer allgemeinen Mißstimmung über die zu geringen Beiträge der europäischen Verbündeten, die ein Senator als „fat and lazy“ bezeichnet habe, zur gemeinsamen Verteidigung sei.

- 162** 24.05. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem britischen Schatzkanzler Callaghan in London S. 682

Callaghan erläutert die britische Zahlungs- und Handelsbilanzkrise. Da die im deutsch-britischen Devisenausgleichsabkommen vereinbarten Zahlungen nicht die Kosten der britischen Rheinarmee deckten, solle die Bundesrepublik das Defizit von jährlich 50 Millionen Pfund Sterling durch direkte Zahlungen ausgleichen. Erhard erwidert, daß er einen solchen Vorschlag „zum erstenmal gehört“ habe, und lehnt ihn unter Hinweis auf die Erfüllung des bis zum 1. April 1967 geltenden Devisenausgleichsabkommens und auf die Haushaltslage ab. Er warnt davor, die NATO-Krise zusätzlich durch in die Öffentlichkeit getragene finanzielle Forderungen zu verschärfen.

- 163** 24.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Stewart in London S. 688

Stewart konstatiert Übereinstimmung in der Einschätzung der NATO-Krise und über die Form des britischen Vorschlags für das weitere Vorgehen, der den 14 NATO-Partnern unterbreitet werden solle. Zur Straffung der Kommandostruktur der NATO schlägt Schröder vor, AFCENT, AIRCENT und LANDCENT zusammenzulegen und den Posten des Oberbefehlshabers mit einem General der Bundeswehr zu besetzen. Hinsichtlich der Planungen für eine gemeinsame Nuklearstreitmacht stellt Schröder fest, daß die Bundesrepublik auch weiterhin im „Special Committee“ mitarbeiten werde. Was die Nichtverbreitung von Kernwaffen angehe, so strebe die Bundesrepublik eine Gemeinschaftslösung innerhalb des Bündnisses an. Im Gegensatz zu Großbritannien habe die UdSSR kein Interesse an einem weltweiten Abkommen, sondern daran, daß die Bundesrepublik „anders behandelt werde als andere“.

- 164** 24.05. Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London S. 695

Erhard wiederholt seine Einwände gegen die von Schatzkanzler Callaghan erhobene Forderung nach einer deutschen Ausgleichszahlung in Höhe von 50 Millionen Pfund Sterling für die in der Bundesrepublik stationierten britischen Truppen. Diese Summe könne nicht aufgebracht werden, wenn die Stabilität der deutschen Währung aufrechterhalten werden solle. Allerdings werde er versuchen, „das Optimale herauszuholen“. Britischerseits wird auf die hohen Verteidigungsausgaben sowie die Haushalts- und Zahlungsbilanzsorgen verwiesen; eine Erklärung der Bundesregierung, daß die britische Forderung „ernsthaft und wohlwollend“ erwogen werde, könne eine geeig-

nete Basis für bilaterale Expertengespräche bilden und solle im Kommuniqué erwähnt werden. Der Bundeskanzler lehnt es ab, „etwas zu erklären, von dem er nicht wisse, ob er es auch halten könne“. Nach der Ausarbeitung einer die gegensätzlichen Standpunkte darlegenden Textpassage über den Devisenausgleich für das Kommuniqué durch eine deutsch-britische Redaktionsgruppe einigen sich beide Seiten, daß die Finanzminister in Kürze über das weitere Verfahren beraten sollten. Abschließend werden Projekte der Zusammenarbeit auf rüstungs- und raketentechnischem Gebiet erörtert.

- 165** 25.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 704
Oncken

Oncken erörtert den Entwurf einer Note der Bundesregierung zur Frage einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der UNO. Trotz gewisser Bedenken teilt er die Ansicht, daß eine solche Note im Hinblick auf den unsicheren Fortgang der weiteren Behandlung des DDR-Antrags vom 28. Februar 1966 als UNO-Dokument geboten sein könnte. Oncken fügt in der Anlage einen Entwurf bei. Darin bekräftigt die Bundesregierung den Alleinvertretungsanspruch, verweist auf die Schießbefehle an der Demarkationslinie und erinnert an ihre Note vom 25. März 1966. Der Entwurf schließt mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht, für dessen Respektierung sich die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der UNO-Charta mit allen verfügbaren Mitteln im Interesse des Weltfriedens einsetzen werde.

- 166** 25.05. Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige S. 709
Amt

Walther analysiert die sowjetische Antwort vom 17. Mai 1966 auf die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966. Diese sei für sowjetische Verhältnisse „im Ton gemäßigt“, in der Sache aber „intransigent und ohne Bekundung einer Kompromißbereitschaft“. Dennoch lasse die UdSSR den Weg für künftige Gespräche offen. Walther hebt hervor, daß ein Artikel in der Tageszeitung „Prawda“ die offizielle Reaktion an Schärfe weit übertreffe. Darin werde die Note der Bundesregierung als „revanchistisches Manifest“ bezeichnet, weil nicht einmal die Ansprüche der Sudetendeutschen auf Rückkehr in die Tschechoslowakei abgelehnt würden. Zudem werde im Zusammenhang mit der Präsenz amerikanischer Truppen die Behauptung aufgestellt, daß die USA planten, die Bundesrepublik als „Kanonenfutter“ und „Magnet zur Anziehung eines atomaren Vergeltungsschlages der Sowjets“ zu benutzen.

- 167** 27.05. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 712
amerikanischen Botschafter McGhee

Schröder bittet aufgrund von widersprüchlichen Äußerungen zur NATO-Krise den Botschafter, in Washington eine offizielle Stellungnahme anzuregen. McGhee erwidert, daß sich die Hal-

tung der USA gegenüber Frankreich nicht geändert habe, zumal Staatspräsident de Gaulle „fast den gesamten guten Willen, den er in Amerika besessen habe, vertan“ habe. Der Bundesminister hebt hervor, daß die uneingeschränkte Unterstützung der USA zur Durchsetzung des gemeinsamen Standpunktes notwendig sei, nicht zuletzt weil das deutsch-französische Verhältnis „von einer gewissen Ideologie und Sentimentalität umrankt sei“. Hinsichtlich des Aufenthalts der französischen Truppen in der Bundesrepublik stellt Schröder fest, daß ihr Status vorerst ungeklärt bleibe, sie jedoch nach einem Ausscheiden aus der NATO-Integration nicht die gleichen Rechte behalten könnten. McGhee geht davon aus, daß sich die Bundesregierung in dieser Frage in einer starken Position befinde, weil sich die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik „nie mit einer Wiederbelegung des Besatzungsregimes abfinden würde“. Abschließend erläutert Schröder die Ergebnisse seiner Gespräche am 23./24. Mai 1966 in London und hebt die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über das Devisenausgleichsabkommen mit Großbritannien hervor. Darauf erwidert McGhee, daß sich das Problem der Devisenausgaben sowohl für Großbritannien als auch für die USA schwierig gestalte. Selbst wenn die Bundesrepublik eine Milliarde Dollar als Vorauszahlung an die USA leisten würde, wäre sie „immer noch im Rückstand“.

- 168 27.05. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem
sowjetischen Botschafter Smirnow

S. 719

Während des Abschiedsbesuchs von Smirnow stellt Erhard heraus, daß die UdSSR in ihrer Antwortnote vom 17. Mai 1966 die in der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 signalisierte Bereitschaft der Bundesrepublik zu bilateralen Gesprächen mit den osteuropäischen Staaten über Gewaltverzichtserklärungen aufgegriffen habe. Smirnow hebt demgegenüber hervor, daß der sowjetischen Regierung zum einen die Frage der atomaren Aufrüstung und damit verbunden die Schwierigkeit Sorge bereite, ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu schließen. Zum anderen sei es „die amerikanische Aggression in Vietnam“, die bei einer weiteren Eskalation „sehr ernste Auswirkungen für die Weltlage“ ergeben könnte. Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob im Falle einer raschen Beendigung des Vietnam-Krieges ein Ausgleich der UdSSR mit den USA eher denkbar sei als mit der Volksrepublik China, antwortet Smirnow, daß er dies durchaus für möglich halte. Allerdings glaube er nicht, daß sich die Volksrepublik China zu einer aggressiven Macht entwickeln werde, und zwar wegen der dort herrschenden Gesellschaftsordnung. Erhard weist abschließend darauf hin, daß die im Jahr 1964 an den damaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow ergangene Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik auch für dessen Nachfolger gelte, wenngleich der Zeitpunkt wegen vielfältiger Gespräche auf internationaler Ebene „sorgfältig gewählt“ werden müsse.

- 169** 27.05. Ministerialdirigent Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris S. 723

Ruete übermittelt eine Stellungnahme zu dem dänischen Vorschlag, auf der nächsten NATO-Ministerratstagung eine westliche Initiative zur Sicherheit in Europa zu erörtern. Er weist darauf, daß die Deutschland-Frage berücksichtigt werden müßte und die Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland nicht beeinträchtigt werden dürfte. Daher sei die Beteiligung der USA nötig. Ein weiteres Problem stelle die Frage „Ausschluß oder Teilnahme der SBZ“ dar. Hinsichtlich der dänischen Vorstellungen über den Zeitplan zur Behandlung einer solchen Initiative in den einzelnen Gremien äußert Ruete Zweifel.

- 170** 27.05. Bundesminister Schröder an den amerikanischen Außenminister Rusk S. 726

Schröder äußert sich zustimmend zur Absicht von Rusk, auf der bevorstehenden NATO-Ministerratskonferenz die Weiterentwicklung der NATO über die militärische Aufgabenstellung hinaus zu einem politischen Instrument für die Lösung der Ost-West-Probleme als Ziel herauszustellen. Er macht jedoch Bedenken für den Fall geltend, daß Ost-West-Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt stattfänden und sich Schwierigkeiten wie die einer Teilnahme der DDR ergäben. Aus diesem Grund befürwortet Schröder konzertierte bilaterale Arrangements zwischen Staaten beider Allianzen.

- 171** 31.05. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 728

Carstens hält die Ergebnisse eines Gesprächs mit dem Leiter einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur NATO-Krise, General a.D. Heusinger, fest. Heusinger sei der Auffassung gewesen, daß der NATO-Militärausschuß in Washington belassen werden sollte, da der enge Kontakt zu amerikanischen Stellen wesentlich sei. Neuer Befehlshaber von AFCENT müsse ein General der Bundeswehr werden. Heusinger habe es als unverzichtbar bezeichnet, daß die in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen im Verteidigungsfall unter NATO-Kommando gestellt werden müßten. Hinsichtlich einer gemeinsamen nuklearen Streitmacht vertrat er die Auffassung, daß eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Einsatz- und Zielplanung nuklearer Waffen ausreichend sei. Ein von der NATO unabhängiges deutsch-französisches Militärbündnis dürfe nicht angestrebt werden, „da ein Einsatz der deutschen Truppen außerhalb des NATO-Verteidigungsfalles nicht vorstellbar sei“.

- 172** 31.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hoffmann, Berlin (West), an das Auswärtige Amt S. 730

Hoffmann erörtert die Hintergründe der Initiative der SED, einen Redneraustausch mit der SPD zu vereinbaren. Er vermutet, daß die SED nach wie vor glaube, einen Keil zwischen

Bundesregierung und Opposition treiben zu können, um so eine „gemeinsame Front der Arbeiterklasse“ zu suggerieren. Darüber hinaus werde nach außen der Eindruck erweckt, als könne die Deutschland-Frage nur durch Gespräche zwischen beiden „deutschen Staaten“ gelöst werden. Außerdem würden die SED-Funktionäre im Westen nicht mehr „als vaterlandlose Volksunterdrücker, Marionetten der Sowjetunion, Verbrecher und Mörder“ angesehen, sondern durch Kontakte mit Vertretern der SPD „fast salonfähig“ gemacht werden. Hoffmann weist aber darauf hin, daß die UdSSR den Aktivitäten der SED zwar zugestimmt habe, ihnen aber wegen der schon in den Vorgesprächen deutlich werdenden „emotionalen Beteiligung der Bevölkerung in der Zone und in der Bundesrepublik“ mit Reserve gegenüberstehe.

- 173 31.05. Botschaftsrat I. Klasse Sahm, Paris (NATO), an das S. 733
 Auswärtige Amt

Sahm übermittelt Informationen darüber, wie SACEUR die mit der Streitkräfteplanung der NATO-Mitgliedstaaten verbundenen Risiken beurteile. Danach seien die für Mitteleuropa vorgesehenen Streitkräfte nicht zu einer erfolgreichen Vorwärtsverteidigung des Abschnittes Europa Mitte in der Lage. Deshalb würde ein frühzeitiger taktischer Einsatz nuklearer Waffen von entscheidender Bedeutung sein. Ferner werde festgestellt, daß die Strike-Streitkräfte der NATO in Europa in wachsendem Maße verwundbar würden. Der Gedanke, die Forderungen von SACEUR nach weitreichenden nuklearen Trägermitteln durch außereuropäische Streitkräfte auszugleichen, werde für „zahlenmäßig unzureichend“ gehalten. Durch den Mangel an Trägerwaffen werde aber vor allem der Abschreckungswert von SACEUR-Streitkräften gefährdet, da die UdSSR zu der Annahme verleitet werde, daß die außereuropäischen NATO-Staaten zu einem Einsatz ihrer Streitkräfte in einem rein europäischen Konflikt nicht bereit sein würden.

- 174 31.05. Staatssekretär Carstens an Bundesminister Westrick S. 735

Carstens informiert über Vorschläge des Heiligen Stuhls zur seelsorgerischen Betreuung und zur kirchlichen Verwaltung der Ostgebiete des Deutschen Reiches unter polnischer Verwaltung mit dem Ziel, die katholische Kirche in Polen gegenüber dem Staat zu stärken. Es seien drei Vorschläge zu unterscheiden, die von verschiedenen Seiten an das Auswärtige Amt herangetragen worden seien: eine Bestellung Apostolischer Administratoren, eine Ernennung residierender Bischöfe für Breslau und das Ermland und schließlich eine Ernennung des in Breslau amtierenden Titularerzbischofs Kominek zum Kardinal. Carstens macht gegen alle drei Vorschläge politische Bedenken geltend. Insbesondere die Besetzung „zweier deutscher Bischofssitze“ durch polnische Geistliche würde in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik als „Akt der Polonisierung der Ostgebiete“ betrachtet werden. Im übrigen müsse die Bundesregierung bei Bischofsernennungen – im Gegensatz zur Bestel-

lung von Administratoren – bis zu einem gewissen Grad „mitwirken“, und zwar durch das dann zu erklärende Einverständnis, von den hierfür maßgeblichen Bestimmungen des Reichskonkordats von 1933 und des Preußischen Konkordats von 1929 abzusehen.

- 175 02.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz S. 741

Wertz berichtet, der Senat von Berlin erwäge die Abgabe einer Erklärung, wonach Bewohnern von Berlin (West) Verwandtenbesuche auch in der DDR gestattet sein sollten. Vertreter der drei Westmächte seien in der Bonner Vierergruppe von dieser Überlegung unterrichtet worden. Sie hätten zwar grundsätzlich „grünes Licht“ für die Erklärung des Senats gegeben, allerdings unverkennbar „Lustlosigkeit“ gezeigt gegenüber dem Vorschlag des Auswärtigen Amts, daß die Drei Mächte zuvor gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, zum Ausdruck bringen sollten, diese Besuchsregelung käme im Interesse der innerdeutschen Verkehrserleichterungen zustande. Wertz kommt zu dem Schluß, daß eine befürwortende Stellungnahme der Alliierten „unter allen Umständen“ vor einer Initiative des Senats von Berlin erfolgen sollte und daher die Frage von Verwandtenbesuchen in der DDR bei den nächsten Passierschein-Gesprächen zurückgestellt werden müsse.

- 176 02.06. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 744

Knappstein teilt mit, daß das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit aufgrund der Kosten des Vietnam-Krieges nicht habe ausgeglichen werden können. Es sei damit zu rechnen, daß der Druck auf die Bundesregierung, die Zahlungen aus dem Devisenausgleichsabkommen unbegrenzt fortzusetzen, stärker werde. Dabei bestehe die „recht unglückliche Tendenz“, gegenüber der Öffentlichkeit den Verbleib amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik von der Fortdauer der Zahlungen abhängig zu machen. Eine befriedigende Lösung zeichne sich jedoch aufgrund der amerikanischen Bereitschaft ab, auch finanzielle Leistungen der Bundesregierung im Bereich von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Verteidigung und der Weltraumforschung zu akzeptieren. Knappstein regt an, im bevorstehenden Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk diese Möglichkeit anzusprechen und die Zahlungen der Bundesregierung in erster Linie als Beitrag „zu den Bemühungen der USA um die Stabilisierung und die Verteidigung der freien Welt“ zu charakterisieren.

- 177 03.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Wertz S. 747

Wertz erörtert zunächst die Chancen für eine amerikanisch-sowjetische Einigung über ein Nichtverbreitungsabkommen. Er legt dar, daß die UdSSR bei den Verhandlungen in Genf das Ziel verfolge, eine nukleare Teilhabe der Bundesrepublik zu verhindern und den Status der DDR aufzuwerten. Die USA

wiederum seien sowohl an einer Lösung der Frage der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO als auch an einem Nichtverbreitungsabkommen interessiert und würden wegen dieses sachlichen und verhandlungstaktischen Zusammenhangs „konvergierende Tendenzen“ fördern. Um eine für die Bundesrepublik nachteilige Regelung zu verhindern, schlägt Werz vor, zum einen die Forderungen nach nuklearer Teilhabe aufrechtzuerhalten, zum anderen eigene Abrüstungsinitiativen auf der Grundlage der Note vom 25. März 1966 einzuleiten. Hierzu regt er an, den nichtnuklearen Staaten von NATO und Warschauer Pakt den Vorschlag zu unterbreiten, Erklärungen analog zum Atomwaffenverzicht der Bundesrepublik von 1954 abzugeben. Das Verfahren hätte den Vorteil, daß damit keine indirekte Anerkennung der DDR verbunden sei.

- 178 05.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem griechischen Außenminister Toumbas in Brüssel S. 753

Toumbas sieht die „Substanz der NATO“ durch die von Frankreich ausgelöste NATO-Krise bedroht, die auch „ernsthafte Auswirkungen“ auf die Südostflanke des Bündnisses haben könne. Schröder erläutert den Standpunkt der Bundesregierung und äußert sich positiv zur Absicht des griechischen Außenministers, sich mit seinem türkischen Kollegen zu Gesprächen über den Zypern-Konflikt zu treffen. Schröder kündigt einen Besuch in der Türkei an und stellt einen Besuch in Griechenland für den Frühherbst 1966 in Aussicht. Hinsichtlich der Verteidigungshilfe verweist Schröder auf das in Vorbereitung befindliche Abkommen. Allerdings bestünden wegen der angespannten Haushaltslage in der Bundesrepublik noch „gewisse Schwierigkeiten“.

- 179 05.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Brüssel S. 756

Mit Blick auf die NATO-Krise versichert Rusk, daß die Ergebnisse der vom Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für NATO-Fragen, McCloy, im April 1966 geführten Gespräche immer noch verbindlich seien. Ferner vertrat er die Auffassung, daß die Frage nach den Aufgaben, die von den französischen Streitkräften zu übernehmen wären, im Ständigen NATO-Rat und nicht auf der Ebene der Oberbefehlshaber geregelt werden müsse. Schröder führt aus, daß der französische Staatspräsident den Rückhalt der NATO weiterhin in Anspruch nehmen wolle, hinsichtlich des Bündnisfalles aber gegen jede „Automatik“ sei. De Gaulle strebe ein „abstraktes militärisches Arrangement ohne politische Bindung“ an. Rusk hob hervor, daß die Lösung der Deutschland-Frage ein vitales Interesse der amerikanischen Außenpolitik darstelle. Die USA hätten nicht zwei Weltkriege umsonst geführt und ließen es nicht zu, daß die europäischen Angelegenheiten ohne die USA behandelt würden. Ferner spricht er sich für eine Verlegung

der Hauptquartiere in die Benelux-Staaten aus und sagt seine Unterstützung bei der Neubesetzung des Kommandopostens von AFCENT mit einem General der Bundeswehr zu.

- 180 05.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem
italienischen Außenminister Fanfani in Brüssel S. 759

Hinsichtlich des künftigen Sitzes des Ständigen NATO-Rats gibt Fanfani zu bedenken, daß die Entscheidung vorerst offen bleiben sollte. Frankreich dürfe kein Vorwand für die Behauptung geliefert werden, daß die übrigen NATO-Partner eine Verlegung gewollt hätten. Schröder wendet ein, daß die militärischen und politischen Spitzengremien der NATO im Interesse der Glaubwürdigkeit an einem Ort untergebracht und daher auch gleichzeitig über ihre Verlegung beraten werden sollte. Bezüglich des dänischen Vorschlags einer europäischen Sicherheitskonferenz besteht Übereinstimmung zwischen Fanfani und Schröder, daß „größte Vorsicht“ geboten sei; vor einer konkreten Initiative müßten Teilnehmerkreis und Tagesordnung feststehen. Beide Gesprächspartner betonen, daß die USA mit den europäischen Staaten politisch und militärisch „verklammert“ bleiben müßten. Zur Vermutung von Fanfani, daß Staatspräsident de Gaulle zur Wiederaufnahme von Gesprächen über eine europäische politische Union bereit wäre, äußert sich Schröder skeptisch. Hier liege es an den Fünf, nach Abschluß der Kennedy-Runde die Möglichkeiten für eine politische Zusammenarbeit zu prüfen.

- 181 06.06. Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige
Amt S. 765

Walther berichtet von seinem Antrittsbesuch beim sowjetischen Außenminister. Er habe die Frage gestellt, ob die sowjetische Antwort auf die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 als Ganzes betrachtet werden müsse oder Einzelpunkte herausgegriffen und getrennt erörtert werden könnten. Gromyko habe das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR als „gespannt und kühl“ charakterisiert und keine Grundlage für eine umfassende Erörterung oder grundsätzliche Besserung der Beziehungen gesehen. Dies schließe aber rege und aktive Beziehungen in Handel und Kultur nicht aus. In einer abschließenden Bewertung hält der Botschafter fest, daß das Gespräch im Gegensatz zu anderen Unterredungen stehe, in denen der Wunsch nach Annäherung stärker deutlich geworden sei; im sowjetischen Außenministerium gebe es offensichtlich zwei Strömungen in der Deutschlandpolitik. Walther rät dazu, im Augenblick gegenüber der sowjetischen Regierung keine politischen Grundsatzfragen anzusprechen.

- 182 07.06. Staatssekretär Carstens, z.Z. Brüssel, an das S. 768
Auswärtige Amt

Zur Tagung des NATO-Ministerrats vom 6. Juni 1966 teilt Carstens mit, daß die 14 Minister grundsätzlich übereingekommen seien, SHAPE und AFCENT aus Frankreich zu verlegen. Eine Einigung sei auch in der Frage der Reorganisation der politischen Organisation des Bündnisses und der militärischen Kommandostruktur der NATO in Europa erzielt worden. Als schwierigstes Problem habe sich die Frage des künftigen Sitzes von NATO-Rat und Militärausschuß erwiesen. Nach langer Diskussion sei der italienische und deutsche Kompromißvorschlag angenommen worden, die Verlegung beider Organe an einen gemeinsamen Ort im Grundsatz zu beschließen, die Durchführung jedoch bis zu einer Sondersitzung des NATO-Ministerrats im Oktober auszusetzen. Ferner bestätigten die Minister, daß die Frage der Stationierung französischer Truppen in der Bundesrepublik bilateral verhandelt werden müsse. Für den Verteidigungsfall sei der militärische Auftrag in Vereinbarungen zwischen Frankreich und den Vierzehn genau zu definieren. Die Minister hielten trotz französischer Ablehnung an ihrem ursprünglichen Vorschlag fest, die Verhandlungen über militärische Fragen durch eine aus fünf NATO-Staaten bestehende Kommission führen zu lassen.

- 183 07.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 773
türkischen Außenminister Çaglayangil in Brüssel

Die Gesprächspartner stimmen überein, daß die französische Absicht, die in der Bundesrepublik stationierten Truppen unter nationalem Oberbefehl zu behalten, das Problem eines einheitlichen Oberkommandos im Kriegsfall aufwerfe. Çaglayangil ergänzt, daß es nicht zweierlei Arten von Streitkräften geben dürfe. Er gibt zu bedenken, ob nicht ein Verzicht auf französische Truppen in der Bundesrepublik besser sei, als einen „ständigen Herd für Konflikte und Komplikationen“ zu schaffen. Die gegenwärtige Haltung der Vierzehn gegenüber Frankreich sei richtig unter der Annahme, daß Staatspräsident de Gaulle noch lange die französische Politik bestimme; angesichts einer möglichen Wahniederlage der Gaullisten würde es sich jedoch empfehlen, auf Zeitgewinn zu zielen. In der Zypern-Frage erwartet der türkische Außenminister auf absehbare Zeit keine politische Lösung. Der weitere Einsatz der Friedensstreitmacht der Vereinten Nationen sei unerlässlich, um nicht ein Ungleichgewicht auf der Insel entstehen zu lassen.

- 184 07.06. Staatssekretär Carstens, z.Z. Brüssel, an das S. 777
Auswärtige Amt

Carstens berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern der Drei Mächte vom Vortag. Zum geplanten Redneraustausch zwischen SPD und SED führte Schröder aus, daß es das Ziel sei, „mehr Freiheit in die Zone hineinzubringen“. Durch die Gespräche würde auf weite Teile der DDR „psychologisch eingewirkt“, während gleichzeitig

vor der Weltöffentlichkeit demonstriert werde, wie sich die Deutschen um die Regelung ungelöster Fragen bemühten. Der französische Außenminister Couve de Murville vertrat die Ansicht, daß eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen auch zur Überwindung der Teilung Deutschlands führen würde. Demgegenüber wies Schröder auf die Absicht der Ostblock-Staaten hin, die Kontakte zur Absicherung des Status quo auszunutzen. Gewisse Chancen für eine Entspannung sehe er durch die „sowjetischen Sorgen in Fernost“ gegeben, die eine „Entlastung im Westen“ erforderlich machten.

- 185 09.06. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem S. 780
amerikanischen Außenminister Rusk

Erhard vertritt die Meinung, daß Staatspräsident de Gaulle einem „Europa der Sechs“ zwar einen wirtschaftlichen, aber keinen politischen Wert beimesse. In dem größeren politischen Europa strebe er eine französische Hegemonie unter Ausschluß der USA an mit Frankreich als „Protektor Europas“. Für Deutschland denke er wohl an einen Status, der von Frankreich und der UdSSR zu garantieren sei. Rusk betont, es müsse Klarheit geschaffen werden, wie sich die beiden französischen Divisionen in der Bundesrepublik im Ernstfall verhalten werden, vor allem angesichts der Tatsache, daß de Gaulle sicherlich einen „Automatismus“ ablehnen werde. Dabei solle „keine anti-französische, sondern eine Pro-NATO-Politik“ betrieben werden. Erhard äußert sich pessimistisch zu den bevorstehenden Verhandlungen und betont, daß mit dem Auftrag der NATO kein „diplomatisches Spiel“ betrieben werden dürfe. Anschließend schildert Rusk die wirtschaftliche Situation der USA und kommt auf den Wunsch nach einem Ausgleich für die Devisenkosten zu sprechen. Erhard verweist auf die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik und äußert die Bitte, über die Frage des Devisenausgleichs nicht in der Öffentlichkeit und nicht in Verbindung mit einer möglichen Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa zu sprechen.

- 186 09.06. Bundeskanzler Erhard an Staatspräsident de Gaulle S. 788

Anläßlich des bevorstehenden Besuchs von de Gaulle in der UdSSR erinnert Erhard daran, daß die Bundesrepublik bereit sei, für die Wiedervereinigung „große Opfer auf sich zu nehmen“ und gleichzeitig dem Sicherheitsbedürfnis der Ostblock-Staaten durch Vereinbarungen Rechnung zu tragen. Er hofft, daß der französische Staatspräsident die sowjetische Regierung davon werde überzeugen können, daß erst die Überwindung der deutschen Teilung eine dauerhafte Friedensregelung in Europa ermögliche. Sodann wiederholt Erhard den Wunsch der Bundesregierung nach einer Vereinbarung über den Verbleib französischer Truppen in der Bundesrepublik „unter Wahrung der deutschen Gebietshoheit“. Gleichzeitig stellt er die Bedeutung der Festlegung des militärischen Auftrags für die französischen Truppen heraus, um den Abschreckungseffekt der gemeinsamen Verteidigung zu erhalten.

- 187 10.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Thompson S. 790

Beide Gesprächspartner äußern sich skeptisch zu den Erfolgsaussichten von Ost-West-Gesprächen, zum einen, weil die NATO nicht mit dem Warschauer Pakt verhandeln könne, zum anderen, weil noch keine „substantielle Änderung im Osten“ stattgefunden habe. Thompson führt an, daß drei Faktoren die UdSSR zu einer aufgeschlosseneren Haltung in der Deutschland-Frage veranlassen könnten: das Interesse an einer Verbesserung der eigenen Wirtschaftslage, die Sorge vor einem erneuten Aufstand in der DDR sowie eine Verstärkung der innerdeutschen Kontakte. Letztere könnten zu einer allmählichen Demokratisierung der DDR führen, so daß eine Wiedervereinigung nicht mehr als „große Niederlage“ der UdSSR erschiene. Ferner weist er auf die Möglichkeit hin, daß die UdSSR aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sein könnte, ihre Truppen aus der DDR abzuziehen. Schröder fügt die Überlegung hinzu, daß die DDR in den kommenden Jahren ein stärkeres nationales Selbstbewußtsein entwickeln und daher „anders“ mit der Bundesregierung sprechen werde. Übereinstimmung besteht darin, daß von dem bevorstehenden Besuch des französischen Staatspräsidenten in der UdSSR keine Gefahr einer Verständigung auf deutsche Kosten ausgehe, da die sowjetische Regierung wisse, daß de Gaulle keine wirkliche Macht habe und bei jeder Lösung die USA einbezogen werden müßten.

- 188 10.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz S. 799

Wertz gibt einen Vermerk des Regierenden Bürgermeisters von Berlin über dessen Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin am 6. Juni 1966 wieder. Brandt führte aus, daß die Angriffe der SED auf den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Wehner, „den Beginn des Abrückens“ vom geplanten Redneraustausch beider Parteien bedeute. Abrassimow wies hinsichtlich der Verbesserungen der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Berlin (West) und der UdSSR auf die Möglichkeit von Absprachen auf der Ebene von Kommunalverwaltungen hin, so daß die politischen Positionen beider Seiten ausgeklammert blieben. Der Botschafter bezeichnete es als „taktischen Fehler“, daß im Januar 1963 die Begegnung zwischen Brandt und dem damaligen sowjetischen Ministerpräsidenten nicht zustandegekommen sei. Chruschtschow habe „etwas Wichtiges“ mitzuteilen gehabt.

- 189 10.06. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 802

Knappstein berichtet, daß eine Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa nun im Vordergrund des öffentlichen Interesses in den USA stehe. Dies sei vor allem auf Forderungen führender Kongreßmitglieder nach Abbau eines amerikanischen „over-commitment“ zurückzuführen und durch „sensationell“ aufgemachte Pressemeldungen mit sich widerspre-

chenden Nachrichten über einen Streitkräfteabbau verstärkt worden. Darüber hinaus bestehe der Eindruck, daß die europäischen Verbündeten hinsichtlich ihrer eigenen Verteidigungsanstrengungen unter dem amerikanischen Nuklearschirm „fat and lazy“ geworden seien. Knapstein vertritt die Ansicht, daß kurzfristig keine über einen Abzug von Spezialisten hinausgehende Reduzierung der Truppenstärke zu erwarten sei. Langfristig werde sich die amerikanische Regierung jedoch dem Druck der Öffentlichkeit nicht widersetzen können. Als Einflußfaktoren bei dieser Entwicklung nennt Knapstein u.a. die Situation in Vietnam, die Konsolidierung einer reformierten NATO, eine mögliche Überprüfung der Strategie der „flexible response“ sowie die Probleme des Devisenausgleichs. Er regt an, das „Tabu“ der Truppenfrage seitens der Bundesregierung zu durchbrechen und mit den USA „realistisch und nüchtern“ mögliche Alternativen – auch im Hinblick auf mögliche Gegenleistungen der UdSSR – zu überprüfen.

- 190 10.06. Bundesminister Schröder an Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg S. 809

Schröder übermittelt Instruktionen für die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich über die Stationierung französischer Truppen in der Bundesrepublik. Es seien neue Vereinbarungen über das Aufenthaltsrecht sowie die Rechtsstellung der Truppen zu treffen. Militärpolitische Fragen sollten dagegen ausgeklammert werden, jedoch solle Meyer-Lindenberg deutlich machen, daß der Zweck der französischen Präsenz in der Bundesrepublik die Teilnahme an der gemeinsamen Verteidigung sei. Aus verhandlungstaktischen Gründen sollte mit der Erörterung der Rechtsstellung begonnen werden. Die zu erarbeitenden Abkommen müßten den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit sowie der Hoheitsgewalt der Bundesrepublik Rechnung tragen; zudem müßten sie kündbar sein. Besonders dringlich sei es herauszufinden, welche Maßnahmen die französische Regierung am 1. Juli 1966 ergreifen wolle. Sei sie nicht bereit, ihre einseitig getroffene Frist zu verlängern, so solle Meyer-Lindenberg die Bereitschaft der Bundesregierung erklären, für die Dauer der Verhandlungen eine „vorläufige, jederzeit widerrufbare“ Erlaubnis für den Verbleib der Truppen zu geben. Auf keinen Fall könnten dann noch die Stationierungsrechte nach den Pariser Verträgen von 1954 ausgeübt werden. Ferner sei zu klären, ob Frankreich einen Abzug der Luftstreitkräfte aus der Bundesrepublik ungeachtet des Ausgangs der Verhandlungen beabsichtige.

- 191 15.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 813

Böker faßt die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga am 12./13. Juni 1966 in Zürich zusammen. Hassouna teilte mit, daß die arabischen Staaten an einer Wiederaufnahme der Beziehungen zur Bundesrepublik interessiert seien. Um zu verdeutlichen, daß sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel „wirklich norma-

lisiert“ hätten, sei es wichtig, Einzelheiten über den Wirtschaftshilfevertrag zwischen beiden Staaten zu erfahren. Auf den von Hassouna geäußerten Wunsch, die Bundesregierung möge – nicht zuletzt um dem wachsenden Einfluß der DDR in der arabischen Welt entgegenzutreten – zusätzliche Hilfe zugunsten der Palästina-Flüchtlinge leisten und ihre Unterstützung der UNO-Resolutionen über Palästina erklären, erwiderte Böker, die Bundesregierung sei grundsätzlich zur Hilfe bereit, verwies aber auf die schwierige Haushaltslage. Ferner strich er die besondere Bedeutung der Deutschland-Frage heraus. Eine Wiederaufnahme der Beziehungen käme nicht in Frage, wenn einzelne arabische Staaten engere Beziehungen zur DDR suchten. Auch hinsichtlich der deutsch-israelischen Beziehungen sollten die arabischen Regierungen den Blick mehr in die Zukunft statt in die Vergangenheit richten, denn die Bundesrepublik sei kein „Befehlsempfänger fremder Mächte“ und wolle ihre Beziehungen zu den Staaten des Nahen Ostens „frei von Komplexen aus der Vergangenheit neu gestalten“.

- 192** 15.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 820

Ruete legt die Bedenken dar gegen den von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unterbreiteten Vorschlag, Geistlichen aus der DDR, die keine Temporary Travel Documents beantragen dürften, befristete Einreisegenehmigungen in NATO-Staaten zu erteilen. Ein solcher Schritt würde bedeuten, den „Erpressungsversuchen Pankows“ nachzugeben mit dem Risiko, das gesamte TTD-System aus den Angeln zu heben. Er regt an, die EKD solle stärker als bisher darauf aufmerksam machen, daß ihre Vertreter gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen, die TTDs beantragen dürften, absichtlich benachteiligt seien, um die DDR zu zwingen, „im Interesse ihres 'Rufes' den Geistlichen die Ausreise mit TTDs zu gestatten“. Ruete teilt weiter mit, der Rat der EKD habe inzwischen „bis auf weiteres“ darauf verzichtet, eine TTD-Sonderregelung anzustreben.

- 193** 16.06. Gespräch des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, mit Präsident Johnson in Washington S. 823

Johnson zeigt sich besorgt über den Stand der europäischen Sicherheit und äußert den Wunsch nach „konstruktiver Hilfe“. Beide Gesprächspartner stimmen überein, daß das Problem des Devisenausgleichs nicht mehr öffentlich diskutiert werden solle. Sodann würdigt Barzel die Politik der USA in Asien, die auch Auswirkungen in Afrika und Südamerika habe. Der Präsident äußert die Sorge, daß die Volksrepublik China, würden die USA in Vietnam aufgeben, Vietnam und später Australien, Burma und die Philippinen schlucken würde. Er hebt hervor, wie wichtig ihm diese moralische Unterstützung sei. Gäben die USA in Vietnam auf und beschlössen, ein „selbstsüchtiges Leben“ zu führen, so würde dies Krieg für Deutschland, Europa, Afrika und Lateinamerika bedeuten. Er glaube nicht, daß für die Sicherheit der Bundesrepublik die momentane amerikanische Truppenstärke in Europa notwendig sei. Da die Bundes-

regierung anderer Ansicht sei, solle Bundeskanzler Erhard, „bevor er sein Gehalt bezieht“, erst einmal über die Finanzierung dieser Truppen nachdenken. Johnson bedauert, daß die Bundesregierung „so knauserig“ sei.

- 194** 16.06. Aufzeichnung des Botschafters von Walther, Moskau S. 827

Walther berichtet von einer Unterredung mit dem künftigen sowjetischen Botschafter in der Bundesrepublik. Zarapkin erhob den Vorwurf, daß die Bundesregierung die Abrüstung in Europa behindere, und betonte, daß Fortschritte in der allgemeinen Abrüstung einer Einigung zwischen den USA und der UdSSR vorausgehen müßten. Ferner führte er in „leidenschaftlichen Formulierungen“ aus, daß die Bundesrepublik nach dem verlorenen Krieg die Realität der Teilung Deutschlands anerkennen müsse. Beharre sie auf ihrem Standpunkt, werde es zu einem „clash“ in Europa kommen. Walther kommt zu dem Schluß, die Schärfe des Gesprächs bestätige die Annahme, daß der bisherige Botschafter Smirnow durch einen „härteren Mann“ habe ersetzt werden sollen.

- 195** 16.06. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington und die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris S. 829

Carstens befürwortet eine Entspannung im Ost-West-Verhältnis und kündigt an, daß die Bundesregierung nun Ostblock-Staaten einzeln ansprechen wolle. Er wendet sich dagegen, daß die NATO als Partner in Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt, dem die DDR angehöre, auftrete. Beide Organisationen dürften nicht als gleichrangig behandelt werden. Die Erfolgsaussichten hält der Staatssekretär für begrenzt, wie es überhaupt in der Entspannungspolitik nicht zu einem „Wettrennen“ zwischen Staatspräsident de Gaulle und der NATO kommen dürfe; vielmehr seien auch dessen Initiativen im NATO-Rahmen zu koordinieren.

- 196** 20.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 832

Carstens faßt ein Gespräch mit dem somalischen Botschafter zusammen. Hassan äußerte den Wunsch, noch einmal über ein Kommuniqué anläßlich des Besuches von Ministerpräsident Abdirizak vom 1. bis 21. Mai 1966 in der Bundesrepublik zu sprechen, das wegen unterschiedlicher Formulierungsvorschläge in der Frage der somalischen Wiedervereinigungswünsche nicht zustande gekommen sei. Ferner regte er an, die Bundesrepublik solle moderne Gewehre und Maschinengewehre für die somalische Polizei im Tausch mit alten Waffen britischen Ursprungs liefern und außerdem die Genehmigung für private Waffengeschäfte erteilen. Carstens verwies auf die Politik der Bundesregierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, sowie auf die notwendige Rücksichtnahme auf die Beziehungen zu anderen afrikanischen Staaten.

- 197** 20.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 834
- Aus einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, de Ranitz, hält Ruete fest, daß die Niederlande sehr daran interessiert seien, das Hauptquartier von AFCENT aufzunehmen. Allerdings bereiteten die Beschaffung von Unterkünften sowie der notwendigen Infrastruktur Schwierigkeiten. Nach Meinung von Ruete könnten die vom Bundesministerium der Verteidigung dargelegten günstigen Unterbringungsmöglichkeiten von AFCENT im Raum Aachen dazu führen, daß militärische Stellen der NATO für eine Verlegung in die Bundesrepublik plädieren würden. Mit Blick auf die von der Bundesregierung angestrebte Besetzung des Oberbefehlshaberpostens von AFCENT mit einem General der Bundeswehr sei es aber ratsam, keine Verstimmung mit der niederländischen und belgischen Regierung zu riskieren und sich daher „diplomatisch nicht zu stark für Aachen“ einzusetzen.
- 198** 20.06. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 836
- Knappstein teilt mit, daß die Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, zum „Tag der deutschen Einheit“ im amerikanischen Außenministerium mit großem Interesse aufgenommen worden sei. Die darin enthaltenen Vorschläge müßten noch einzeln geprüft werden, es sei aber „der deutschen Sache“ schon insofern ein guter Dienst erwiesen worden, da das „starke Drängen nach Wiedervereinigung“ erneut unter Beweis gestellt worden sei. Positiv bewertet werde auch das Angebot weitgehender Berücksichtigung der „angeblichen Sicherheitsbedürfnisse“ der UdSSR. Mit Spannung werde auf die Reaktion der Bundesregierung und auf die Weiterentwicklung der von Barzel „bewußt allgemein“ gehaltenen Gedanken gewartet.
- 199** 21.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 838
- Carstens berichtet, daß sich auf einer Sitzung im Bundesministerium des Innern die Mehrzahl der anwesenden Regierungsvertreter dafür ausgesprochen hätten, daß bei den bevorstehenden Weltmeisterschaften im Schießsport in Wiesbaden das Tragen des „Emblems der Zone“ auf den Sportanzügen der Mannschaft der DDR nicht zugelassen werden könne. Unter Hinweis auf entsprechende Regelungen der NATO und des Internationalen Olympischen Komitees empfiehlt Carstens, in der Kabinettsitzung am folgenden Tag diese „harte Linie“ einzuschlagen. Eine mögliche Absage der Veranstaltung müßte notfalls in Kauf genommen werden.
- 200** 21.06. Botschafter Petersen, Nikosia, an das Auswärtige Amt S. 839
- Petersen nimmt Stellung zum Entwurf eines Schreibens des Bundeskanzlers Erhard an Präsident Makarios über den wachsenden Einfluß der DDR in Zypern. Der Botschafter macht darauf aufmerksam, daß Makarios ihm gegenüber bereits die

Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen zugesagt und darüber hinaus erklärt habe, die „Anmaßungen der hiesigen Zonenvertretung“ nicht länger zu dulden. Vor diesem Hintergrund rät Petersen von einer Übergabe des Schreibens ab. In jedem Fall müßten Änderungen vorgenommen und Verständnis für die Lage der zyprischen Regierung zum Ausdruck gebracht werden, die in den im Interesse der Einheit der NATO gemachten Zugeständnissen an die Türkei und die türkischen Zyprioten gerade die „Präjudizierung einer Teilung“ der Insel sehe. Die Unterstützung Zyperns für den Standpunkt der Bundesregierung in der Deutschland-Frage erfolge vor allem wegen einer angenommenen „Gleichheit der Interessenlage“, weshalb ein stärkerer Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht auf Zypern erwartet werde. Petersen bittet zu prüfen, inwieweit dies ohne Belastung der Beziehungen der Bundesrepublik zur Türkei möglich sei.

- 201** 22.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 842

Ruete legt dar, wie die schwedische Regierung in einem Aide-mémoire vom 18. Mai 1966 der Auffassung der Bundesregierung über eine Verknüpfung von Vereinbarungen zur nuklearen Rüstungsbeschränkung in Europa mit Fortschritten bei der Lösung der politischen Probleme widersprochen und sich „mit einer neuartigen Entschiedenheit“ zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone bekannt habe. Laut Mitteilung an die Bundesregierung mache Schweden „kernwaffenfreie Klubs“ davon abhängig, daß sie nicht auf Mittel- und Nordeuropa beschränkt blieben, durch Abrüstungspläne der Nuklearmächte ergänzt würden und schließlich das militärische Gleichgewicht nicht beeinträchtigten. Ruete bemerkt hierzu, daß die schwedische Stellungnahme vor allem auf innenpolitische Rücksichtnahmen zurückzuführen sei und zugleich ein gutes Klima für die bevorstehenden Besuche des polnischen Außenministers Rappacki und des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin schaffen solle.

- 202** 23.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 845

Ruete erörtert die Folgen eines möglichen Abzugs französischer Truppen aus der Bundesrepublik für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Der Drei- bzw. Vier-Mächte-Verantwortung würden damit weitere Grundlagen entzogen, und die UdSSR könnte sich dazu ermuntert fühlen, den Druck in der Deutschland- und Berlin-Frage zu verstärken. Weiterhin könnten sich die blockfreien Staaten zu einer Politik der Aufwertung der DDR veranlaßt sehen. Schließlich weist Ruete darauf hin, daß ein französisches „Désengagement“ in der Wiedervereinigungsfrage sowohl in Frankreich als auch in der Bundesrepublik Rückwirkungen auf die öffentliche Meinung haben würde, die das bilaterale Verhältnis „im Laufe der Zeit an den Wurzeln treffen“ müßten.

- 203** 23.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 847
- Ruete nimmt Stellung zum weiteren Vorgehen der Bundesregierung im Anschluß an die Note vom 25. März 1966. Er regt an, auf die bisher aus den Ostblock-Staaten eingegangenen Antworten einzeln zu reagieren und dabei mit der Tschechoslowakei zu beginnen. Es gebe Anzeichen dafür, daß die tschechoslowakische Regierung an Gesprächen interessiert sei und der ablehnende Ton der Antwortnote auf „massiven Druck“ der DDR zustande gekommen sei. Auf diese Weise würde auch die Möglichkeit eröffnet, in das für die UdSSR in strategischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht bedeutsame „Dreieck“ Pankow-Prag-Warschau einzudringen. In einer Note an die tschechoslowakische Regierung sollte zunächst die Bereitschaft mitgeteilt werden, die Frage der Ungültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 und seiner Rechtsfolgen von Völkerrechtlern aus der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei prüfen zu lassen. Zuvor seien die Münchener Signatarstaaten Großbritannien, Frankreich und Italien zu diesem Vorschlag zu konsultieren. Hauptthema der Erwiderung seitens der Bundesregierung sollte jedoch der Vorschlag zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen sein, da gerade in diesem Punkt die Reaktion der Ostblock-Staaten auf die Note vom 25. März 1966 uneinheitlich ausgefallen sei.
- 204** 23.06. Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 856
- Walther gibt Informationen über den Besuch des französischen Staatspräsidenten in der UdSSR weiter. De Gaulle habe die Anerkennung der DDR „selbstverständlich“ abgelehnt und sich auch gegen deren Teilnahme an einer europäischen Sicherheitskonferenz ausgesprochen. Während in der Beurteilung des Vietnam-Krieges offenbar Übereinstimmung erzielt worden sei, habe der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, auf Nachfragen von de Gaulle über das sowjetisch-chinesische Verhältnis „ausweichend und dilatorisch“ geantwortet. Der Botschafter teilt weiter mit, daß die Frage einer zukünftigen institutionalisierten Konsultation zwischen Frankreich und der UdSSR von beiden Seiten unterschiedlich dargestellt werde. Schließlich sei der Abschluß von Abkommen über die Raumfahrt und die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit vorgesehen.
- 205** 23.06. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem indischen Finanzminister Chaudhuri S. 859
- Über die indischen Wirtschaftsprobleme informiert Chaudhuri, daß die Abwertung der Rupie vor allem demonstrieren solle, wie Indien „alle erdenkliche Anstrengung“ unternehme, um sich selbst zu helfen. Er kündigt umfassende Maßnahmen zur Importliberalisierung an und bittet um Prüfung, ob eine Umschuldung der gegenüber der Bundesrepublik eingegangenen Verbindlichkeiten möglich sei. Der indische Finanzminister erklärt weiter, daß sich die indisch-chinesischen Beziehungen

„auf dem toten Punkt“ befänden. Die Existenz der Volksrepublik China behindere eine Aussöhnung zwischen Pakistan und Indien, auch im Kaschmir-Konflikt, der allerdings eine innere Angelegenheit Indiens darstelle. Erhard weist darauf hin, daß die geplante Errichtung einer staatlichen indischen Handelsorganisation in Ost-Berlin „durch die Zonenmachthaber propagandistisch ausgeschlachtet“ und das Verhältnis zwischen Indien und der Bundesrepublik belasten würde. Chaudhuri erwidert, daß Indien nicht die Absicht habe, mit der DDR diplomatische Beziehungen aufzunehmen, und der Angelegenheit nur geringe Bedeutung beimesse.

- 206** 23.06. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 863

Carstens berichtet zunächst über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter. Seydoux sei davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die Bundesregierung zum 1. Juli 1966 erklären werde, mit dem weiteren Aufenthalt französischer Truppen in der Bundesrepublik „einstweilen“ einverstanden zu sein, und beabsichtige, einen Beauftragten im Generalsrang zu ernennen, der die Gebietshoheit gegenüber diesen Truppen vertreten solle. Auf die Frage von Seydoux, ob dieser Schritt nicht die laufenden Verhandlungen präjudiziere, habe er erwidert, daß nach dem französischen Ausscheiden aus der militärischen Integration der NATO ein „objektives Bedürfnis“ nach Verstärkung der bilateralen Kontakte bestehen werde und die Einsetzung eines Generals der Bundeswehr angesichts der größeren Rechte, die die Bundesrepublik dann haben werde, „zweckmäßig“ sei. Carstens erläutert sodann, daß in der geplanten Erklärung der Bundesregierung zwar der Hinweis, Frankreich werde zum 1. Juli 1966 seine Stationierungsrechte aus den Pariser Verträgen von 1954 verlieren, fehle; auch werde nicht mehr ausdrücklich hervorgehoben, daß das Einverständnis der Bundesregierung mit dem weiteren Aufenthalt französischer Truppen jederzeit widerrufen werden könne. Gegebenenfalls sei hierzu gegenüber der amerikanischen und britischen Regierung aber darauf zu verweisen, daß die Erklärung „in der Substanz nicht schwächer“ als die von der Drei-Mächte-Arbeitsgruppe vorbereitete sei, sondern nur in den „Formulierungen konzilianter“.

- 207** 23.06. Vortragender Legationsrat I. Klasse Brückner, S. 866
Budapest, an das Auswärtige Amt

Brückner nimmt Stellung zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblock-Staaten, insbesondere zu Ungarn. Er hebt zunächst hervor, daß die ungarische Regierung hierzu stets bereit gewesen sei, weil sie sich davon einen „Generaleinbruch in die Hallstein-Doktrin“ verspreche. Sicherlich würde durch einen Botschafteraustausch die Tätigkeit der Vertretung der Bundesrepublik erleichtert. Brückner äußert sich jedoch skeptisch, ob die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten größer würden. Solange keine Verbesserung in den Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR erzielt werde, seien

auch durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen keine Fortschritte im Verhältnis zu Ungarn zu erwarten. Brückner bemerkt jedoch abschließend, daß unter den Bedingungen einer neuen Ostpolitik, die der Entspannung in Europa den Vorrang vor der Wiedervereinigung einräume, die rechtzeitige Aufnahme diplomatischer Beziehungen sinnvoll und nützlich sein könne.

- 208** 27.06. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem italienischen Ministerpräsidenten Moro S. 869

Erhard hebt hervor, daß die Europäischen Gemeinschaften weiterentwickelt und Frankreichs Äußerungen über ein „größeres Europa“ auf ihren tatsächlichen Wert geprüft werden müßten. Eine bloße Vision genüge nicht, vielmehr bedürfe es einer solideren Grundlage. Moro vertritt die Auffassung, daß der Einigungsprozeß ungeachtet der jüngsten französischen Schritte „tief in das Bewußtsein der europäischen Völker“ eingedrungen sei. Sowohl die Erweiterung der Gemeinschaft als auch die Intensivierung der politischen Beziehungen blieben weiterhin Ziel italienischer Politik. Erhard vermutet, daß der französische Staatspräsident nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO bereit sein könnte, der Idee einer gemeinsamen europäischen Politik näherzutreten. Moro gibt demgegenüber zu bedenken, daß hinter einer solchen Bereitschaft von de Gaulle die Absicht gesehen werden müsse, die Bindungen zu den USA zu lockern.

- 209** 27./28.06. Deutsch-italienische Regierungsbesprechungen S. 871

Ministerpräsident Moro erklärt, daß ungeachtet der Beilegung der EWG-Krise eine Lösung der noch offenen agrarpolitischen und organisatorischen Fragen erforderlich sei. Bundesminister Schröder führt aus, daß alle zukünftigen Aufgaben als Paket verabschiedet werden sollten. Zu den von Moro genannten Punkten kämen noch die Erweiterung der Zoll- zu einer Wirtschaftsunion sowie der erfolgreiche Abschluß der Kennedy-Runde hinzu. Außenminister Fanfani äußert die Meinung, daß sich hinsichtlich eines Beitritts von Großbritannien zur EWG die Schwierigkeiten im Agrarbereich seit 1963 vermindert hätten, die Probleme auf dem industriellen Sektor dagegen angewachsen seien. Spanien betreffend, solle eine unspektakuläre Form der Beteiligung erwogen werden. Hinsichtlich der NATO-Krise erläutert Schröder die Schwierigkeiten, die durch die Einführung des Begriffs des „nichtprovzierten Angriffs“ durch Frankreich in die Diskussion entstanden seien. Für die Bundesregierung müsse jeder Angriff den *Casus foederis* darstellen. Moro drückt die Hoffnung aus, daß die französischen Truppen in der Bundesrepublik verbleiben könnten, und erklärt, die italienische Regierung werde bei den Verhandlungen der 14 NATO-Partner mit Frankreich den Standpunkt der Bundesregierung unterstützen. Abschließend äußert die ita-

lienische Delegation den Wunsch nach einer besseren bilateralen Kooperation des Rundfunks bei der Betreuung der italienischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik.

- 210 27.06. Vortragender Legationsrat I. Klasse Forster, z. Z. S. 881
Brüssel, an das Auswärtige Amt

Forster berichtet über die Tagung des WEU-Ministerrats in Brüssel vom selben Tag. Staatssekretär Carstens hob einleitend die Bedeutung des Verhältnisses zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China für die Ost-West-Beziehungen hervor. Die durch politische Rückschläge geschwächte Position der Volksrepublik China erkläre auch den wachsenden Druck der UdSSR auf die Ostblock-Staaten. Carstens empfahl, deren erkennbares Streben nach Selbständigkeit auszunutzen, sich der begrenzten Möglichkeiten hierbei jedoch bewußt zu sein. Der Staatssekretär führte weiter aus, daß in der DDR eine gewisse politische Konsolidierung sowie ein größeres Selbstbewußtsein der Bevölkerung festzustellen seien. Mit dem geplanten Redneraustausch zwischen SPD und SED sei die DDR, die z.Z. eine offensivere Deutschlandpolitik betreibe, ein „kalkuliertes Risiko“ eingegangen. Der niederländische Außenminister Luns gab einen Überblick über die Situation in Indonesien. Von der Bundesrepublik, Großbritannien und Italien würden eine multilaterale Schuldenregelung und die Zahlung von Entwicklungshilfe an Indonesien befürwortet. Der belgische Außenminister Harmel informierte über den enttäuschenden Verlauf seiner Verhandlungen im Kongo (Léopoldville) hinsichtlich einer Regelung der noch offenen Finanzfragen. Zur Entwicklung in Rhodesien teilte der Kanzler des Herzogtums Lancaster mit, daß das Embargo jetzt Wirkung zeige; Großbritannien rechne weiterhin mit der Unterstützung befreundeter Staaten. Die Teilnehmer drückten schließlich ihre Sorge über den wachsenden Einfluß der UdSSR im Nahen Osten aus. In diesem Zusammenhang teilte Carstens mit, daß die Aussichten auf die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den arabischen Staaten wegen deren Kontakte zur DDR im Verlauf des Jahres 1966 gesunken seien.

- 211 28.06. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 888
italienischen Außenminister Fanfani

Schröder bezeichnet es als Ziel der Bundesregierung, eine gemeinsame Kommission der Europäischen Gemeinschaften mit Walter Hallstein als erstem Präsidenten zu bilden. Von der Fusion der Exekutiven zu unterscheiden sei aber die Vereinheitlichung der Verträge von EWG, EURATOM und EGKS. Der Bundesminister unterbreitet den Vorschlag, durch eine Regierungskonferenz eine Ad-hoc-Kommission mit der Ausarbeitung eines gemeinsamen Vertragswerkes zu beauftragen. Fanfani äußert dazu die Bitte, die für Juli geplante EWG-Ministerratstagung auf Ende August zu verschieben und die Aufgaben genau zu begrenzen, um einen „Fehlschlag“ zu vermeiden. Die Gesprächspartner stimmen überein, daß Staats-

präsident de Gaulle die französischen Truppen in der Bundesrepublik stationiert halten möchte. Fanfani spricht die Hoffnung auf eine baldige Lösung der Vietnam-Frage aus, weil sich damit de Gaulle gegenüber der NATO nicht mehr des Vorwandes bedienen könnte, daß Frankreich bei einem Verbleiben in der militärischen Integration der Allianz in einen Krieg hineingezogen werden könnte. Abschließend regt der italienische Außenminister im Fall des in Italien inhaftierten ehemaligen SS-Obersturmbannführers Kappler an, ein Gnadengesuch von dessen Mutter über Bundespräsident Lübke an Staatspräsident Saragat zu leiten.

212 28.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 894

Carstens berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Vertretern der drei im Bundestag vertretenen Parteien. Der Regierende Bürgermeister von Berlin habe geäußert, daß der geplante Redneraustausch zwischen SPD und SED vermutlich nicht zustande kommen werde. Hinsichtlich der von Erhard skizzierten drei Grundsätze der Deutschland-Politik – Vier-Mächte-Verantwortung, Alleinvertretungsanspruch und Nichtanerkennung – habe Brandt ausgeführt, daß an ihnen zwar festzuhalten sei, sie aber nicht ausreichen, um „die Deutschland-Frage in Gang“ zu bringen. Die Jugend stelle „bohrende Fragen“ und lasse sich nicht durch Hinweis auf diese Grundsätze „beschwichtigen“.

213 29.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 896

Harkort erörtert Gegenstand und Ziele der in Aussicht genommenen Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR. Der Abschluß eines neuen Abkommens bis zum 31. Dezember 1969, das sich danach automatisch um jeweils ein Jahr verlängern würde, könnte den vertragslosen Zustand in den Handelsbeziehungen seit 1. Januar 1964 beenden und zugleich der sowjetischen Taktik entgegenwirken, die Bundesrepublik durch engere wirtschaftliche Bindungen mit den anderen westeuropäischen Staaten zu isolieren. Harkort vermutet, daß die UdSSR die von der Bundesregierung vorgenommenen Einfuhrliberalisierungen für Ostblock-Staaten auch für sich in Anspruch nehmen werde. Ihr sollte deshalb erklärt werden, daß dies von einem gültigen Warenverkehrsabkommen sowie einer schriftlichen Verpflichtung zur Einhaltung marktgerechter Preise abhängen. Schließlich sei zu erwarten, daß die UdSSR die Haltung zum Röhrenembargo sowie Garantien gegen die Wiederholung eines solchen Verbots auf anderen Gebieten als „Prüfstein für den guten Willen der Bundesregierung“ betrachten werde. In diesem Zusammenhang erinnert Harkort an die Sondierungen bei der amerikanischen Regierung über eine mögliche Aufhebung des Embargos, deren Ergebnis möglicherweise in die Verhandlungen einfließen könne.

- 214** 30.06. Ministerialdirigent Böker, z.Z. Kairo, an das Auswärtige Amt S. 903

Böker faßt ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im ägyptischen Außenministerium zusammen. Fiqi warf der Bundesregierung vor, sie habe seit 1952 wirtschaftlich und militärisch zur Konsolidierung Israels beigetragen, so daß die arabischen Staaten gezwungen gewesen seien, ihre Rüstungsanstrengungen auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung zu steigern. Dadurch habe sie der arabischen Welt „schweren Schaden“ zugefügt, obwohl die Bundesregierung in der Deutschland-Frage immer unterstützt worden sei. Böker wies demgegenüber auf den Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Ende Februar/Anfang März 1965 sowie auf die „Politik der ständigen Aufwertung der SBZ“ durch die VAR hin, wenngleich der „naturalisierte Sowjetbürger“ Ulbricht sowohl im östlichen als auch im westlichen Teil Deutschlands „der bestgehaßte Mann in allen Schichten“ sei. Die Bundesregierung werde weder Israel noch den arabischen Regierungen ein Vetorecht über ihre Beziehungen zu den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens einräumen. Dies sei natürliche Folge des Heranwachsens einer neuen Generation, die „Arabern und Israelis ohne Komplexe gegenüberstehe“. Böker zieht aus dem Gespräch den Schluß, daß die ägyptische Regierung mit der Wiederaufnahme der Beziehungen keine Eile habe und hinsichtlich der DDR möglicherweise „noch einiges im Schilde“ führe.

- 215** 01.07. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 907

Klaiber informiert über ein Gespräch mit dem Generalsekretär im französischen Außenministerium. Alphand bedauerte Form und Inhalt des Aide-mémoires der Bundesregierung vom 30. Juni 1966 über die Stationierung der französischen Truppen in der Bundesrepublik, weil die französischen Bedenken nicht genügend berücksichtigt worden seien. Insbesondere die Formulierung, daß der Beauftragte die Gebietshoheit der Bundesrepublik gegenüber den französischen Truppen vertreten solle, stoße auf Unverständnis, da sie eine „Beanspruchung erweiterter Rechte“ andeute.

- 216** 01.07. Botschafter Blankenhorn, London, an das Auswärtige Amt S. 908

Blankenhorn gibt ein Gespräch zwischen Bundesminister Dahlgrün und dem britischen Schatzkanzler Callaghan vom Vortag wieder. Es sei keine Einigung über die Einrichtung der vorgesehenen Gemeinsamen Kommission erzielt worden, die Möglichkeiten zur Erfüllung des deutsch-britischen Devisenausgleichs erörtern sollte. Callaghan habe auf einem vollständigen Devisenausgleich für das neue Abkommen ab dem 1. April 1967 bestanden und dazu Zahlungen aus dem Bundeshaushalt angeregt. Dahlgrün habe dies unter Hinweis auf das Zusatzabkommen zum Truppenstatut vom 3. August 1959 abgelehnt und herausgestellt, daß Haushaltszahlungen sowohl aus budgetären als auch „aus grundsätzlichen Erwägungen

nicht in Frage“ kämen. Die Gesprächsteilnehmer hätten sich schließlich auf ein weiteres Treffen am 21. Juli 1966 in Bonn verständigt. Callaghan habe erklärt, daß er dann im Falle einer unveränderten Haltung der Bundesregierung gezwungen sei, wegen der angespannten Wirtschaftslage in Großbritannien Empfehlungen auszusprechen, die ihm selbst „im weitesten politischen Sinne“ unerwünscht seien.

- 217 01.07. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 911

Knappstein berichtet über ein Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium. Schaetzel informierte mit der Bitte um „strengstes Stillschweigen“ darüber, daß der amerikanische Generalstab eine Studie über die Auswirkungen eines möglichen Abzugs sowjetischer Divisionen aus der DDR auf die „militärischen Erfordernisse in Westeuropa“ anfertige. Dabei handele es sich um eine militärtheoretische Analyse „ohne jeden politischen Hintergrund“. Knappstein wandte ein, daß das militärische Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt unverändert erhalten bleiben müsse. Ein Abzug sowjetischer Divisionen dürfe nicht zwangsläufig zum Abzug einer gleichen Zahl amerikanischer Einheiten führen.

- 218 05.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lahusen S. 913

Lahusen notiert die Ergebnisse eines Gesprächs des Staatssekretärs Carstens mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde am 30. Juni 1966. Foster beurteilte einen Vorstoß zur direkten Mitarbeit der Bundesrepublik an den Verhandlungen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf skeptisch angesichts der zu erwartenden sowjetischen Gegenforderung nach Teilnahme der DDR. Im übrigen sei die Haltung der UdSSR, die mit einem Nichtverbreitungsabkommen in erster Linie einen „deutschen Zugang zu Atomwaffen“ verhindern wolle, nicht eindeutig, da der sowjetische Entwurf vom 24. September 1965 verschiedene Interpretationen zulasse. Foster wies darauf hin, daß der amerikanische Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens vom 1. Februar 1966 den Interessen der Bundesrepublik entgegenkomme, denn er trage einer „Hardware-Lösung“ im Rahmen der NATO wie auch einer europäischen Lösung der nuklearen Teilhabe Rechnung. Foster glaubte nicht an eine baldige Einigung der Verhandlungspartner in Genf; der UdSSR läge vielmehr daran, sich eine „Propagandabasis“ für die am 20. September 1966 beginnende UNO-Generalversammlung zu schaffen.

- 219** 05.07. Aufzeichnung des Gesandten Freiherr von Stackelberg, S. 916
Washington

Stackelberg berichtet über ein Gespräch mit dem ungarischen Geschäftsträger bei der UNO in New York. Radványi zeigte sich zufrieden über den Stand der bilateralen Beziehungen. Die Zeit sei reif zur Überwindung der Ost-West-Spannungen. Dies werde durch den Vietnam-Krieg und die Deutschland-Frage erschwert. Zudem sei der Staatsratsvorsitzende Ulbricht „ein Überbleibsel alter starrer kommunistischer Politik“. Mit Blick auf die Entwicklung des deutsch-rumänischen Verhältnisses gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesrepublik zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch mit Ungarn bereit sei. Ungarn betrachte wie die anderen Ostblock-Staaten das gesellschaftliche System als eine „innenpolitische Angelegenheit“, während es in der Außenpolitik von nationalen Interessen geleitet würde, was die internationale Zusammenarbeit erleichtere. Abschließend regte Radványi die Fortsetzung des Meinungsaustauschs in erweiterter Runde, etwa in Gegenwart der Vertreter anderer Ostblock-Staaten, an.

- 220** 05.07. Bundeskanzler Erhard an Präsident Johnson S. 919

Erhard betont die Übereinstimmung beider Regierungen in der Beurteilung der großen politischen Fragen. Bei der Behandlung der NATO-Krise sei es von Bedeutung, daß Frankreich bezüglich seiner in der Bundesrepublik stationierten Truppen „klare Verpflichtungen für den Bündnisfall“ übernehme. Auch die Gestaltung der Beziehungen zu den Ostblock-Staaten sei ohne die Mitwirkung der USA nicht denkbar. Schließlich verweist Erhard auf „schwierige Probleme“ bei der Erfüllung des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens vom 11. Mai 1964. Er betont die Absicht der Bundesregierung, eine für die USA annehmbare Lösung zu finden; dabei sollten jedoch auch „andere Leistungen als nur der Bezug von Waffen und militärischem Ausrüstungsgerät“ in Betracht gezogen werden. Auf jeden Fall aber solle dieses Problem nicht mit dem Verbleiben amerikanischer Einheiten in der Bundesrepublik verknüpft werden.

- 221** 07.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 921

Meyer-Lindenberg berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Gesandten am Vortag. Hillenbrand zeigte sich enttäuscht über die Entscheidung der Bundesregierung, der neuen argentinischen Regierung nur wenige Tage nach dem Militärputsch vom 28. Juni 1966 die Fortsetzung der Beziehungen zu notifizieren. Das amerikanische Außenministerium würde es begrüßen, wenn Staatssekretär Carstens den geplanten Aufenthalt in Buenos Aires im Rahmen seiner Südamerika-Reise um einige Tage verschiebe. Meyer-Lindenberg erklärte unter Hinweis auf die Teilnahme von Carstens an den Jubiläumsfeiern der Deutsch-Argentinischen Handelskammer, daß eine Änderung der Reiseroute nicht mehr möglich sei.

- ### 11.07. Runderlaß des Ministerialdirektors Werz

S. 923

- #### 14.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz

S. 926

- ### 15.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

S. 929

Das französische Ausscheiden aus der militärischen Integration der NATO erfordere intensivere Kontakte zwischen deutschen Stellen und französischen Streitkräften.

- 225** 16.07. Staatssekretär Carstens, z.Z. Rio de Janeiro, an das Auswärtige Amt S. 932

Carstens informiert über eine Reihe von Gesprächen mit brasilianischen Politikern. Er hebt die Begegnung mit Präsident Branco hervor, dem er die Lage in der DDR erläuterte. Da der Kommunismus eine „viel zu primitive und offensichtlich falsche Theorie“ sei, stehe ihm die Bevölkerung der „Zone durchweg ablehnend“ gegenüber. Auch in den Gesprächen mit Außenminister Magalhaes und weiteren Mitarbeitern des brasilianischen Außenministeriums zeigte sich eine weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung der politischen Lage. Lediglich in der Frage einer NATO-Atomstreitmacht stieß er auf eine „spürbare Zurückhaltung“. Abschließend betont Carstens mit Blick auf die „völlig übereinstimmende Beurteilung des Kommunismus“ die Notwendigkeit einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen.

- 226** 18.07. Drahterlaß des Ministerialdirektors Werz (Entwurf) S. 935

Die Drei Mächte sollen über eine beabsichtigte Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien unterrichtet werden. Mit diesem Vorgehen wolle die Bundesregierung die „Mißverständnisse“, die sich aus dem ungeklärten Verhältnis zu den Ostblock-Staaten ergeben hätten, beseitigen. Bei Rumänien seien die „psychologischen und politischen Voraussetzungen“ für diesen Schritt am günstigsten. Weitere Staaten sollten folgen. Anlässlich der Ankündigung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen werde die Bundesregierung den Alleinvertretungsanspruch öffentlich bekräftigen; sie müsse sich auch in Zukunft „Repressalien“ gegen solche Staaten vorbehalten, die diplomatische Beziehungen zur DDR aufnähmen. Die Bundesrepublik erringe mit diesem Schritt gegenüber den Staaten des Ostblocks und der Dritten Welt größere politische Bewegungsfreiheit.

- 227** 19.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Bourguiba S. 938

Erhard und Bourguiba stellen bei der Erörterung der wirtschaftlichen Lage Ähnlichkeiten zwischen der Entwicklung in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg und in Tunesien nach der Unabhängigkeit von Frankreich fest. Erhard dankt für die Haltung der tunesischen Regierung zur Deutschland-Frage und für die tunesische Politik während der Nahost-Krise von 1965. Bourguiba sieht in der Nahost-Krise eine Folge des Kalten Krieges, wobei die UdSSR „den ganzen Erdball für sich erobern“ wolle. Vor allem in den Entwicklungsländern erziele der internationale Kommunismus mit der Behauptung, daß der gesamte Westen für die Folgen der Kolonia-

lisierung verantwortlich sei, einen scheinbaren Erfolg. Tunesien habe sich bei diesem Konflikt für den Westen entschieden. Jede Hilfe für Tunesien stärke daher den Einfluß des Westens in dem „noch anhaltenden Wettlauf mit dem Kommunismus“. Erhard stellt wirtschaftliche Hilfe für Tunesien in Aussicht, sobald die unsichere Haushaltslage der Bundesrepublik überwunden sei.

- 228** **21.07.** Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville **S. 943**

Couve de Murville berichtet über seinen Aufenthalt vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR. Er stellt fest, daß der Vietnam-Krieg einer Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Wege stehe. Die Entwicklung dieses Konflikts hänge ausschließlich von den USA ab, die im Grunde nicht wüßten, wofür sie in Vietnam kämpften. Dagegen mache die sowjetische Regierung einen „konservativen Eindruck“. In der Deutschland-Frage erkläre sie unverändert, daß die Überwindung der Teilung von der Bundesrepublik und der DDR selbst erörtert werden müsse. Doch werde die UdSSR selbst dann eine Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern suchen, „falls Westdeutschland zufällig kommunistisch wäre“. Das Verhältnis der UdSSR zu den anderen osteuropäischen Staaten bezeichnet Couve de Murville als die „normale Haltung einer Großmacht gegenüber viel kleineren Staaten“. Hinsichtlich der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf weist er darauf hin, daß die UdSSR den amerikanischen Entwurf auch deswegen ablehne, weil er der Bundesrepublik ein Mitspracherecht einräume. Zur Koordinierung der deutsch-französischen Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten äußert sich Couve de Murville skeptisch, da die Bundesrepublik mit diesen Staaten keine diplomatischen Beziehungen unterhalte. Dazu führt Schröder aus, daß mit Rumänien diplomatische Beziehungen aufgenommen werden könnten; dies werfe aber weitere Probleme auf, da die DDR dann einen Kurswechsel der Bundesrepublik verkünden und andere Staaten auffordern könnte, „nunmehr ebenfalls Botschafter nach Pankow“ zu entsenden.

- 229** **21.07.** Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle **S. 955**

Erhard dankt de Gaulle dafür, daß dieser bei seinem Aufenthalt in der UdSSR die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik unterstützt habe. Der französische Staatspräsident weist auf das Mißtrauen hin, mit dem die UdSSR der Bundesrepublik begegne. Allerdings hätten die sowjetischen Gesprächspartner auch nicht „negativ reagiert“, als er erklärt habe, daß die Beziehungen zwischen der UdSSR und Westeuropa bzw. der Bundesrepublik verbessert werden müßten. De Gaulle erläutert weiter, Europa müsse aufhören, „Tummelplatz der Feindseligkeiten und Rivalitäten“ zu sein, denn es sei „die Kapitale, der wesentliche Teil der Welt“, wo „Friede, Entwicklung und

Fortschritt“ begraben seien. Erhard pflichtet diesen Ausführungen bei. Dabei zeigt er sich besorgt, daß der technisch-wissenschaftliche Vorsprung der USA zu groß werden und Europa dadurch in eine geistige Abhängigkeit fallen könnte. Um eine „große neue Bewegung“ in Europa auszulösen, schlägt er auch mit Blick auf eine Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR ein verstärktes deutsch-französisches Zusammengehen vor. Erhard betont, daß sich die Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA ausschließlich auf den nuklearen Schutz beziehe. Es bestehe keine Absicht, zum „51. Staat der Vereinigten Staaten zu werden“. Auf das Verhalten der in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen im Verteidigungsfall angesprochen, erklärt de Gaulle, daß Frankreich zu seinen Bündnisverpflichtungen insbesondere bei einem „nicht-provozierten Angriff“ stehe. Frankreich behalte sich den Einsatzbefehl in jedem Fall vor. Dazu erklärt Erhard „beinahe feierlich“, daß die Bundesregierung „unter allen Umständen die französischen Truppen in Deutschland zu sehen“ wünsche.

- 230** 21.07. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle S. 966

De Gaulle bekräftigt, daß sich Frankreich nicht zu einem „automatischen Engagement“ im Verteidigungsfall verpflichten werde. Die Bundesrepublik müsse eine „minimale Ungewißheit“ akzeptieren. Der Staatspräsident spricht sich gegen eine militärische Integration aus, räumt aber auch die Notwendigkeit eines Bündnisses mit den USA zur Abschreckung der UdSSR ein. Erhard stellt fest, daß es zwischen der deutschen und der französischen Politik „keine wesentlichen Unterschiede“ gebe. Dagegen habe es in der letzten Zeit eine „gewisse Erschütterung“ im deutsch-amerikanischen Verhältnis gegeben. Zur bevorstehenden Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften und der Kandidatur des Präsidenten der EWG-Kommission schlägt Erhard vor, Hallstein bis zur Vollendung der Zollunion im Amt zu belassen. De Gaulle spricht sich gegen ein Verbleiben von Hallstein aus und verweist dabei auf dessen „supranationale“ Politik. Er zeigt sich lediglich bereit, „Hallstein ein paar Monate zu verlängern“. Abschließend regt Erhard eine Intensivierung der politischen Zusammenarbeit gegenüber den osteuropäischen Staaten an. De Gaulle sichert eine Prüfung dieser Frage zu und rät der Bundesrepublik zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien.

- 231** 21.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz S. 974

Zur Vorbereitung der Kabinettsitzung am 22. Juli 1966 faßt Werz den Stand der Passierschein-Gespräche zusammen. Die Bundesregierung wolle dem Senat von Berlin vorschlagen, vor der Unterzeichnung einer Passierschein-Regelung eine einseitige salvatorische Erklärung abzugeben. Damit könnten die zurückliegenden Meinungsverschiedenheiten über die Berücksichtigung einer salvatorischen Klausel im Entwurf einer Passierschein-Regelung beigelegt werden. Dies sei „im dringenden

Interesse der deutschen Außenpolitik“. Es sei jedoch damit zu rechnen, daß die DDR die Entgegennahme dieser Erklärung nicht bestätigen werde. Werz empfiehlt eine öffentliche Stellungnahme der Bundesregierung.

- 232** 22.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 977

Carstens notiert die Ergebnisse einer Besprechung unter Vorsitz des Bundeskanzlers Erhard. Bundesminister von Hassel kündigte an, daß er dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara auf der Konferenz der Verteidigungsminister der NATO-Staaten am 25./26. Juli 1966 in Paris vorschlagen wolle, nach Ablauf des Devisenausgleichsabkommens vom 11. Mai 1964 nur noch 50% der Devisenaufwendungen für die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik durch Rüstungskäufe auszugleichen. Hassel war sich mit Bundesminister Dahlgrün einig, daß das laufende Devisenausgleichsabkommen „zeitlich gestreckt werden“ müsse. Bei der Erörterung der allgemeinen Haushalts- und Wirtschaftslage wurde die Notwendigkeit weiterer Einsparungen deutlich.

- 233** 22.07. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 979

Knappstein berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk. Der Botschafter bedauerte, daß der amerikanische Verteidigungsminister McNamara gegenüber einem Mitarbeiter der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einen Zusammenhang zwischen der Erfüllung des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens vom 11. Mai 1964 und dem möglichen Abzug amerikanischer Truppen aus der Bundesrepublik hergestellt habe. Durch eine öffentliche Erörterung dieser Frage würden „heftige Reaktionen“ in der Bundesrepublik ausgelöst. Rusk entgegnete mit dem Hinweis auf die ungleiche Lastenverteilung unter den Mitgliedstaaten der NATO. Er äußerte die Hoffnung, daß diese Frage auf der bevorstehenden Konferenz der Verteidigungsminister der NATO-Staaten am 25./26. Juli 1966 in Paris behandelt werde. Rusk versicherte, daß keine Beschlüsse über einen amerikanischen Truppenabzug getroffen seien.

- 234** 23.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem belgischen Außenminister Harmel in Brüssel S. 982

Harmel erklärt, daß die geplante Verlegung von NATO-Einrichtungen nach Belgien auf innenpolitischen Widerstand stoße. Die belgische Regierung habe der Kritik nur mit der Forderung nach einer „ausgeglichenen Verteilung der Verantwortungen und Aufnahme von Einrichtungen“ begegnen können. Schröder weist darauf hin, daß die Bundesrepublik kein eigenes Interesse habe, NATO-Einrichtungen aufzunehmen. Statt dessen empfiehlt er eine Aufteilung der Lasten zwischen Belgien und den Niederlanden. Er erklärt sich mit dem Vorschlag von Harmel einverstanden, den Ständigen NATO-Rat

mit einer Ausarbeitung über die zu erwartenden Belastungen zu beauftragen. Zu den deutsch-französischen Verhandlungen über die Stationierung französischer Truppen in der Bundesrepublik stellt Schröder fest, daß diese Gespräche erst nach den Verhandlungen zwischen den Vierzehn und Frankreich abgeschlossen werden könnten. Hinsichtlich der Beziehungen der EWG zu Großbritannien verweist Harmel auf die „grausame“ Haltung des französischen Außenministers Couve de Murville. Großbritannien sollten ungeachtet der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Gespräche über einen möglichen EWG-Beitritt angeboten werden. Schröder stimmt den Ausführungen von Harmel zu und erläutert zur Frage einer Fusion der Exekutiven der europäischen Gemeinschaften, daß bis zum Inkrafttreten der Zollunion am 1. Juli 1968 die EWG-Kommission in ihrem Amt verbleiben sollte.

- 235** 25.07. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 992

Lahr faßt die Ergebnisse der EWG-Ministerratstagung vom 22. bis 24. Juli 1966 in Brüssel zusammen. Er stellt fest, daß die Einigung über eine Finanzierung des gemeinsamen Agrarmarktes das Ende einer integrierten Politik und das Scheitern der Kennedy-Runde verhindert habe. Dennoch seien Bedenken gegen die Beschlüsse angebracht, da sie eine „Addition nationaler agrarischer Interessen“ darstellten, die sich zum Nachteil der Finanz- und Handelspolitik auswirkten. Die Bundesrepublik würde dadurch vielleicht vor unlösbare finanzpolitische Probleme gestellt werden. Ihr Beitrag zur Finanzierung der EWG-Agrarpolitik belaufe sich auf etwa 2,25 Mrd. DM, davon die Hälfte als Nettoverlust. Lahr äußert Zweifel hinsichtlich der finanzpolitischen Durchführbarkeit der EWG-Beschlüsse. Die Bundesrepublik könne jedoch als Hauptkostenträger in den EWG-Beratungen eine „sehr starke Stellung“ einnehmen.

- 236** 25.07. Staatssekretär Carstens an Botschafter Blankenhorn, London S. 995

Carstens bittet Blankenhorn, Premierminister Wilson von der Sorge der Bundesregierung über Äußerungen des britischen Schatzkanzlers vom 21. Juli 1966 in Kenntnis zu setzen. Callaghan habe erklärt, die britische Regierung werde ihre Truppen in der Bundesrepublik um zwei Drittel reduzieren, falls die bestehende Devisenlücke nicht ausgeglichen werde. Offensichtlich erwäge die britische Regierung, das für den Truppenabzug notwendige Verfahren bereits vor dem Abschluß der Beratungen der Gemischten Kommission einzuleiten. Dies würde nicht nur die „Glaubhaftigkeit der Abschreckungsstrategie“ und die Durchführung der Vorwärtsverteidigung der NATO beeinträchtigen, sondern auch den Zusammenhalt der Vierzehn gefährden. Schließlich weist Carstens auf die Gefahr hin, daß ein britischer Truppenabzug zu einer „Abkühlung“ in der Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber Groß-

britannien führen und damit die Bemühungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem britischen Beitritt zur EWG beeinträchtigen könnte.

- 237** 26.07. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens S. 998

Carstens informiert über eine Unterredung mit dem indischen Botschafter. Er wies Banerji darauf hin, daß der Wortlaut des indisch-sowjetischen Kommuniqués vom 16. Juni 1966 zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Indien führen müsse. Banerji erwiderte, daß die indische Position zur Deutschland-Frage seit 1961 unverändert sei. Dagegen habe die Bundesrepublik im Kaschmir-Konflikt trotz des pakistanischen Angriffs eine neutrale Haltung eingenommen. Zudem sei die Volksrepublik China mit großen industriellen Anlagen beliefert worden. Hingegen sei die deutsche Hilfe an Indien seit 1961 erheblich zurückgegangen. Carstens entgegnete, in dem Kommuniqué sei nicht nur zum wiederholten Male die Existenz zweier deutscher Staaten behauptet, sondern auch erklärt worden, daß die Deutschland-Frage nur auf der Basis der Realität geregelt werden könne. Carstens erklärte, daß die Bereitschaft zur Kapitalhilfe in der Bundesrepublik abnehme, wenn die indische Regierung zum wiederholten Male so „abträgliche Erklärungen abgebe“.

- 238** 27.07. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1000

Grewe berichtet, daß der Ständige NATO-Rat am 27. Juli 1966 beschlossen habe, die Verhandlungen über den militärischen Auftrag der französischen Truppen in der Bundesrepublik bis September 1966 auszusetzen. Der amerikanische und der niederländische NATO-Botschafter, Cleveland und Boon, bedauerten, daß die französische Regierung zwei Vorschläge abgelehnt habe, die von den Vierzehn auf der Grundlage der Beschlüsse der NATO-Ministerkonferenz vom 7./8. Juni 1966 in Brüssel ausgearbeitet wurden. Der Sitzung des Ständigen NATO-Rats war eine Sitzung der Vierzehn vorausgegangen, in der NATO-Generalsekretär Brosio eine Unterbrechung der Verhandlungen mit Frankreich angeregt habe. Statt dessen sollten andere Fragen, wie z.B. Infrastruktur und Militärhaushalt, erörtert werden. Grewe und Cleveland unterstützten diese Argumentation. Auf die Frage des belgischen NATO-Botschafters de Staercke erklärte Grewe, daß die bilateralen deutsch-französischen Verhandlungen über die Stationierung der französischen Truppen in der Bundesrepublik unabhängig von den Verhandlungen im NATO-Rat im August 1966 fortgesetzt würden. Vor dem Hintergrund der Gespräche im NATO-Rat empfahl Cleveland der Bundesregierung, die bilateralen Verhandlungen zu vertagen.

- 239** 28.07 Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige S. 1004
 Amt

Grewe äußert sich zum Stand der deutsch-französischen Verhandlungen über die Stationierung der französischen Truppen in der Bundesrepublik. Das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard vom 21. Juli 1966 mit Staatspräsident de Gaulle, Kommentare des Leiters des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, von Hase, sowie die Artikel führender Zeitungen würden den Eindruck vermitteln, als ob ein befriedigendes Ergebnis der multilateralen Verhandlungen der Vierzehn mit Frankreich nicht mehr die Voraussetzung für ein Verbleiben der französischen Truppen in der Bundesrepublik sei. Dieser Eindruck habe sich in der Verhärtung der französischen Position nach dem Besuch von de Gaulle in Bonn niedergeschlagen. Die USA und Großbritannien hätten bereits „in eindeutiger Weise“ zu verstehen gegeben, wie sie die Haltung der Bundesregierung bewerteten. Vor diesem Hintergrund müsse neu überlegt werden, welches Verhandlungsziel bei einer Fortsetzung der multilateralen Verhandlungen der Vierzehn mit Frankreich im September 1966 anzustreben sei.

- 240** 29.07. Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit dem S. 1006
 sowjetischen Botschafter Zarapkin

Zarapkin informiert über die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes vom 4. bis 6. Juli 1966 in Bukarest. Er überreicht die „Bukarester Deklaration“ und erläutert die darin enthaltenen Vorschläge zur europäischen Sicherheit. Grundlage sei die Unantastbarkeit der Grenzen in Europa, insbesondere die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten. Jeder Versuch zur Änderung des Status quo würde „zum Kriege führen“. Auch die Pläne der Bundesregierung, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen, seien mit der Sicherheit Europas unvereinbar. Carstens lehnt die Annahme der „Bukarester Deklaration“ mit der Begründung ab, daß sie unbegründete Angriffe gegen die Bundesrepublik enthalte. In diesem Zusammenhang verweist Carstens auf die Note vom 25. März 1966, in der die Bundesregierung eigene Vorschläge zur europäischen Sicherheit formuliert habe. Hinsichtlich der europäischen Sicherheitskonferenz erklärt Zarapkin, daß die Teilnahme der DDR „selbstverständlich“ sei. Darüber hinaus sollten alle Staaten berücksichtigt werden, die „an der europäischen Sicherheit interessiert“ seien. Auf den Einwand von Carstens, daß die sowjetischen Truppen von der in der Deklaration vorgeschlagenen Truppenreduzierung ausgenommen seien, erwidert Zarapkin mit dem Hinweis auf den Status der UdSSR und der USA als „super powers“, die „eine besondere Verantwortung für den Weltfrieden trügen“.

- 241** 29.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz S. 1017

Wertz nimmt zur Diskussion des Bundesverteidigungsrats am 27. Juli 1966 über die weiteren Schritte im Anschluß an die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 Stellung. Es sei

die Frage aufgeworfen worden, ob mit dem Vorschlag eines nuklearen Herstellungsverzichts „in geographischer Hinsicht“ nicht über den in den Pariser Verträgen am 23. Oktober 1954 ausgesprochenen Verzicht zur Herstellung von Atomwaffen hinausgegangen werde. Werz weist darauf hin, daß eine räumliche Beschränkung des Verzichts von 1954 die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik beeinträchtigen würde. Aus diesem Grunde solle eine ausdrückliche Bezugnahme auf die Erklärung von 1954 vermieden werden, ohne daß sich die Bundesrepublik andererseits auf einen „geographisch unbeschränkten Verzicht festlegen“ müsse. In einem weiteren Stadium der Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen könnte dann eine Befristung des Verzichts etwa in Anlehnung an den Vorschlag des italienischen Außenministers Fanfani vom 29. Juli 1965 angeregt werden.

- 242** 01.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1020

Harkort erörtert eine ADN-Meldung, nach der Flugzeuge mit Hoheitszeichen der Bundesrepublik an einem portugiesischen Luftangriff auf ein Dorf in Portugiesisch-Guinea beteiligt gewesen seien. Zwar habe die portugiesische Regierung diese Nachricht inzwischen dementiert. Unabhängig davon habe aber der UNO-Entkolonialisierungsausschuß am 15. Juli 1966 in einer Resolution zur Beendigung der Ausrüstungshilfe für Portugal aufgerufen. Damit die Bundesrepublik nicht weiter Ziel eines „östlichen Verleumdungsfeldzuges“ werde, schlägt Harkort vor, der portugiesischen Regierung die „ernste Besorgnis“ der Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen und auf die Einhaltung der in den Abkommen über Ausrüstungshilfe vereinbarten Endverbleibsklausel zu drängen.

- 243** 02.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1023

Abweichend von einem Beschluß des Bundesverteidigungsrats vom 2. April 1965 befürwortet Harkort die Lieferung von Handfeuerwaffen an die somalische Polizei. Anderenfalls würde das innenpolitische Gleichgewicht gefährdet, wenn die Polizei ihre Ausrüstung wie die Armee von den Ostblockstaaten bezöge. Mit der Stabilisierung der Lage in Somalia werde gleichzeitig auch die Stellung des Westens in Ostafrika gestärkt. Anlässlich eines Besuches von Mitgliedern des Verteidigungsausschusses in Somalia habe die dortige Polizei die Bitte um Lieferung der Waffen erneuert und im Gegenzug die Abgabe einer entsprechenden Anzahl alter Waffen angeboten. Vor diesem Hintergrund schlägt Harkort vor, die Zustimmung des Bundesverteidigungsrats zur Lieferung von 1800 Gewehren und 150 Maschinengewehren einzuholen.

- 244** 03.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1026

Carstens erörtert den Stand der Verhandlungen über den Verbleib der französischen Truppen in der Bundesrepublik. Äußerungen von Politikern der CDU und der CSU sowie von Regierungsmitgliedern während des Aufenthalts des Staats-

präsidenten de Gaulle am 21. Juli 1966 in Bonn, daß Frankreich „beinahe um jeden Preis“ seine Truppen in der Bundesrepublik belassen solle, hätten die Verhandlungsposition erheblich geschwächt. Carstens erinnert an die Kabinettsitzung vom 6. April 1966, auf der Bundeskanzler Erhard die vom Auswärtigen Amt ausgearbeiteten Vorschläge als Ausgangsposition für die Verhandlungsführung anerkannt habe. Während des Delegationsgesprächs habe er jedoch nicht deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich für eine Fortsetzung der Stationierung der Truppen „irgendwelche Voraussetzungen“ erfüllen müßte. Der Staatssekretär warnt vor dem Eindruck, daß die Bundesregierung unter Druck nachgebe; damit werde die internationale Stellung der Bundesrepublik nachhaltig beeinträchtigt. Das Auswärtige Amt habe entgegen anderslautenden Meldungen niemals den Abzug der französischen Truppen betrieben. Ein Abzug sei zu keinem Zeitpunkt erwogen worden, zumal das Interesse Frankreichs am Verbleib der Truppen in der Bundesrepublik „wahrscheinlich noch größer als das deutsche“ sei.

- 245** 03.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder S. 1030

Thierfelder nimmt zu der Absicht der Firma Bölkow Stellung, entgegen einer anderslautenden Entscheidung des Bundesverteidigungsrates vom 1. Oktober 1965 Panzerabwehrraketen vom Typ „Cobra“ an den Irak zu liefern. Die Firma stütze sich dabei auf einen Bescheid des Bundesministeriums der Verteidigung vom 4. September 1964, das sie zur Lieferung der Waffen „ermuntert“ und im Dezember 1964 zu einem Vertrag über den Export von mehreren tausend Panzerabwehrraketen mit dem Irak geführt habe. Thierfelder stellt fest, daß nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und der Außenwirtschaftsverordnung das Bundesministerium der Verteidigung keine rechtsbindende Genehmigung erteilen könne. Durch die veränderten außenpolitischen Verhältnisse, vor allem infolge des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik am 12. Mai 1965, sei das Ausfuhrverbot für den Irak vielmehr gerechtfertigt.

- 246** 03.08. Staatssekretär Lahr, z.Z. Santiago de Chile, an das S. 1034
Auswärtige Amt

Der Staatssekretär berichtet über Gespräche mit Präsident Frei sowie mit Außenminister Valdes und dem Staatssekretär im chilenischen Außenministerium, Pinochet. Frei zeigte sich überzeugt, daß sich die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik durchsetzen werde; allerdings fürchte die UdSSR ein wiedervereinigtes Deutschland als „europäisches Gravitationszentrum“. Auf kulturellem Gebiet seien verstärkte und „teilweise ausgezeichnete“ Aktivitäten der DDR zu bemerken; ein intensiver Kulturaustausch mit der Bundesrepublik sei daher wünschenswert. Die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik wurde als „qualitativ und quantitativ hoch befriedigend“ bezeichnet, gleichwohl sei weitere technische Hilfe „sehr willkommen“.

- 247** **04.08.** **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort** **S. 1037**
- Harkort äußert sich zu der amerikanischen Erwartung, bei der Weitergabe von militärischem Gerät an dritte Staaten konsultiert zu werden. Anlaß seien amerikanische Bedenken gegen den geplanten Verkauf von 50 Schulflugzeugen an Brasilien, der die brasilianischen Finanzen belasten und daher zu erhöhten Hilfeforderungen gegenüber den USA führen könnte. Harkort führt weiter aus, daß die brasilianische Regierung inzwischen – offenbar auf amerikanische Intervention hin – von dem Kauf Abstand genommen habe. Er weist darauf hin, daß eine Konsultationspflicht mit den USA nur im Falle der Weitergabe von Material aus amerikanischer Produktion vorgeschrieben sei, und empfiehlt, zukünftig die USA nur noch dann zu informieren, „wenn der Umfang oder die politische Bedeutung des Einzelfalles“ dies geboten erscheinen ließen.
- 248** **05.08.** **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete** **S. 1039**
- Ruete analysiert den Verlauf der Verteidigungsministerkonferenz vom 25./26. Juli 1966 in Paris, die unter einem „gewissen Eindruck der Resignation“ gestanden habe. Dies beruhe zum einen auf der Kritik des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara an den unzureichenden militärischen Leistungen der Verbündeten und zum anderen auf der „harten Ankündigung“ des britischen Verteidigungsministers Healey, vorbehaltlich eines vollen Devisenausgleichs die Rheinarmee weiter zu reduzieren. Ruete widerspricht Presseberichten über einen offenen Gegensatz zwischen Bundesminister von Hassel und McNamara. Er stellt fest, daß die Öffentlichkeit nun erstmals mit den langfristigen amerikanischen und britischen Zielen konfrontiert und so ein „allgemeines Unbehagen“ über die Sicherheitslage ausgelöst worden sei. Dies zeige sich auch in der Reaktion auf die von den USA geforderte Umrüstung der Kampfflugzeuge des Typs „Starfighter“, die statt der rein nuklearen Aufgaben nun konventionelle Aufgaben wahrnehmen sollten. Ruete schlägt vor, mit einflußreichen Journalisten ein Hintergrundgespräch zu führen und bei dieser Gelegenheit sowohl die Art der Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und Bundesministerium der Verteidigung zu erläutern, als auch die „langfristigen Aspekte der deutschen Verteidigungspolitik“ deutlich zu machen.
- 249** **08.08.** **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete** **S. 1043**
- Ruete stellt fest, daß die amerikanische Regierung ihre Haltung zur Nichtverbreitung von Atomwaffen zwar nicht geändert habe. Doch suche sie nach Formulierungen für einen Vertragsentwurf, die es der UdSSR ermöglichen, einem entsprechenden Abkommen zuzustimmen. Ungeachtet dessen empfiehlt Ruete, den USA weiterhin das Interesse der Bundesrepublik zu verdeutlichen, an der „kollektiven nuklearen Abschreckung in befriedigender Weise beteiligt“ zu werden. Falls die USA einen neuen Entwurf vorlegen sollten, rechnet Ruete mit ungünstigen Auswirkungen auf die geplante Initiative der

Bundesregierung hinsichtlich eines nuklearen Herstellungs-
verzeichnisses der nichtnuklearen NATO- und Warschauer-Pakt-
Staaten in Anknüpfung an die Note vom 25. März 1966. Damit
aber eine solche Initiative von der Öffentlichkeit nicht als
„Störmanöver“ gegen einen amerikanischen Vorschlag eines
Nichtverbreitungsabkommens aufgefaßt werden könne, spricht
sich Ruete für eine Unterrichtung der USA und Italiens aus.

- | | | |
|-----|---|---------|
| 250 | 09.08. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an
das Auswärtige Amt | S. 1046 |
|-----|---|---------|

Braun berichtet, daß es der DDR und den Ostblock-Staaten „in besorgniserregendem Umfang“ gelungen sei, die Bundesrepublik in den Augen vieler afrikanischer und asiatischer UNO-Delegierten als Hauptverbündeten von Rhodesien, Südafrika und Portugal zu präsentieren. Der Botschafter empfiehlt daher eine Grundsatzerklärung zur Afrikapolitik, zumal in der nächsten UNO-Generalversammlung damit zu rechnen sei, daß Südwestafrika, die portugiesischen Gebiete in Afrika sowie Rhodesien und die Apartheidpolitik im Vordergrund stehen würden. Dann seien im Zusammenhang mit dem Antrag der DDR auf Mitgliedschaft in der UNO „ungünstige Vergleiche“ zwischen der Haltung der Bundesregierung und der DDR zu afrikanischen Fragen zu erwarten. Daher sollten in der Grundsatzerklärung des Bundeskanzlers oder des Bundesministers vor allem das Eintreten für Selbstbestimmung, die Ablehnung der Apartheidpolitik, das Waffenembargo und die Entwicklungshilfeleistungen der Bundesrepublik für unabhängige afrikanische Staaten unterstrichen werden.

- 251** 11.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1049

Harkort faßt ein Gespräch des Bundesministers Bucher mit seinem tansanischen Amtskollegen am 28. Juli 1966 zusammen. Shaba habe um Hilfe bei der Fortführung des Slum Clearance Projects gebeten und darauf hingewiesen, daß Tansania die Reduzierung des Personals des Generalkonsulats der DDR durchgesetzt und gleichzeitig die angebotene „sowjetzonale Anleihe“ abgelehnt habe. Bucher habe Unterstützung für das Projekt zugesagt. Harkort verweist auf das Ergebnis einer Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt, wonach solche „Annäherungsgesten“ an die Bundesrepublik honoriert werden sollten. Daher empfiehlt er, den Vorschlag des Staatssekretärs im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Vialon, zu unterstützen, der eine „begrenzte Erweiterung“ des Slum Clearance Projects vorsehe.

- 252** 11.08. **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete** S. 1051

Ruete hält aus einem Gespräch mit Oberst i.G. Mehlen fest, daß das Bundesministerium der Verteidigung mit Kanada über eine Verlegung von zwei Fliegerstaffeln von Frankreich nach Lahr verhandele, wo zur Zeit noch französische Luftwaffeneinheiten stationiert seien. Die Frage könnte bereits anlässlich des bevorstehenden Besuchs des Bundesministers von Hassel am

16. August 1966 in Ottawa geklärt werden. Ruete stellt dazu fest, daß das Vorhaben vom militärischen Standpunkt aus die „zweckmäßigste Lösung“ sei; der Bundesregierung würden aber bei einer Aufforderung an Frankreich, den Flugplatz Lahr für die kanadischen Einheiten zu räumen, „politische Motive“ unterstellt werden. Ruete regt daher eine vorherige Prüfung an, ob die Belegung von Lahr durch französische Luftwaffeneinheiten auch unter den neuen Voraussetzungen noch im Interesse der Bundesrepublik sei. Falls Kanada auf den Flugplatz Wert lege, soll Hassel in Ottawa entsprechende Zusagen machen. Gleichzeitig solle er aber auf die Schwierigkeiten hinweisen, die entstehen könnten, wenn Frankreich gebeten werde, Lahr zu räumen.

- 253** 11.08. Botschaftsrat I. Klasse Sahn, Paris (NATO), an Ministerialdirigent Ruete S. 1054

Zur Überwindung der NATO-Krise schlägt Sahn eine Initiative der Bundesregierung vor, mit der auch politische Vorteile für die Bundesrepublik erzielt werden könnten. Da sich Frankreich und Großbritannien aus militärischen Verpflichtungen des revidierten WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954 lösen wollten, solle die Bundesregierung die Gelegenheit ergreifen, um den WEU-Vertrag durch Verringerung der „längst überholten Höchststärke“ der konventionellen Streitkräfte und durch die Aufhebung der Produktionsverbote und Herstellungsbeschränkungen von Rüstungsgütern zu ändern. Der Verzicht der Bundesrepublik auf die Produktion von atomaren, biologischen und chemischen Waffen solle aber aufrechterhalten werden. Um die zu erwartenden Widerstände zu überwinden, sei ein „spektakulärer Schritt auf dem atomaren Gebiet“ zu empfehlen, der den Friedenswillen der Bundesrepublik zum Ausdruck bringen könne. So sei etwa eine zeitlich begrenzte Verpflichtung zum Verzicht auf eine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen gegenüber den Verbündeten denkbar und könne mit Fortschritten auf dem Weg zur Wiedervereinigung verbunden werden.

- 254** 11.08. Ministerialdirigent Böker an Botschafter Sachs, Brüssel (EWG/EAG) S. 1058

Böker bittet Sachs, auf den von seinem algerischen Amtskollegen Bessaih ausgedrückten Wunsch nach Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen einzugehen und das Interesse der Bundesrepublik an einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu bekunden. Gleichzeitig solle er das Befremden der Bundesregierung angesichts algerischer Klagen über eine angeblich zu geringe Wirtschaftshilfe zum Ausdruck bringen, zumal die Bundesrepublik auch nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Algerien „positive Beweise“ der Freundschaft erbracht habe. Dagegen diene die algerische Politik gegenüber der DDR nicht dem Handel, sondern „der internationalen Aufwertung der SBZ“ und führe damit zu einer „Verhärtung der deutschen Spaltung“.

- 255** 12.08. Gespräch des Bundesministers Westrick mit dem vietnamesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Nguyen Huu Co S. 1061

Westrick verweist auf die humanitäre und technische Hilfe der Bundesrepublik für die Republik Vietnam (Südvietnam). Gleichzeitig schließt er militärischen Beistand mit Blick auf die „politische und geographische Lage“ der Bundesrepublik aus. General Co schätzt den Konflikt in Vietnam vor allem als „ideologischen Krieg“ ein, der militärisch nicht verloren werden könne. Die Hilfe der Bundesrepublik und der anderen „befreundenen Länder“ würdigt er als Beitrag zur Befriedung Vietnams. Die Ziele der südvietnamesischen Politik seien der militärische Sieg sowie die Durchsetzung sozialer Reformen und die Schaffung demokratischer Strukturen. Westrick sagt weitere Hilfe zu, die aber beschränkt sein werde. Co erwartet, daß der Krieg trotz der hohen Verluste der Vietkong andauern werde. Fortgesetzte Bombardierungen würden die nordvietnamesische Regierung aber schließlich zu Friedensverhandlungen zwingen.

- 256** 12.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete S. 1064

Ruete stellt fest, daß sich das Bundeskabinett am 4. August 1966 gegen eine weitere Note an die Tschechoslowakei in Fortführung der Note vom 25. März 1966 ausgesprochen habe. Statt dessen seien lediglich Gespräche zu führen. Dazu erläutert Ruete, daß die Tschechoslowakei einerseits eine formelle und öffentliche Verurteilung des Münchener Abkommens von 1938 durch die Bundesregierung erwarte. Andererseits könne die Tschechoslowakei nicht die von der Bundesrepublik angestrebte Gewaltverzichtserklärung ohne vorherige Konsultation mit ihren Verbündeten abgeben. Erstes Ziel der Sondierungen müsse es daher sein, der Tschechoslowakei den guten Willen zur Bereinigung der Differenzen seitens der Bundesrepublik zu demonstrieren. Der Schwerpunkt der Gespräche sollte auf die bilateralen Beziehungen gelegt werden. Ruete regt an, dazu zwei Beamte nach Prag zu entsenden und zuvor die Signatarstaaten des Münchener Abkommens sowie die USA zu informieren.

- 257** 12.08. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Gehlhoff S. 1067

Gehlhoff gibt ein Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit den CDU-Abgeordneten Martin und Haase wieder. Martin berichtet von seinen Unterredungen mit dem ehemaligen ägyptischen Botschafter in Bonn, Sabri, über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VAR. Haase legte dar, daß die Bundesregierung „keine gegen Nasser gerichtete Politik“ betreiben dürfe, zumal die VAR eine Schlüsselstellung in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten einnehme und auch die Gefahr einer Anerkennung der DDR durch die VAR drohe. Beide Abgeordneten befürworteten ein „konkretes Angebot an Kairo“, das Bundesminister Schröder etwa bei seinem Besuch vom 14. bis 17. Oktober 1966 in Athen aussprechen könne.

Lahr wies auf die Absicht der Bundesregierung hin, der Anregung einzelner arabischer Staaten zu folgen und eine einmalige Unterstützung für Palästina-Flüchtlinge bereitzustellen. Darüber hinaus erwäge die Bundesregierung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch eine Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe für die arabischen Staaten, die – dem Vorschlag von Martin folgend – ein Dreifaches der Israel gewährten Unterstützung ausmachen könnte. Dabei könne die VAR aber nicht bevorzugt behandelt werden, da die Bundesregierung Präsident Nasser „nicht als den Sprecher der arabischen Welt“ betrachte und sich in der Nahost-Politik nicht von ägyptischen, sondern nur von eigenen Interessen leiten lasse.

258 **12.08. Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens** **S. 1070**

Carstens bittet die Botschaften in Brüssel, Den Haag, Luxemburg und Rom, die Haltung der jeweiligen Regierungen gegenüber einer eventuellen Verminderung der britischen Truppen in der Bundesrepublik zu erkunden. Er führt aus, daß eine Reduzierung der Rheinarmee ein „zusätzliches Risiko an einer der gefährdetsten Stellen im NATO-Bereich“ bedeute. Gleichzeitig werde der Zusammenhalt der NATO-Staaten gefährdet und eine Lösung der NATO-Krise in Frage gestellt. Zudem wirke eine einseitige Abrüstung der sowjetischen Bereitschaft entgegen, einen eigenen Beitrag zur Entspannung zu leisten. Abschließend unterrichtet Carstens die Botschaften über den Stand der deutsch-britischen Devisenausgleichs-Verhandlungen. Der von Großbritannien geforderte volle Devisenausgleich von ca. einer Milliarde DM jährlich könne ohne die vom Kabinett abgelehnten Leistungen aus dem Bundeshaushalt nicht erfüllt werden. Die eingesetzte gemischte Kommission habe sich zwar noch nicht auf Lösungsvorschläge geeinigt; es herrsche aber der Eindruck vor, daß die britische Regierung das Verfahren für eine Verminderung der Streitkräfte in NATO und WEU nicht vor Abschluß dieser Beratungen einleiten wolle.

259 **12.08. Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt** **S. 1073**

Mirbach berichtet von einem Gespräch mit dem Staatssekretär im indischen Außenministerium. Jha zeigte sich besorgt über die Lieferung von 90 Kampfflugzeugen des Typs F-86 aus der Bundesrepublik an den Iran. Der größte Teil der Maschinen befände sich mittlerweile in Pakistan. Die iranische Erklärung, daß die Flugzeuge in Pakistan lediglich überholt würden, seien unglaublich. Angesichts der gespannten indisch-pakistanischen Beziehungen habe die Bundesrepublik zur Schaffung einer „explosiven Situation“ beigetragen. Aufgrund dieser Tatsache zeigte sich Jha „sehr verwirrt“ über die wiederholten Versicherungen von Mirbach, daß die Bundesrepublik keine Ausrüstungshilfe an Pakistan leiste. Abschließend empfiehlt Mirbach, die Militärattachés in Rawalpindi und Teheran mit der „gegenbeweislichen“ Aufklärung der Angelegenheit zu betrauen.

- 260** 16.08. Staatssekretär Carstens an die Bundesminister Dahlgrün und von Hassel S. 1076

Carstens faßt ein Gespräch mit dem britischen Botschafter zusammen. Roberts teilte die britische Absicht mit, den NATO- und den WEU-Rat am 18. August 1966 mit einer möglichen Reduzierung der Kosten für die Rheinarmee zu befassen. Es sollten Maßnahmen zur Diskussion gestellt werden, die sich zum einen auf den verstärkten Kauf britischer anstatt deutscher Produkte durch Angehörige der Rheinarmee sowie auf eine Senkung der Vorräte bezögen und zum anderen eine Verminderung der Kampfverbände vorsähen, falls die deutsch-britischen Devisenausgleichsverhandlungen scheitern sollten. Der Staatssekretär zeigte sich von diesem Vorgehen überrascht, weil die britische Regierung zunächst das Ergebnis der Verhandlungen der deutsch-britischen Gemischten Kommission abwarten wollen. Carstens bat abschließend um eine britische Absichtserklärung, wonach die Kampfkraft der Rheinarmee in vollem Umfang wiederhergestellt würde, „sobald die britische Zahlungsbilanz dies zuließe“.

- 261** 16.08. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken S. 1079

Oncken informiert über den Stand der innerdeutschen Kontakte. Er konstatiert ein Ansteigen der „Aggressivität“ der DDR, seitdem sie bei dem abgesagten Redneraustausch zwischen SPD und SED „psychologisches Terrain“ verloren habe. Am sichtbarsten trete der neue Kurs bei den Passierschein-Gesprächen hervor, die am 27. Juli 1966 vom Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, abgebrochen worden seien. Auch bei den Besprechungen zwischen Bundesbahn und Reichsbahn verfolge die DDR eine „unnachgiebige Linie“. Der Anspruch der DDR, daß die Demarkationslinie in der Strommitte und nicht am östlichen Ufer der Elbe verlaufe, führe zu weiteren Schwierigkeiten, da nunmehr auch die DDR Peilungen auf dem Fluß angekündigt habe. Um eigene Peilungen sicher durchführen zu können, habe die Bundesregierung mit der britischen Botschaft daraufhin vereinbart, daß ein Offizier des British Frontier Service an Bord der Peilboote „auf der ganzen Elbbreite mitfahren wird“. Schließlich halte die DDR auch die Sperre für Vieh- und Fleischtransporte nach wie vor aufrecht, obwohl die Maul- und Klauenseuche in der Bundesrepublik inzwischen abgeklungen sei. Die in diesem Zusammenhang von der DDR geforderten Gespräche auf Regierungsebene würden von der Bundesrepublik abgelehnt.

- 262** 17.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl S. 1082

Diehl erörtert die sich im Atlantischen Bündnis vollziehenden Veränderungen. Langfristig rechnet er mit einer Verringerung der amerikanischen Truppen in Europa bis auf eine „symbolische Präsenz“ und im Verteidigungsfall mit einer Verzögerung des Einsatzes von Atomwaffen. Dadurch würden die Grundlagen der Vorwärtsverteidigung und Abschreckung „beeinträch-

tigt, wenn nicht aufgelöst“. Ein geographisch begrenzter Atomkrieg würde denkbar. Vor diesem Hintergrund schlägt Diehl einen Dialog mit den USA vor mit dem Ziel, Einfluß auf die amerikanische Willensbildung zu nehmen. So könnte sich die Bundesrepublik bereiterklären, einen durch den Vietnam-Krieg bedingten amerikanischen Truppenabzug zu akzeptieren. Die von den USA vorgesehene Umrüstung der Kampfflugzeuge vom Typ F 104-G ("Starfighter") von atomarer auf konventionelle Bewaffnung müsse dagegen in Frage gestellt werden; ebenso sei eine Verkürzung der Laufzeit des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens zu erwägen. Die zu erwartende Schwächung der NATO in Europa solle durch präzisierte Schutzgarantien und eine verstärkte Beistandsverpflichtung ausgeglichen werden. Falls die USA einen Dialog ablehnen sollten, empfiehlt Diehl eine Überprüfung der eigenen Verteidigungspolitik. Diese müßte sich stärker auf Europa konzentrieren und könnte je nach Interessenlage der einzelnen Staaten zum Abschluß von bi- oder multilateralen Abkommen innerhalb des NATO-Bündnisses führen.

- 263** 18.08. Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 1090

Knoke berichtet von einem Gespräch mit einem Mitarbeiter im niederländischen Außenministerium. Van der Valk wies auf die Möglichkeit hin, daß das Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte Europa-Mitte (AFCENT) in den Niederlanden untergebracht werden könnte, zumal eine Verlegung in die Bundesrepublik als eine „zu starke Gewichtsverlagerung der NATO nach Deutschland“ betrachtet werde. Knoke äußerte die Vermutung, daß die Bundesregierung angesichts der „von Pankow“ entfachten und nicht nur von „kommunistischen und linkssozialistisch-pazifistischen Kreisen, sondern auch in Presseorganen der Regierungsparteien“ aufgenommenen Kampagne gegen den Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa-Mitte, Graf von Kielmansegg, Bedenken gegen eine Verlagerung von AFCENT in die Niederlande erheben könnte.

- 264** 19.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 1092

Böker bilanziert das Verhältnis zu den arabischen Staaten. Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen habe sich die Position der Bundesrepublik im Vergleich zur DDR zunehmend verschlechtert. Vor allem Präsident Nasser blockiere eine Normalisierung. Um diese Entwicklung aufzuhalten und eine Wiederaufnahme der Beziehungen zu erreichen, schlägt Böker unter Hinweis auf entsprechende Empfehlungen der „noch wohlgesonnenen“ arabischen Staaten eine einmalige zusätzliche Zahlung in Höhe von mindestens 50 Mio. DM an Palästina-Flüchtlinge vor. Das Geld, das über die UNRWA zu verteilen sein würde, gäbe den arabischen Staaten die Möglichkeit, ohne Gesichtsverlust die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu betreiben. Vor dem Hintergrund eines wachsenden Einflusses von „progressiven“ arabischen Staaten regt Böker eine baldige Kabinettsentscheidung an.

- 265** 22.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg S. 1095

Hardenberg gibt einen Überblick über die deutsch-britischen Devisenausgleichs-Verhandlungen. Da Großbritannien ein eigenes „außenpolitisches und verteidigungspolitisches Interesse“ an der Rheinarmee habe, sei ein voller Devisenausgleich nicht gerechtfertigt. Die Position der Bundesregierung werde allerdings durch den vollständigen Devisenausgleich für die amerikanischen Truppen geschwächt. Hardenberg stellt fest, daß die angebotene Summe von 300 Mio. DM angesichts der britischen Forderung von einer Milliarde DM unzureichend sei. Eine zusätzliche Haushaltszahlung von 200 Mio. DM sei daher wünschenswert. Da Zahlungen aus dem Haushalt überdies im Gegensatz zu Rüstungskäufen mit dem Faktor zwei zu multiplizieren seien, erhöhe sich das Angebot der Bundesregierung auf 700 Mio. DM. Gleichzeitig seien Kürzungen bei der Rheinarmee um 100 Mio. DM möglich, ohne die militärische Effizienz zu vermindern, so daß die britischen Devisenkosten bis auf 200 Mio. DM gedeckt werden könnten. Die Abdeckung dieser Differenz könne Großbritannien zugemutet werden.

- 266** 24.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1098

Carstens faßt die Diskussion im Bundesverteidigungsrat über den Verteidigungshaushalt zusammen. Bundesminister von Hassel wies darauf hin, daß bei der von Bundesminister Dahlgrün geforderten Unterschreitung des Titels in Höhe von 19,8 Mrd. DM das Konzept der Vorwärtsverteidigung gefährdet sei. Er führte weiter aus, daß die amerikanische Regierung nach 1970 große Truppenverbände von Europa in die USA zurückverlegen werde, da die dann im Einsatz befindlichen Großflugzeuge im Verteidigungsfall einen schnellen Transport nach Europa gewährleisten könnten. Carstens unterstützte die Forderung von Hassel und verwies auf die anhaltende Bedrohung durch die UdSSR. Zwar glaube er nicht an einen plötzlichen militärischen Angriff der UdSSR, aber es sei denkbar, daß die sowjetische Regierung in ultimativer Form die Aufgabe der deutschlandpolitischen Positionen der Bundesrepublik verlange. Die Bundesrepublik müsse deshalb bei den Verteidigungsanstrengungen innerhalb der NATO vorangehen und dafür einen höheren Prozentsatz des Bruttosozialprodukts aufwenden, nicht zuletzt um bereits eingegangenen Verpflichtungen zu entsprechen.

- 267** 24.08. Botschafter Schnippenkötter an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris S. 1102

Schnippenkötter informiert über die Entscheidung der USA, das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa (EUCOM) von Camp des Loges bei St. Germain nach Stuttgart zu verlegen. Die Bundesregierung erkläre dazu zwar ihr Einverständnis, bestehe aber auf einer ausdrücklichen deutschen Zustimmung, während nach amerikanischer Auffassung die Verlegung durch Artikel 1 des Aufenthaltsvertrags von 1954

gedeckt und eine weitere Vereinbarung nicht erforderlich sei. Der Botschafter geht davon aus, daß die USA keinen Devisenausgleich für die Verlegung verlangen würden.

268 25.08. **Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** **S. 1105**

Carstens berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter über die bevorstehende Reise des Bundeskanzlers Erhard in die USA. McGhee erläuterte die durch den Vietnam-Krieg und die Rassenunruhen bedingten innenpolitischen Schwierigkeiten des Präsidenten Johnson. Beide Gesprächspartner äußerten sich zufrieden, daß sich für die NATO-Einrichtungen – mit Ausnahme des Sitzes des NATO-Rates – eine Lösung abzeichne. Um Klarheit über die Haltung Frankreichs hinsichtlich der Stationierung der französischen Truppen in der Bundesrepublik zu erhalten, befürwortete Carstens ebenso wie McGhee die Einberufung einer zusätzlichen NATO-Ministerratstagung. Zum deutsch-amerikanischen Devisenausgleich bemerkte McGhee, daß dieser beim Besuch von Erhard „eine sehr große Rolle“ spielen werde. Der Botschafter verwies weiter auf das große amerikanische Interesse an einer „fortschreitenden Verbesserung“ des Verhältnisses der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten. Zum Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht erklärte McGhee, daß die Haltung der amerikanischen Regierung inzwischen „wenig enthusiastisch“ sei, zumal sich Großbritannien „unmißverständlich“ gegen das Projekt ausgesprochen habe. Zu einer möglichen Reduzierung amerikanischer logistischer Verbände in der Bundesrepublik bat Carstens um eine „vollständige“ Übermittlung der amerikanischen Pläne.

269 29./30.08. **Deutsch-norwegische Regierungsbesprechungen in Oslo** **S. 1110**

Die Gesprächspartner erörtern die Situation in der NATO. Bundeskanzler Erhard erklärt, daß die Verhandlungen der Vierzehn mit Frankreich Vorrang vor den deutsch-französischen Gesprächen über die Stationierung der französischen Truppen in der Bundesrepublik hätten. Der norwegische Außenminister Lyng weist auf die Notwendigkeit einer „effektiven Verteidigungszusammenarbeit“ der Vierzehn hin; gleichzeitig müsse die Kooperation mit Frankreich sichergestellt werden. Lyng spricht sich zwar gegen eine Weitergabe von Kernwaffen aus, zeigt aber Verständnis für den Wunsch der Bundesrepublik, „Ansprüche auf Mitwirkung bei der Verwendung von Atomwaffen“ zu erheben. Erhard betont die Notwendigkeit einer „Festigung der NATO“ mit dem Hinweis, der Zweite Weltkrieg „wäre nicht gekommen, wenn 1939 eine NATO existiert hätte“. Zur Politik der Bundesrepublik gegenüber den osteuropäischen Staaten erklärt Bundesminister Schröder, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ungarn, Rumänien und Bulgarien möglich sei, doch sei zu befürchten, daß dieser Schritt von der DDR ausgenützt würde. Der norwegische Wirtschaftsminister Willoch begrüßt den Wunsch von Erhard nach einer „Vereinigung von EWG und

EFTA“. Die Gesprächspartner sind sich jedoch einig, daß der französischen Haltung gegenüber einem möglichen EWG-Beitritt Großbritanniens entscheidende Bedeutung zukomme.

- 270** 01.09. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter S. 1124

Schnippenkötter nimmt zum Schreiben des amerikanischen Präsidenten vom 25. August 1966 an Bundeskanzler Erhard Stellung. Der von Johnson unterbreitete Vorschlag zur Aufnahme deutsch-britisch-amerikanischer Verhandlungen über die Streitkräfteplanung und den Devisenausgleich würde die Bundesrepublik „dem vereinten Druck“ der USA und Großbritanniens zu größeren Leistungen in der Offset-Frage aussetzen, während bei bilateralen Verhandlungen von einer „relativ stärkeren“ deutschen Position auszugehen sei. Schnippenkötter weist darauf hin, daß das Prinzip der Vorwärtsverteidigung durch die beabsichtigten britischen Truppenvermindierungen sowie durch den Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO und „gewisse langfristige amerikanische Tendenzen“ gefährdet werde. Er regt die Entwicklung eigener Vorstellungen über eine „noch akzeptable Neugestaltung der Verteidigung Zentraleuropas“ an, ohne jedoch von der Perspektive des Devisenausgleichs auszugehen. In einem Antwortschreiben solle Erhard die Erörterung des Vorschlags während des bevorstehenden Besuchs in Washington am 25./26. September 1966 in Aussicht stellen. Darüber hinaus sei das Ergebnis der deutsch-britischen Verhandlungen über den Devisenausgleich abzuwarten.

- 271** 02.09. Deutsch-schwedische Regierungsbesprechung in Stockholm S. 1127

Ministerpräsident Erlander erläutert die Grundzüge der schwedischen Außenpolitik: Der Vietnam-Krieg wirke sich zusammen mit der südafrikanischen Apartheid-Politik „negativ auf die Stellung der weißen Rasse in der Welt“ aus. Die Arbeit in der UNO entwickle sich zunehmend zum Hauptfaktor der schwedischen Außenpolitik. Schließlich bestehe an engen Beziehungen zwischen EWG und EFTA Interesse. Bundeskanzler Erhard erhebt Bedenken gegen eine „Verdünnung“ von Kernwaffen in Mitteleuropa, da die Bundesrepublik von 900 in Weißrußland stationierten Mittelstreckenraketen bedroht werde. Mit Blick auf die Bedeutung der USA für die Sicherheit der Bundesrepublik und von Berlin (West) verweist er ferner auf die abweichende Haltung der Bundesregierung zum Vietnam-Krieg. Er betont die Bereitschaft zum Dialog mit den osteuropäischen Staaten in Anknüpfung an die Note vom 25. März 1966; allerdings werde die Bundesrepublik das „auf Bajonette gestützte SBZ-Regime niemals anerkennen“. EWG und EFTA sollten multilaterale Verhandlungen mit dem Ziel der Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone führen, um eine drohende wirtschaftliche Spaltung Europas zu vermeiden. Außenminister Nilsson erörtert schließlich die schwedische Abrüstungs- und Sicherheitspolitik. Die politische Entspannung in

Europa sei Voraussetzung für eine Lösung der Deutschland-Frage. Bundesminister Schröder äußert sich zustimmend zum Vorschlag für ein Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und weist auf die entscheidende Bedeutung der Frage hin, ob Kernwaffen ohne Zustimmung der Bundesregierung von deutschem Boden aus eingesetzt werden könnten.

- 272 02.09. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das S. 1140
 Auswärtige Amt

Lilienfeld teilt mit, daß Präsident Johnson in einer Rede am 26. August 1966 in Idaho Falls das Interesse der USA an einem Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen bekräftigt und sich optimistisch über die Möglichkeit einer Einigung mit der UdSSR geäußert habe. Damit werde der Eindruck bestätigt, daß der amerikanische Präsident die Beziehungen zur UdSSR ungeachtet des Vietnam-Krieges verbessern wolle und die Entspannungspolitik mit Blick auf die bevorstehenden Kongreßwahlen am 8. November 1966 als Wahlkampfthema betrachte. Es sei möglich, daß die amerikanische Regierung eine neue Kompromißformel ausarbeite, die sich an den britischen Vorschlag vom Juni 1965 anlehnen und das strittige Problem der nuklearen Teilhabe ganz ausklammern könnte. Dem bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 26./27. September 1966 in Washington komme daher große Bedeutung zu. Zwar fühle sich Johnson immer noch an seine mit Erhard getroffene Absprache vom Dezember 1965 gebunden, wonach die USA auf der Grundlage des deutschen Vorschlags für eine Gemeinsame Nukleare Streitmacht (GNS) verhandeln wollten; es sei aber schwierig, auf Formulierungen noch Einfluß zu nehmen, die nach langen internen Auseinandersetzungen bereits vom Präsidenten genehmigt seien.

- 273 05.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Wickert, z. Z. S. 1144
 Bukarest, an das Auswärtige Amt

Wickert berichtet über Einzelheiten der Gespräche des Bundesministers Schmücker mit dem rumänischen Außenhandelsminister Cioara und mit Außenminister Manescu. Schmücker und Cioara zeigten sich zufrieden über Stand und Entwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen. Gegenüber Manescu erläuterte Schmücker die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966. Dabei stimmte er der Ansicht des rumänischen Außenministers zu, daß sich die internationalen Beziehungen nur dann fruchtbar entwickeln könnten, „wenn jeder Herr im eigenen Hause sei“. Manescu nahm die Einladung zu einem Besuch in die Bundesrepublik an und äußerte den Wunsch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik. Hinsichtlich der Familienzusammenführung betonte Manescu, daß die rumänische Regierung diesem Problem „nicht negativ“ gegenüber stehe.

- 274** 06.09. Botschafter Nagel, Mogadischu, an das Auswärtige Amt S. 1147

Nagel informiert über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im somalischen Außenministerium, Nur. Dieser wies darauf hin, daß die somalische Regierung zögere, sich während der kommenden UNO-Generalversammlung für die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik einzusetzen, da Bundeskanzler Erhard noch nicht auf die Note vom 27. Juni 1966 über den Anspruch auf Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker auch für Somalia geantwortet habe. Nagel führt die „Enttäuschung und Verstimmung“ in Somalia auf die Ablehnung der Bundesregierung zurück, das von der Bundesrepublik beanspruchte Selbstbestimmungsrecht auch dem somalischen Volk zuzugestehen. Ferner werde Somalia insbesondere von der UdSSR gedrängt, die internationale Aufwertung der DDR zu unterstützen. Da die Bundesrepublik mit Rücksicht auf Kenia und Äthiopien den somalischen Wünschen nicht voll gerecht werde, müsse sie sich damit zufrieden geben, wenn Somalia die Errichtung eines Konsulats der DDR in Mogadischu zwar nicht zulasse, sich andererseits aber bei Abstimmungen über den Antrag der DDR auf Mitgliedschaft in der UNO der Stimme enthalten werde.

- 275** 07.09. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1150

Schröder und McGhee erörtern den Vorschlag des Präsidenten Johnson zu Verhandlungen zwischen den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik über den Devisenausgleich. Schröder bezweifelt den „strategisch-ideologisch-politisch-publizistisch-psychologischen Sinn solcher Dreierverhandlungen“, da die bilateralen Gespräche mit Großbritannien noch nicht weit genug fortgeschritten seien und Bundeskanzler Erhard sich auf den Besuch am 26./27. September 1966 in Washington vorbereite. McGhee gibt zu bedenken, daß die britische Regierung „voreilige Schritte“ unternehmen und Kampftruppen aus der Bundesrepublik abziehen könnte. Mit Blick auf die Wirtschafts- und Haushaltslage der Bundesrepublik weist Schröder auf die Schwierigkeiten hin, die mit dem offensichtlichen Ziel der Dreier-Verhandlungen verbunden seien, „ein Höchstmaß an Geld für den Devisenausgleich zu erhalten“. Er bekräftigt den Wunsch der Bundesrepublik, auch den Kauf von zivilen Gütern in den Devisenausgleich mit den USA einzubeziehen. Dabei sei auch die für die USA positive Zahlungs- und Handelsbilanz zu berücksichtigen.

- 276** 07.09. Bundesminister Schröder an den italienischen Außenminister Fanfani S. 1158

Schröder stellt eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Vorschlag des italienischen Außenministers vom 29. Juli 1965 zur Nichtverbreitung von Kernwaffen und den Überlegungen fest, die in der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 zum Ausdruck gebracht wurden. Da die Verhandlungen der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf stagnierten,

wolle die Bundesregierung ihre Vorstellungen präzisieren und die nichtnuklearen Staaten der NATO und des Warschauer Pakts in getrennten Noten auffordern, in einseitigen Erklärungen gegenüber den Partnern ihres Bündnisses auf die Herstellung von Kernwaffen zu verzichten und sich einer entsprechenden Kontrolle zu unterwerfen. Dies solle „in einem gemeinsamen Akt des jeweiligen Bündnisses“ festgehalten werden. Da auf diese Weise keine völkerrechtlichen Vereinbarungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts entstünden, würden sich auch hinsichtlich der DDR „keine Anerkennungsprobleme stellen“. Darüber hinaus wolle die Bundesregierung den Forderungen der blockfreien nichtnuklearen Staaten nach Begrenzung oder Verminderung der bereits vorhandenen Nuklearrüstung entgegenkommen und ein Herstellungsmoratorium vorschlagen.

- 277 07.09. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter S. 1161

Schnippenkötter vermerkt, daß die USA in der Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen „nicht zuletzt aus innen- und wahlpolitischen Gründen“ einen Ausgleich mit der UdSSR suchten. Die Hoffnung auf eine Einigung beruhe auf der Erwartung, daß die UdSSR eine Konsultativlösung bei der Frage der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO akzeptieren könnte. Unterstützt von Großbritannien, Belgien, Norwegen und Dänemark, sei die niederländische Regierung bestrebt, innerhalb der NATO auf einen Kompromiß hinzuarbeiten. Dazu erklärt der Botschafter, daß ein entsprechender Vertrag nicht das „Recht auf kollektive Selbstverteidigung im Nuklearbereich“ einschränken dürfe; andernfalls müsse die Bundesrepublik den Beitritt zu einem Nichtverbreitungsabkommen ablehnen. Da die Bundesregierung in diesem Fall unter Druck und in die „Gefahr der Isolierung“ geraten könnte, dürfe sie keinen Zweifel an ihrem Verzicht auf Herstellung von Kernwaffen aufkommen lassen. Zudem solle sie in Anknüpfung an die Note vom 25. März 1966 den nichtnuklearen Staaten des Warschauer Pakts und der NATO den gleichen Verzicht vorschlagen.

- 278 07.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Strätling, Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 1165

Strätling berichtet über das vom diplomatischen Korps in Bukarest als „Sensation“ empfundene Gespräch des Bundesministers Schmücker mit dem Generalsekretär des ZK der KPR. Ceausescu erklärte, daß die bilateralen Beziehungen auf der Grundlage des rumänischen Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes weiter ausgebaut werden könnten. Voraussetzung sei, daß die Bundesrepublik „auf gewisse Dogmen“ verzichte und „gewisse Realitäten“ anerkenne. Die Lösung der Deutschland-Frage müsse „den Deutschen überlassen“ bleiben. Meinungsunterschiede zwischen Rumänien und der Bundesrepublik konstatierte Ceausescu hinsichtlich der nuklearen Teilhabe, der Stationierung

amerikanischer Truppen in Europa und der Frage von Militärbasen. Schmücker schloß mit dem Hinweis, daß die Politik der Bundesregierung gegenüber Rumänien nur ein Anfang sei. Ziel sei die Normalisierung der Beziehungen mit allen ost- und südosteuropäischen Staaten.

- 279 08.09. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Staatssekretär Carstens S. 1169

Lilienfeld informiert über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Nach Ansicht von Ball verkenne die Bundesregierung die Dringlichkeit, mit der die Frage des Verbleibs der Rheinarmee geregelt werden müsse. Großbritannien sei ungeachtet der Verhandlungen der deutsch-britischen Gemischten Kommission zu Truppenvermindierungen entschlossen, falls keine befriedigende finanzpolitische Lösung gefunden werden könne. Die USA wollten nicht möglichst hohe Devisenausgleichszahlungen für sich und Großbritannien „herausholen“; ebensowenig solle die Bundesrepublik „von den Angelsachsen vor ein *fait accompli*“ gestellt werden. Die von den USA vorgeschlagenen gemeinsamen Gespräche sollten den Devisenausgleich vielmehr auf eine neue Basis stellen und alle finanzpolitischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Truppenfrage und anderen militärpolitischen Problemen behandeln. Auf Rückfrage erklärte Ball, daß die Dreier-Verhandlungen ein unauffälliges Forum bieten könnten, auch die Frage des „nuclear sharing“ – und zwar unter dem Aspekt der „hardware“ – zu behandeln.

- 280 09.09. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1172

Erhard erklärt, daß das bis zum 30. Juni 1967 laufende deutsch-amerikanische Devisenausgleichsabkommen nicht vollständig erfüllt werden könne; es müsse von einer gewissen Ausdehnung des zeitlichen Ablaufs ausgegangen werden. McGhee erwidert, diese Mitteilung komme „für Amerika wie ein Schock“, da bislang von der termingerechten Erfüllung des Abkommens ausgegangen worden sei. Mit Blick auf die Stationierung amerikanischer Soldaten in der Bundesrepublik warnt Erhard davor, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könnte, als ob es um „Soldaten gegen Kasse“ gehe. Dagegen sieht McGhee die Notwendigkeit einer „gewissen Verbindung“ zwischen den beiden Fragen, weil die Truppenstationierung von der amerikanischen Devisenlage abhängen. Erhard schlägt vor, daß beim Devisenausgleich die für die USA positive Zahlungsbilanz und – ähnlich wie beim deutsch-britischen Devisenausgleich – auch andere, nicht der Rüstung zuzuordnende Bereiche berücksichtigt werden sollten. McGhee erkundigt sich dann nach der Haltung des Bundeskanzlers zum Vorschlag des Präsidenten Johnson, gemeinsame Verhandlungen zwischen den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik aufzunehmen. Erhard hält dies für verfrüht, da die deutsch-britische Gemischte Kommission erst am 13. Oktober

1966 ihren Abschlußbericht vorlegen werde und er selbst „jetzt jede Minute“ mit der Vorbereitung seines Gesprächs mit Johnson beschäftigt sei.

- 281 09.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1177

Ruete erörtert die Anregung des Senats von Berlin, die Verwandtenbesuche von Berlin (West) nach Ost-Berlin auch auf die übrige DDR auszudehnen. Bereits am 23. Mai 1966 habe das Auswärtige Amt die Drei Mächte gebeten, einen entsprechenden Vorstoß beim sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin zu unternehmen, um Mißverständnissen bezüglich eines Tätigwerdens des Berliner Senats in solchen Angelegenheiten vorzubeugen, die über den innerstädtischen Bereich hinausgreifen. Nachdem ein Treffen des britischen Botschafters Roberts mit Abrassimow nicht stattgefunden habe, sei nun am 17. September 1966 ein Gespräch des amerikanischen Botschafters mit Abrassimow vorgesehen. Ruete empfiehlt, daß McGhee dabei auch auf die im Sommer 1966 gescheiterten Passierschein-Gespräche hinweisen solle. Es sei wichtig, daß sich die Westmächte auch gegenüber der UdSSR für die Wiederherstellung wenigstens einer „begrenzten Freizügigkeit innerhalb Berlins“ einsetzen.

- 282 13.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1179

Ruete notiert, daß Großbritannien dem vorbereiteten Planungspapier der Washingtoner Botschaftergruppe mit einigen Modifizierungen zugestimmt habe. Damit sei nach vierjährigen Verhandlungen eine Einigung über Gegenmaßnahmen für den Fall möglich, daß die DDR einen Paß- und Sichtvermerkszwang im Berlin-Verkehr einführen könnte. Dies schließe die letzte Planungslücke der westlichen Eventualfallplanung für Berlin. Ruete hebt hervor, daß aufgrund britischer Einwände zwar keine konkreten Gegenmaßnahmen festgelegt werden konnten; dafür sei aber eine gemeinsame Beurteilungsgrundlage der Drei Mächte und der Bundesrepublik geschaffen worden. Zudem biete das Kompromißpapier eine Reihe möglicher Gegenmaßnahmen, um im Ernstfall rasche Regierungsentscheidungen herbeizuführen.

- 283 13.09. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Staatssekretär Carstens S. 1182

Lilienfeld berichtet über „Gerüchte“ aus dem amerikanischen Außenministerium: Demnach wolle Bundeskanzler Erhard wegen ernster Schwierigkeiten bei der Erfüllung sowohl des laufenden als auch des neuen Devisenausgleichsabkommens ab dem 1. Juli 1967 während seines Washington-Besuchs Präsident Johnson Vorschläge zur Streckung der Zahlungen unterbreiten. Der stellvertretende Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Bator, bat um eine „Vorunterrichtung“ über die Absichten des Bundeskanzlers, da Präsident Johnson andernfalls „voraussichtlich außerstande sein würde zu reagieren“.

285 13.09. Drahterlaß des Ministerialdirektors Ruete S. 1186

286 14.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1190

CXXIV

arbeitung aber in der vorliegenden Fassung unbefriedigend sei, rät Ruete von einer Verwendung durch die Auslandsvertretungen ab.

287 **14.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete** **S. 1192**

Ruete erörtert die Auswirkungen möglicher ausländischer Truppenreduzierungen in der Bundesrepublik auf die Verteidigungsplanung der NATO. Er stellt fest, daß sich die amerikanische Regierung langfristig dem innenpolitischen Druck nach beträchtlichen Truppenverminderungen kaum entziehen könne. Das damit verbundene sicherheitspolitische Risiko wolle sie durch die Schaffung einer strategischen Reserve in den USA auffangen. Angesichts der größeren Mobilität der amerikanischen Streitkräfte und einer angenommenen Vorwarnzeit vor einem gegnerischen Angriff von ca. 15 Tagen sei dies auch möglich, ohne die Strategie der „flexible response“ zu gefährden. Die Bundesrepublik solle sich also „nicht um jeden Preis“ einer unvermeidlichen Entwicklung entgegenstellen, sondern vielmehr eine verbesserte Konsultation innerhalb der westlichen Allianz anstreben. Gleichzeitig müsse gewährleistet sein, daß die von den USA verfolgte Truppenverminderung im Sinne eines „quid pro quo“ nicht zu einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung führe, die eine Festigung des Status quo in Europa zum Ziel habe. Dabei sei zu bedenken, daß die „Autorität des Zonenregimes“ noch mit 10 oder 15 sowjetischen Divisionen in der DDR gesichert werden könne und eine entsprechende Reduzierung keinen wesentlichen militärischen und politischen Vorteil für den Westen darstelle, weil die UdSSR jederzeit in der Lage sei, Verstärkungen heranzuführen. Da die Realisierung einer Gemeinsamen Nuklearen Streitmacht (GNS) kaum noch zu erwarten sei, schlägt Ruete eine Stärkung von SACEUR vor, indem die USA und Großbritannien weiteres strategisches Potential zur Verfügung stellen würden.

288 **14.09. Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg an die Botschaft in Tel Aviv** **S. 1206**

Meyer-Lindenberg begründet die abwartende Haltung der Bundesrepublik hinsichtlich der israelischen Bemühungen um eine Assoziierung mit der EWG. Er stellt fest, daß bei der Beurteilung des Antrags geographische Kriterien angewandt werden müßten. Andernfalls würde ein Präzedenzfall geschaffen, auf den sich auch europäisch geprägte Staaten wie Neuseeland oder Südafrika berufen könnten. Darüber hinaus könnte ein aktives Eintreten der Bundesrepublik für eine Assoziierung das Verhältnis zu den arabischen Staaten weiter belasten und die Aussichten auf eine Normalisierung verschlechtern. Schließlich garantiere die Unterstützung des Antrags noch nicht das von der Bundesrepublik gewünschte stärkere Engagement Israels in der Deutschland-Frage.

- 289** 15.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1208

Ruete stellt fest, daß eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien dem in der Entschließung des Bundestags vom 14. Juni 1961 ausgedrückten Wunsch entspreche, das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten zu normalisieren. Die Bundesrepublik benötige eine „aktive Ostpolitik“, um die Deutschland-Frage auch in den Ostblock-Staaten zu vertreten. Sonst drohe die Gefahr der politischen Isolierung und ein Verlust an Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Entspannungsbemühungen der Bundesrepublik. Die Zeit für einen Botschafteraustausch sei günstig, da Rumänien keine Bedingungen daran knüpfe. Auch die Risiken, die mit einem solchen Schritt verbunden seien, könnten „in tragbaren Grenzen“ gehalten werden, wenn die Bundesrepublik überzeugend darlegen könnte, daß weder der Alleinvertretungsanspruch noch die Hallstein-Doktrin aufgegeben würden. Diplomatische Aktionen vor allem in den afro-asiatischen Staaten müßten die Entschlossenheit der Bundesregierung vermitteln, daß eine „Aufwertung Pankows nach wie vor ernste Folgen“ haben würde.

- 290** 15.09. Generalkonsul Kempff, Helsinki, an das Auswärtige Amt S. 1214

Kempff teilt mit, daß die finnische Regierung durch einen Botschafteraustausch zwischen der Bundesrepublik und Rumänien „vor ernste Entscheidungen“ gestellt würde. Die sowjetische Regierung werde dann versuchen, an der „weichsten Stelle im nichtkommunistischen Europa“ eine Anerkennung der DDR zu erreichen. Vor diesem Hintergrund bittet Kempff bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien um eine Sprachregelung, mit der er der finnischen Regierung „überzeugende Argumente zur Abwehr des zu erwartenden sowjetischen Drucks“ liefern könnte. In Finnland müsse mit Unverständnis gerechnet werden, wenn den Ostblock-Staaten wegen ihrer diplomatischen Beziehungen zur DDR „mildernde Umstände“ zugestanden würden, und zwar ohne Berücksichtigung der spezifischen finnischen Situation.

- 291** 15.09. Botschafter Schnippenkötter, z.Z. Paris, an Staatssekretär Carstens S. 1216

Schnippenkötter übermittelt Informationen aus einem Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium. Barber bemerkte, daß beim bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 26./27. September 1966 in Washington die Fragen Nichtverbreitung von Kernwaffen und Truppenreduzierung im Vordergrund stehen würden. Bei der Nichtverbreitung benötige Präsident Johnson aus innenpolitischen Gründen dringend einen Erfolg. Er würde Erhard „um den Hals fallen“ und ihm „jede Zusage über Mitbestimmung“ bei der nuklearen Planung für den Krisenfall machen, wenn die Bundesregierung im gemeinsamen Kommuniké ihr Einverständnis zur Schaffung eines nuklearen Gremiums für die NATO nach amerikanischen Vorstellungen geben

würde. Auch in der Truppenfrage stehe der Präsident unter starkem Druck, doch dürfe der Devisenausgleich nicht überschätzt werden, da er von Verteidigungsminister McNamara taktisch benutzt werde, um die Diskussion über die Truppenfrage „intern in Bewegung“ zu bringen. Barber berichtete weiter von amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa. Dabei habe die UdSSR zu verstehen gegeben, „daß es in der Zone keine Unruhen geben dürfe und daß Amerika die Situation mit garantieren müsse“. Barber schloß mit dem Hinweis, daß die Gespräche in Washington auf jeden Fall positive Ergebnisse erbringen müßten. Andernfalls stehe „der Begegnung ein geradezu tragischer Ausgang bevor“.

- 292** 19.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1219
Bassler

Bassler faßt die Ergebnisse eines Gesprächs des Staatssekretärs Lahr mit dem pakistanischen Industrieminister und Sonderbeauftragten für Verteidigung zusammen. Faruque erläuterte eine pakistanisch-iranische Vereinbarung, derzufolge Flugzeuge aus Beständen der Bundeswehr über den Iran nach Pakistan geliefert würden. Zur Vermeidung „unnötiger Schwierigkeiten“ bat er um eine direkte Lieferung der Flugzeuge von der Bundesrepublik nach Pakistan. Lahr zeigte sich von dieser Mitteilung überrascht, da die Bundesregierung bislang auf die iranischen Zusicherungen vertraut habe, daß die Flugzeuge nicht an dritte Staaten weitergeliefert würden. Die Bundesrepublik verfolge nämlich den Grundsatz, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Hinsichtlich des geplanten Stahlwerks bei Karachi zeigte sich Faruque enttäuscht, daß die deutschen Experten, die die Errichtung des Stahlwerks unterstützen sollten, immer noch nicht nach Pakistan abgereist seien, obwohl das Projekt „von entscheidender Wichtigkeit“ sei. Pakistan erwarte für die Bauzeit von fünf Jahren eine jährliche Beteiligung der Bundesrepublik von ca. 120 Millionen DM.

- 293** 19.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1223

Ruete empfiehlt, daß Staatssekretär Lahr bei seinem bevorstehenden Aufenthalt in Bulgarien den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen in Anknüpfung an die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 erläutern möge. Zum einen sei es „günstig zu bewerten“, daß Bulgarien, wie auch Rumänien und Ungarn, auf eine offizielle Beantwortung der Note verzichtet habe, um nicht auf die „Solidarität mit den sozialistischen Ländern Rücksicht nehmen zu müssen“. Zum anderen habe Rumänien wiederholt Interesse an bilateralen Gesprächen der Bundesrepublik auch mit anderen Ostblock-Staaten angedeutet. Schließlich gäbe es – im Gegensatz zum Verhältnis zu Polen und der Tschechoslowakei – zwischen der Bundesrepublik und den genannten drei Ostblock-Staaten „keinen spezifischen Konfliktstoff“.

- 294** 19.09. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das S. 1226
Auswärtige Amt

Lilienfeld erörtert mit Blick auf den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers Erhard am 26./27. September 1966 in Washington den Devisenausgleich und die Frage der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik. Der innenpolitische Druck zugunsten einer Truppenreduzierung versetze die amerikanische Regierung in ein Dilemma. Zwar strebe Verteidigungsminister McNamara eine Reduzierung zugunsten einer strategischen Reserve in den USA an, die innerhalb kurzer Zeit weltweit an Krisenherde verlegt werden könne; aber diese Überlegungen könnten erst ab 1970 umgesetzt werden. Das Konzept verbinde den Gedanken der Vorwärtsverteidigung mit der Strategie der „flexible response“: Ein nuklearer Krieg solle erst dann geführt werden, wenn eine Lokalisierung des Konflikts mit konventionellen Waffen nicht mehr möglich sei. Doch zum einen beruhe eine Verringerung der konventionellen Streitkräfte die Gefahr einer Verwässerung der Vorwärtsverteidigung, so daß die USA im Konfliktfall versucht sein könnten, „Gelände aufzugeben“, um dadurch Zeit zu gewinnen. Zum anderen enthalte ein frühzeitiger Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen das Risiko eines begrenzten Nuklearkriegs. Vor diesem Hintergrund sei eine Regelung des Devisenausgleichs zur Vermeidung vorzeitiger Truppenreduzierungen von zentraler Bedeutung.

- 295** 19.09. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an S. 1230
das Auswärtige Amt

Braun berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Mende mit dem amerikanischen Außenminister Rusk. Mende informierte über eine in den letzten Monaten erkennbare „bedenkliche Eskalation der Spannungen seitens der SBZ“. Möglicherweise wolle die DDR dadurch die Einführung eines Visumzwangs für Bürger der Bundesrepublik vorbereiten. Die Bundesregierung strebe allerdings den Abschluß einer neuen Passierschein-Regelung an. Die Frage von Rusk nach den Gründen für die zunehmenden Fluchtversuche aus der DDR beantwortete Mende mit dem Hinweis auf die politische und soziale Lage in der DDR. Er führte aus, daß sich diese „verschärfte Atmosphäre“ in der DDR jedoch nicht im Verhältnis der Bundesrepublik zu den anderen osteuropäischen Staaten niederschlage. Rusk hielt einen sowjetischen Versuch für denkbar, den Vietnam-Krieg durch „Schaffung von Schwierigkeiten in Deutschland auszubalancieren“. Da die amerikanische Bevölkerung jedoch der Verluste bei der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus überdrüssig sei, könnten „gefährliche psychologische Reaktionen“ ausgelöst werden, wenn die UdSSR „auch noch Druck in Deutschland ausübe“.

- 296** 21.09. Aufzeichnung des Referats III A 4 S. 1234

Das Referat informiert über den Stand des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens vom 11. Mai 1964. Es ergebe sich ein Soll bei Aufträgen und bei Zahlungen von 567

bzw. 655 Millionen Dollar, so daß das Abkommen bis zum Ende der Laufzeit am 30. Juni 1967 voraussichtlich nur zu 50% erfüllt sein würde. Auch für die Vertragsperiode ab dem 1. Juli 1967 könnten die Devisenkosten nur zur Hälfte gedeckt werden. Zur Entlastung könne die Bundesregierung darauf hinweisen, daß sie zum einen den vollständigen Devisenausgleich zu keiner Zeit anerkannt und zum anderen bereits seit zwei Jahren auf die Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Abkommens hingewiesen habe. Davon abgesehen, hätten die USA keinen rechtlichen Anspruch auf einen vollständigen Devisenausgleich, zumal die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Truppen „keineswegs allein Deutschland schützen“. Referat III A 4 empfiehlt, in die Verhandlungen über den Devisenausgleich auch andere, nicht ausschließlich die Rüstungswirtschaft betreffende Bereiche einzubeziehen und zudem die für die USA aktive deutsch-amerikanische Handels- und Dienstleistungsbilanz zu berücksichtigen. Schließlich müsse der „unterentwickelte Verteidigungshaushalt“ erhöht werden, um wenigstens den 50%igen Devisenausgleich auf dem Militärsektor zu ermöglichen.

297 26.09. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem S. 1237
amerikanischen Außenminister Rusk in Washington

Erhard stellt fest, daß die Bundesrepublik das laufende Abkommen vom 11. Mai 1964 über den Devisenausgleich nicht bis zum 1. Juli 1967 erfüllen könne. Er regt an, den verbleibenden ungedeckten Betrag von 650 Millionen Dollar in ein neues Abkommen zu überführen, in dem dann auch andere Bereiche der bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen berücksichtigt werden sollten. Rusk schlägt eine Erörterung dieser Probleme mit Präsident Johnson vor und erkundigt sich nach dem Stand der Verhandlungen mit Frankreich über den Status der französischen Truppen in der Bundesrepublik. Erhard faßt die Gespräche mit dem französischen Staatspräsidenten am 21. Juli 1966 in Bonn zusammen und macht auf Widersprüche in dessen Europapolitik aufmerksam. Es werde nicht deutlich, ob de Gaulle ein Europa bis zum Ural, ein Europa der Sechs oder nur eine begrenzte deutsch-französische Zusammenarbeit anstrebe. Zur Verteidigungspolitik der USA stellt Erhard fest, daß die Unsicherheit hinsichtlich des amerikanischen Verhaltens bei einem begrenzten Angriff des Warschauer Pakts zu einer „Malaise in der deutschen Öffentlichkeit“ geführt habe. Anschließend berichten Bundesminister von Hassel und der amerikanische Verteidigungsminister McNamara, daß die Arbeitsgruppe für Nukleare Planung am 23./24. September 1966 in Rom die Einsetzung einer „permanenten Gruppe“ zur Behandlung nuklearer Fragen erörtert habe. Damit solle, so ergänzt McNamara, dem deutschen Wunsch nach einer „größeren Beteiligung in nuklearen Angelegenheiten“ Rechnung getragen werden.

- 298** 26.09. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Washington S. 1242

Erhard erklärt, daß die Fragen des Devisenausgleichs und der Stationierung der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik geregelt werden müßten. In diesem Zusammenhang sei auch das Problem der Strategie und der langfristigen Verteidigungsplanung der NATO zu sehen. Er sei bereit, dem Vorschlag von Johnson über die Aufnahme von deutsch-britisch-amerikanischen Verhandlungen zu folgen. Erhard führt weiter aus, daß die Bundesrepublik das deutsch-amerikanische Devisenausgleichsabkommen vom 11. Mai 1964 aufgrund der angespannten Haushalts- und Wirtschaftslage nicht in der vorgesehenen Zeit bis zum 1. Juli 1967 erfüllen könne. Johnson erwidert, daß er bislang immer geglaubt habe, „das Wort eines Deutschen sei verlässlich“. Ferner sei es „außerordentlich ernst und bedrückend“, wenn Erhard vorschlage, „das bestehende Abkommen für ungültig zu erklären“. Dazu bemerkt der Bundeskanzler, daß er lediglich um einen Aufschub bei den Zahlungen bitte. Johnson betont, daß in den USA eine Situation geschaffen würde, die „für den Bundeskanzler und für Deutschland bedauerlich wäre“, wenn die eingegangene Verpflichtung nicht eingehalten werde. Erhard versichert, daß die Bundesregierung ihr „Bestes versuchen werde“, um von ihren Verpflichtungen bis zum 1. Juli 1967 möglichst viel abzutragen: „Ein solches Versprechen sei so gut wie Bargeld“.

- 299** 26.09. Botschafter Müller, Addis Abeba, an das Auswärtige Amt S. 1252

Müller berichtet über ein Gespräch mit dem äthiopischen Kaiser. Haile Selassie erläuterte das Djibouti-Problem und erklärte, daß dieses Territorium ein „integrierender Bestandteil“ von Äthiopien sei. Somalia besitze dagegen keinen Anspruch. Dennoch deuteten entsprechende Äußerungen des Präsidenten Osman bei seinem Aufenthalt in Moskau auf „weiterreichende Absichten“ hin. Die UdSSR verbinde mit den Waffenlieferungen an Somalia vor allem „strategische Ambitionen der Sowjets in diesem Weltteil“. Äthiopien strebe daher eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik an. Müller dankte für die Haltung Äthiopiens in Fragen der Deutschlandpolitik und insbesondere auch hinsichtlich des Verhältnisses zu den arabischen Staaten. Haile Selassie führte dazu aus, daß er den Standpunkt der Bundesregierung bei seiner bevorstehenden Reise durch fünf arabische Staaten vertreten werde. Zusammenfassend stellt Müller fest, daß die Bundesrepublik Äthiopien „noch stärker als bisher“ unterstützen sollte.

- 300** 27.09. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington S. 1255

Rusk hebt das Eintreten der Bundesregierung für einen erfolgreichen Abschluß der Kennedy-Runde hervor. Der Sonderberater des Präsidenten Johnson für Handelsfragen, Herter, betont, daß die wichtigsten Probleme innerhalb der nächsten drei Mo-

nate gelöst werden müßten, wenn eine Krise vermieden werden solle. Bundesminister Schröder erläutert mit Blick auf amerikanische Zollbestimmungen für Chemie-Erzeugnisse, daß insbesondere auf dem Industriesektor noch Schwierigkeiten bestünden. Da die Kennedy-Runde aber unter politischen Gesichtspunkten betrachtet werden müsse, seien Opfer gerechtfertigt. Hinsichtlich des Antrags der DDR auf Mitgliedschaft in der UNO bittet Schröder um amerikanische Unterstützung bei dem Versuch, vor der Sitzung der UNO-Generalversammlung noch mit einzelnen Delegationen zu sprechen, um sie für den Standpunkt der Bundesregierung zu gewinnen. Rusk sichert dies zu und erläutert dann die amerikanischen Friedensbemühungen im Vietnam-Krieg. Erhard zeigt sich über eine drohende Ausweitung des Konflikts besorgt und hält eine militärische Lösung für „kaum erreichbar“. Rusk erinnert an die Bereitschaft der USA, dem Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes Rechnung zu tragen. Der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) sei an einer solchen Lösung jedoch nicht gelegen.

- 301 27.09. Gespräch des Bundesministers von Hassel mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara in Washington S. 1260

McNamara faßt die Vorschläge des Bundesministers von Hassel zur Erfüllung des laufenden Devisenausgleichsabkommens vom 11. Mai 1964 sowie zur Gestaltung des Devisenausgleichs ab dem 1. Juli 1967 detailliert zusammen. Er weist die von der Bundesregierung vorgeschlagene Teilung der Zahlung von 250 Millionen Dollar in zwei Tranchen von je 125 Millionen Dollar aus den Bundeshaushalten 1968 und 1969 ebenso als „eindeutig unannehmbar“ zurück wie die gewünschte Reduzierung der Globalsumme für den Devisenausgleich ab dem 1. Juli 1967 auf 350 Millionen Dollar jährlich. Die Klärung dieser Fragen sei ohnehin den Dreier-Verhandlungen unter Einschluß Großbritanniens vorbehalten. Hassel gibt zu bedenken, daß der Bundestag für das laufende Abkommen keine zusätzlichen Haushaltsmittel bewilligen würde, wenn die künftigen Abkommen nicht „einen wesentlich begrenzteren Umfang“ hätten.

- 302 27.09. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson in Washington S. 1263

Johnson schlägt einen intensiveren Austausch von Künstlern, Wissenschaftlern und Studenten zwischen beiden Staaten vor. Wegen der unsicheren politischen Lage in Indonesien regt er eine Verstärkung der Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik an. Die Stabilisierung der indonesischen Regierung sei nämlich ebenso wichtig wie die amerikanische Vietnampolitik, um der „kommunistischen Aktivität“ in Asien entgegenzutreten. Wenn sich herausstelle, daß der Kommunismus auf dem Rückzug sei, werde es auch „weniger Druck in Berlin geben“. Dies könne es den USA erleichtern, „in Deutschland präsent zu sein“. Hinsichtlich des Vietnam-Krieges würdigt Erhard die amerikani-

schen Friedensbemühungen. Abschließend bekräftigt Johnson den Wunsch nach einem deutsch-amerikanischen Jugendaustausch und weist auf die Notwendigkeit hin, daß er selbst und Erhard mit der Jugend identifiziert würden, „denn er habe es satt, wenn immer nur die Willy Brandts und die Bobby Kennedys als Jugendidéal dargestellt würden“.

- 303** 27.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1268

Ruete erörtert die Positionen der Bundesregierung und des Senats von Berlin in der Deutschland- und Berlin-Frage, die „fast vollständig“ übereinstimmen. Einzelne Unterschiede seien darauf zurückzuführen, daß die Insellage von Berlin (West) die Bevölkerung für „humanitäre Erpressungsversuche der Zone anfällig“ mache und daß der Senat im Gegensatz zur Bundesregierung aus einer SPD/FDP-Koalition bestehe. So neige der Berliner Senat zu einer „weniger strikten“ Rechtsposition in der Passierscheinfrage. Die Bundesregierung habe dem Senat des öfteren nachgegeben, um nach außen den Eindruck des Bestehens „von Differenzen zwischen Bonn und Berlin“ zu vermeiden. In diesem Sinne habe sie auch die Ausreise von Bürgern des westlichen Teils der Stadt ohne einen Paß der Bundesrepublik akzeptiert. Der Entschluß des Senats, die Organisation der Filmfestspiele in private Hände zu übergeben, um dadurch eine osteuropäische Beteiligung zu erreichen, habe zu erheblichen Differenzen geführt, die erst unlängst durch einen Kompromiß bereinigt worden seien.

- 304** 28.09. Gesandter Sahm, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1271

Sahm informiert über die in den Verhandlungen des Verstärkten Jahreserhebungsausschusses der NATO erkennbar gewordenen britischen Absichten. Großbritannien strebe offensichtlich eine grundsätzliche Reduzierung der Kriegsbevorratung der Rheinarmee von dreißig auf zehn Kampftage sowie eine Verringerung der Kampftruppen um ein Drittel an. Obwohl die zurückgezogenen Truppen in Großbritannien SACEUR unterstellt blieben, könnte dann die gegenwärtige Verteidigungsplanung nicht aufrechterhalten werden. Die Auffassungen der britischen Regierung hinsichtlich der Funktion der alliierten Truppen in der Bundesrepublik kämen damit einer „Stolperdraht-Konzeption“ nahe: Während sie sich mit der Rheinarmee „im unteren Spektrum der Abschreckung“ befinde, rüste sie mit den Polaris U-Booten im nuklearen Bereich auf. Sahm resümiert, daß sich bis 1970 „weitgreifende Veränderungen in der Verteidigungsstruktur“ der NATO ankündigten. Eine Reduzierung der Stärke der Rheinarmee sei nicht nur eine Frage des Devisenausgleichs, sondern vor allem auch Teil einer veränderten britischen Strategie. Er rät davon ab, sich in dieser Frage auf Dauer zu widersetzen und empfiehlt statt dessen, selbst die Initiative zu ergreifen und Erleichterungen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle einzuhandeln.

- 305** 29.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1275
- Ruete vermerkt die Ergebnisse eines Gesprächs des SPD-Abgeordneten Wischniewski mit dem Vortragenden Legationsrat Naupert. Wischniewski berichtete über seinen Aufenthalt vom 5. bis 11. August 1966 in Ungarn und über danach folgende Gespräche mit dem stellvertretenden Leiter der ungarischen Handelsvertretung in Frankfurt/M. Szöke habe für Wischniewski in Ungarn die Gespräche mit führenden Wirtschaftsvertretern vermittelt und das ungarische Interesse nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik bekundet. Die Kontakte der Bundesrepublik mit Rumänien könnten in Ungarn die Besorgnis hervorrufen, von Rumänien – zu dem ein „scharfes Rivalitätsverhältnis“ bestehe – bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen „übrerrundet zu werden“.
- 306** 29.09. Aufzeichnung des Botschafters Emmel S. 1278
- Emmel rekapituliert die Ergebnisse einer Besprechung über die bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR. Der aus Moskau hinzugezogene Botschafter von Walther erläuterte die sowjetische Befürchtung, daß die Bundesregierung die Aufnahme einer Berlin-Klausel in ein Abkommen fordern werde. Dies sei für sie jedoch nicht akzeptabel. Um einen „Eklat“ zu vermeiden, würde es die UdSSR vorziehen, die Verhandlungen erst gar nicht zu eröffnen und die Wirtschaftsbeziehungen statt dessen ohne Vertrag fortzuführen. Es bestand Einverständnis darüber, daß die Verhandlungen dennoch am 3. Oktober 1966 aufgenommen werden sollten. Erst bei der Behandlung des Mantelprotokolls solle eine Formulierung schriftlich vorgelegt werden, „die Berlin implicite einbezieht“. Dies könne durch eine Bezugnahme auf das am 25. April 1958 abgeschlossene Abkommen geschehen, als die Einbeziehung von Berlin (West) mündlich vereinbart worden sei. Gegenüber der Presse müsse größte Zurückhaltung geübt werden, um „keine Reaktionen der sowjetischen Seite“ hervorzurufen.
- 307** 29.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lahusen S. 1281
- Lahusen erörtert die Beitrittsklausel des geplanten Abkommens über die friedliche Erforschung und Nutzung des Welt- raums. Er weist darauf hin, daß die amerikanische Bereitschaft zur Aufnahme einer All-Staaten-Klausel nach dem Vorbild des Teststopp-Abkommens vom 25. August 1963 vermutlich auch für künftige weltweite Abrüstungsvereinbarungen gelten werde. Lahusen spricht sich daher für die Annahme des indischen Vorschlags aus, der den UNO-Generalsekretär als alleinigen Depositär vorsehe. Während sich für die DDR bei einer Berücksichtigung von zwei oder drei Depositaren die Möglichkeit ergäbe, das Abkommen zu unterzeichnen, werde dies ausgeschlossen, wenn das Abkommen nur bei der UNO unterschrieben werden könne. Es sei auf absehbare Zeit ausgeschlossen, daß die UNO-Generalversammlung die DDR als Staat anerkennen und somit die Voraussetzung zur Unter-

zeichnung schaffen würde. Daß die UdSSR diese Option für „völlig unannehmbar“ halte, erweise sich für die Bundesrepublik zudem noch als Vorteil, da die UdSSR dann in einen Gegensatz zu Indien und zur großen Mehrheit der UNO geraten würde.

- 308 30.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank S. 1284

Frank faßt die Ergebnisse eines Gesprächs des Staatssekretärs Carstens mit dem sudanesischen Sonderbeauftragten zusammen. El Tom zeigte sich an der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen interessiert und äußerte sich positiv zur Bereitschaft der Bundesregierung, die 1965 nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen eingefrorene Wirtschaftshilfe in Höhe von 110 Millionen DM im Falle eines Botschafteraustauschs auszuzahlen. Carstens entgegnete, daß die Bundesrepublik aufgrund der angespannten Haushaltslage vermutlich nur die Hälfte des genannten Betrages sofort zur Verfügung stellen könne. Dies bedeute jedoch keine „grundsätzliche Abkehr“ von den bisherigen Zusagen. El Tom zeigte sich bestürzt über diese Aussage, zumal der Sudan seinen Entschluß zur Wiederherstellung der Beziehungen in Erwartung der früher zugesagten Wirtschaftshilfe getroffen habe. Eine Enttäuschung könnte diesen „politischen Beschluß vielleicht wieder wankend machen“.

- 309 30.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1286

Harkort erörtert den Stand des deutsch-britischen Devisenausgleichs. Es stelle sich die Frage, ob die für den 13. Oktober 1966 vorgesehenen Gespräche des Bundesministers Dahlgrün mit dem britischen Schatzkanzler Callaghan überhaupt stattfinden sollten, wenn das Bundeskabinett nicht vorher zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 250 bis 350 Millionen DM jährlich bewillige. Bei einer Absage wie auch bei einem Scheitern der Gespräche wäre mit einer einseitigen britischen Entscheidung über den Abzug von Kampftruppen zu rechnen. Harkort schlägt einen Beschluß des Bundeskabinetts vor, den Ausgleichsbeitrag der Bundesrepublik auf bis zu 70% der britischen Devisenkosten, also 600 Millionen DM jährlich, festzusetzen. Durch weitere militärische und zivile Beschaffungen könnte der tatsächlich aus dem Haushalt zu erstattende Betrag dann auf etwa 250 Millionen DM gesenkt werden. Damit könne das Abkommen „wie vorgesehen erfüllt“ werden. Für das neue, vom 1. April 1967 bis zum 31. März 1968 laufende Abkommen solle die Bundesregierung nur den Gesamtbetrag garantieren. Eine Verminderung der Kampfkraft der Rheinarmee müsse ausgeschlossen sein, wenn sie nicht im gegenseitigen Einvernehmen und bei entsprechender Kürzung der deutschen Ausgleichszahlungen erfolge.

310 **03.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete** **S. 1289**

Ruete schlägt aufgrund einer Entscheidung des Bundeskabinetts vom 4. August 1966 und in Anknüpfung an die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 die Aufnahme von Gesprächen mit der Tschechoslowakei vor. Er führt aus, daß zwei Beamte des Auswärtigen Amts nach Prag entsandt werden sollten, um dort die in der tschechoslowakischen Note vom 5. Mai 1966 aufgeworfenen Fragen zu erörtern. Zum Münchener Abkommen vom 29. September 1938 sei eine gemeinsame Prüfung der Rechtsfolgen vorzuschlagen, die sich zum einen aus der tschechoslowakischen Forderung nach einer ex-tunc-Nichtigkeitserklärung und zum anderen aus dem Standpunkt der Bundesregierung ergeben würden. Die Bundesrepublik sei weiterhin bereit, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen und zu erklären, daß sie die Deutschland-Frage nur mit friedlichen Mitteln lösen wolle. Falls eine Einigung über den Austausch von Handelsvertretungen nicht erreicht werden könnte, sei die Möglichkeit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu eröffnen. Dann müsse jedoch dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik in ähnlicher Weise Rechnung getragen werden wie bei dem 1955 mit der UdSSR vereinbarten Botschafteraustausch.

311 **04.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete** **S. 1292**

Ruete resümiert eine Besprechung auf Minister- und Staatssekretärebene über die Passierschein-Gespräche Hinsichtlich der Erklärung, die der Staatssekretär beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Kohl, bei Abschluß der Passierschein-Gespräche abgeben wolle, äußerten die Teilnehmer Bedenken. Der Wortlaut laufe dem Kabinettsbeschluß zuwider, daß der durch Senatsrat Korber zu erklärende „salvatorische Vorbehalt“ unwidersprochen bleiben müsse. Bundesminister Gradl wies darauf hin, daß eine Unterzeichnung am 6. Oktober 1966 nicht zwingend sei und die Möglichkeit bestehe, daß Kohl wegen des Jahrestags des „Bestehens der SBZ“ am 7. Oktober 1966 konzessionsbereit sein werde. Es bestand Einvernehmen darüber, daß die von Kohl abzugebende Erklärung entweder geändert oder durch eine entsprechende einschränkende Feststellung von Korber ergänzt werden müsse.

312 **05.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens** **S. 1294**

Carstens weist darauf hin, daß die britische Regierung im Falle eines Scheiterns der bevorstehenden Gespräche über einen Ausgleich der Devisenkosten für die Rheinarmee Maßnahmen zur Reduzierung ihrer Truppen einleiten werde. Nach vorliegenden Informationen könne dies die amerikanische Regierung noch vor den Wahlen im November ebenfalls dazu veranlassen, einen Teilabzug ihrer Streitkräfte in Europa anzukündigen. Eine solche Entwicklung würde der NATO einen „schweren Stoß“ versetzen und das „Tor für eine allgemeine Reduzierung der Truppen“ öffnen. Angesichts der außerordentlich großen militärischen Machtmittel böte sich der UdSSR dann die

Chance, von der Bundesrepublik die Preisgabe bisher verfolgter Ziele in der Deutschlandpolitik zu erzwingen. Carstens regt an, das Kabinett noch vor Beginn der deutsch-britischen Gespräche am 13. Oktober 1966 mit der Frage des Devisenausgleichs zu befassen.

313 05.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

S. 1296

Lahr berichtet über den Verlauf einer Sitzung des Bundesverteidigungsrats. Bundeskanzler Erhard zeigte sich wegen der möglichen Folgen eines unzureichenden Angebots an Großbritannien zur Deckung der Devisenkosten für die Rheinarmee besorgt, „ohne bestimmte Folgerungen hieran zu knüpfen“. Lahr wies darauf hin, daß das Bundesministerium der Verteidigung an dem Betrag von 200 Millionen DM für militärische Käufe festhalten müsse, so daß sich zusammen mit den von Bundesminister Dahlgrün ins Auge gefaßten 150 Millionen DM für zivile Käufe von Bund und Ländern ein Gesamtbetrag von 350 Millionen DM ergebe. Hinsichtlich einer darüber hinausgehenden Aufstockung des Angebots führte Dahlgrün aus, daß keinesfalls über die auch den USA in Aussicht gestellte Deckungsgrenze von 50% der Devisenkosten hinausgegangen werden solle. Hierzu äußert Lahr abschließend die Einschätzung, daß Großbritannien sich mit einer 50%-Lösung, also 430 Millionen DM, voraussichtlich nicht zufriedengeben werde.

314 06.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem
französischen Botschafter Seydoux

S. 1299

Erhard führt aus, daß „die Zeit reif sei“, das Verteidigungskonzept und die Strategie der NATO neu zu überdenken. Die USA planten zwar momentan keinen Abzug ihrer Streitkräfte, jedoch könne Präsident Johnson durch eine Reduzierung der britischen Rheinarmee innenpolitisch unter Druck geraten. In den bevorstehenden Dreier-Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA in Bonn solle der Devisenausgleich im Zusammenhang mit verteidigungsstrategischen Fragen erörtert werden. Im Hinblick auf Frankreich fährt der Bundeskanzler fort, er sei von den Bundestagsfraktionen gedrängt worden, die freundschaftlichen Beziehungen zu vertiefen; er betont jedoch, daß gleichzeitig ein ausreichendes Maß an Sicherheit und Abschreckung gewährleistet werden müsse. Seydoux stellt heraus, daß die unterschiedliche Haltung Frankreichs und der Bundesrepublik gegenüber den USA auch ein gemeinsames Vorgehen zur Stärkung Europas behindere. Erhard erwidert, daß nicht das Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration strittig sei, sondern seine Ablehnung der automatischen Beistandspflicht. Wenn Staatspräsident de Gaulle an den Aufbau einer eigenen Nuklearstreitmacht denke, so werfe die Beschränkung der Beistandspflicht auf einen „nicht-provozierten Angriff“ für die Bundesrepublik auch die Frage nach der nuklearen Abschreckungswirkung auf. Seydoux erklärt, daß Frankreich „im Falle eines Angriffs aus

dem Osten an der Seite Deutschlands“ stehen werde und immer die Auffassung vertreten habe, daß der nukleare Gegenschlag sofort erfolgen müsse.

- 315** 06.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1311

Die Gesprächspartner stimmen überein, daß mit den bevorstehenden Dreier-Verhandlungen in Bonn einseitige Maßnahmen der britischen Regierung verhindert werden sollten. Zum Ablauf erklären Bundeskanzler Erhard und der ebenfalls anwesende Bundesminister Westrick, daß neben der Frage des Devisenausgleichs die weitere Entwicklung innerhalb der NATO und Strategiefragen Hauptthemen sein sollten. Demgegenüber erläutert McGhee, daß Devisenausgleichsgespräche „nur in einem weiteren Rahmen“ geführt werden könnten. Zuerst müsse die Truppenstärke festgelegt sein, bevor über deren Finanzierung gesprochen werden könne. Zum Devisenausgleich erklärt McGhee, daß nach dem Besuch des Bundeskanzlers in Washington die Erfüllung des Abkommens bis zum 30. Juni 1967 geregelt sei. Erhard entgegnet, daß auch für diesen Zeitraum „noch keine volle Klarheit bestehe“. McGhee wendet ein, daß der Bundeskanzler zugesagt habe, für einen vollen Devisenausgleich „sein Bestes“ zu tun; wie die Bundesregierung vorgehen werde, sei eine innenpolitische Frage, die die USA nicht interessieren. Erhard gibt zu verstehen, daß er sich nicht auf eine Sachdiskussion einlassen wolle. Anschließend zieht er sich aus dem Gespräch unter Hinweis auf andere Terminverpflichtungen zurück. McGhee besteht gegenüber Westrick „hartnäckig“ darauf, daß die Bundesregierung durch „Transaktionen der Bundesbank“ und durch Beantragung einer weiteren Milliarde für 1967 das Devisenabkommen mit den USA erfülle.

- 316** 06.10. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1316

Grewe teilt aus einem Treffen der vierzehn NATO-Botschafter mit, daß die im Kommuniqué über den Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Washington am 26./27. September 1966 enthaltene Umschreibung der Aufgaben für die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA „starke Ausdrücke des Mißvergnügens“ hervorgerufen habe. Er habe daraufhin zu verstehen gegeben, daß die Bundesrepublik der amerikanischen Initiative nur widerwillig gefolgt sei. Der amerikanische Botschafter bei der NATO in Paris habe schließlich auf die bei Gipfeltreffen „übliche Hast und Improvisation“ verwiesen und die Bedeutung der geplanten Gespräche abgeschwächt. Cleveland habe angeregt, daß die Vierzehn möglichst bald mit parallelen Gesprächen über die NATO-Verteidigungsplanung beginnen sollten.

- 317** 07.10. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1318

Grewe übermittelt den Text einer Erklärung, die er in einer Sitzung der Vierzehn zum Stand der Verhandlungen mit Frankreich über Auftrag und Aufgaben der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik abgab. Der Botschafter legte drei Wege dar, um den gegenwärtigen Stillstand zu beenden. Erstens könnten die Verhandlungen für gescheitert erklärt werden. Zweitens wäre es möglich, den Zustand „eingefrorener“ Verhandlungen fortzusetzen und damit Frankreich die Initiative zur Wiederaufnahme von Gesprächen zu überlassen. Gegen beide Ansätze trug Grewe Bedenken vor und unterbreitete als dritte Alternative den Vorschlag eines Ratsbeschlusses, um den Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, und den Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte, Ailleret, zu Gesprächen über die Aufgaben der französischen Truppen zu beauftragen und dadurch den gegenwärtigen Zustand einer „Anarchie“ zu überwinden. Die grundsätzliche Position der Vierzehn werde damit nicht aufgegeben.

- 318** 10.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1321

Harkort resümiert den Stand der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR und nimmt Stellung zu der am 4. Oktober 1966 begonnenen ersten Verhandlungsrunde über ein Handelsabkommen. Er konstatiert ein beiderseitiges Interesse, den seit Ablauf des Warenverkehrsabkommens am 31. Dezember 1963 bestehenden vertragslosen Zustand zu beenden und ein langfristiges Abkommen zu schließen. Da die UdSSR eine Klausel zur Einbeziehung von Berlin (West) jedoch nicht akzeptiere, werde die Delegation der Bundesrepublik eine Formulierung vorschlagen, die das Abkommen mit dem Warenverkehrsabkommen vom 25. April 1958 verknüpfe, in das Berlin (West) durch eine mündliche Vereinbarung beider Vertragsparteien de facto eingeschlossen gewesen sei. Hinsichtlich der bisherigen Verhandlungen teilt Harkort mit, daß die UdSSR in der Frage der Zölle eine Gleichbehandlung mit anderen EWG-Staaten beanspruche und ferner eine über die von der Bundesregierung für den Handel mit den Ostblock-Staaten zusammengestellte „Liberalisierungsliste“ vom 6. Mai 1966 hinausgehende Regelung fordere.

- 319** 10.10. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1324

Grewe teilt mit, daß die übrigen elf NATO-Partner über das von der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA geplante Verfahren der Dreier-Verhandlungen unterrichtet worden seien. Daraufhin seien insbesondere von belgischer, niederländischer und italienischer Seite Proteste gegen den „Tripartism“ laut geworden. Norwegen, Dänemark und Kanada hätten gemäßigter auf die Bedeutung hingewiesen, die einer engen Verzahnung dieser Gespräche mit der Verteidigungsplanung der gesamten NATO zukomme. Er, Grewe, habe die Absicht der

Bundesregierung bekräftigt, die Dreier-Verhandlungen nicht zu einer „ständigen direktoriumsähnlichen Institution“ werden zu lassen. Schließlich habe es keine Einwendungen gegen die Bekanntgabe der Gespräche zwischen den drei Staaten mehr gegeben.

- 320** 11.10. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem israelischen Botschafter Ben Natan S. 1326

Ben Natan erläutert den Antrag Israels auf Assoziierung mit der EWG. Es fühle sich als Teil Europas und liege „nur geographisch im Mittleren Osten“. Er hebt hervor, daß eine Assoziierung lebensnotwendig sei, um die krisenhafte Lage der israelischen Wirtschaft zu überwinden. Die israelische Regierung wünsche, daß dieses Anliegen von der Bundesregierung aufgrund ihrer früheren positiven Aussagen unterstützt werde. Sie könne für die Einstellung der „Waffenhilfe“ durch die Bundesregierung zwar Verständnis aufbringen; handelspolitisch erwarte sie jedoch „volle deutsche Unterstützung“ ihrer Position. Schröder beurteilt das bisherige Handelsabkommen zwischen Israel und der EWG als „sehr unbefriedigend“ und sichert eine sorgfältige Prüfung des israelischen Antrags zu. Er verweist aber darauf, daß bereits hinsichtlich der Ausweitung der EWG auf die EFTA-Staaten ein „großzügiger Durchstoß“ fehle. Vorrangige Aufgabe sei es auch, die Kennedy-Runde erfolgreich zu beenden. Abschließend äußert der Bundesminister Zweifel, ob die geheimen Waffenlieferungen der Bundesregierung „grundsätzlich politisch richtig“, gewesen seien; schwere Rückschläge in den Beziehungen zu anderen Staaten seien die Folge gewesen, so daß „lebensnotwendige deutsche Interessen auf dem Spiel“ stünden.

- 321** 11.10. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 1332

Schröder unterrichtet den Bundeskanzler, daß der rumänische Außenminister die Einladung in die Bundesrepublik angenommen habe. Er regt an, anläßlich des für Anfang 1967 geplanten Besuchs von Manescu diplomatische Beziehungen mit Rumänien aufzunehmen. Voraussetzung dafür sei, daß der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik in Form eines von der rumänischen Regierung entgegenzunehmenden Schreibens gewahrt und die Einbeziehung von Berlin (West) sichergestellt werde. Schröder bittet Erhard um das Einverständnis, unter strengster Geheimhaltung zur weiteren Erörterung eine Delegation nach Bukarest zu entsenden. Im Anschluß daran müßten die Verbündeten unterrichtet und sodann Demarchen bei einer Reihe blockfreier Staaten unternommen werden, damit der Botschafteraustausch mit Rumänien „nicht zum Vorwand für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der SBZ“ genommen werde.

- 322** 12.10. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem Kanzler des Herzogtums Lancaster, Thomson S. 1334

Zu den Beziehungen zwischen Großbritannien und der EWG erklärt Schröder, daß der „Graben innerhalb Europas“ nicht größer werden dürfe. Die zurückhaltende Einstellung Frankreichs spiele weiterhin eine ausschlaggebende Rolle. Ein „volles Hineingehen“ Großbritanniens passe nicht in das Konzept von Staatspräsident de Gaulle. Deshalb müsse ein konkreter Plan entwickelt werden, um auf Frankreich einwirken und die Beitrittsfrage in das europäische Bewußtsein heben zu können. Thomson informiert darüber, daß dem britischen Kabinett derzeit Detailstudien über einen Beitritt zur EWG vorlägen. Auch in der Öffentlichkeit sei eine größere Zustimmung zu verzeichnen. Hinsichtlich des von französischer Seite vorgebrachten Arguments, daß die Zahlungsbilanzsituation in Großbritannien einem Beitritt entgegenstehe, gibt er zu bedenken, daß dies bei dem fehlgeschlagenen Beitrittsgesuch von 1963 trotz der damaligen britischen Finanzkrise nicht geltend gemacht worden sei. Zu den bevorstehenden Dreier-Verhandlungen in Bonn meint Thomson, daß für Großbritannien die Regelung des Devisenausgleichs eine Voraussetzung für zügige Verhandlungen bleibe. Demgegenüber weist Schröder darauf hin, daß vor allem Verlässlichkeit hinsichtlich der Stationierung britischer und amerikanischer Truppen geschaffen werden müsse, da man sonst in der Bundesrepublik „den Boden unter den Füßen“ verliere.

- 323** 12.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1339

Lahr stellt fest, daß Fortschritte bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Energiepolitik der sechs Mitgliedstaaten von EWG, EGKS und EURATOM derzeit nicht zu verzeichnen seien. Neben unterschiedlichen Ausgangspositionen sei hierfür vor allem die Trennung der Exekutiven verantwortlich. Hinsichtlich ihrer Zusammenlegung komme ein Nachgeben gegenüber Frankreich nicht in Frage. Jedoch könne in Erwägung gezogen werden, die EWG-Kommission mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für eine gemeinsame Energiepolitik zu beauftragen. Alternativ sei eine Zusammenlegung der Verträge in Betracht zu ziehen, allerdings auf die Gefahr hin, daß Frankreich hierbei die Supranationalität der Gemeinschaften aushöhlen könnte. Lahr schlägt vor, die Kommission umgehend mit neuen Aufträgen und einer entsprechenden Federführung zu versehen. Wenn dem Voranschreiten des Gemeinsamen Marktes nicht auch ein Fortschritt in der Formulierung einer gemeinsamen Energiepolitik folge, bestehe für eine Einigung zu einem späteren Zeitpunkt kaum noch Aussicht.

- 324** 12.10. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 1341

Carstens teilt anlässlich des Besuchs des britischen Außenministers Brown in Washington am 14. Oktober 1966 mit, daß die Bundesregierung „trotz größter Anstrengungen“ nicht in der Lage sein werde, in den bevorstehenden Gesprächen über einen Devisenausgleich Großbritannien ein akzeptables Angebot

zu machen. Er habe dies dem Kanzler des Herzogtums Lancaster mitgeteilt und darum gebeten, daß Großbritannien keine einseitigen Schritte vor Abschluß der Verhandlungen mit der Bundesrepublik und den USA einleiten möge. Thomson habe hierfür Verständnis gezeigt, jedoch die Bedingung gestellt, daß die Gespräche bis zur NATO-Ministerratstagung im Dezember beendet sein müßten. Es sei der Eindruck entstanden, daß Thomson sich dafür einsetzen werde, eine Entscheidung der britischen Regierung über eine Truppenreduzierung hinauszuschieben, wenn die Bundesregierung im Gegenzug für eine beschleunigte Durchführung der Verhandlungen eintreten würde.

- 325** 13.10. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem S. 1343
amerikanischen Botschafter McGhee

McGhee betont das amerikanische Interesse am polnisch-tschechischen Vorschlag zur Kontrolle der Kernenergieanlagen durch die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO). Hinsichtlich einer Deckung der Devisenkosten für die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik gibt er seinen Eindruck wieder, daß die Bundesregierung nicht glaube, einen vollen Ausgleich fristgerecht leisten zu können. Der Bundesminister führt an, daß der „Gläubiger“ USA ein Interesse daran haben müsse, daß der „Schuldner“ Bundesrepublik sich nicht übernehme. Angesichts der noch verbleibenden haushaltstechnischen Möglichkeiten werde der Devisenausgleich mit den USA zu einem politischen Problem. In dieser Frage stehe die amerikanische Position in Europa auf dem Spiel. Auch in der Folge von Steuererhöhungen könne es zu einer „Welle des Unbehagens“, gegenüber den USA kommen. McGhee legt dar, nach amerikanischer Auffassung habe Bundeskanzler Erhard bei seinem Besuch in Washington am 26./27. September 1966 zwar ein Moratorium verlangt; Präsident Johnson habe jedoch nicht zugestimmt. Die USA könnten sich lediglich andere Formen der Abwicklung des Devisenabkommens vorstellen. Schröder verweist auf einen möglichen Stimmungsumschwung in der Bundesrepublik zugunsten Frankreichs, denn die Öffentlichkeit „halte es nie mit der teuersten, sondern immer mit der billigsten Lösung“. Eine gewisse Großzügigkeit der USA werde sich mehr auszahlen als das Festhalten an einem „hundertprozentigen Scheck, fristgemäß überreicht“.

- 326** 13.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1351

Ruete notiert, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, die Einladung des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Abrassimow, für den 12. Oktober 1966 angenommen habe und dies als ein Gespräch mit dem Vertreter der vierten Besatzungsmacht von Berlin betrachte. Ruete berichtet ferner, daß sich Abrassimow bei einer Zusammenkunft mit Brandt anläßlich der Berliner Festwochen am 29. September 1966 erfreut über die freundliche Aufnahme sowjetischer Künstler gezeigt habe. Auf den Hinweis von Brandt, die UdSSR möge sich auch an den Filmfestspielen in Berlin (West) beteiligen, habe

der Botschafter erwidert, daß es „eben nützlich sei, Formeln zu finden, mit denen man arbeiten könne“. Abrassimow habe sich schließlich in scharfer Form über die Volksrepublik China geäußert und die dortigen kulturevolutionären Entwicklungen mit dem Nationalsozialismus verglichen.

- 327** 13.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1354

Ruete informiert über die italienische Bitte, von dem geplanten Vorschlag der Bundesregierung abzusehen, nach dem die nichtnuklearen Staaten der NATO auf die Herstellung von Atomwaffen verzichten und sich einer „angemessenen Kontrolle“ unterwerfen sollten. Ruete regt deshalb an, eine Initiative in Notenform zurückzustellen und diese Staaten in bilateralen Kontakten zu unterrichten. Auch so würde der bereits 1954 von der Bundesrepublik geleistete einseitige Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen erneut ins Bewußtsein gerufen und die Bundesregierung gegen den Vorwurf geschützt, die Nonproliferation zu behindern. Die italienischen Bedenken sollten die Bundesregierung nicht von einer Erörterung des Vorschlags, die nichtnuklearen Staaten des Warschauer Paktes zu einem Nuklearverzicht aufzufordern, im NATO-Rat abhalten.

- 328** 13.10. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 1357

Schröder erläutert eine Kabinettsvorlage für eine finanzielle Unterstützung der Flüchtlinge in Palästina durch die Bundesrepublik. Er betont, daß angesichts des wachsenden Einflusses der DDR im Nahen Osten die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den arabischen Staaten ein vordringliches Ziel sei. Mit einem finanziellen Beitrag zugunsten der Palästina-Flüchtlinge solle der gegenwärtige Stillstand überwunden und den arabischen Staaten das Interesse der Bundesregierung an der Wiederherstellung des früheren Verhältnisses gezeigt werden. Zur Unterstützung von Ausbildungs- und Gesundheitsprogrammen für die Flüchtlinge könne sich die Bundesrepublik an der Finanzierung der UNRWA mit einem auf fünf Jahre verteilten Betrag von 50 Millionen DM engagieren. Allerdings sollte diese Hilfe „nur nach Maßgabe der Entwicklung“ des Verhältnisses zu den arabischen Staaten zur Verfügung gestellt werden.

- 329** 13.10. Bundesminister Schröder an Bundeskanzler Erhard S. 1360

Schröder äußert sich besorgt über die möglichen Auswirkungen, die eine Absage der für November vorgesehenen Südostasienreise des Bundeskanzlers auf die Beziehungen insbesondere zu Indien und Pakistan haben könne. Angesichts des wachsenden sowjetischen Drucks in der Deutschland-Frage und der offensiven Handels- und Kreditpolitik der DDR müsse ein neuer Termin für Anfang Dezember 1966 vereinbart werden. Er erinnert daran, daß der Haushaltsausschuß des Bundestags den vom Kabinett bereits beschlossenen Beitrag zum Entwicklungsprogramm der Weltbank für Indien in Höhe von 240 Millionen DM bisher nicht bewilligt habe und daß dadurch

die bilateralen Beziehungen zusätzlich belastet würden. Schröder bittet, mit Blick auf die bevorstehende Sitzung des Haushaltsausschusses die Fraktionsvorstände von CDU/CSU und FDP auf die „außenpolitisch unabwiesbare Notwendigkeit“ einer Freigabe hinzuweisen, zumal gemäß der grundsätzlichen Gleichbehandlung auch die Zahlungen an Pakistan bisher hätten zurückgehalten werden müssen.

330 14.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1363

Ruete stellt fest, daß eine Reihe von Hinweisen auf ein zunehmendes Interesse Ungarns an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik deuteten. Amtliche Stellungnahmen hingegen ließen keine Änderung der ungarischen Haltung erkennen. Allerdings könne die fortgesetzte ungarische Kritik an der Bundesregierung auch eine Art „Deckungsfeuer“ für die diskreten Sondierungen darstellen. Da auf wirtschaftlichem Gebiet kein Anlaß für eine Reise des Staatssekretärs Lahr nach Budapest bestehe, regt Ruete an, die Zeit für vorbereitende Gespräche auf der unteren Ebene der beiden Außenministerien zu nutzen.

331 14.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1365

Harkort berichtet von den deutsch-britischen Ministergesprächen über einen Ausgleich der Devisenkosten für die Rheinarmee. Der britische Schatzkanzler Callaghan forderte den vollen Devisenausgleich von 860 Millionen DM, unabhängig von der tatsächlichen Truppenstärke. Bundesminister Dahlgrün machte deutlich, daß die Rheinarmee auch zur Verteidigung Großbritanniens und der NATO-Staaten in der Bundesrepublik stationiert sei. Es gehe jetzt nicht darum, Truppen zu bezahlen, sondern Lösungen für den Devisenausgleich zu finden. Bundesminister von Hassel wies darauf hin, daß auch der Ausgleich der amerikanischen Devisenkosten 1966 weniger als 50% betragen werde. In den Verhandlungen mit Großbritannien und den USA müsse das Devisenproblem im Zusammenhang mit der Verteidigungsplanung erörtert werden. Im weiteren Verlauf unterbreitete Dahlgrün für das britische Haushaltsjahr ab dem 1. April 1967 das Angebot von „350 Mio. DM plus X“. Die endgültige Festlegung des Betrags solle in den Dreier-Verhandlungen erfolgen. Callaghan bekräftigte den britischen Standpunkt, daß „alles von der Höhe des Devisenausgleichs abhängen“. Da ein voller Ausgleich ausgeschlossen werde, müßten Truppen abgezogen werden: „Zu handeln gebe es hier nichts“. Der Schatzkanzler erklärte sich aber bereit, Leistungen der Bundesregierung im Bereich der Entwicklungshilfe als „Ausgleichszahlungen“ anzurechnen.

332 14.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder S. 1370

Thierfelder nimmt Stellung zur israelischen Forderung nach Entschädigung für Rentenleistungen an gesundheitsschädigte Opfer aus der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus. Aufgrund von Ausführungen des israelischen Botschafters Ben

Natan über einen nachträglichen Fortfall der Geschäftsgrundlage des Luxemburger Abkommens vom 10. September 1952 sei der bisher von der Bundesregierung vertretene Standpunkt, daß der von israelischer Seite vorgebrachte Hinweis auf einen „Kalkulationsirrtum“ bei Vertragsabschluß über den tatsächlichen Umfang der Rentenlasten keinen Rechtsanspruch begründe, „nicht mehr unbedingt stichhaltig“. Thierfelder regt an, die Rechtspositionen und insbesondere die 1952 zum „Forderungsverzicht“ führenden Umstände noch einmal zu überprüfen. Gleichzeitig aber seien aus politischen Gründen Verhandlungen mit Israel zu erwägen. Dies gelte um so mehr, als Ben Natan angedeutet habe, daß die israelische Regierung im Falle einer ablehnenden Haltung der Bundesregierung sich an die Öffentlichkeit wenden wolle. Thierfelder bestätigt die Bemerkung von Ben Natan, daß Israel in den zurückliegenden Jahren hinsichtlich einer Entschädigung für Rentenzahlungen „vertröstet“ worden sei.

333 17.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

S. 1374

Carstens legt eine Bilanz der Deutschlandpolitik der Bundesregierung vor, die er bereits am 14. Oktober 1966 im Bundeskabinett erläuterte. Die derzeit gültigen Grundlagen seien in den fünfziger Jahren konzipiert worden und hätten trotz konsequenter Anwendung das Ziel der Wiedervereinigung nicht nähergerückt. So müßten ein nachlassender Wille zur Wiedervereinigung in der Bundesrepublik und der DDR, eine gewisse „Deutschland-Müdigkeit“ bei den Verbündeten und ein Vordringen der DDR in anderen Staaten sowie in internationalen Organisationen verzeichnet werden. Als Hauptgrund für diese Entwicklung nennt der Staatssekretär die auf Entspannung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West ausgerichtete weltpolitische Gesamtlage. Die bisherige Deutschlandpolitik stehe nicht mehr mit der Ostpolitik der führenden westlichen Staaten im Einklang und bringe die Bundesrepublik in einen „scharfen Gegensatz“ zur UdSSR und zu den osteuropäischen Staaten, insbesondere zu Polen. Es bestehe die Gefahr einer zunehmenden Isolierung. Carstens macht darauf aufmerksam, daß das Festhalten an der bisher verfolgten Linie die Bundesrepublik bei manchen Staaten der dritten Welt erpreßbar mache, die auf eine Intensivierung der „Beziehungen zur SBZ“ hinwiesen. Er hält jedoch Modifikationen der Deutschlandpolitik „für möglich und nötig“. Eine dauerhafte friedliche Koexistenz mit der DDR sei nicht erreichbar, weil das dortige, „aus fanatisierten Deutschen bestehende politische System“ sich das Ziel gesetzt habe, „ganz Deutschland kommunistisch zu machen“. Deshalb bestünden größere Chancen, sich mit der UdSSR zu arrangieren. Carstens kommt zu dem Schluß, daß die Bundesrepublik zu großen Opfern bereit sein müsse, wenn das „angeblich höchste Ziel“, die Wiedervereinigung, noch erreicht werden solle.

334 17.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1384

Ruete faßt die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung zur Rede des amerikanischen Verteidigungsministers vom 25. Juli 1966 in Paris zusammen. Die Thesen von McNamara seien trotz einiger Abweichungen „im wesentlichen mit Zustimmung“ aufgenommen worden. So werde der von McNamara aufgestellten Behauptung eines Ungleichgewichts der Verteidigungslasten in der NATO entgegengestellt, daß die hohen Ausgaben der USA größtenteils auf den Vietnam-Krieg zurückzuführen seien. Das Bundesministerium stimme der Auffassung von McNamara zu, daß die Kampfkraft der NATO im Verhältnis zu den Kosten gegenüber derjenigen des Warschauer Paktes geringer sei. Dies sei aber auf die Militärstruktur in totalitären Staaten zurückzuführen. Hinter der Absicht, von einer längeren Vorwarnzeit im Verteidigungsfall auszugehen, stehe der Wunsch der USA nach einer Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa. Hinsichtlich einer zu starken Ausrichtung der NATO-Luftstreitkräfte auf „nukleare Strike-Aufgaben“ mache das Bundesministerium darauf aufmerksam, daß die seinerzeit auch aus politischen Gründen von den USA gekauften Kampfflugzeuge des Typs F-104 für konventionelle Einsätze wenig geeignet seien.

335 17.10. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1388

Grewe äußert Zweifel, ob es in den bevorstehenden Verhandlungen mit Großbritannien und den USA gelingen könne, durch ein umfangreiches finanzielles und devisenpolitisches Angebot der Bundesregierung den Verbleib möglichst großer britischer und amerikanischer Truppenkontingente in der Bundesrepublik zu sichern. Die Debatten in Großbritannien und den USA ließen vielmehr erkennen, daß der künftige Umfang der britischen und amerikanischen Streitkräfte in Europa weitgehend von anderen Faktoren als dem Devisenproblem abhängt. Der Botschafter hält daher eine Überprüfung der Verteidigungskonzeption der Bundesregierung für unerlässlich. Bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Großbritannien und den USA solle eine dilatorische Vorgehensweise angewendet werden, die der parallel laufenden Verteidigungsplanung in der NATO den Vorrang lasse. Der von den USA favorisierte Verhandlungsplan sei mit beträchtlichen Nachteilen verknüpft, da die trilaterale Erörterung von Strategiefragen von den übrigen NATO-Partnern als Verstoß gegen NATO-Grundsätze betrachtet werde. Außerdem könnte die Bundesregierung die nationale Überprüfung ihres Verteidigungskonzepts aus Zeitmangel nicht einbringen. Die Bundesregierung riskiere zudem, am Ende von allen Verbündeten unter Hinweis auf eine unzureichende finanzielle Leistungsbereitschaft für eine vielleicht fragwürdige neue Strategie moralisch verantwortlich gemacht zu werden.

- 336** 17.10. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das S. 1390
 Auswärtige Amt

Lilienfeld informiert über die Gespräche des Präsidenten Johnson und des amerikanischen Außenministers Rusk mit dem sowjetischen Außenminister. Die amerikanische Regierung habe daran festgehalten, daß die nukleare Mitbeteiligung in der Allianz keine Proliferation darstelle. Da auch Gromyko kein Entgegenkommen gezeigt habe, sei in dieser Hauptfrage keine Einigung erzielt worden. Trotzdem sei eine gewisse Bewegung der „erstarrten Fronten“ erkennbar. Gromyko habe gegenüber der Presse den Eindruck erweckt, als ob die UdSSR an einem baldigen Abschluß eines Nichtverbreitungsabkommens „ernsthaft interessiert“ sei. Er habe signalisiert, daß Konsultativlösungen bzw. bestehende Nukleararrangements kein Hindernis mehr für einen Vertragsabschluß darstellten und die UdSSR ihre ablehnende Haltung gegen eine Diskussion der „peripheren“ Elemente aufgeben werde. Lilienfeld äußert die Einschätzung, daß sich die Befürworter eines Nonproliferationsvertrags innerhalb der amerikanischen Regierung durch die Gespräche bestärkt fühlten. Vor allem die sowjetische Haltung in der Frage der bündnisinternen Konsultationen schließe einen Kompromiß nicht aus.

- 337** 18.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1395

Carstens berichtet über ein Gespräch mit dem französischen Außenminister in Paris. Der Staatssekretär betonte, daß durch die Einladung von NATO-Generalsekretär Brosio zur Teilnahme an den Dreier-Verhandlungen die Interessen auch der übrigen NATO-Partner an der Erörterung strategischer Fragen sichergestellt worden seien. Außerdem werde die Bundesregierung auch zu Frankreich Verbindung halten. Couve de Murville äußerte die Überzeugung, daß es zu Truppenreduzierungen kommen werde, aber eine Rückkehr der amerikanischen Regierung zur Strategie der massiven Vergeltung nicht zu erwarten sei. Die Möglichkeit, die UdSSR zu einem entsprechenden Truppenabbau zu bewegen, halte er wegen des möglichen Vorwurfs der indirekten amerikanischen Entlastung in Vietnam für ausgeschlossen. Hinsichtlich der Verhandlungsmandate für den Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, und den Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte, Ailleret, erklärte Carstens, daß die beiden Generale – von den Vierzehn bzw. Frankreich instruiert – technische Fragen erörtern sollten, ohne jedoch die grundsätzliche politische Position zu präjudizieren. Couve de Murville stimmte dem zu, erwiderte jedoch, daß er eine von Brosio vorzuschlagende Beauftragung der Generale durch den NATO-Rat vorziehe.

- 338** 18.10. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das S. 1399
 Auswärtige Amt

Lilienfeld analysiert die voraussichtliche amerikanische Haltung in den Verhandlungen mit der Bundesrepublik und Großbritannien. Obwohl der amerikanische Verteidigungsminister

Truppenreduzierungen in Europa erst zum Zeitpunkt der endgültig ausgebauten Transportkapazitäten habe vornehmen wollen, plane er angesichts der Schwierigkeiten mit dem Devisenausgleich nunmehr eine „vorfristige Verringerung“ um 70.000 Soldaten. Die Beschränkung auf Versorgungs- und Nachschubeinheiten sei die für die Bundesrepublik „schonendste Methode“ und berühre die Strategie der Vorwärtsverteidigung am wenigsten. Lilienfeld äußert sich skeptisch hinsichtlich der Möglichkeit, durch das Angebot eines vollen Devisenausgleichs einen Abzug von Truppen zu vermeiden, da sie in der Öffentlichkeit sowie in politischen Kreisen bereits als unabwendbar und notwendig erscheine. McNamara wolle dennoch an dem Konzept einer zunächst konventionell durchzuführenden Vorwärtsverteidigung festhalten. Die Mittel hierzu seien verlängerte Vorwarnzeiten im Verteidigungsfall, der Aufbau ausreichender Transportkapazitäten sowie verstärkte konventionelle Streitkräfte der europäischen Verbündeten. Eine Rückkehr zur Strategie der massiven Vergeltung komme nicht in Frage. Vielmehr müsse die Bestimmung des Einsatzzeitpunktes und der Kontrolle der in Europa stationierten Nuklearwaffen die Möglichkeit ausschließen, „daß Selbstvernichtung die Alternative zur Niederlage“ werde.

- 339** 19.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1402

Carstens gibt den Inhalt eines Gesprächs mit dem NATO-Generalsekretär wieder. Brosio erklärte, er werde die Teilnahme eines Beobachters des NATO-Sekretariats an den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA vorschlagen. Ferner hob er die Notwendigkeit hervor, die Erörterung der Verteidigungsplanung unter den Vierzehn zu beschleunigen und gleichzeitig mit den Dreier-Verhandlungen abzuschließen. Mit Bezug auf eine mögliche Reduzierung britischer und amerikanischer Truppen äußerte Brosio Bedenken gegen den großen Zeitdruck, unter dem die Gespräche stünden. Es sei zu überlegen, ob die NATO-Partner nicht vorab einen Teil der Rheinarmee abziehen lassen sollten mit der Maßgabe, daß dieser der NATO assigniert bleibe. Auf diese Weise seien vielleicht die amerikanischen Truppen noch über einen längeren Zeitraum zu halten.

- 340** 19.10. Botschafter von Walther, Moskau, an Staatssekretär Carstens S. 1404

Walther teilt zu den Aussichten für ein Gespräch über die Verminderung der Streitkräfte von NATO und Warschauer Pakt mit, die UdSSR wisse, daß es auch ohne eigene Truppenreduzierung „in der Ostzone“ zu einem Teilabzug westlicher Streitkräfte in Europa kommen werde. Hinsichtlich der Möglichkeit, diese Gespräche auf die Deutschlandpolitik auszudehnen, sei er pessimistisch, da die sowjetische Regierung versuchen würde, die „Zone an den Tisch zu bringen“. Walther teilt weiter mit, daß sowjetischerseits Interesse signalisiert worden sei, das zwischen Staatssekretär Carstens und dem sowjeti-

schen Botschafter Zarapkin geführte Gespräch über einen „Nichtangriffspakt“ fortzusetzen. Er halte es für möglich, diesen Vorschlag aufzugreifen und dabei auch über die gegenseitige Truppenverminderung zu sprechen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß der UdSSR „aus Gründen der politischen Optik“ und wegen der Stationierungskosten ihrer Truppen in der DDR an einer Lösung gelegen sei.

- 341 19.10. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 1406

Carstens informiert darüber, daß die Vorschläge der 14 NATO-Partner über ein Mandat für Gespräche des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, und des Oberbefehlshabers der französischen Streitkräfte, Ailleret, vom französischen Botschafter bei der NATO in Paris, de Leusse, „brüsk“ zurückgewiesen worden seien. Die Bundesregierung rege deshalb an, die beiden Generale mit der Erörterung technischer Fragen der Zusammenarbeit zwischen den französischen Truppen und der NATO im Kriegsfall zu beauftragen. Eine automatische Bindung Frankreichs sei mit diesem Vorgehen zwar nicht zu erreichen, jedoch bestünde dann wenigstens Klarheit im Konfliktfall. NATO-Generalsekretär Brosio solle eine entsprechende Erklärung abgeben und darauf hinweisen, daß dieser Auftrag „ohne Präjudiz für die grundsätzliche Position der Mitglieder des NATO-Rates in den erörterten Fragen“ darstelle. Carstens bittet, den Vorschlag mit der amerikanischen Regierung zu besprechen.

- 342 20.10. Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten McCloy S. 1408

McCloy weist den bevorstehenden Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA die Aufgabe zu, eine Beurteilung der Bedrohung durch den Warschauer Pakt vorzunehmen, die strategischen und technischen Notwendigkeiten zu bewerten sowie zu einer gerechteren Verteilung der Verteidigungslasten, einschließlich des Ausgleichs der Devisenkosten, zu kommen. Er betont, daß eine Desintegration der NATO unter allen Umständen verhindert werden müsse. Er sei deshalb bereit, nötigenfalls auch einen von der Position der amerikanischen Regierung abweichenden Bericht für Präsident Johnson zu verfassen. Erhard berichtet von den innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik. Eine Koalition von SPD und CDU käme „einer Auflösung der demokratischen Grundlagen“ gleich. Der Bundeskanzler sichert die Zahlung der bis zum 1. Juli 1967 noch ausstehenden Devisenkosten der amerikanischen Streitkräfte zu. Er erinnert aber daran, daß er bei seinem Besuch in Washington am 26./27. September 1966 um eine Prolongation gebeten habe. Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten berichtet, daß nach Ansicht des Botschafters McGhee die Beziehungen beider Staaten noch nie so schlecht gewesen seien wie jetzt. Dessenungeachtet bekräftigt McCloy den Willen der USA, die Bundes-

republik „mit allen Mitteln“ zu verteidigen; eine Garantie über den Zeitpunkt des Einsatzes von Atomwaffen könne aber nicht gegeben werden, da die UdSSR im ungewissen gehalten werden müsse. Hinsichtlich der Devisenkosten vertritt McCloy den Standpunkt, daß nur ein Ausgleich für die „tatsächlichen Devisenausgaben“ gefordert werden könne.

- 343** 20.10. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter S. 1414

Schnippenkötter berichtet, daß nach Informationen des Leiters der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, die Entwürfe der USA und der UdSSR für ein Nichtverbreitungsabkommen nicht mehr Grundlage der Verhandlungen seien, sondern beide Seiten nach „neuen Formulierungen“ suchten. Dazu stellt Schnippenkötter fest, daß der in der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf „für Nuklearlösungen innerhalb der NATO freigehaltene Raum“ in einer Weise eingeschränkt werde, deren Tragweite für die Bundesregierung nicht übersehbar sei. Er regt an, dem amerikanischen Botschafter McGhee den Standpunkt der Bundesregierung erneut darzulegen und dabei zu klären, welchen Stellenwert eine nukleare Mitbeteiligung im NATO-Rahmen in den amerikanischen Vorstellungen über eine Abrüstungsvereinbarung noch einnehme.

- 344** 20.10. Aufzeichnung des Referats II A 7 S. 1416

Referat II A 7 führt aus, daß die enge geographische Verbindung mit dem in der Nähe von Brüssel unterzubringenden Hauptquartier von SHAPE für eine rasche Verlegung des NATO-Rats von Paris nach Brüssel spreche. Dadurch würden auch kostspielige Nachrichtenverbindungen überflüssig, die bei einem Verbleib in Paris notwendig seien. Zu bedenken sei auch, daß die französische Regierung bei einem Verbleib des NATO-Rats in Paris keine „unwiderrufliche Garantie“ für ein störungsfreies Arbeiten im Frieden, im Krisenfall und im Krieg geben werde. Der Hinweis, daß ein Verbleib des NATO-Rats in Paris eine spätere Rückkehr Frankreichs in die militärische Organisation des Bündnisses erleichtere, sei nicht stichhaltig, da die Haltung der französischen Regierung zur NATO nicht von der Sitzfrage abhängen. Botschafter Grewe, Paris (NATO), solle gebeten werden, die noch fehlende Zustimmung der Bundesregierung zur Sitzverlegung zu geben und dabei deutlich zu machen, daß dieser Schritt zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Bündnisses notwendig sei. Jedoch wolle die Bundesregierung weiter eng mit Frankreich zusammenarbeiten.

- 345** 20.10. Runderlaß des Botschafters Schnippenkötter S. 1419

Schnippenkötter weist darauf hin, daß anläßlich der Debatte des Ersten (Politischen) Ausschusses der UNO-Generalversammlung über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen mit Beschuldigungen der Ostblock-Staaten gegen die Bundesrepublik zu rechnen sei. Daher werde erwogen, den Vorschlag der polnischen und der tschechoslowakischen Regierung, ihre Nuklearanlagen IAEA-Kontrollen zu unterstellen, wenn die Bundes-

republik im Gegenzug ein Gleiches tue, in Verbindung zu setzen mit der geplanten Initiative der Bundesregierung, die nichtnuklearen Staaten von NATO und Warschauer Pakt zu einem Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen aufzufordern. Bei der Prüfung der polnisch-tschechoslowakischen Vorschläge sei zu berücksichtigen, daß die EURATOM-Kontrolle nicht beeinträchtigt werde. Doppelkontrollen seien zu vermeiden und eine enge Zusammenarbeit zwischen IAEО und EURATOM anzustreben. An der auch von amerikanischer Seite anerkannten Gleichwertigkeit von IAEО- und EURATOM-Kontrollen müsse festgehalten werden, während eine Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der IAEО „nicht diskutabel“ sei.

- 346** 21.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1421

Ruete teilt mit, daß die NATO-Partner über die geplante Initiative der Bundesregierung im Anschluß an ihre Note vom 25. März 1966, die nichtnuklearen Staaten von NATO und Warschauer Pakt zu einem Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen aufzufordern, in Kenntnis gesetzt worden seien. Er regt an, den Ständigen NATO-Rat mit dem Inhalt der Noten an die nichtnuklearen Ostblock-Staaten zu befassen. Eine baldige Erörterung sei vor allem deshalb zweckmäßig, weil damit der Vorschlag der polnischen und der tschechoslowakischen Regierung, ihre Nuklearanlagen IAEО-Kontrollen zu unterstellen, wenn die Bundesrepublik ein Gleiches tue, „eingefangen“ werden könne.

- 347** 21.10. Botschafter Knapstein, Washington, an das S. 1423
Auswärtige Amt

Knapstein übermittelt Informationen aus einem Gespräch des Gesandten von Lilienfeld mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Leddy. Dieser habe zur Rede des Präsidenten Johnson vom 7. Oktober 1966 ausgeführt, daß die USA weiterhin für eine Wiedervereinigung Deutschlands eintreten. Dessenungeachtet habe sich Johnson mit dem übergeordneten Thema der Beendigung aller Teilungen in Europa befaßt und deren Bedeutung im Prozeß der Ost-West-Entspannung zum Ausdruck gebracht. Entspannung und deutsche Wiedervereinigung seien „gleichlaufende Erscheinungen“. Ferner habe der amerikanische Präsident erklärt, daß nationale Grenzen nicht gewaltsam geändert werden dürften. Dies bedeute aber keine Änderung der Haltung in Fragen von vitalem Interesse für die Bundesrepublik. Knapstein resümiert, daß keine Änderung in den Grundlinien der amerikanischen Politik, wohl aber eine Akzentverschiebung erkennbar werde: In der Entspannung werde nicht mehr die Gefahr einer Konsolidierung des Status quo, sondern im Gegenteil die Voraussetzung für die Überwindung der Deutschland-Frage gesehen.

348 21.10. Staatssekretär Carstens an Bundeskanzler Erhard S. 1427

Carstens hat aus den Verhandlungen mit Großbritannien und den USA den Eindruck gewonnen, daß sich der Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, McCloy, in Washington für die Erhaltung der Kampfkraft der NATO nicht zuletzt wegen ihrer politischen Bedeutung für das Bündnis einsetzen werde. Demgegenüber stehe er, Carstens, vor der Schwierigkeit, in den Verhandlungen ein Höchstmaß an Sicherheit für die Bundesrepublik zu fordern, aber wenig zum Ausgleich der Devisenkosten für die amerikanischen Truppen anbieten zu können. Der Staatssekretär erinnert an den Vorschlag des Bundesministers Dahlgrün, durch einen Nachtragshaushalt 1966 und eine Ergänzung zum Haushalt 1967 die finanziellen Voraussetzungen für die Deckung der Devisenkosten zu schaffen. Um jene Kräfte in den USA zu stärken, die sich um eine auch den Interessen der Bundesrepublik gerecht werdende Lösung der Streitkräftefrage bemühen, bittet Carstens, für einen Ausgleich des laufenden Devisenabkommens im Sinne des von Dahlgrün aufgezeigten Weges einzutreten.

349 24.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1430

Carstens gibt den Inhalt eines Gesprächs mit dem sowjetischen Botschafter wieder. Auf den Vorschlag des Staatssekretärs, die Möglichkeit des Austauschs von Gewaltverzichtserklärungen zu prüfen, ging Zarapkin nicht ein. Er forderte stattdessen eine Anerkennung der „Realitäten“: Nur wenn die Bundesregierung die Existenz der DDR akzeptiere, sei mit einer Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR zu rechnen. Dem hielt Carstens entgegen, daß der Wunsch nach Wiedervereinigung zentrales politisches Ziel der Bundesregierung sei und die „Stärke des Gefühls für die innere Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes“ nicht unterschätzt werden dürfe. Die Bundesrepublik sei im Falle einer Wiedervereinigung bereit, Garantien für „gewisse sogenannte soziale Errungenschaften in der SBZ“ zu geben. Dazu bemerkte Zarapkin, daß man sich hier „über utopische Vorgänge in den Wolken“ unterhalte.

350 24.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1432

Ruete führt aus, daß die UdSSR verschiedentlich Interesse an einer Initiative der Bundesregierung gezeigt habe, bilaterale Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, dabei aber auf die Notwendigkeit einer Einbeziehung der DDR hingewiesen habe. Obwohl es ausgeschlossen sei, auch mit der DDR entsprechende Erklärungen auszutauschen, könne sie durch „Spezifizierung“ des allgemeinen Gewaltverzichts berücksichtigt werden, und zwar entweder durch eine Formulierung, die die Anwendung von Gewalt zur Lösung der Deutschland-Frage und zur Veränderung von Grenzen ausschließe, oder durch die ausdrückliche Einbeziehung der DDR in den Gewaltverzicht. Der sowjetische Botschafter Zarapkin habe den Vorschlag unterbreitet, die Erklärung „gegenüber (von seiten) der Sowjetunion

und ihren Verbündeten“ abzugeben. Dabei sei für die Bundesregierung entscheidend, daß nur die UdSSR „auch für ihren Verbündeten SBZ spricht“.

- 351** 24.10. Botschafter von Walther, Moskau, an Staatssekretär Carstens S. 1435

Walther informiert darüber, daß er gegenüber einem sowjetischen Gesprächspartner klargestellt habe, Staatssekretär Carstens und der sowjetische Botschafter Zarapkin hätten am 10. Oktober 1966 nicht über einen „Nichtangriffspakt“, sondern über einen „Gewaltausschließungs-Pakt“ gesprochen. Er habe ferner ausgeführt, daß zwar ein Austausch von Nichtangriffserklärungen mit der DDR ausgeschlossen sei, diese jedoch durch eine die Verbündeten der UdSSR einschließende Formel einbezogen werden könne. Hinsichtlich der Möglichkeit, hierüber mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten zu sprechen, habe er darauf hingewiesen, daß zunächst sein Antrittsbesuch bei Kossygin anstehe; andernfalls würde seine Tätigkeit eines Tages „ihr natürliches Ende“ finden. Übereinstimmend sei festgestellt worden, daß mögliche Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein „Gewaltausschließungsabkommen“ diskret geführt werden müßten, da kein Interesse bestehe, vor der Öffentlichkeit ein mögliches Scheitern einzugestehen. Vor dem Hintergrund, daß „schon einmal ein Nichtangriffspakt zu einem Fetzen Papier“ geworden sei und auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1955 unter „einem gegenseitigen Mißverstehen und Dissensen gelitten“ habe, solle sichergestellt werden, daß keinerlei Unklarheiten über die beiderseitigen Absichten bestünden.

- 352** 24.10. Staatssekretär Carstens an Botschafter Knapstein, Washington S. 1437

Carstens bittet Knapstein, im amerikanischen Außenministerium Erkundigungen darüber einzuholen, ob der Entwurf der USA vom 1. Februar 1966 für ein Nichtverbreitungsabkommen noch aktuell sei und ob der darin belassene Spielraum für eine nukleare Teilhabe innerhalb der NATO in künftigen Verhandlungen mit der UdSSR aufrechterhalten werde. Carstens bekräftigt den Standpunkt der Bundesregierung, die Entstehung weiterer Nuklearstaaten mit nationaler Verfügungsgewalt zu verhindern, jedoch auf dem „Recht auf kollektive Selbstverteidigung im nuklearen Bereich“ zu bestehen. Die Beteiligung der Bundesrepublik an einem Nichtverbreitungsabkommen sei davon abhängig, ob zuvor ein Weg für die nukleare Mitbeteiligung gefunden werde. Die Bundesregierung bitte, den Interessen des Bündnisses Vorrang vor einem Kompromiß mit der UdSSR zu geben. Andernfalls erreiche die sowjetische Regierung wesentliche außenpolitische Ziele ohne eine Gegenleistung.

353 25.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1440

Ruete führt aus, daß er gegenüber dem Leiter der tschechoslowakischen Handelsvertretung in Frankfurt/Main, Novy, die Bereitschaft zur Entsendung einer Delegation nach Prag erklärt habe. Diese solle die Möglichkeit des Austauschs von Gewaltverzichtserklärungen erörtern und die Gespräche über den Austausch von Handelsmissionen sowie den Abschluß eines Handelsvertrags fortsetzen. Gegebenenfalls könnten dann weitere Gespräche auf höherer Ebene folgen. Er, Ruete, habe den Eindruck, daß die tschechoslowakische Seite über diese Mitteilung „sehr erfreut“ gewesen sei. Zwar habe er die Frage, ob sich der Standpunkt der Bundesregierung hinsichtlich der Einbeziehung von Berlin (West) geändert habe, verneinen müssen. Novy habe jedoch „ohne zwingende Notwendigkeit“ versichert, daß das Münchener Abkommen von 1938 „sicher kein größeres Hindernis darstellen“ werde. Auch die Paß- und Visabefugnisse für die Handelsvertretung der Bundesrepublik würden keine Schwierigkeiten bereiten.

354 27.10. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an Staatssekretär Carstens S. 1442

Grewe berichtet über vertrauliche amerikanische Überlegungen zu Fragen der Verteidigungsplanung. Demnach werde bei einer Vorwarnzeit im Verteidigungsfall von drei bis vier Wochen davon ausgegangen, daß die NATO-Streitkräfte, insbesondere die durch bis zu 150000 Soldaten zu verstärkende 7. US-Armee, hinsichtlich Größe und Qualität in angemessener Weise mobilisiert werden könnten, um den Warschauer Pakt von jeder „leichten und schnellen Eroberung“ abzuhalten. Danach beginne die nukleare Eskalation oder ein konventioneller Krieg. Dementsprechend werde eine Verringerung der derzeitigen Stärke der 7. US-Armee ohne Beeinträchtigung der Kampfkraft für möglich gehalten. Weitere Reduzierungen könnten im Bereich der taktischen Kampfflugzeuge sowie der Marine vorgenommen werden. Insbesondere die „kostspielige Ausdehnung“ der Bundesmarine sei falsch; das Geld solle eher in das „deutsche Heer“ investiert werden.

355 28.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 1444

Meyer-Lindenberg gibt den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen über die Rechtsgrundlage und den Status der französischen Truppen in der Bundesrepublik wieder. Frankreich habe zugestimmt, in einer Erklärung zu versichern, daß es seine Streitkräfte unter Bezug auf den Vertrag vom 23. Oktober 1954 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) und den Vertrag vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag) „mit Zustimmung der Bundesregierung“ weiterhin stationieren wolle. Dies sei eine Verbesserung der bestehenden Rechtslage, da durch das Kriterium des Einverständnisses der Bundesregie-

rung nun die Unkündbarkeit der im Aufenthaltsvertrag festgelegten Regelung „praktisch beseitigt“ werde. Dem diene auch, daß die französische Erklärung in Form eines Briefwechsels notifiziert werde und damit eine völkerrechtliche Bindung erhalte.

- 356** 28.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 1447

Meyer-Lindenberg stellt fest, daß die Ursachen für die Verschlechterung der Beziehungen der Bundesrepublik zu Guinea hauptsächlich in der außenpolitischen Isolierung des Präsidenten Sékou Touré begründet lägen. Mit den Vorwürfen, die gegen die Bundesrepublik und deren guten Beziehungen zu Ghana und der Elfenbeinküste vorgebracht würden, wolle er die Bundesregierung „ins Unrecht setzen“ und zu einer größeren Hilfsbereitschaft gegenüber Guinea veranlassen. Meyer-Lindenberg äußert die Ansicht, daß die guineische Regierung zwar enge Kontakte zu den Ostblock-Staaten pflege, die Bundesrepublik aber wegen ihrer Entwicklungshilfe eine starke Position besitze. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit solle fortgesetzt werden trotz der Erkenntnis, daß es sinnvoller sei, gemäßigte Staaten zu belohnen, anstatt „die Linksorientierten für ihr Stillhalten zu bezahlen“. Guinea müsse jedoch die deutschlandpolitische Tragweite seiner Handlungen gegenüber der DDR erkennen. Alle über das Wirtschaftliche hinausgehenden Erklärungen der guineischen Regierung würden „von dem Kolonialregime der SBZ als Beweise einer politischen Aufwertung und einer Negierung des Wiedervereinigungsanspruches des deutschen Volkes propagandistisch ausgewertet“. Ferner werde Verständnis für die Politik der Bundesregierung gegenüber den Ostblock-Staaten erwartet.

- 357** 28.10. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer S. 1452

Puttkamer legt dar, daß die amerikanische Regierung seit dem Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 zunehmend bereit sei, ihre Entspannungspolitik gegenüber der UdSSR ohne Rücksicht auf die Deutschland-Frage durchzuführen. Hinsichtlich eines Astronauten-Bergungsabkommens sei zu verstehen gegeben worden, daß ein Abschluß nicht an der „SBZ-sicheren Beitrittsklausel“ scheitern dürfe. Auch in der Abrüstungsdebatte der UNO-Generalversammlung und im Bereich kleinerer Organisationen, Konferenzen und Verträge sei zu beobachten, daß sich die USA „mit Rücksicht auf ein Appeasement mit dem Osten“ über den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik hinwegsetzten und eine zukünftige Mitwirkung der DDR nicht ausschlossen. Daher müsse darauf hingewiesen werden, daß eine Hinnahme des Verhaltens der USA unvermeidlich die Einbeziehung der DDR in die internationale Zusammenarbeit nach sich ziehen werde.

- 358** 28.10. Botschafter Knapstein, Washington, an Staatssekretär Carstens S. 1457

Knapstein gibt zu bedenken, daß das Gewicht der Bundesrepublik in den USA seit dem Besuch des Bundeskanzlers Erhard vom 26./27. September 1966 „in einem besorgniserregenden Maße“ gesunken sei. Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der Bundesrepublik ließen die erwartete Entlastung der USA auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Sicherheit nun fraglich erscheinen. Zudem beeinträchtigte die Regierungskrise in Bonn das gewohnte Bild einer stabilen Entwicklung in der Bundesrepublik. Dies habe dazu geführt, daß der deutsche Einfluß in der NATO und gegenüber der amerikanischen Regierung zu einem Zeitpunkt geringer werde, da die Beziehungen der Staaten in Bewegung geraten seien. Die Bundesrepublik vermittele angesichts des Bestrebens der USA nach einer Verständigung mit der UdSSR insbesondere hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkommens den Eindruck „mangelnder Opferbereitschaft sowie der Schwäche und Unentschlossenheit“.

- 359** 02.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1459

Ruete zieht eine Bilanz der Passierschein-Gespräche vom 26. Oktober 1966. Der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, habe sich nicht zu einer vorgeschlagenen neuen Regelung geäußert. Stattdessen habe er die Forderung nach „sachlichen Vereinbarungen“ im Rahmen einer „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen Berlin (West) und der DDR erhoben. Er habe ferner erklärt, daß die DDR vor dem Hintergrund „feindseligen“ Verhaltens des Senats von Berlin in der jüngsten Zeit salvatorische Erklärungen bei Passierschein-Regelungen ablehne. Zukünftig werde eine klare Antwort auf die Frage erwartet, ob der Senat zum Abschluß „ordnungsgemäßer Vereinbarungen“ bereit sei. Ruete teilt weiter mit, daß der Senat trotzdem eine Einladung der DDR ins Auge fasse, um gegebenenfalls „der anderen Seite die Verantwortung für das Scheitern der Gespräche zuzuschieben“ und „die sowjetzonale Haltung weiter zu sondieren“. Eine Regelung analog der vom 6. Oktober 1966 über Besuche in dringenden Familienangelegenheiten, bei der damals die einseitige salvatorische Erklärung des Senatsrats Korber seitens der DDR als „gegenstandslos“ bezeichnet worden war, sei aus der Sicht des Auswärtigen Amts „unerwünscht“. Sollte der Vorschlag der DDR, Passierscheine nur aufgrund einer Einladung von Bewohnern Ost-Berlins auszustellen, aufgegriffen werden, so sei vom Senat die „Beseitigung der Passierscheinstellen“ anzustreben.

- 360** 04.11. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Brown S. 1462

Brown erklärt, daß der Ausgleich der Devisenkosten für die Rheinarmee „von allergrößter Bedeutung“ sei, die britische Regierung aber von einseitigen Schritten absehen werde. Schröder erläutert die Haltung der Bundesregierung in der

Frage der nuklearen Mitbeteiligung und stellt fest, daß ein Special Committee zwar akzeptabel, aber kein Ersatz für „konkretere Gemeinschaftsregelungen“ sei. Es bestehe die Gefahr, daß hinsichtlich eines Beitritts zu einem Nichtverbreitungsabkommen in der Bundesrepublik ein negatives Meinungsbild entstehen könnte, wenn dadurch eine „Hardware-Lösung“ im Sinne einer MLF oder ANF verhindert werde. Der britische Außenminister erwidert, daß die NATO „die beste konsultative Lösung“ anstreben solle. Dies sei besser, als eine „Allianz-Waffe“ zu schaffen, die zudem das Zustandekommen eines Nichtverbreitungsabkommens erschweren würde. Brown erklärt ferner, daß die britische Regierung den Bemühungen der Bundesregierung um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien und anderen osteuropäischen Staaten „mit großem Wohlwollen“ gegenüberstehe. Schröder sieht darin ein geeignetes Mittel, um in den osteuropäischen Staaten mehr Verständnis für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung zu wecken zu einem Zeitpunkt, da in den innerdeutschen Beziehungen wenig getan werden könne. Im weiteren Verlauf nimmt der britische Außenminister zum Krieg in Vietnam, zur Lage in Indonesien, zu Rhodesien und zum Konflikt mit Spanien über Gibraltar Stellung. Abschließend weist er darauf hin, daß für die britische Landwirtschaft zunächst noch die Möglichkeit von Übergangsregelungen geprüft werden müsse, bevor geklärt werden könne, ob ein britischer Antrag auf Beitritt zur EWG erfolversprechend sei.

- 361 04.11. Botschafter von Walther, Moskau, an Staatssekretär Carstens S. 1477

Walther berichtet über seinen Antrittsbesuch beim sowjetischen Ministerpräsidenten. Kossygin betonte, daß die Verantwortung für die zukünftige politische Entwicklung in Europa bei der Bundesregierung liege. Dabei komme es auf die Art und Weise an, mit der nicht nur an die bilateralen Beziehungen, sondern etwa auch an die Frage der Nichtverbreitung und des Teststopps für Atomwaffen herangetreten werde. Leider sei von der Bundesregierung aber immer nur ein sofortiges „Nein“ zu hören. Dies zeige sich auch in den Bemühungen um den Aufbau eines Flugverkehrs zwischen beiden Staaten. Es komme der Bundesregierung anscheinend nur darauf an, nach Einwänden gegen das Zustandekommen einer Flugroute zu suchen. Walther wies demgegenüber auf die Vorbehaltsrechte der Alliierten hin, in deren Zuständigkeit die von der UdSSR gewünschte Linienführung über Berlin liege, und erinnerte an den Vorschlag, die Route über Eger zu führen. Er erklärte ferner, daß auch die Bundesrepublik für die Nichtverbreitung von Atomwaffen eintrete, zum Schutz ihrer physischen Existenz aber über den Einsatz dieser Waffen mitreden möchte. Auf den Hinweis von Kossygin, ob sich die Bundesregierung von den USA nicht distanzieren könne, entgegnete der Botschafter, daß die USA nach dem Zweiten Weltkrieg der Bundesrepublik „in großzügigster Weise“ geholfen hätten und seither als „großer Bruder“ betrachtet würden, der „unter allen Umständen“ un-

terstützt würde. Kossygin warf die Frage ein, was denn wäre, „wenn dieser Bruder ein Mörder“ sei. Er würde einen Mörder erschießen, selbst wenn er ein Verwandter wäre.

362 07.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

S. 1485

Lahr erörtert die Perspektiven der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Er stellt fest, daß Initiativen zum Ausbau der europäischen politischen Zusammenarbeit bisher erfolglos geblieben seien. Dies sei zum einen darauf zurückzuführen, daß der Zielvorstellung der Bundesrepublik von einem „Europa der Gleichen und Freien“ der Anspruch Frankreichs von einer eigenen Sprecherrolle für Europa im Kreis der Großmächte gegenüberstehe, und zwar unter „Lösung von den USA“. Zum anderen halte die Bundesregierung die frühzeitige Schaffung organisatorischer Voraussetzungen für wünschenswert, während die französische Regierung zunächst ein gewisses Maß an gemeinsamer Politik fordere und darunter die Billigung ihrer Politik verstehe. Auf wirtschaftlichem Gebiet seien die unterschiedlichen Auffassungen beider Staaten durch den „Luxemburger Kompromiß“ zwar überbrückt, aber nicht beseitigt worden. Allerdings bestünden in der Energie- und Verkehrspolitik sowie auf den Gebieten Industrie, Wissenschaft und Forschung Möglichkeiten zur verstärkten Zusammenarbeit. In der Deutschland- und Ostpolitik müsse zusammengearbeitet werden, obwohl Frankreich die Bundesrepublik bereits jetzt auf die Oder-Neiße-Linie und einen minderen militärischen Status festzulegen versuche. Demgegenüber beurteilt Lahr den Spielraum für ein Zusammenwirken gegenüber der UdSSR und Südosteuropa wegen der Konkurrenz auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem Gebiet als gering. Hinsichtlich der von Frankreich angestrebten „europäischen Verteidigungspolitik“ stelle sich die Frage, welche Sicherheiten von der französischen Regierung gewährt würden und wie sich damit die Politik der Bundesrepublik gegenüber der NATO in Einklang bringen lasse.

363 08.11. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter

S. 1490

Schnippenkötter resümiert ein Gespräch mit dem italienischen Botschafter. Lucioli äußerte die Sorge, daß die Bundesregierung wegen ihrer Initiative, die nichtnuklearen Staaten des Warschauer Pakts in Noten zu einem Nuklearverzicht aufzufordern, der Störung der sowjetisch-amerikanischen Annäherung bezichtigt werden könne. Schnippenkötter wies demgegenüber darauf hin, daß das von den USA und der UdSSR angestrebte Nichtverbreitungsabkommen umfassenden und subsidiären Charakter besitze, während das Vorhaben der Bundesregierung lediglich ein „europäisches Entspannungsprojekt“ sei; beide Vorschläge verhielten sich zueinander wie Teilmaßnahmen zur allgemeinen Abrüstung. Er erläuterte weiter, daß entsprechende Erklärungen in den politischen Gremien der beiden Pakte abgegeben werden sollten; an Vertragsbeziehungen zwischen einzelnen Bündnismitgliedern sei nicht gedacht. Da im Rahmen eines Nichtverbreitungsabkommens mit noch umfassenderen Verzichtseleistungen zu rechnen sei, gehe er da-

von aus, daß der von der Bundesrepublik vorgeschlagene Herstellungsverzicht den angesprochenen Staaten nicht schwerfalle. Sollte sich seitens der Staaten des Warschauer Pakts für einen Erwerbsverzicht ausgesprochen werden, so sei die Bundesregierung bereit, dies zu erwägen.

- 364 08.11. Staatssekretär Carstens, z. Z. Washington, an Bundesminister Schröder S. 1492

Carstens faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister zusammen. Der Staatssekretär entwickelte den Gedanken, noch vor einer Reduzierung amerikanischer und britischer Truppen in der Bundesrepublik zu sondieren, ob die UdSSR zur Verminderung ihrer in der DDR stationierten Truppen bereit sei. Er machte deutlich, daß die Bundesregierung einen entsprechenden Vorstoß „lieber selber“ übernehmen wolle, um mit der UdSSR politische Gespräche einzuleiten. Rusk erwiderte, daß im Hinblick auf die finanzielle Belastung und das Verhältnis zur Volksrepublik China die UdSSR durchaus an einer Reduzierung ihrer Truppen interessiert sein könnte. Er sei allerdings skeptisch, ob die sowjetische Regierung zu einem formellen Abkommen bereit sei. Carstens bat den amerikanischen Außenminister um Mithilfe, die britische Regierung davon zu überzeugen, daß ein unangemessenes Drängen in den Dreier-Verhandlungen „alles in Frage“ stellen könne. Für die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über den Verbleib der französischen Truppen stellte er eine Einigung in Aussicht. Rusk erklärte „mit großem Ernst“, daß nach seiner Auffassung in Vietnam schon ziemlich bald eine Entscheidung über die weitere Entwicklung fallen werde. Zum chinesisch-sowjetischen Verhältnis äußerte er im Hinblick auf die DDR die Hoffnung auf einen Zeitpunkt, „wo die 17 Millionen Deutschen für die Sowjets weniger wichtig würden, als sie es heute seien“.

- 365 10.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1497

Carstens informiert über ein abschließendes Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister in Washington. Für den Fall einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit osteuropäischen Staaten bezeichnete der Staatssekretär es als besonders wichtig, daß die Bundesregierung in ihrem Bemühen unterstützt werde, in dritten Staaten eine Anerkennung der DDR zu verhindern. Er teilte ferner mit, daß er zusammen mit dem französischen Außenminister Couve de Murville erwogen habe, die beiden Oberbefehlshaber verschiedene Eventualfälle hinsichtlich der Zusammenarbeit der französischen und der NATO-Streitkräfte ausarbeiten zu lassen. Auf den Einwand von Rusk, daß diese Gespräche nur von geringem Interesse seien, wenn sie sich auf die in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen beschränkten, entgegnete Carstens, daß die Bundesregierung in den bilateralen Fragen mit Frankreich „ins Reine“ kommen wolle, auch wenn die Gespräche in der NATO ergebnislos enden würden. Abschließend erklärte

der Staatssekretär, daß es ein Fehler gewesen sei, Bundeskanzler Erhard bei seinem Besuch am 26./27. September 1966 in Washington in der Angelegenheit des Devisenausgleichs so stark zu drängen.

- 366** 11.11. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Schröder S. 1500

Knappstein berichtet über einen Anruf des außenpolitischen Beraters des amerikanischen Präsidenten. Walt Rostow teilte mit, Johnson sei sehr besorgt darüber, daß Bundesminister Lücke in der Presse den Wahlerfolg der NPD in Hessen in einen Zusammenhang mit der Devisenausgleichsproblematik gestellt und dabei eine Analogie zum Versailler Vertrag bzw. zu den Reparationen nach dem Ersten Weltkrieg gezogen habe. Knappstein erwiderte, daß Lücke in Form einer Tatsachenfeststellung auf den Erfolg der Argumente der NPD-Redner habe hinweisen wollen, die den Bundesminister laut eigener Aussage an die „Sprache der Hitlerzeit“ erinnert hätten.

- 367** 14.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1502

In einer Bestandsaufnahme der Außenpolitik der Bundesrepublik nennt Carstens als Hauptziel der Deutschland- und Ostpolitik die Wiedervereinigung. Allerdings sei es der DDR gelungen, sich wirtschaftlich zu konsolidieren und international an Boden zu gewinnen. Auch die westlichen Verbündeten seien immer weniger bereit, Druck auf die UdSSR im Sinne der Wiedervereinigungsforderung auszuüben, und der Wille zur Wiedervereinigung lasse sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik nach. Carstens empfiehlt, sich „in den vertretbaren Grenzen“ an der allgemeinen Entspannungspolitik zu beteiligen, diplomatische Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten aufzunehmen und die Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands zu intensivieren. Dabei sollten mögliche Auswirkungen etwa einer Teilnahme der DDR an weltweiten Abrüstungsabkommen in möglichst engen Grenzen gehalten werden. Für die Verteidigungspolitik stellt der Staatssekretär fest, daß die Mitwirkung der Bundesrepublik in einem integrierten nuklearen Verteidigungssystem unerläßlich sei. Die britischen und amerikanischen Forderungen nach Ausgleich der Devisenkosten müßten im Rahmen des Möglichen erfüllt werden. Die Bundesregierung solle am Projekt einer Gemeinsamen Nuklearstreitmacht festhalten, solange die Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen noch im Fluß seien. In der Europapolitik spricht sich Carstens mit Blick auf die Kennedy-Runde und den Beitritt anderer europäischer Staaten zur EWG für eine „Politik der offenen Tür“ aus. Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit Frankreich sollten geprüft werden. Schließlich hebt er die Bedeutung der Entwicklungshilfe hervor. Sie käme der Exportwirtschaft zugute und verhindere zugleich engere Wirtschaftsbeziehungen der Empfängerstaaten mit der DDR.

368 **14.11. Runderlaß des Staatssekretärs Carstens** **S. 1516**

Carstens übermittelt die vom Kanzler des Herzogtums Lancaster, Thomson, bei den Dreier-Verhandlungen am 9./10. November 1966 in Washington vertretene Meinung, daß von der UdSSR eine geringere Bedrohung, als bisher angenommen, ausgehe. Angesichts des zu erwartenden frühen Einsatzes taktischer Nuklearwaffen sei es auch aus strategischer Sicht fraglich, ob die gegenwärtige Stärke der NATO-Streitkräfte erforderlich sei. Dagegen habe er, Carstens, geltend gemacht, daß als Ausgangspunkt der Bedrohungsbeurteilung die unvermindert starke militärische Kapazität der sowjetischen Streitkräfte gelten müsse, denen mit einer ausreichenden konventionellen Kampfkraft zu begegnen sei. Eine Reduzierung der Truppen werde demgegenüber die nukleare Schwelle senken. Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten für die Dreier-Verhandlungen, McCloy, habe ebenfalls der britischen Einschätzung widersprochen und Zweifel geäußert, ob die Möglichkeit einer Verlegung von Streitkräften aus den USA nach Europa ein Ersatz für präsen- te Truppen sein könne. In einer gemeinsamen Protokollnotiz hätten die Verhandlungspartner schließlich die Bedeutung der strategischen und taktischen Nuklearwaffen für die militärische Schlagkraft der NATO hervorgehoben; ferner habe Übereinstimmung darüber bestanden, daß die NATO mit ausreichenden konventionellen Streitkräften ausgestattet sein müsse. Hinsichtlich des Devisenausgleichs sei deutlich geworden, daß wegen unterschiedlicher Berechnungsgrundlagen die Angaben der Bundesregierung über den deutschen Netto-Devisengewinn aus der Stationierung amerikanischer und britischer Truppen in der Bundesrepublik erheblich unter dem von den USA und Großbritannien angegebenen Betrag lägen. Eine Annäherung in dieser Frage habe nicht erreicht werden können.

369 **15.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar** **S. 1522**

Klarenaar faßt die Ergebnisse einer Ressortbesprechung über den Fortgang der Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR zusammen. Staatssekretär Lahr sprach sich dafür aus, die Liberalisierungsliste vom 6. Mai 1966 über den Handel mit osteuropäischen Staaten in Zukunft zu erweitern, jedoch eine besondere Liste im Warenverkehr mit der UdSSR nicht ins Auge zu fassen. Die sowjetische Seite solle aber jene Waren benennen, für deren Export sie eine Liberalisierung wünsche, und jene angeben, die kontingentiert werden könnten, damit anschließend eine Prüfung durch die Fachressorts einsetzen könne. Die Teilnehmer kamen überein, gegenüber der UdSSR eine entsprechende Erklärung abzugeben und als Termin für die Wiederaufnahme der Gespräche die zweite Hälfte des Januars 1967 vorzuschlagen; als Grund für diese Verzögerung könne „die derzeitige Regierungskrise in Bonn“ angeführt werden.

- 370** 15.11. Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington S. 1525

Carstens bewertet die von den USA vorgesehene Disclaimer-Erklärung zur Beitrittsklausel des geplanten Weltraumabkommens als Preisgabe der gesamten Abrüstungsthematik an die All-Staaten-Klausel; dies könne von der Bundesregierung nicht hingenommen werden. Da es aber aussichtslos sei, gegenüber den USA auf der „Wiener Formel“ weiter zu bestehen, komme es nun darauf an, den Sondercharakter des Weltraumabkommens herauszustellen und von den USA verbindliche Zusagen zu verlangen, daß die DDR von allen Konferenzen ferngehalten werde, die mit Verträgen in Zusammenhang stünden, welche All-Staaten-Klauseln enthielten. Carstens bat die Botschaft in Washington, entsprechend im amerikanischen Außenministerium vorstellig zu werden. Die Bundesregierung habe „volles Verständnis“ für die amerikanischen Entspannungsbemühungen; gleichzeitig müsse sie aber darauf achten, daß deutschlandpolitische Einbußen vermieden würden, und auf Konsultation bestehen. Überhaupt solle darauf hingewiesen werden, daß die „ungeklärte innenpolitische Lage“ in der Bundesrepublik keine Entwicklungen zulasse, die die Entscheidungsfreiheit einer künftigen Regierung wesentlich beschränken würden.

- 371** 16.11. Staatssekretär Lahr an die Botschaft in Rom S. 1529

Lahr bittet die Botschaft darum, das italienische Außenministerium darüber zu unterrichten, daß die Bundesregierung der Erklärung große Bedeutung beimesse, in der der britische Premierminister am 10. November 1966 den Beitritt zur EWG als offizielles Ziel der britischen Außenpolitik bezeichnet und ein Verfahren skizziert habe, das vorsichtige Sondierungen bei jedem einzelnen Mitgliedstaat vorsehe. Der Hinweis, daß Wilson dabei für die Wahrung wesentlicher britischer Interessen eintreten werde, ziehe die Ernsthaftigkeit des Beitrittswunsches nicht in Frage. Die Bundesregierung sei der Meinung, daß es jetzt gelte, Großbritannien zu diesem Schritt zu ermutigen und den Weg zu ebnen. Allerdings bleibe abzuwarten, ob die französische Regierung ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Einigung Europas unter Einbeziehung Großbritanniens endgültig aufgeben werde.

- 372** 18.11. Ministerialdirektor Ruete an die Botschaft in Ottawa S. 1531

Ruete informiert über ein Gespräch mit dem kanadischen Botschafter. Bower habe mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß im Hinblick auf die notwendige Verlegung der kanadischen Luftwaffeneinheiten aus Frankreich bis zum Jahresende geklärt sein müsse, ob die französischen Verbände den Flugplatz Lahr räumen würden. Wegen des Zeitdrucks sei die kanadische Regierung sonst gezwungen, 48 Flugzeuge nach Kanada zurückzuverlegen. Ruete teilt ferner mit, daß das Auswärtige Amt die Zusage geben werde, Kanada den Flugplatz Lahr zur Verfügung zu stellen, und mit der französischen

Regierung über Räumung und Freigabe Kontakt aufnehmen werde. Er bittet die Botschaft, im kanadischen Außenministerium zu erklären, daß die Bundesregierung dem Verbleib der kanadischen Luftwaffendivision großen Wert beimesse und deren Verlegung eine ernste Schwächung der NATO-Verteidigung bedeuten würde.

- 373** 19.11. Staatssekretär Carstens an Staatssekretär Berger, S. 1534
 Bundespräsidialamt

Carstens rät davon ab, die vom portugiesischen Außenminister Nogueira übermittelte Einladung an Bundespräsident Lübke anzunehmen. Ungeachtet der positiven Entwicklung in den Beziehungen beider Staaten bestehe kein Anlaß, das Verhältnis durch einen demonstrativ empfundenen Staatsbesuch zu unterstreichen. Angesichts der Tatsache, daß zahlreiche afrikanische und asiatische Staaten die diplomatischen Beziehungen mit Portugal abgebrochen hätten und die DDR diese Situation propagandistisch ausnutze, sei es nicht ratsam, von der auch von anderen befreundeten Staaten praktizierten Zurückhaltung abzugehen. Der portugiesischen Regierung solle deshalb mitgeteilt werden, daß der Bundespräsident grundsätzlich zu einem Staatsbesuch bereit sei, sein Terminkalender jedoch ein konkretes Datum in der nächsten Zeit leider nicht zulasse.

- 374** 21.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1536

Carstens hält aus einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter fest, daß hinsichtlich des Austauschs von Gewaltverzichtserklärungen die UdSSR den Vorschlag der Bundesregierung, die DDR über eine Erklärung gegenüber „der Sowjetunion und ihren Bundesgenossen“ einzubeziehen oder alternativ den Gewaltverzicht auch auf die Ziele der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik zu beziehen, nicht mehr als ausreichend betrachte. Die sowjetische Regierung könne nicht „über den Kopf“ der DDR hinweg Entscheidungen treffen. Außerdem müsse in einer solchen Erklärung auf das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten Bezug genommen werden, zu dem sich alle Staaten, die in der Bundesrepublik Truppen stationiert hätten, verpflichten müßten. Schließlich habe er es als notwendig empfunden, daß in der Erklärung auch eine Verbindung zum Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz hergestellt werde. Carstens gibt abschließend seinen Eindruck wieder, daß die UdSSR zwischenzeitlich mit der DDR Fühlung aufgenommen habe und nunmehr beabsichtige, den Vorstoß der Bundesregierung zum Anlaß für eine „massive Aufwertung der SBZ“ zu nehmen.

- 375** 21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 1539

Böker informiert darüber, daß der Generalsekretär der Arabischen Liga zu Gesprächen in Bonn bereit sei. Voraussetzung dafür, daß Hassouna den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik empfehlen werde, seien jedoch „gewisse münd-

liche Erläuterungen“ und Zusicherungen des Bundesministers des Auswärtigen zur Palästina-Frage. Dazu stellt Böker fest, daß es für die Bundesregierung schwierig sei, eine die arabischen Erwartungen erfüllende und gleichzeitig die Beziehungen zu Israel nicht belastende öffentliche Erklärung abzugeben. Dessenungeachtet solle Hassouna Gesprächsbereitschaft signalisiert und die Haltung der Bundesregierung zur Palästina-Frage erläutert werden. Wegen des spektakulären Charakters erscheine ein Besuch von Hassouna allerdings erst dann sinnvoll, wenn Fortschritte in der Nahost-Politik zu erwarten seien.

376 22.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank S. 1541

Frank nimmt Stellung zum Vorschlag der polnischen und der tschechoslowakischen Regierung, ihre Atomanlagen der IAEO-Kontrolle zu unterstellen, sofern die Bundesrepublik ebenfalls dazu bereit sei. Er stellt fest, daß nicht nur die osteuropäischen, sondern auch zahlreiche westliche Staaten positiv auf diese Initiative reagiert hätten. Dabei handele es sich nicht wirklich um einen „Akt der Gegenseitigkeit“. Vielmehr würden die EURATOM-Kontrollen entwertet. Auch sei die Einführung von Doppelkontrollen in der Bundesrepublik diskriminierend. Schließlich sei auch die Deutschlandpolitik gefährdet, wenn die Annahme des Vorschlags zu einer Aufwertung der DDR führen würde. Gleichwohl könne die Bundesregierung den polnisch-tschechoslowakischen Vorstoß nicht als unseriös abtun, da sie sonst Gefahr laufe, in den Bemühungen um die Schaffung eines weltweiten nuklearen Kontrollsystems den „Schwarzen Peter der Obstruktion“ zugespielt zu bekommen. Sie müsse vielmehr versuchen, auf der Ministerratstagung von EWG und EAG am 6./7. Dezember 1966 eine gemeinsame Antwort der Gemeinschaft zu erreichen. Ziel solle der Abschluß eines Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen IAEO und EURATOM und die gegenseitige Anerkennung der Kontrollsysteme sein.

377 23.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1551

Carstens berichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter. McGhee war auf einer Privatreise in Warschau mitgeteilt worden, daß die polnische Regierung als Bedingungen für eine „Normalisierung“ der Beziehungen zur Bundesrepublik die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der DDR sowie den Verzicht der Bundesregierung auf jede Form der nuklearen Mitbeteiligung betrachte. Auf Nachfrage sei ihm erklärt worden, daß zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen die Klärung der Grenzfrage eine Voraussetzung darstelle. Der Botschafter teilte weiter mit, daß nach Einschätzung der mit Anträgen befaßten Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft in Warschau das Verfahren zur Erteilung von Visa „für die in Polen lebenden rückkehrwilligen Deutschen“ sich in der Bundesrepublik noch zu langwierig gestalte; damit handele die Bundesregierung ihren eigenen Interessen zuwider, „möglichst viele Deutsche aus Polen nach Deutschland zurückzuführen“. Sollte sich die Mit-

teilung als zutreffend erweisen, fordert Carstens seitens des Auswärtigen Amts „sehr energische Vorstellungen bei den zuständigen inneren Ressorts“.

- 378** 24.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Brückner, S. 1553
Budapest, an das Auswärtige Amt

Brückner übermittelt den Hinweis des Abteilungsleiters im ungarischen Außenministerium, Buzás, daß beim geplanten Besuch des Staatssekretärs Lahr in Budapest der Behandlung der Ansprüche ungarischer Rückerstattungsberechtigter große Bedeutung beigemessen werden würde. In der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ungarn wird nach Meinung von Brückner das Interesse der ungarischen Regierung zwar offen zugegeben, aber aus taktischen Gründen als eine „längst fällige Normalisierung“ heruntergespielt. Nach Ansicht der ungarischen Regierung arbeite die Zeit für Ungarn, so daß nur noch ein wenig gewartet werden müsse, bis ihr die diplomatischen Beziehungen „von selbst in den Schoß“ fielen; eine neue Bundesregierung werde um einen Botschafteraustausch mit den Ostblock-Staaten nicht herumkommen. Insbesondere FDP und SPD hätten sich schon weitgehend festgelegt.

- 379** 24.11. Botschafter Klaiber, Paris, an Staatssekretär Carstens S. 1555

Klaiber teilt die Erwartung mit, daß anläßlich des Besuchs des Ministerpräsidenten Kossygin vom 1. bis 9. Dezember 1966 in Paris kein politisches Abkommen – etwa im Sinne des Bündnis- und Beistandspakts von 1944 – geschlossen werde. Allerdings sei eine Verabredung über regelmäßige Konsultationen zwischen beiden Staaten nicht auszuschließen. Er hält aber eine negative Reaktion der Bundesregierung auf etwaige Abmachungen für falsch, zumal Staatspräsident de Gaulle noch im Juni 1966 in der UdSSR den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik „mit erfreulicher Deutlichkeit“ vertreten habe. Vielmehr müsse durch eine „sichtbare Verbesserung“ der deutsch-französischen Beziehungen dafür gesorgt werden, daß Frankreich weiterhin gegenüber der UdSSR mit dieser Klarheit auftrete. Dies sei um so dringender, solange der direkte Draht der Bundesregierung nach Moskau „noch so dünn“ sei.

- 380** 28.11. Ministerialdirigent Böker, z.Z. Amman, an Staatssekretär Carstens S. 1558

Böker berichtet über die „grundsätzliche“ Bereitschaft des jordanischen Ministerpräsidenten Wasfi Tell zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik. Allerdings halte er wegen des Grenzzwischenfalls mit Israel den jetzigen Zeitpunkt für ungeeignet. Daher solle ein Unterhändler nach Bonn kommen, um eine gemeinsame Erklärung auszuarbeiten, in der die Bundesregierung zugleich ihre Bereitschaft zur Nichteinmischung in den arabisch-israelischen Konflikt darlegen solle. Er, Böker, habe seine Enttäuschung

über die Verzögerung zum Ausdruck gebracht, jedoch vorge schlagen, durch ein zu unterzeichnendes Gedächtnisprotokoll, eine gemeinsame Erklärung sowie einen Telegrammwechsel zwischen Bundespräsident Lübke und König Hussein alle notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Böker bemerkt abschließend, daß König Hussein mit dieser Vorgehensweise seine Stellung im arabischen Lager stärken wolle. Werde von der Bundesregierung eine Erklärung über die Nichteinmischung erwogen, so solle als Gegenleistung eine jordanische Erklärung zur Deutschland-Frage gefordert werden.

381 29.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens S. 1561

Carstens resümiert sein Gespräch mit den Botschaftern der Drei Mächte, McGhee, Roberts und Seydoux. Er teilte u.a. mit, daß die Passierschein-Gespräche derzeit ruhten, weil die DDR zuvor vom Senat von Berlin die offizielle Anerkennung gefordert habe. Sogar für eine Verlängerung wenigstens der Regelung für dringende Familienangelegenheiten sehe er wenig Chancen. McGhee berichtete, er habe den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, davor gewarnt, wegen der von der DDR am 28. September 1966 erlassenen veterinärhygienischen Grenzüberwachungsverordnung den freien Zugang nach Berlin (West) zu beeinträchtigen. Die drei Botschafter wiesen darauf hin, daß die Situation im Alliierten Militärgefängnis Berlin-Spandau nach der Entlassung der Häftlinge Speer und von Schirach „sowohl sehr unökonomisch wie auch besonders trostlos“ sei. Eine Verlegung von Rudolf Heß in den Krankenhausteil würde die laufenden Kosten wesentlich vermindern. Carstens bemerkte dazu, daß es hauptsächlich darum gehen müsse, für Heß Hafterleichterungen zu erreichen, so daß eine Verlegung wünschenswert sei. Auf die Initiative des Senats von Berlin angesprochen, Berlin (West) zu einem Zentrum des Ost-West-Handels auszubauen, führte der Staatssekretär aus, daß er die Bemühungen für richtig und unterstützenswert halte unter der Voraussetzung, daß der Anspruch der Bundesrepublik, Berlin international zu vertreten, gewahrt bleibe. Schließlich teilte McGhee aus einem Gespräch mit Abrassimow mit, daß dieser sich über die Praxis der Vergabe von TTDs als Reisedokumente für „Bewohner der Zone“ durch die westlichen Alliierten beklagt habe. Auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Passierschein-Regelung auch auf das Gebiet der DDR auszuweiten, habe der sowjetische Botschafter nicht reagiert.

382 29.11. Botschafter Ritter, Canberra, an das Auswärtige Amt S. 1566

Ritter informiert über die dem Abteilungsleiter im australischen Außenministerium vorgetragene Bitte, die geplante Errichtung von Handelskammervertretungen der DDR zu unterbinden. Booker habe nicht ausgeschlossen, daß der australische Außenminister Hasluck sich gegen die Handelskammervertretung aussprechen werde, gab jedoch zu bedenken, daß andere Ministerien mit Blick auf den zu erwartenden EWG-Beitritt Großbritanniens auf der Suche nach neuen Absatzmärkten in den osteuropäischen Staaten einen entgegengesetzten Stand-

punkt vertreten. Sollte es zur Errichtung von Handelskammervertretungen der DDR in Sydney und Melbourne kommen, so werde ihnen jede politische Tätigkeit untersagt und die Überwachung des Verbots den „in diesen Dingen recht erfahrenen australischen Sicherheitsbehörden“ übertragen

- 383** 01.12. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter S. 1568

Schnippenkötter faßt den Stand der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über ein Nichtverbreitungsabkommen zusammen. Die Bemühungen um eine Einigung betreffen offensichtlich sowohl die Substanz als auch einzelne Formulierungen. Die Verbündeten der USA sollten erst dann einbezogen werden, wenn ein vorläufiges Ergebnis vorliege. Schnippenkötter geht deshalb davon aus, daß die Bundesrepublik unterrichtet würde, wenn eventuelle amerikanische Zugeständnisse bereits nicht mehr rückgängig zu machen seien. Gleichzeitig rechnet er damit, daß die USA zur Erleichterung der weiteren Gespräche mit der UdSSR auf der NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 Beschlüsse zum Nuklearproblem der NATO herbeiführen könnten. Dabei sei fraglich, ob diese für die deutsche Seite befriedigend ausfallen würden. Schnippenkötter spricht sich dafür aus, möglichst genaue Informationen über die amerikanisch-sowjetischen Gespräche einzuholen, um nicht vor ein „fait accompli“ nuklearer Einschränkungen gestellt zu werden, bei dem kein Spielraum für künftige Verbesserungen im Rahmen der NATO mehr bliebe.

- 384** 02.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz S. 1571

Wertz erörtert die Ergebnisse der 14. Generalkonferenz der UNESCO. Er stellt fest, daß die UdSSR die Konferenz erfolgreich zu einem Propagandaforum gegen den Westen gemacht habe, insbesondere bei der Debatte über die Resolutionen zur Entwicklungshilfe sowie zur Bekämpfung von Kolonialismus und Rassismus. Wertz befürwortet die vom Leiter der amerikanischen Delegation, Frankel, unterbreiteten Reformvorschläge zur Straffung des Verfahrens künftiger Generalkonferenzen. Zur Verbesserung der Arbeit der Bundesrepublik in der UNESCO schlägt Wertz vor, die bisher in die Botschaft in Paris integrierte Ständige Vertretung bei der UNESCO aufzuwerten. Auch das zuständige Referat im Auswärtigen Amt sollte verstärkt werden. Nachdrücklich befürwortet Wertz eine stärkere Präsenz im Exekutivrat der UNESCO. Er regt an, auf künftigen Generalkonferenzen die Zahl der Delegationsmitglieder zu beschränken, von denen dann aber ein möglichst großer Teil ständig zur Verfügung stehen sollte. Schließlich sei damit zu rechnen, daß die UdSSR weiterhin versuchen werde, „die SBZ in dieser großen internationalen Organisation ins Spiel zu bringen“.

- 385 03.12. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1580

Grewe berichtet über die amerikanische Haltung zur geplanten Note der Bundesrepublik in der Frage eines nuklearen Herstellungsverzichts. Einem seiner Mitarbeiter sei mitgeteilt worden, daß diese Initiative im Anschluß an die Friedensnote vom 25. März 1966 vor dem Hintergrund der laufenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen als „taktischer Zug“ zur Vereitelung eines allgemeinen Nichtverbreitungsabkommens angesehen werden könnte. Grundsätzlich ziehe die amerikanische Seite „globale Abrüstungsmaßnahmen den regionalen“ vor. Um keine negative Reaktion bei den Staaten der Warschauer Pakt-Organisation hervorzurufen, sei darüber hinaus größere Klarheit in den Formulierungen der Note notwendig. So könne der Bezug auf die polnisch-tschechoslowakischen Vorschläge in der IAEO dazu führen, daß die Note als Ablehnung des Angebots oder als Gegenvorschlag verstanden würde. Der Mitarbeiter habe daraufhin hervorgehoben, daß die Bundesrepublik lediglich einen „ersten Schritt“ zu einem umfassenden Nichtverbreitungsabkommen beabsichtige.

- 386 05.12. Runderlaß des Ministerialdirektors Ruete S. 1583

Ruete faßt die Ergebnisse der dritten Runde der Dreier-Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik, den USA und Großbritannien vom 28. bis 30. November 1966 in Bonn zusammen. Die Verhandlungspartner verabschiedeten einen „Fortschrittsbericht“ der drei Regierungen an die NATO und billigten einen Bericht der Arbeitsgruppe I über die sowjetischen Absichten in Europa. Die Arbeitsgruppe II wurde mit der weiteren Prüfung der Frage der „Ungleichgewichtigkeiten“ zwischen den beteiligten Streitkräften in Deutschland beauftragt. Zu dem in der Arbeitsgruppe III erörterten Problem des Devisenausgleichs wurde festgestellt, daß die Berechnungen immer noch weit auseinanderlägen. Es bestand jedoch Übereinstimmung, daß ein Ausgleich in erster Linie durch Rüstungskäufe und Zahlungen für militärische Dienstleistungen erfolgen sollte.

- 387 06.12. Vermerk des Staatssekretärs Carstens S. 1586

Carstens legt dar, daß der amerikanische Botschafter McGhee telefonisch Bedenken gegen einen geplanten Antrag der FDP-Fraktion geäußert habe, den Berliner Abgeordneten im Bundestag das volle Stimmrecht zu gewähren. Er, Carstens, habe es als unwahrscheinlich bezeichnet, daß ein entsprechender Bundestagsbeschluß bevorstehe und die USA vor ein „fait accompli“ gestellt würden. Aus einem weiteren Gespräch mit Bundesminister Brandt vermerkt Carstens seinen Vorschlag, den Antrag der FDP-Fraktion, falls er gestellt würde, an die Ausschüsse zu überweisen, um genügend Zeit zur Konsultation mit den Alliierten zu gewinnen.

- 388** 06.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 1588

Meyer-Lindenberg resümiert die Ergebnisse der deutsch-britischen Besprechungen am 1./2. Dezember 1966 in London. Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, berichtete, bei den Gesprächen des britischen Außenministers Brown in Moskau sei der einzige erwähnenswerte Fortschritt das verstärkte sowjetische Interesse an einem Nichtverbreitungsabkommen gewesen. Die britischen Gesprächspartner signalisierten Zustimmung zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Verbesserung der Beziehungen zu den Ostblock-Staaten und um einen Herstellungsverzicht von Atomwaffen in der NATO und im Warschauer Pakt. Mit Blick auf die kommenden Ministerratstagungen der NATO und der WEU wurden die britischen und italienischen Vorschläge für eine verstärkte europäische technologische Zusammenarbeit erörtert. Meyer-Lindenberg schlägt vor, von der britischen Bereitschaft zu weiteren Konsultationen Gebrauch zu machen, da sie Einblick in die britische Haltung zu aktuellen Problemen vermitteln.

- 389** 06.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 1593

Meyer-Lindenberg befaßt sich mit der von König Hussein erwarteten Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik. Um diesen jordanischen Schritt insbesondere gegenüber der VAR abzusichern, hält Meyer-Lindenberg es für erforderlich, daß die Bundesrepublik möglichst bald die Beziehungen zu anderen arabischen Staaten, in erster Linie zum Sudan, wiederherstelle. Da die Arabische Liga ihre Haltung davon abhängig gemacht habe, daß die Bundesregierung die Palästina-Flüchtlinge unterstütze, empfiehlt Meyer-Lindenberg eine erneute Befassung des Bundeskabinetts mit der geplanten Hilfe. Außerdem solle anläßlich des Botschafteraustauschs mit Jordanien eine Erklärung abgegeben werden, daß sich die Bundesregierung „nicht in innere Angelegenheiten fremder Staaten oder in regionale Konflikte“ einmische.

- 390** 08.12. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1596

Brandt kündigt Bemühungen der seit dem 1. Dezember 1966 amtierenden Bundesregierung um einen „neuen Anfang“ in den deutsch-französischen Beziehungen an. Zu den nuklearen Fragen bemerkt er, daß die Bundesregierung ein Nichtverbreitungsabkommen befürworte. Sie strebe zwar keine „hardware“-Lösung, aber eine Beteiligung an der nuklearen Planung der NATO an. Hinsichtlich der DDR erklärt Brandt, daß die Kontakte auf verschiedenen Gebieten gefördert würden; „eine Anerkennung der Zone als Staat“ sei jedoch ausgeschlossen. In der Regierungserklärung werde der Begriff Oder-Neiße-Linie nicht benutzt. Allerdings wolle man Verständnis für den polnischen Wunsch nach Sicherheit der Grenzen zum Ausdruck

bringen. Nicht von einem „Opfer“, sondern von der Rücksichtnahme auf „die gegenseitigen vitalen Interessen“ werde die Rede sein, „wobei deutscherseits an die Wiedervereinigung gedacht sei“. McGhee bekräftigt die amerikanische Unterstützung für eine Wiedervereinigung Deutschlands, durch die Berlin dann seinen „legitimen Platz als Hauptstadt“ erhalte. Bis zu diesem Zeitpunkt bestehe allerdings die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der Sonderrechte der drei Westmächte. McGhee hebt hervor, daß die amerikanischen Verpflichtungen zur Verteidigung Europas und Deutschlands „nicht beschnitten“ würden; innerhalb des Bündnisses müßten aber Überprüfungen hinsichtlich der strategischen Konzeption, der Stärke der Streitkräfte und der Verteidigungsausgaben erfolgen. Er weist auf die Belastung der USA durch den Vietnam-Krieg hin und betont die amerikanische Dankbarkeit für die von seiten der Bundesrepublik geleistete Hilfe.

- 391** 08.12. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem S. 1605
französischen Botschafter Seydoux

Brandt teilt dem französischen Botschafter mit, daß die Bundesregierung einen „ehrlichen neuen Anlauf“ machen möchte, um dem Vertrag von 1963 „stärkeren politischen Gehalt“ zu geben. Er zeigt sich befriedigt über die Fortschritte bei der Regelung des Status der französischen Truppen in der Bundesrepublik nach dem französischen Rückzug aus der militärischen Integration der NATO. Der Bundesminister gibt der Hoffnung Ausdruck, die wirtschaftliche und politische Einigung der sechs EWG-Staaten voranbringen zu können, befürwortet aber auch Überlegungen zu einer Erweiterung der EWG. Über das Verhältnis zu den Ostblock-Staaten bemerkt er, daß Staatspräsident de Gaulle „Visionen entwickelt“ habe, während von deutscher Seite „einige bescheidene praktische Schritte“ getan worden seien. Seydoux hofft auf intensivere Kontakte im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags, dessen Ergebnisse „weit von dem entfernt“ seien, was bei der Unterzeichnung – beispielsweise hinsichtlich einer gemeinsamen Rüstungsproduktion und einer gemeinsamen Entwicklungspolitik – beabsichtigt gewesen sei.

- 392** 08.12. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem S. 1609
britischen Botschafter Roberts

Brandt sagt Unterstützung bei den Gesprächen über einen britischen EWG-Beitritt zu und erläutert das Interesse an einem erfolgreichen Abschluß der Kennedy-Runde, die für die Bundesrepublik „eine wirtschaftliche Notwendigkeit“ sei. Roberts äußert sich zufrieden über den Verlauf der Dreier-Verhandlungen. Aufgrund einer amerikanischen Zusage über außerplanmäßige Rüstungskäufe habe die britische Regierung eine endgültige Regelung über den Devisenausgleich und eine Truppenreduzierung um sechs Monate verschieben können. Bei der Erörterung des geplanten Nichtverbreitungsabkommens betont Brandt, daß ein „Europa-Vorbehalt“ im Vertrag

nicht erforderlich erscheine, weil „in weiter Zukunft“ bei einem Europa mit einer eigenen Regierung eine völlig neue Lage entstehe. Auch eine „hardware“-Lösung werde nicht weiterverfolgt, wie überhaupt die Nuklearpolitik neu formuliert werden müsse, da innerhalb der Regierungsparteien „verschiedene Strömungen zu erkennen seien“. Abschließend kündigt Brandt Gespräche mit den drei Westmächten über eine wirtschaftliche und kulturelle Stärkung von Berlin (West) an.

- 393** 08.12. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 1615

Brandt betont das Interesse an einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, wozu auch der Abschluß eines neuen Handelsabkommens beitragen könnte. Zarapkin gibt der Hoffnung auf politische Fortschritte Ausdruck, wobei die Haltung der Bundesregierung zur DDR, zur Frage der Grenzen sowie zum „Atomwaffenproblem“ von entscheidender Bedeutung sein werde. Positiv äußert er sich zur Absicht, das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Ostblock-Staaten zu verbessern sowie die Gespräche über einen Gewaltverzicht fortzusetzen. Brandt bekräftigt, daß die Bundesrepublik keinen Besitz von Atomwaffen anstrebe. In bezug auf „Ostdeutschland“ stellt der Bundesminister fest, daß es auch für die neue Bundesregierung „allein schon aus völkerrechtlichen Gründen unmöglich“ sei, eine „zweite deutsche Regierung“ anzuerkennen.

- 394** 12.12. Botschafter Schnippenkötter an Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Paris S. 1618

Schnippenkötter übermittelt zunächst einen Drahtbericht des Botschafters in Washington, Knappstein, über ein Gespräch des Gesandten von Lilienfeld mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten. Lilienfeld habe Rostow auf die Notwendigkeit rechtzeitiger und umfassender Informationen über das geplante Nichtverbreitungsabkommen hingewiesen. Rostow habe daraufhin betont, daß die USA auf aktive Mitwirkung der Bundesregierung nicht nur in Fragen direkten Interesses, sondern auch an der „großen Weltpolitik“ hofften, weil die Bundesrepublik jetzt „erwachsen“ sei. In der Nichtverbreitungsfrage werde es keine Geheimabmachungen mit der UdSSR geben; auch die Positionen der Allianz würden gewahrt. Allerdings müsse bald entschieden werden, „ob man aus der nuklearen Option etwas machen wolle und – wenn ja – was“. Knappstein empfiehlt daher, trotz der begrenzten Möglichkeiten des Special Committee aus diesem „das Beste herauszuholen“. In seiner Stellungnahme zu dem Drahtbericht wendet Schnippenkötter ein, daß das von Knappstein vorgeschlagene Verfahren keine befriedigende Lösung darstelle. Er spricht sich vielmehr dafür aus, im Zusammenhang mit einem Nichtverbreitungsabkommen auf eine weitgehende Erhaltung der Möglichkeiten zur nuklearen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO zu drängen.

395 13.12. Drahterlaß des Ministerialdirektors Thierfelder S. 1624

Thierfelder ermächtigt die Botschaft in Washington, der von den USA gewünschten Fassung der Disclaimer-Erklärung zum geplanten Weltraum-Abkommen zuzustimmen, obwohl die von der Bundesregierung vorgeschlagene Fassung „zweckdienlicher“ gewesen wäre. Dafür werde erwartet, daß sich die USA „um so stärker allen Versuchen widersetzen“, die DDR zu der für 1967 geplanten Weltraumkonferenz einzuladen. Die Botschaften in Paris und London werden angewiesen, auf eine Unterstützung der amerikanischen Disclaimer-Erklärung durch Großbritannien und Frankreich hinzuwirken.

396 13.12. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris S. 1626

Der französische Außenminister möchte wissen, „worin genau die deutsche Frage bestehe“. Brandt erläutert, daß sie vielleicht aus verschiedenen Fragen zusammengesetzt sei. Die Außenpolitik der neuen Bundesregierung stehe unter der Überschrift „Friedensbewahrung“. Der Bundesminister bittet um Unterstützung für eine Politik verstärkter wirtschaftlicher, kultureller und menschlicher Kontakte mit der DDR, obwohl das „SBZ-Regime“ nicht als zweiter deutscher Staat anerkannt werde. Couve de Murville informiert über den Besuch des Ministerpräsidenten Kossygin in Frankreich, bei dem die „Meinungsverschiedenheit“ bezüglich der DDR fortbestanden habe. Der sowjetische Ministerpräsident habe keine Einwände gegen offizielle Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ostblock-Staaten erhoben, wie sie von Frankreich befürwortet würden. Brandt berichtet über das Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin, dem er erneut den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen unter Einbeziehung des Problems „des geteilten Deutschlands“ vorgeschlagen habe.

397 13.12. Gespräch des Bundesministers Brandt mit Ministerpräsident Pompidou in Paris S. 1631

Pompidou äußert sich befriedigt über die Absicht der Bundesregierung, den deutsch-französischen Beziehungen „neues Leben einzuhauchen“. Durch die Präambel zum deutsch-französischen Vertrag sei die politische Zusammenarbeit „in gewisser Weise ihrer Substanz beraubt“ worden. Als eine wesentliche Aufgabe der Europa-Politik betrachten beide Gesprächspartner eine verstärkte Zusammenarbeit im wissenschaftlichen und technologischen Bereich. Dabei sieht Pompidou die Grundlage der künftigen europäischen Entwicklung in „Westeuropa, so wie es vor allem im Gemeinsamen Markt bestehe“. Er begründet die französische Entspannungspolitik damit, daß sich die UdSSR wegen des Konflikts mit der Volksrepublik China „besänftige“ und die amerikanische Bereitschaft gesunken sei, „für Europa ein großes Risiko zu laufen“. Das Gespräch wendet sich dann Wirtschaftsfragen zu. Brandt berichtet über die Haushaltsschwierigkeiten in der Bundesrepublik und äußert die Erwartung, daß mit Hilfe einer strafferen Finanzpoli-

tik in der zweiten Jahreshälfte 1967 ein Aufschwung einsetzen werde. Pompidou zeigt Interesse an deutsch-französischen Industriezusammenschlüssen, die um so wertvoller wären, als der technologische Rückstand zu den USA „bereits ins Unglaubliche gewachsen“ sei.

- 398** 15.12. Gespräch des Bundesministers Brandt mit Staatspräsident de Gaulle in Paris S. 1637

De Gaulle bekräftigt, daß Frankreich für eine Wiedervereinigung Deutschlands eintrete und eine Anerkennung der DDR ablehne. In der Frage der Grenzen im Osten und Süden könne Deutschland allerdings nicht wiederhaben, „was ihm durch den Krieg verlorengegangen“ sei. Aufgrund der Einschätzung, daß die UdSSR keine Angriffsabsichten gegen Westeuropa habe, sieht er die „beste westliche Politik“ in einer Entspannung und praktischer Zusammenarbeit mit der UdSSR. Der französische Staatspräsident plädiert für eine Besinnung auf nationale Interessen, da nichts „schlimmer für die Europäer“ sei als eine „amerikanische Hegemonie, unter der Europa erstickte“. Zu den Wahlerfolgen der NPD in Hessen und Bayern äußert er, dieses Phänomen halte er für „sekundär“. Brandt erläutert die schwierige Finanz- und Haushaltslage der Bundesrepublik und führt dann zum außenpolitischen Programm aus, daß Gespräche mit der UdSSR insofern schwierig seien, als diese die Deutschland-Frage nicht thematisieren wolle. Er betont die Absicht der Bundesregierung, diplomatische Beziehungen mit osteuropäischen Staaten aufzunehmen und die Kontakte mit der DDR zu verstärken. De Gaulle sieht Fortschritte im Verhältnis zur Tschechoslowakei, während die Aussagen der Bundesregierung gegenüber Polen „nicht sehr kategorisch“ seien. Brandt weist auf die Schwierigkeit hin, daß Polen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verlange, diese jedoch gleichzeitig nicht als Grenze der Bundesrepublik betrachtet wissen wolle; daher müsse sich der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gomulka, „an andere halten“. Zum britischen Wunsch nach einem Beitritt zur EWG bemerkt de Gaulle, es handele sich um eine Kandidatur „auf englische Weise“, mit der so viele Bedingungen verbunden seien, daß eine Abstimmung dagegen ausfallen werde.

- 399** 15.12. Staatssekretär Schütz, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt S. 1646

Schütz informiert über das Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der drei Westmächte. Brandt führte aus, daß keine Veränderung in der sowjetischen Haltung in der Deutschland-Frage zu verzeichnen sei, aber im bilateralen Bereich – Handel, Kultur, Sicherheitsfragen – durchaus Möglichkeiten zu verbesserten Beziehungen bestünden. Er erläuterte dann die Bemühungen um eine Stärkung der „Lebensfähigkeit“ von Berlin (West) sowie um einen Ausbau der Kontakte mit der DDR, durch die einem Auseinanderleben der beiden Teile Deutschlands vorgebeugt und ein Beitrag zur Entspannung geleistet würde. Überhaupt beginne sich „in der Zo-

nenbevölkerung eine Art Sonderbewußtsein“ zu entwickeln. Der französische Außenminister Couve de Murville sagte „im voraus“ Zustimmung zu derartigen Maßnahmen zu, während sein britischer Kollege Brown sich zurückhaltend äußerte. Der amerikanische Außenminister Rusk warnte wegen der „Gefahr einer osteuropäischen Gegenaktion“ vor einer zu raschen Intensivierung der Kontakte. Es wurde ein Kommuniqué gebilligt, in dem die Lösung der Deutschland-Frage „zu den wesentlichen Problemen“ der Ost-West-Beziehungen gezählt wurde.

- 400 16.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten McCloy S. 1650

Die Gesprächspartner erörtern zunächst die Situation in der NATO. McCloy bezeichnet den französischen Rückzug aus der NATO-Integration als Rückfall in eine „alte Idee“ und hält ein „neues Glaubensbekenntnis“ zum System der kollektiven Sicherheit für erforderlich. Kiesinger bekräftigt das Interesse am Bündnis und an der Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik. Die Wahlerfolge der NPD seien kein Indiz für nationalistische Tendenzen. Der Bundeskanzler empfiehlt einen Besuch des Präsidenten Johnson in der Bundesrepublik, um dem Eindruck aus den Verhandlungen über einen Devisenausgleich entgegenzuwirken, daß die Bundesregierung „nur harten Geschäftsleuten“ gegenüberstünde. McCloy zeigt sich besorgt über die verbreitete Auffassung, die Bedrohung durch die UdSSR habe nachgelassen. Er sieht weiterhin die Notwendigkeit einer Politik der Abschreckung und spricht sich gegen eine Verminderung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik aus – trotz des erheblichen innenpolitischen Drucks in den USA. Auf eine entsprechende Frage von McCloy entgegnet Kiesinger, die Bundesregierung sei nicht besorgt wegen der amerikanischen Entspannungspolitik gegenüber der UdSSR. Er befürwortet ein Nichtverbreitungsabkommen, durch das die Bundesrepublik aber nicht diskriminiert werden dürfe und das die Möglichkeit für eine „künftige europäische Lösung“ hinsichtlich einer nuklearen Bewaffnung offenlassen sollte.

- 401 19.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 1662

Meyer-Lindenberg befaßt sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen über das Aufenthaltsrecht und den Status der französischen Truppen in der Bundesrepublik, die am 13. Dezember 1966 abgeschlossen wurden. Für den von deutscher Seite gewünschten französischen Verzicht auf die Unkündbarkeit des Stationierungsrechts wurde die Formulierung gefunden, daß Frankreich die Streitkräfte nur solange stationieren werde, wie die Bundesregierung dies wünsche. Hinsichtlich der Rechtsstellung der Streitkräfte wurde festgelegt, daß die Bundesregierung Einflußmöglichkeiten bei Truppenbewegungen oder Manövern habe. Meyer-Lindenberg notiert, daß die Vereinbarungen am 21. Dezember 1966 in Form eines Briefwechsels

zwischen Bundesminister Brandt und dem französischen Außenminister Couve de Murville erfolgen sollten. Eine Zustimmung des Bundestags sei nicht erforderlich.

- 402** 19.12. Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1664

Lahn informiert über Äußerungen des Sonderbeauftragten des Präsidenten Nasser zum deutsch-arabischen Verhältnis. Khalil habe sich enttäuscht über den Passus zur Nahost-Politik in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger gezeigt, da offenbar das „einseitige Engagement“ zugunsten Israels fortgesetzt werden solle. Khalil habe hervorgehoben, daß eine Wiederannäherung nicht durch bilaterale Bemühungen bei einzelnen arabischen Staaten unter Umgehung der Arabischen Liga erfolgen könne, sondern auf beiden Ebenen Gespräche geführt werden müßten. Um die Erfolgsaussichten zu verbessern, habe er größere Hilfeleistungen an die Palästina-Flüchtlinge sowie die Entsendung eines Bevollmächtigten der Bundesregierung vorgeschlagen. Die bisher gepflegten intensiven Kontakte mit der DDR habe er damit begründet, daß die VAR „wegen mangelnder Angebote aus dem Westen nicht wählerisch“ sein könne.

- 403** 19.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse Brückner, Budapest, an das Auswärtige Amt S. 1667

Brückner berichtet über eine Unterredung mit dem ungarischen Stellvertretenden Außenminister über den geplanten Besuch des Staatssekretärs Lahr in Ungarn. Szilagyi betonte, daß Äußerungen des Ersten Sekretärs des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Kadar, über die Bundesrepublik kein Indiz für das Klima der bevorstehenden Gespräche seien. Vorbehalte hinsichtlich der Themen bestünden nicht, jedoch könnten die Beziehungen zwischen Ungarn und der DDR nicht Gegenstand eines „Kuhhandels“ sein. Besonderes Interesse zeigte Szilagyi an Entschädigungszahlungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz. Brückner weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen automatisch Zahlungen im Rahmen der Rückerstattung einschließe.

- 404** 19.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem italienischen Außenminister Fanfani S. 1670

Die Gesprächspartner erörtern den britischen Wunsch nach einem Beitritt zur EWG, der sowohl von der italienischen als auch der Bundesregierung positiv bewertet wird. Fanfani zeigt sich zufrieden, daß UNO-Generalsekretär U Thant einer Verlängerung seiner Amtszeit zugestimmt habe. Er berichtet dann von einem Gespräch mit dem ägyptischen Außenminister Riad, in dem er den Eindruck gewonnen habe, daß die arabischen Staaten zu einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik bereit seien. Die Frage des italie-

nischen Außenministers, ob die Bundesregierung Einwände gegen ein Gastspiel des „Teatro La Fenice“ in Ost-Berlin erheben würde, verneint Kiesinger unter Hinweis auf den kulturellen Austausch zwischen Ost und West. Abschließend informiert Fanfani über eine Unterredung mit Staatspräsident de Gaulle, der bereit sei, an einer Konferenz der Staats- und Regierungschefs teilzunehmen. Der italienische Außenminister schlägt ein Treffen im Anschluß an die Feiern zum 10. Jahrestag der Römischen Verträge am 25. März 1967 vor.

- 405** 20.12. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem italienischen Außenminister Fanfani S. 1675

Brandt und Fanfani stimmen darin überein, daß gemeinsam auf Staatspräsident de Gaulle eingewirkt werden sollte, um diesem die positiven Aspekte eines britischen Beitritts zur EWG näherzubringen. Beide befürworten auch weitere Bemühungen um eine europäische Integration sowie um eine Reorganisation und Fusion der europäischen Gemeinschaften. Brandt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen, denen sich offenbar das französische Interesse ganz zugewandt habe, ohne gleichzeitige Fortschritte bei der europäischen Einigung „schädlich“ sein könnten. Er äußert die Hoffnung, daß Großbritannien an den Beitrittswunsch zur EWG nicht allzu viel Bedingungen knüpfe, denn dann würden in Frankreich diejenigen Kreise gestärkt, deren „europäisches Bewußtsein stärker entwickelt“ sei als das des Staatspräsidenten de Gaulle.

- 406** 20.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 1679

Kiesinger bekräftigt den Wunsch nach einer Stärkung und Modernisierung der NATO und weist darauf hin, daß sowohl die deutsch-französischen als auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen – „nach einem Sommer manchen Mißvergnügens“ – ausgebaut werden sollten. McGhee teilt mit, daß es möglicherweise zu einem Nichtverbreitungsabkommen kommen werde. Er habe Bundesminister Brandt eine Formulierung übergeben, die für die UdSSR akzeptabel sein könnte. Das „nukleare Arrangement mit Deutschland“ werde sich dadurch nicht ändern. Eine „Art MLF“ – von der „niemand sehr begeistert zu sein scheine, jedenfalls Herr Brandt nicht“ – bleibe ebenso möglich wie eine spätere europäische Atomstreitmacht. Ein Beitritt der Bundesrepublik zu einem Nichtverbreitungsabkommen wäre für die Ostblock-Staaten ein Beweis, daß sie keine nuklearen Ambitionen habe. Kiesinger erläutert, daß die nichtnuklearen Staaten Bedenken vor allem wegen der eigenen Sicherheit und wegen des Schutzes vor einer nuklearen Erpressung hätten. Er befürwortet eine Entspannungspolitik, die mit dem „Prozeß der Wiedervereinigung nach Maßgabe der realen Möglichkeiten“ synchronisiert werden sollte und nicht zu dem Schluß führen dürfe, „daß im militärischen Bereich nichts mehr zu tun“ sei. McGhee sichert die amerikanische Un-

- Brandt resümiert Ausführungen des amerikanischen Botschafters vom Vortag. McGhee übermittelte einen Vermerk zum Stand der Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen und legte dar, daß ein solches Abkommen keine Auswirkungen auf Vereinbarungen innerhalb der NATO über die Stationierung nuklearer Waffen sowie über die Konsultation zu nuklearen Fragen haben werde. Es schließe Gemeinschaftslösungen in Anlehnung an das MLF-Projekt nicht aus, beinhalte keine Diskriminierung der Bundesrepublik im Vergleich mit Großbritannien und greife späteren Entscheidungen eines geeinten Europas nicht vor. Der Schutz der Bundesrepublik gegen nukleare Erpressung werde von den USA gewährleistet, die auch eine Reduzierung der Nuklearwaffen auf seiten der Atommächte anstreben.

- Thierfelder faßt eine Unterredung mit den Gesandten Hillenbrand, Tomkins und Graf d'Aumale, zusammen. Auf die Frage, warum die Bundesregierung nicht zufrieden sei mit der Antwort der drei Westmächte auf die Vorschläge vom 12. Juli 1966 hinsichtlich einer Änderung des Verfahrens zur Einbeziehung von Berlin (West) in Verträge, antwortete Thierfelder, daß die Alliierten nur „geringfügige Verbesserungen“ vorgeschlagen hätten, während die Bundesregierung den Fortfall der Berlin-Klausel und eine automatische Einbeziehung von Berlin (West) anstrebe. Das Recht der Kommandatura, zu jedem einzelnen Vertrag ein Votum abzugeben, würde jedoch nicht eingeschränkt. Die Gesandten stellten weitere Beratungen über das Thema in Aussicht.

- Thierfelder gibt ein Gespräch wieder, das Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg und er mit dem Bundespräsidenten führten. Lübke vertrat die Auffassung, daß die Anfrage von Papst Paul VI., ob die Bundesregierung der Ernennung eines residierenden Bischofs für Ermland hinnehmen würde, verneint werden sollte, weil sich „im südlichen Ostpreußen noch zahlreiche Deutsche befanden“. Meyer-Lindenberg und Thierfelder wiesen darauf hin, daß die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen sei.

- 410 22.12. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1691

Grewe übermittelt Informationen zur Diskussion über Fragen der Verteidigungsplanung auf der NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966. Die in der politischen Direktive enthaltene Formulierung zum möglichen Kriegsbild der Allianz entsprach der in den Dreier-Verhandlungen gefundenen Formulierung, gegen die Italien, Belgien und die Niederlande wegen der Überbetonung der Bedeutung konventioneller Streitkräfte jedoch Bedenken erhoben. Hinsichtlich des Streitkräfteaufbaus und der Strategie zeigten sich Differenzen zwischen dem amerikanischen und dem britischen Verteidigungsminister. Healey entwickelte eine Art „britischen Gaullismus“ und forderte Entspannungsmaßnahmen im militärischen Bereich. Für den Kriegsfall sah er eine rasche Eskalation bis hin zu einem amerikanischen Eingreifen mit nuklearem Potential in Europa vor. Demgegenüber beruhte das Konzept von McNamara auf dem Versuch, die konventionelle Phase eines Krieges möglichst lange auszudehnen und so „Tempi und Grade“ der Eskalation zu bestimmen. Einig waren sich beide in der Einschätzung, daß die militärischen Vorwarnzeiten zwar kurz, die politischen aber so lang sein würden, daß Truppenverlegungen nach Europa im Krisenfall ohne weiteres möglich seien.

- 411 23.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 1695

Lahr faßt ein Gespräch der Außenminister der EWG-Staaten vom Vortag über die Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften zusammen. Zu den bislang vorliegenden deutschen und belgischen Vorschlägen über die personelle Zusammensetzung einer vereinigten Kommission habe er als Kompromiß unterbreitet, diese unter Vorsitz des Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, zu bilden. Zu Vizepräsidenten sollten der bisherige Präsident der Hohen Behörde der EGKS, Del Bo, der Präsident der EURATOM-Kommission, Chatenet, sowie ein niederländischer Kandidat ernannt werden und für eineinhalb Jahre im Amt bleiben. Die fünf Außenminister schlugen vor, eventuell anlässlich der EWG-Ministerratstagung am 11./12. Januar 1967 über eine solche Lösung zu sprechen.

- 412 23.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1697

Ruete befürwortet die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblock-Staaten, da die Bundesrepublik in Osteuropa zunehmend in die Isolierung gerate und die Handelsvertretungen zur Wahrung ihrer politischen Interessen nicht ausreichend seien. Allerdings räumt er ein, daß ein Botschafteraustausch von dritten Staaten mißverstanden und als „Freibrief“ für die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der DDR benutzt werden könnte. Auch sei mit innenpolitischen Widerständen zu rechnen. Ruete spricht sich dafür aus, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik in dritten Staaten politisch und wirtschaftlich abzusichern und die Verbündeten dabei um Unterstützung zu bitten. Er schlägt vor, zunächst

Beziehungen zu Rumänien und zur Tschechoslowakei herzustellen. Rumänien zeige Bereitschaft dazu und verfüge auch über die größte außenpolitische Eigenständigkeit. Mit der Tschechoslowakei gebe es zwar bislang keine amtlichen, jedoch faktisch enge Kontakte. Das Problem der Gültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 sei durch die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 entschärft, und hinsichtlich einer tschechoslowakischen Zustimmung zur Einbeziehung von Berlin (West) in ein Abkommen gebe es ermutigende Anzeichen. Der Ministerialdirektor schlägt vor, in der ersten Januarhälfte 1967 gleichzeitig Sondierungsgespräche in Prag und Bukarest aufzunehmen.

- 413 23.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl S. 1705

Diehl nimmt zu den amerikanischen Vorschlägen für ein Nichtverbreitungsabkommen Stellung. Der Leiter des Planungsstabes teilt zwar die amerikanische Interpretation, daß das geplante Abkommen keine Auswirkungen hinsichtlich der in der Bundesrepublik stationierten Waffen sowie hinsichtlich des Konsultationsverfahrens über nukleare Fragen in der NATO haben werde. Allerdings hält er die Auffassung für „sehr fragwürdig“, daß eine gemeinsame Nuklearstreitmacht der NATO möglich bleibe. Ebenso zweifelhaft sei es, ob die spätere Bildung einer europäischen Atommacht zulässig sei. Diehl befürwortet im Falle eines Vertragsabschlusses über die Nichtverbreitung auch den Beitritt der Bundesrepublik. Jedoch solle darauf hingewirkt werden, daß die Verpflichtung der Nuklearmächte zur atomaren Abrüstung Bestandteil eines Abkommens würde. Zudem sollten die USA und die UdSSR eine Erklärung abgeben, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie sowie die Forschung in diesem Bereich nicht behindert würden. Schließlich regt Diehl die Kooperation mit anderen nichtnuklearen Staaten an, damit die „schwerwiegenden Einwände“ gegen das Abkommen in der beabsichtigten Form nicht allein von der Bundesrepublik vorgebracht würden.

- 414 23.12. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige S. 1709
 Amt

Aus der Tagung des NATO-Ministerrats am 15./16. Dezember 1966 in Paris gibt Grewe den Eindruck wieder, daß bei den Bündnispartnern die Entschlossenheit schwinde, die Politik der Abschreckung fortzuführen. „Ersatzziel“ sei eine Verstärkung der politischen Aktivität gegenüber den Ostblock-Staaten. Er warnt davor, sich „mit dem allgemeinen Entspannungsgerede“ abzufinden. Stattdessen müßten Vorstellungen darüber entwickelt werden, welche Art von Entspannung die Bundesregierung als „trügerisches Appeasement“ ablehne. Er spricht sich deshalb für eine klare deutschlandpolitische Konzeption aus, in der der Zusammenhang zwischen europäischer Sicherheit, dem Problem der Wiedervereinigung und den Ost-West-Beziehungen neu zu definieren sei.

- 415 29.12. Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1712

Walther berichtet über eine Unterredung mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister. Semjonow zeigte sich enttäuscht über die Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966, die einen Rückschritt gegenüber bisherigen Äußerungen darstelle. Der Botschafter bekräftigte, daß weder eine Anerkennung der DDR noch der Grenzen in Frage komme und auch hinsichtlich des Problems der Atomwaffen „gewisse deutsche Mindestforderungen unabdingbar“ seien, hier aber doch eine Annäherung zu verzeichnen sei. Semjonow widersprach dem Eindruck, die UdSSR könnte eine Klausel im geplanten Nichtverbreitungsabkommen für den Fall akzeptieren, daß doch noch eine europäische nukleare Verteidigungsorganisation zustandekomme. Einen Rückschritt glaubte der Stellvertretende Außenminister auch gegenüber dem Gespräch zwischen dem sowjetischen Botschafter Zarapkin und Staatssekretär Carstens zu sehen, da in der Regierungserklärung von einem Gewaltverzicht gegenüber der DDR nicht die Rede gewesen sei. Die Gesprächspartner wandten sich wirtschaftlichen Fragen zu, wobei Semjonow sich befriedigt über die Entwicklung gemeinsamer Großprojekte zeigte. Aus dem Gespräch zieht Walther den Schluß, daß die UdSSR insbesondere am Austausch von Gewaltausschließungserklärungen als Weg zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen interessiert sei.

- 416 29.12. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Brandt S. 1720

Knappstein informiert über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister. Er teilte Rusk mit, daß die amerikanischen Formulierungsvorschläge für ein Nichtverbreitungsabkommen bedenklich erschienen, da „praktisch nahezu alle bisher erörterten Optionen der Nuklearteilhabe“ – sowohl atlantische als auch europäische – ausgeschlossen würden und sogar Konsultationsmöglichkeiten innerhalb der Allianz eingeschränkt werden könnten. Zur Erläuterung übergab Rusk ein Arbeitspapier und stellte ergänzend fest, daß die Nukleare Planungsgruppe durch den Entwurf nicht betroffen wäre. Hinsichtlich der „Europa-Klausel“ glaubte er, daß die sich aus einer zukünftigen europäischen Einigung ergebenden nuklearen Probleme mittels der Revisions- und Austrittsklausel gelöst werden könnten. Knappstein vermutet, daß von Rusk angedeutete Unterschiede zwischen den USA und der UdSSR bei der Interpretation einiger Formulierungen die Frage betreffe, ob eine Allianz „eine von ihren Mitgliedern getrennte Rechtsperson“ sei. Eine positive Antwort auf diese Frage bedeute nach sowjetischer Auffassung offenbar, daß die Assignierung nationaler Atomwaffen an eine Allianz auch dann unzulässig sei, wenn die assignierende Nuklearmacht sich „Kontrolle und Gewahrksam“ vorbehalte.

417 30.12. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter S. 1723

Schnippenkötter faßt ein Gespräch mit dem niederländischen Gesandten zusammen. Hinsichtlich des geplanten Nichtverbreitungsabkommens warnte Jorissen vor Konzessionen, die den politischen Status der Bundesrepublik dauerhaft mindern und zum Verlust der „Bewegungsfreiheit“ führen könnten. Er betonte, daß die „atlantischen Optionen“ einschließlich einer Nuklearstreitmacht der NATO nicht versperrt werden dürften. Die Nukleare Planungsgruppe sei „keine ausreichende Lösung“. Jorissen äußerte die Vermutung, daß der amerikanische Außenminister Rusk weiterhin für ein „nuclear sharing“ innerhalb der NATO eintrete und auf derartige Einwände der Verbündeten warte, um seinerseits neue Argumente für die inneramerikanische Diskussion über ein Nichtverbreitungsabkommen zu erhalten.

418 30.12. Bundesminister Schröder an Bundesminister Brandt S. 1725

Schröder wägt die Vor- und Nachteile eines Austauschs von Manöverbeobachtern oder Militärattachés mit der UdSSR ab. Unter dem Aspekt der Sicherung vor einem Überraschungsangriff oder einer Mißinterpretation gegnerischer Absichten mißt er dem Austausch von Manöverbeobachtern keinen Wert bei, weil damit zu rechnen sei, daß sie nur das sähen, was ihnen gezeigt würde. Für sinnvoll erachtet Schröder dagegen die trotz der „gelenkten Beobachtung“ mögliche zusätzliche Nachrichtengewinnung. Er gibt jedoch zu bedenken, daß sich aus der Teilnahme sowjetischer Beobachter an Übungen der Bundeswehr für die Truppe „psychologisch negative Folgen“ ergeben könnten. Der Bundesminister der Verteidigung sieht vorläufig keinen Anlaß, dem Bundeskanzler einen konkreten Vorschlag vorzulegen.

Literaturverzeichnis

- AAPD 1963 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963. Bände I–III, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearbeitet von Rainer A. Blasius, Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1994.
- AAPD 1964 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964. Bände I–II, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearbeitet von Rainer A. Blasius, Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995.
- AAPD 1965 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1965. Bände I–III, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, bearbeitet von Rainer A. Blasius, Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1996.
- ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT Dokumente zur Abrüstung und Sicherheit. Band III: 1964–1965, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Wien/Zürich 1967.
- ACHTER GESAMTBERICHT 1964/65 Achter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1964 – 31. März 1965), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1965.
- ACTA APOSTOLICAE SEDIS Acta Apostolicae Sedis. Band 58: 1966, Vatikanstadt 1966.
- ADAP, D, II Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 – 1945. Serie D (1937 – 1941). Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (Oktober 1937 – September 1938), Baden-Baden 1950.
- ADENAUER, Erinnerungen IV Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963. Fragmente, Stuttgart 1968.
- AdG Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1955 ff.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- L'ANNÉE POLITIQUE 1959 L'Année Politique 1959. Revue chronologique des principaux faits politiques diplomatiques, économiques et sociaux de la France et de la Communauté et bilan des organisations européennes du 1^{er} janvier au 31 décembre 1959, Paris 1960.

- L'ANNÉE POLITIQUE 1963
L'Année Politique économique, sociale et diplomatique en France 1963, Paris 1964.
- AUSSENPOLITIK DER DDR
Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Band I: 7. Oktober 1949 bis 25. März 1954. Band II: 25. März 1954 bis 14. Mai 1955, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte. Band XIII: 1965. Band XIV: 1966, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ in Zusammenarbeit mit der Abteilung Rechts- und Vertragswesen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1954-1970.
- BARZEL, Drahtseil
Rainer Barzel, Auf dem Drahtseil, München/Zürich 1978.
- BARZEL, Es ist noch nicht zu spät
Rainer Barzel, Es ist noch nicht zu spät, München/Zürich 1976.
- BT ANLAGEN
Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE
Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
- BULLETIN
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EWG
Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Sekretariat der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1958 ff.
- CARSTENS, Erinnerungen
Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard am Rhein 1993.
- CONGRESSIONAL RECORD
Congressional Record. Proceedings and Debates of the 89th Congress. Second Session, Band 112, Teil 15 (August 16, 1966, to August 26, 1966) und Teil 16 (August 29, 1966, to September 12, 1966), hrsg. vom United States Government Printing Office, Washington D.C. 1966.
- COUVE DE MURVILLE, Politique Étrangère
Maurice Couve de Murville, Une politique étrangère, Paris 1971.
- DDF 1956, III
Documents diplomatiques français. Band III: 1956 (24 octobre – 31 décembre), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, Paris 1990.

- DDF 1958, II Documents diplomatiques français. Band II: 1958 (1 juillet – 31 décembre), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, Paris 1993.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1949 ff.
- DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Teil I: Politik, Bd. 1, hrsg. von Rolf Vogel, München/New York/London/Paris 1989.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959 Documents on Disarmament 1945–1959, hrsg. vom Department of State, Washington D.C. 1960.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT Documents on Disarmament 1960, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1961 ff.
- DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1, hrsg. von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976.
- DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966 Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, 3. Auflage, München 1967.
- DzD II/1 Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied 1992.
- DzD III Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958, 4 Bände, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main 1961–1969.
- DzD IV Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe: Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966, 12 Bände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt am Main 1971–1981.
- DzD V/1 Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: Vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 1: 1. Dezember 1966 bis 31. Dezember 1967, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearbeitet von Gisela Oberländer, Frankfurt am Main 1984.

- ERSTER GESAMTBERICHT 1958 Erster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (Januar 1958 – September 1958), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1958.
- EUROPA-ARCHIV Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
- FRUS 1964–1968, XIII Foreign Relations of the United States 1964–1968. Band XIII: Western Europe Region, bearbeitet von Charles S. Sampson und Glenn W. LaFantasie, Washington D.C. 1995.
- DE GAULLE, Discours et messages Charles de Gaulle, Discours et messages. Band 3: Avec le renouveau (Mai 1958 – juillet 1962). Band 4: Pour l'effort (Août 1962 – décembre 1965). Band 5: Vers le terme (Janvier 1966 – avril 1969), [Paris] 1970.
- GOLDMANN, Staatsmann ohne Staat Nahum Goldman, Staatsmann ohne Staat. Autobiographie, Köln/Berlin 1970.
- GREWE, Rückblenden Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976-1951, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1979.
- HANSARD Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Band 702 (Session 1964/65) bis Band 738 (Session 1966/67), London [1965/1966].
- JAHRBUCH DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG 1965–1967 Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1965–1967, hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach/Bonn 1967.
- JOHNSON, The Vantage Point Lyndon Baines Johnson, The Vantage Point. Perspectives of the Presidency 1963–1969, New York/Chicago/San Francisco 1971.
- JOURNAL OFFICIEL 1966 Journal Officiel. Débats parlementaires Assemblée Nationale 1966, Paris 1966.
- LAHR, Zeuge Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981.
- LNTS League of Nation Treaty Series. Publication of Treaties and International Engagements registered with the Secretariat of the League, hrsg. vom Publications Sales Department of the League of Nations, Genf 1926 ff.
- MCGHEE, An Ambassador's Account George McGhee, At the Creation of a New Germany. From Adenauer to Brandt. An Ambassador's Account, New Haven/London 1989.
- MENDE, Wende Erich Mende, Von Wende zu Wende 1962–1982, München/Berlin 1986.
- MOSKAU-BONN Moskau-Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955–1973. Dokumentation, 2 Bände, hrsg. von Boris Meissner, Köln 1975.

NEUNTER GESAMTBERICHT 1965/66	Neunter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1965 – 31. März 1966), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1966.
OFFENSIVE AUSEINANDERSETZUNG	Offensive Auseinandersetzung über den Redneraustausch 1966 zwischen SPD und SED, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin 1969.
OSTERHELD, Außenpolitik	Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992.
LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1966	La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents 1966. Notes et Etudes Documentaires, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1967.
PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64	Public Papers of the Presidents of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. November 22, 1963 to December 31, 1964, Washington D.C. 1965.
PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1966	Public Papers of the Presidents of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1966, Washington D.C. 1967.
PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961	Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 20 to December 31, 1961, Washington D.C. 1962.
PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963	Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to November 22, 1963, Washington D.C. 1964.
SHINNAR, Bericht	Felix E. Shinnar, Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951–1966, Tübingen 1967.
SPD-FRAKTION	Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966. 1. Halbband: 1961–1964. 2. Halbband: 1964–1966, bearbeitet von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1993.
STATISTISCHES JAHRBUCH	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1956ff.

- UN GENERAL ASSEMBLY, 19th Session,
Plenary Meetings United Nations. Official Records of the General Assembly. Nineteenth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings. 1 December 1964 – 1 September 1965, 2 Bände, New York 1966.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 20th Session,
Plenary Meetings United Nations. Official Records of the General Assembly. Twentieth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings. 21 September – 21 December 1965, 3 Bände, New York 1967.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 21st Session,
Plenary Meetings United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-first Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings. 20 September – 20 December 1966, 3 Bände, New York 1970.
- UN MONTHLY CHRONICLE, 7/1966 United Nations Monthly Chronicle, Band III, Heft 7, New York 1966.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS I United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1972 ff.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS II United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1988 ff.
- UNTS United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements. Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
- VIERTER GESAMTBERICHT 1960/61 Vierter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (16. Mai 1960 – 30. April 1961), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1961.
- WICKERT UND DIE FRIEDENSNOTE Rainer A. Blasius, Erwin Wickert und die Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März 1966. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 539-553.
- WILSON, The Labour Government Harold Wilson, The Labour Government 1964-1970. A Personal Record, London 1971.
- YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS Yearbook of the United Nations, hrsg. vom Office of Public Information United Nations, New York 1965 ff.
- ZEHNTER GESAMTBERICHT 1966/67 Zehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1966 – 31. März 1967), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1967.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	AZ	Aktenzeichen
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen	BAOR	British Army on the Rhine
ABM	Anti-Ballistic Missile	BEG	Bundesentschädigungsgesetz
ACDA	(United States) Arms Control and Disarmament Agency	BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
ACE	Allied Command Europe	BGBI.	Bundesgesetzblatt
ADEF	Air Defense Forces	BKA	Bundeskanzleramt
ADM	Atomic Demolition Munition	BKC/L	Berlin Kommandatura Commandant/Letter
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst	BM	Bundesminister/ium
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
AFCENT	Allied Forces Central Europe	BMG	Bundesminister/ium für gesamtdeutsche Fragen
AFSOUTH	Allied Forces Southern Europe	BMI	Bundesminister/ium des Innern
AFP	Agence France Presse	BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
AG	Aktiengesellschaft	BMV	Bundesminister/ium für Verkehr
AIPS	Association Internationale de la Presse Sportive	BMVtg.	Bundesminister/ium der Verteidigung
AK	Arbeitskreis	BMwF	Bundesminister/ium für wissenschaftliche Forschung
ALALC	Asociación Latinoamericana de Libro Comercio	BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
ANF	Armed Nuclear Force	BND	Bundesnachrichtendienst
Anl(g.)	Anlage/n	BPA	Bundespresseamt
ANZUS-Pakt	Australia-New Zealand-United States-Pakt	BQD	Berlin Quadripartite Documents
AP	Associated Press	BRD	Bundesrepublik Deutschland
APAG	Atlantic Policy Advisory Group	BT	Bundestag
ASPAC	Asian Pacific Council	BVtg.- Rat	Bundesverteidigungsrat
ASW	Anti Submarine Warfare	CBS	Columbia Broadcasting System
ATO	Allied Travel Office		
AWV(O)	Außenwirtschaftsverordnung		

Abkürzungsverzeichnis

CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands	EBM	Eisen, Blech und Metall
CENTAG	Central Army Group Central Europe	ECE	Economic Commission for Europe
CENTO	Central Treaty Organisation	EEC	European Economic Community
CETS	Conférence Européenne des Télécommunications par Satellites	E.D.P.	Emergency Defense Plan
CINCENT	Commander-in-Chief Allied Forces Central Europe	EFTA	European Free Trade Association
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy	EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance	EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ČSSR	Československá Socialistická Republika	ELDO	European Space Vehicle Launcher Development Organization
CSU	Christlich-Soziale Union	ENDC	Eighteen Nations Disarmament Committee
D	(Ministerial-)Direktor	ESRO	European Space Research Organization
DB	Drahtbericht/ Deutsche Bundesbahn	EUCOM	European Command
DDR	Deutsche Demokratische Republik	EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
DE	Drahterlaß	EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
DEMAG	Deutsche Maschinenfabrik Aktiengesellschaft	EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Dept.	Department	FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Dg	(Ministerial-)Dirigent	FDP	Freie Demokratische Partei
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	FLN	Front de Libération Nationale
DL	Demarkationslinie	FRG	Federal Republic of Germany
dpa	Deutsche Presseagentur	FS	Fernschreiben
DPC	Defence Planning Committee	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
DPWG	Defence Planning Working Group	geh.	geheim
DR	Deutsche Reichsbahn	GG	Grundgesetz
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	GNS	Gemeinsame Nukleare Streitmacht
EAG	Europäische Atomgemeinschaft	h	hora/Stunde

HPA	Handelspolitischer Ausschuß	LR I	Legationsrat I. Klasse
HQ	Headquarters	LS	Legationssekretär
IAEO	International Atomic Energy Organization	MAG	Military Assistance Advisory Group
ICSC	Interim Communications Satellite Committee	MC	Military Committee
ICSU	International Council of Scientific Unions	MD	Ministerialdirektor
i.G.	im Generalstab	MdB	Mitglied des Bundestages
ILO	International Labour Organisation	Mdg	Ministerialdirigent
IOC	International Olympic Committee	Mio.	Million/en
IPO	Intellectual Property Organisation	MLF	Multilateral Force
IRBM	Intermediate Range Ballistic Missile	MRBM	Medium Range Ballistic Missile
ITU	International Telecommunications Union	Mrd.	Milliarde/n
i.V.	in Vertretung	MTI	Magyar Távirati Iroda
IWF	Internationaler Währungsfonds	MW	Megawatt
IZH	Interzonenhandel	NADGE	NATO Air Defense Ground Environment System
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau	NASA	National Aeronautics and Space Administration
KP	Kommunistische Partei	NATO	North Atlantic Treaty Organisation
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei	NDR	Norddeutscher Rundfunk
KPCh	Kommunistische Partei Chinas	NfD	Nur für den Dienstgebrauch
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	NGO	Non-Governmental-Organisation
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	NORTHAG	Northern Army Group
KPI	Kommunistische Partei Italiens	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
KPR	Kommunistische Partei Rumäniens	NPWG	Nuclear Planning Working Group
kt.	Kilotonne	n. R.	nach Rückkehr
LANDCENT	Allied Land Forces Central Europe	NS	Nationalsozialismus
		NTSC	National Television System Committee
		NV	Nichtverbreitung
		NVA	Nichtverbreitungsabkommen
		OAS	Organisation of American States

Abkürzungsverzeichnis

OAU	Organisation for African Unity	TTD	Temporary Travel Document
OCAM	Organisation Commune Africaine et Malgache	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development	UK	United Kingdom
OEEC	Organisation for European Economic Cooperation	UN	United Nations
ORR	Oberregierungsrat	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
O.T.A.N.	Organisation du Traité de l'Atlantique Nord	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
PAL	Phase Alternating Line	UNO	United Nations Organisation
PLO	Palestinian Liberation Organisation	UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
PSI	Partito Socialista Italiano	UPI	United Press International
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei	UPU	Universal Postal Union
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor (Berlins)	US	United States
RR	Regierungsrat	USA/U.S.A.	United States of America
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe	VAR	Vereinigte Arabische Republik
SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic	vertr.	vertraulich
SBZ	Sowjetische Besatzungszone	Vj.	Vierteljahr
SEATO	South-East Asia Treaty Organisation	VLR I	Vortragender Legationsrat I. Klasse
SECAM	Sequentielle à mémoire	VN	Vereinte Nationen
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	VR	Volksrepublik
S.E.	Seine Exzellenz	VS	Verschlusssache
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe	VS-v/vsv	VS-vertraulich
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	WAK	Weltabrüstungskonferenz
StS/St.S.	Staatssekretär	WEU	Westeuropäische Union
SU	Sowjetunion	WFUNA	World Federation of United Nations Associations
TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza	WHO	World Health Organisation
Tgb.	Tagebuch	z.b.V.	zur besonderen Verwendung
CXC		ZGD	Zonengrenzdienst
		ZK	Zentralkomitee
		ZKR	Zentralkommission für die Rheinschifffahrt